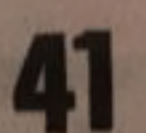
Soares – Machtprobe S. 10

C 21734 D





Arbeiterkampf

Jahrg. 5 Nr. 62 10.6.75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

SKANDAL:

SPD/FDP-Regierung gibt der chilenischen Junta Milliarden-Kredit

Nachdem die abgebrochenen Umschuldungsverhandlungen mit der chilenischen Regierung auf Drängen (vor allem der Bundesregierung und USA) wieder aufgenommen wurden, allerdings als „Besprechung" zwischen den Gläubigerländern ohne Beteiligung Chiles, wurde jetzt Anfang Juni bekannt, daß die SPD-Regierung zur Zeit in *„bilateralen Verhandlungen"* mit der Junta *„die letzten technischen Einzelheiten"* zur Stundung der Kredite klärt („FR", 7.6.75). Die „Frankf. Rundschau" schrieb weiter dazu: *„Die Vereinbarung bedeutet, daß Chile faktisch einen Kredit in Höhe von rund 720 Mio. Dollar* (das ist umgerechnet die ungeheure Summe von 1,73 Mrd. DM!!) *eingeräumt erhielt, mit einer Laufzeit von mindestens sieben Jahren. Die Zinshöhe, bisher 4 %, wird in bilateralen Verhandlungen festgelegt und voraussichtlich auf 3 % gesenkt."*

Gleichzeitig erhielt die Junta von der SPD/FDP-Regierung *„günstigere Konditionen als 1972 die Volksfrontregierung Salvador Allendes"* („FR", 7.6.75). Schon vorher hatte die SPD versucht, die offene Unterstützung der Junta durch allerlei demagogische Manöver zu kaschieren (z.B., die Kreditsummen dürften nicht zur „Entschädigung" von US-Konzernen verwandt werden, s.a. AK 61).

Inzwischen hat auch die SPD diese Maske fallen lassen. Dummfrech wurde in der SPD-Fraktion und im Bundeswirtschaftsministerium übereinstimmend erklärt, *„man wolle nunmehr Geld sehen"* („FR", 7.6.). Verlogener geht es wohl nicht mehr, wurde durch die Vereinbarungen der Junta ja gerade Zahlungsaufschub gewährt.

Ohne diese Zugeständnisse und Finanzierung von Seiten der Imperialisten stünde Pinochet – und damit seine Terrorherrschaft – schon heute vor dem totalen Bankrott. Die fortschrittlichen Menschen in aller Welt hatten deswegen darauf gedrängt, daß der Junta kein Pfennig zufließt. ●

Chemiekomitee/
KB-Gruppe Hamburg



...ts bereit, auf ...n der ge- ... Unab-

Vietnam feiert den Sieg!

SEITE 3

Portugal: Soares provoziert Machtprobe

Unmittelbar nach der Wahl hatte Soares, Generalsekretär der „Sozialistischen Partei Portugals", PSP, bereits klargemacht, daß die PS nun mit dem Rückenwind einer *„demokratischen Legitimation als Wahlsieger"* versuchen würde, die rasche Entwicklung des revolutionären Prozesses in Portugal zurückzudrehen und eine bürgerliche Demokratie nach westeuropäischem Vorbild durchzusetzen.

So forderte Soares „geheime Wahlen zu den Gemeinderäten", in denen PS-Anhänger bisher kaum repräsentiert sind, weil die antifaschistischen Säuberungen dort von der MDP organisiert worden waren und auf den dazu einberufenen Volksversammlungen überwiegend MDP-Vertreter in direkter Abstimmung gewählt worden waren.

Weiter forderte Soares „Neuwahlen" in der Einheitsgewerkschaft Intersyndical, weil seine Anhänger aufgrund ihres erbitterten Widerstands gegen die Einheitsgewerkschaft überhaupt, in ihren Führungsgremien kaum vertreten sind.

Und schließlich forderte Soares als wichtigsten Punkt, daß der Einfluß der Arbeiterkommissionen (Räte) in Presse, Rundfunk und Fernsehen möglichst ganz beseitigt wird. Insbesondere der letzte Punkt wurde mit großer Demagogie gegen die revisionistische PCP vorgetragen, indem Soares behauptete, die PCP „unterwandere" die Redaktionen.

FORTSETZUNG SEITE 10

2/3 entscheiden sich für die EG-Mitgliedschaft

Schwere Niederlage für die englische Arbeiterbewegung

Mit großer Genugtuung wurde von sämtlichen Regierungschefs der EG-Länder, besonders aber vom englischen Premierminister Harold Wilson, das Ergebnis des Referendums (Volksabstimmung) über die Mitgliedschaft Englands in der EG am 5.6. quittiert. Bei Redaktionsschluß war das vorläufige Ergebnis: Bei 64 ausgezählten von 68 Wahlbezirken hatten sich 67,5% für und 32,5% gegen den Verbleib in der EG ausgesprochen. Die Wahlbeteiligung fiel mit 64% sehr gering aus. Bis auf Nord-Irland, wo das Ergebnis mit 52,1% für und 47,9% gegen die Mitgliedschaft erheblich knapper ausfiel, ist bisher über regionale Unterschiede nichts bekannt. (Angaben nach „Tagesschau" und „Heute" vom 6.6.).

Erste Kommentare nannten das Ergebnis eine „Absage an politischen Radikalismus" (Radke im Auslandsjournal, ARD, 6.6.), bzw. „Absage an eine Diktatur des extremen Labour-Flügels" (ZDF-Korrespondent in Paris, „Heute", 6.6.), unter Bezug auf die teilweise sehr scharf geführte Auseinandersetzung innerhalb der englischen Labour-Partei. Erste Stellungnahmen deuten aber bereits darauf hin, daß es sich dabei mehr um Scheingefechte gehandelt hat. So erklärte Industrie-Minister Benn, der als Wortführer der EG-Gegner für erheblichen Wirbel gesorgt hatte, er sei mit dem Ergebnis durchaus einverstanden. Jack Jones, Vorsitzender der Transportarbeiter-Gewerkschaft, kündigte eine „konstruktive Mitarbeit" in den europäischen Gremien an. Dies war bisher von den englischen Gewerkschaften strikt abgelehnt worden.

So wurden die englischen Arbeiter, die sich an der Gewerkschafts-Basis mit großer Mehrheit gegen die EG-Mitgliedschaft ausgesprochen hatten, wieder einmal durch ihre sozialdemokratischen Führer aufs Kreuz gelegt. Diese hatten der massiven Presse- und Regierungskampagne für die EG nichts entgegengesetzt – außer radikalen Worten. Die Geschichte des Referendums zeigt das sehr deutlich.

- Am 18.3. gab Premierminister Wilson (Labour) im Parlament die „Empfehlung der Regierung" bekannt, bei der geplanten Volksabstimmung über die EG-Mitgliedschaft Englands für den Verbleib Englands in der EG zu stimmen.
- Am 9.4. stimmte dann das Unterhaus mehrheitlich dafür, sich dieser Empfehlung anzuschließen: 396 Abgeordnete waren dafür, nur 170 dagegen.

Begründet wurde diese Empfehlung der einst so glühenden EG-Gegner mit dem angeblich so „günstigen" Ergebnis der Neuverhandlungen über die Mitgliedsbedingungen für England, die am 10. und 11. März in der südirischen Stadt Dublin abgeschlossen worden sind.

Damit hat es die Labour-Regierung, die im März '74 die Regierungsgeschäfte mit ausgesprochen scharfer Kritik an der EG-Mitgliedschaft Englands übernahm, geschafft – einem Chamäleon gleich – ihre EG-Position wieder einmal zu wechseln.

FORTSETZUNG SEITE 2

Flensburg:

100 Faschisten auseinandergejagt!

Zwischen 100 und 150 Faschisten waren am 23.5. nach Flensburg gekommen. Aufgerufen hatte eine „Bürgerinitiative Deutsches Reich" mit einem Flugblatt:
***„Vor 30 Jahren, am 23. Mai 1945 wurde die letzte deutsche Regierung in Flensburg unter entwürdigenden Bedingungen widerrechtlich verhaftet. Durch diesen beispiellosten Banditenstreich von Engländern und Amerikanern wurde das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung beraubt. Das schreckliche, das führerlose, das demokratische Zeitalter brach an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtlosigkeit und Terror."* Geplant war ein Fackelzug zu Ehren des letzten „Führers", des Kriegsverbrechers und Großadmirals Dönitz, der selbst *„aus Altersgründen"* (laut NDR) abgesagt hatte. Unter der Parole: *„das deutsche Reich sind wir"* sollte in Flensburg ein *„Reichstag"* abgehalten werden und eine neue *„Reichsregierung"* gebildet werden.**

Hinter der „Bürgerinitiative Deutsches Reich" stecken die berüchtigten Nazi-Akteure Manfred Roeder aus Bensheim (Hessen), Thies Christophersen aus Kälberhagen bei Flensburg und Karl Heinz Hoffmann aus Nürnberg, die sämtlichst in Flensburg mit von der Partie waren (vgl. auch: „Faschist Hoffmann wegen Uniformtragens vor Gericht" in diesem AK). Die Stadt, für die der faschistische Charakter der Veranstaltung „nicht erkennbar" gewesen war, verbot schließlich nach Pressemeldungen die Nazi-Versammlung.

Da sich die Faschisten bei so einem „Verbot" natürlich trotzdem ungehindert versammelt hätten, mobilisierte die „Aktionseinheit" in Flensburg und der KB gegen die Faschisten. Einem in der Innenstadt mit Nazi-Parolen aufkreuzenden Bus ging dann bei Anwesenheit von 150 Antifaschisten sehr bald die Luft aus. Abends begannen 100 Faschisten vor dem ursprünglichen Versammlungslokal das verbotene „Horst-Wessel-Lied" und „Deutschland, Deutschland über alles ... " zu grölen – und zwar unter dem Schutz der Bullen gegen 500 Antifaschisten, denen sogar das Megaphon abgenommen werden sollte. Nachdem der Druck der Antifaschisten zu groß wurde, lösten die Bullen „komplimentierend" (höflich bittend) die Faschisten-Zusammenrottung auf und forderten, die mitgebrachten Fackeln zu löschen. Nur der Fahnen schwenkende Roeder, der unbeirrt weiter ins Megaphon brüllte, wurde vorübergehend festgenommen. Anschließend wurde von den Antifaschisten Jagd auf die Nazis gemacht. Dabei versuchte der Faschist Hoffmann, mit einem HJ-Messer wild auf Antifaschisten einzustechen. Es konnte ihm allerdings aus der Hand geschlagen werden, so daß nur eine Hose zerrissen wurde.

FORTSETZUNG SEITE 38

Fortsetzung von Seite 1

2/3 entscheiden sich für EG-Mitgliedschaft

Schwere Niederlage für die englische Arbeiterbewegung

Dies ist nicht die erste Drehung um 180 Grad, die die Labour-Party in punkto EG vorführte:

In ihrer Regierungsperiode vor 1970 war die Labour-Regierung Vorreiterin einer EG-Mitgliedschaft. Sie selbst stellte mehrere Beitritts-Anträge bei den EG-Partnern, die allerdings damals vor allem am Widerstand Frankreichs scheiterten.

Nach der Wahlniederlage 1970 entwickelte die Labour-Party in der Opposition angesichts der starken Kritik an der EG in der englischen Arbeiterklasse eine „grundsätzliche" Anti-EG-Haltung, die – mit linken Sprüchen aufgemotzt – zur erneuten Profilierung als „Arbeiterpartei" dienen sollte.

Tory-Regie-…n allerdings …was aufzulok- … als Regierungs- … der Integration …G für die englischen … fortsetzen zu können.

Im Wahlkampf Anfang '74 – nach dem Rücktritt der Tories – trat Labour mit der Wahlkampfparole „Grundsätzliche Neuverhandlungen der Mitgliedsbedingungen" an. Die Forderung „Raus aus der EG" war schon vergessen.

Diese Neuverhandlungen seien jetzt in Dublin „zur Zufriedenheit" (der englischen Imperialisten!) abgeschlossen und man empfiehlt den weiteren Verbleib in der EG.

Die Ergebnisse von Dublin

Die englischen Forderungen an die EG sind wohl weitgehend berücksichtigt worden:

Die Einrichtung des sog. „Regionalfonds für die industrielle Erschließung unterentwickelter Gebiete" und die Auszahlung eines beträchtlichen Teils dieses Fonds an England (28% – s. AK 54). war bereits auf dem „europäischen Gipfel" im Dezember '74 beschlossen worden.

Die englische Regierung hatte eine Änderung des Finanzierungsystems gefordert, da das alte System England insofern benachteilige, als es mehr Beitrag zahlen müsse, als sein Anteil am Bruttosozialprodukt der EG betrage. In Dublin einigte man sich darauf, daß der Beitrag eines EG-Mitgliedes „neu berechnet" wird, wenn Bruttosozialprodukt und Wachstumsrate unter dem Durchschnitt der EG-Länder liegen, was bei England bereits der Fall ist. Es wurde konkret von „teilweiser Rückerstattung des britischen Finanzbeitrages" ab 1978 gesprochen („Welt", 13.3.75).

In Dublin stimmten die anderen EG-Länder der englischen Forderung zu, die Einfuhr neuseeländischer Butter- und Käseerzeugnisse über den bisher auf 1977 festgesetzten Termin hinaus bis 1980 nicht zu beschränken. Das Interesse der englischen Imperialisten an dieser Regelung besteht zum einen in der Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zu den ehemaligen Common-Wealth-Ländern, zum anderen darin, daß die neuseeländischen Agrarerzeugnisse wesentlich billiger sind und nicht zur weiteren Verschuldung Englands bei den anderen EG-Ländern beitragen.

Das Motiv der übrigen EG-Imperialisten, den Forderungen nachzugeben, liegt in erster Linie in der politischen Bedeutung der englischen Mitgliedschaft. Daß man in diesem Zusammenhang der Labour-Regierung helfen wollte, der englischen Arbeiterklasse die gar nicht beliebte EG schmackhafter zu machen, geht aus einer Äußerung von BRD-Außenamtssprecher Pachelbel vor den Dubliner Verhandlungen hervor: *„Wir können den Engländern die politische Entscheidung über ihre Zugehörigkeit zur Gemeinschaft nicht abnehmen. Aber wir wollen einiges tun, um ihnen diese Entscheidung zu erleichtern."* (zitiert nach „Welt", 8.3.75).

Die „Welt" vom 13.3.75 wartete mit der Schlagzeile auf: ***„Englands Ja ist Bonn 250 Millionen wert."***

Auch die Tatsache, daß der westdeutsche EG-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Erziehung, Guido Brunner (FDP), während der Referendumskampagne in mehreren englischen Städten öffentlich für den Verbleib Englands in der EG auftrat, ging in diese Richtung („Welt", 6.3.75). Ebenso der Auftritt von Bundeskanzler Schmidt auf dem Labour-Parteitag, auf dem er unter dem Beifall der Mehrheit der Delegierten den linken EG-Gegnern die Leviten las.



daß
…ner: "Unser Kontinent...

Thyssen-Niederrheinw… Duisburg:

Bereits seit dem … 300 der etwa 2.5… kurzarbeiten. De… reits in der K… der Belegs… Still…

Propaganda-Welle für die EG

Bis zum Referendum flutete auf die englische Arbeiterklasse eine mächtige Propagandawelle zu, die die herrlichen Zukunftsaussichten in der EG in den leuchtendsten Farben malte und vor allem vom Verbleib Englands in der EG eine Stabilisierung der Wirtschaft, die Konsolidierung der Preise, die Abnahme der Arbeitslosigkeit usw., usf. versprach.

Es fehlten aber auch nicht die Drohungen, die massive Strafen für den Fall des Wiederaustritts in Aussicht stellten: So prophezeite die Ministerin für Verbrauch, Shirley Williams, die für den Fall einer Entscheidung gegen die EG ihren Rücktritt angekündigt hatte, daß dann die in England verzehrte Butter um vier Pence (etwa 25 Pfennig) teurer werden würde. Denn um soviel werde die Butter durch die EG subventioniert, was dann ja wegfallen würde. Zucker würde pro Pfund sogar um zehn Pence (also etwa 62 Pfennig) teurer!

Wilson und die pro-EG eingestellten Minister der Labour-Regierung wurden einhellig von der Presse – ob liberal, konservativ oder Labour – für ihre Haltung gelobt. So schrieb der liberale „Guardian" am 13.3.75: *„Aber seine (Wilsons) Leistung ... besteht einfach darin, das Vertrauen, das so viele Engländer in sein persönliches Urteil in ökonomischen Fragen setzen, zu belohnen und dem Land zu sagen, daß die schwärzeste Periode von Englands Nachkriegsgeschichte noch wesentlich schlimmer wird, wenn wir die eigene Isolation von unseren Freunden in Europa wählen."* Insgesamt drohte die bürgerliche Presse mit der rapiden Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, die jetzt schon zunehmend durch Arbeitslosigkeit und Inflation getroffen ist. Den Gipfel an Zynismus leistete sich die Labour-Propaganda-Organisation „Britain in Europe" in einer Zeitungsanzeige: *„40 Millionen Menschen starben in den beiden europäischen Kriegen dieses Jahrhunderts – es ist besser, etwas nationale Souveränität zu verlieren, als einen Sohn oder eine Tochter".* (zitiert nach „Morning Star" vom 6.5.)

Damit wurde das „Ja zu Europa" mit „Verantwortungsbewußtsein" gleichgesetzt, das „Nein" als Isolationismus, Dummheit und Steinzeitmentalität verketzert. Der *„Geist der Gleichheit und europäischer Solidarität"* wurde beschworen: *„.... West-Deutschland glaubt an den sprichwörtlichen commen sense* (gesunder Menschenverstand – AK) *des englischen Volkes und sein ‚Ja' zu Europa"* („Guardian", 13.3.75).

Unter den Kapitalisten selbst warb ganz offen eine Organisation, die sich „European Movement" (Europäische Bewegung) nennt, für die finanzielle Unterstützung der Propagandakampagne. In einer zu diesem Zweck herausgegebenen Broschüre richtete sie sich, wie sie selbst schrieb, an die Kreise, *„die normalerweise gewohnt sind, eine Sache zu unterstützen, die im Interesse ihrer eigenen Geschäfte ist."* Weiter wurde darauf hingewiesen: *„ ... Spenden können als Spesen abgesetzt werden."*

Besonders gemein kommentierte die bürgerliche Presse der BRD die Auseinandersetzungen um die EG. Springers „Welt" brachte dabei Spitzenleistungen. Besondere Schadenfreude bereitete den bürgerlichen Schreiberlingen, daß der „Frontverlauf" zwischen Gegnern und Befürwortern der EG nicht geradlinig ist.

„Zwölf britische Bischöfe sind dafür, sieben Kabinettsmitglieder dagegen. Kommunisten und Rechtsextreme sitzen im gleichen Boot und rufen ‚nein', der sozialistische Regierungschef und die konservative Oppositionsführerin kämpfen Seite an Seite für ein ‚Ja'. Wirtschaftsbosse des Landes verheißen Wohlstand, Gewerkschaftsfunktionäre den Bankrott. Man bezichtigt sich der Lüge, der Fälschung und der Demagogie. Und das ganze verwirrende Schauspiel wird aufgeführt im Namen Europas." Die Gegner der EG sind natürlich durchweg „Spinner".

Ihre alleinige Sorge sei: *„Wie wird denn ... die britische EG-Mitgliedschaft unsere Pornogesetze beeinflussen? ... Und die Königin, was wird aus ihr, wenn wir in der Europäischen Gemeinschaft bleiben?"*

Mit allergrößter Genüßlichkeit zitiert „Welt" dagegen Lord Feather (inzwischen geadelter ehemaliger Vorsitzender des englischen Gewerkschaftsbundes TUC), der offenbar weiß, was er seinem neuen Titel schuldig ist. Er *„erledigt die Bedenken wegen des britischen Souveränitätsverlusts an Brüsseler Eurokraten mit der Feststellung: ‚Souveränität? Was heißt heute eigentlich Souveränität? Tatsache ist doch: die Ölpreise werden seit einigen Jahren nicht vom Britischen Parlament bestimmt, sondern von ein paar kamelreitenden Burschen, die nicht einmal wissen, wie das Wort Souveränität buchstabiert wird.'"* (alle Zitate aus „Welt" vom 21.5.) Treffender konnte wohl niemand die Haltung sämtlicher europäischer Imperialisten gegenüber den Völkern der 3. Welt ausdrücken!

Das Referendum – ein Volksbetrug

Unter den Umständen, daß die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen in dieser Frage – nahezu gleichgeschaltet – pro-EG-Propaganda machten, sich andererseits die „Berufs-Linken" in Labour-Party und Gewerkschaften nur sehr zögernd zu Wort meldeten, kann man von keinem Gleichgewicht der Pro- und Contra-Stimmen sprechen, obwohl in der Bevölkerung die Kritik an der EG nach wie vor sehr groß ist. Dem Referendum wurde propagandistisch eine Bedeutung angedichtet, die seiner praktischen überhaupt nicht entspricht: Denn egal, wie das Referendum ausgefallen wäre:

Das Parlament brauchte sich jedenfalls in seinen Entscheidungen nicht daran zu halten!

Insofern war die Kampagne eine Farce. Ausdrücklich wies Wilson auf die Anfrage von Tribune-Labour-Abgeordneten (der linke Flügel) darauf hin, daß aufgrund der Verfassung kein Abgeordneter verpflichtet werden könnte, sich an das Votum eines Referendums zu halten. Natürlich nicht!

Für die englischen Imperialisten und ihre politischen Parteien war das Referendum aus zwei Gründen wichtig:

1. gab es einen willkommenen Anlaß für eine breit angelegte politisch-ideologische Kampagne mit den oben angegebenen Inhalten: **„Gemeinsinn contra Klassenkampf; gemeinsam mit den eigenen Imperialisten in die „europäische Zukunft"; Förderung des „europäischen Geistes" und Abbau des Klassenbewußtseins innerhalb der englischen Arbeiterklasse; Verstärkung der Angst vor der unsicheren wirtschaftlichen Zukunft; Verbreitung der Ansicht, daß diese Zukunft nur gemeinsam mit den eigenen Imperialisten in der EG gemeistert werden kann usw.**

2. stellte das Referendum einen Test ohne Folgen dar, der Auskunft darüber gab, wie weit eine derartige Kampagne verfängt; wie weit die Labour-Party ihre Manöver ohne Schaden – sprich Entlarvung ihres Charakters in der Arbeiterklasse – überstand.

In der Wirkungsweise des Referendums lag allerdings die Gefahr, daß sich einzelne Abgeordnete – vor allem der Labour Party – durch eine eventuelle mehrheitliche Ablehnung der EG-Mitgliedschaft in ihrem Wahlkreis in Hinblick auf die erwünschte Wiederwahl dem Votum anschließen und im Parlament auch gegen die EG stimmen könnten. Diese Gefahr ergab sich aus der in der Labour-Wählerschaft und -basis noch stark verankerten Ablehnung der EG.

Um dieser lästigen Nebenwirkung aus dem Weg zu gehen, beschloß das Parlament (gegen die Stimmen der Labour-Linken übrigens) eine z e n t r a l e S t i m m e n a u s z ä h l u n g vorzunehmen, in der die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise dann verschwanden ...

Labour-Party – gespalten?

In der Frage der EG-Mitgliedschaft trat die Labour Party nicht einheitlich auf, im Gegenteil, äußerte sich die antieuropäische Fraktion in der Partei öffentlich und ziemlich lautstark gegen die offizielle Regierungspolitik:

Im März unterzeichneten über 120 Labour-Abgeordnete des Unterhauses eine Resolution, in der die proeuropäische Regierungsempfehlung abgelehnt wurde.

Sieben Minister des 22-köpfigen Labour-Kabinetts (also ein Drittel) hatten sich öffentlich gegen die Regierungsempfehlung ausgesprochen.

Die „Linken" Tony Wedgwood Benn (Industrieminister), Michael Foot (Arbeit), Eric Varley (Energie), Barbara Castle (Soziales – B. Castle war es übrigens, die als Labour-Arbeitsministerin 1970 den ersten Entwurf eines Antistreikgesetzes vorlegte!), John Silkin (Planung), Peter Shore (Handel) und William Ross (schottische Fragen).

Der „linke" Staatsminister für Industrie, Eric Heffer, auch zugehörig zur sogenannten Tribune-Fraktion in der Labour-Party, attakkierte Anfang April die Wilson-Regierung öffentlich im Parlament, obwohl Wilson selbst inzwischen im Kabinett durchgesetzt hatte, daß es Regierungsmitgliedern untersagt sei, im Parlament gegen die Regierung Stellung zu nehmen.

Heffer wurde daraufhin aus seinem Amt gefeuert. (Übrigens gehörte Heffer noch Ende der 60iger Jahre zu den eifrigsten Verfechtern des EG-Beitritts!)

Bei der Entscheidung des Parlaments am 9.4.75 darüber, welche Empfehlung man dem Wähler für das Referendum geben sollte, stimmten 396 Abgeordnete für die EG-Mitgliedschaft und 170 dagegen.

Interessant ist die Aufschlüsselung dieser Pro und Contra Stimmen: von den insgesamt 396 Pro-Stimmen kamen nur 138 von Labour Abgeordneten. Die überwiegende Zahl der Pro-Stimmen wurde also von den Konservativen und den Liberalen gestellt.

Die 170 Contra-Stimmen gliederten sich folgendermaßen auf: 145 Labour, 8 Konservative, 11 schottische Nationalisten (in Labour-Richtung tendierende Gruppierung), 6 irische Unionisten. Insgesamt 32 Labour-Abgeordnete blieben der Abstimmung fern bzw. enthielten sich der Stimme.

Die Labour-Fraktion stimmte also mehrheitlich g e g e n die EG-Mitgliedschaft: von insgesamt 315 Labour-Abgeordneten waren lediglich 138 dafür.

In den letzten Wochen vor dem



Gegen den Widerstand der Labour Party und der Gewerkschaften entscheidet sich das Unterhaus am 28.Oktober für den Eintritt Englands in die EWG.

Referendum spielte Industrieminister Benn eine tragende Rolle. Den Startschuß gab ihm quasi der Vorsitzende des staatlichen britischen Stahlkonzerns Sir Monty Finnison mit seiner Drohung, beim Verbleib Englands in der EG 20.000 Stahlarbeiter zu entlassen, um die Stahlindustrie für die EG konkurrenzfähig zu machen. Benn, der vor Jahren auf seinen Adelstitel verzichtet hatte, um im Unterhaus bleiben zu können, reagierte prompt: Die Mitgliedschaft in der EG habe England ohnehin bereits den Verlust von einer halben Million Arbeitsplätzen beschert.

Sehr publicity-wirksam erklärte er im Parlament: „*Die Vorliebe von abgesicherten und gutbezahlten Leuten, wie diesem ehrenhaften Gentleman* (gemeint ist Finnison, Red. AK) *inclusive der gegenwärtigen Oppositionspartei und sogar von Regierungsmitgliedern für Entlassungen, zeigt, daß hinter den vordergründigen Forderungen nach Effektivität ein tiefer Haß gegen die werktätige Bevölkerung steckt.*" (zitiert nach „Morning Star" vom 15.5.) Das waren kraftvolle Worte. Dennoch ist Benn nichts weiter als ein geschickter Demagoge. Seine Alternative war nämlich die Errichtung einer staatlichen Unternehmensbehörde.

Diese soll die direkte Beteiligung an kapitalistischen Betrieben erwerben, Verstaatlichungen durchführen sowie verstaatlichte Betriebe leiten. Die bisherige Praxis der Verstaatlichungen in England zeigte allerdings bereits, daß:

1) Allein die Industriezweige verstaatlicht werden, die für die Kapitalisten nicht mehr genügend Profit abwerfen, also mit Steuergeldern wieder hochgepäppelt werden müssen, und

2) in verstaatlichten Betrieben ebenso kapitalistisch, d.h. auf Kosten der Arbeiter, rationalisiert wird wie in der Privatindustrie.

Dennoch hatte Benn mit seinen Äußerungen sämtliche Pro-Europäer auf den Plan gerufen. Schatzkanzler Healey sprach plötzlich davon – man höre und staune – Benn versuche lediglich, „*ausländische Sündenböcke für unsere eigenen Unzulänglichkeiten zu suchen*". („FAZ", 27.5.75)

Und Innenminister Jenkins stimmte ein: „*Es fällt mir immer schwerer, Tony Benn als Industrieminister noch ernst zu nehmen.*" („Welt", 29.5.)

Vor weniger publicity-trächtiger Öffentlichkeit wußte Benn jedoch alles wieder ins Lot zu rücken. In einem am 3.6. im 3. Programm des Westdeutschen Fernsehens ausgestrahlten Interview mit dem ARD-Korrespondenten Gruber verkünde-

einem am 3.6. im 3. Programm des Westdeutschen Fernsehens ausgestrahlten Interview mit dem ARD-Korrespondenten Gruber verkünde-

te er, gegen die EG habe er ja eigentlich gar nichts. Die „*englischen Werktätigen*" sollten nur „*selber bestimmen*", ob sie in der EG bleiben wollten.

So wie der frühere konservative Premierminister Heath damals den Beitritt Englands einfach über ihre Köpfe hinweg bestimmt habe, das gehe nun mal nicht an. Und Meinungsverschiedenheiten in der Labour-Party seien etwas „*ganz Natürliches*" und nur ein Zeichen für die starke „*Integrationskraft*" dieser großen Volkspartei.

Benn ist nichts weiter gewesen als ein guter Schmierenkomödiant! Aus der spektakulär geführten Auseinandersetzung auf eine Spaltung der Labour Party zu spekulieren, wie es in der bürgerlichen Presse gern gemacht wurde, wäre sicherlich verkehrt. Es handelt sich im Grunde um einen ganz natürlichen und typischen Vorgang einer sozialdemokratischen Partei, der sich allerdings in der englischen Labour Party mit wesentlich mehr Getöse abspielt, als z.B. in der westdeutschen SPD: Einerseits muß die Labour Party als Partei der englischen Imperialisten deren Interessen durchsetzen – d.h. also die Mitgliedschaft in der EG auch beibehalten – andererseits muß sie als „Arbeiterpartei" in gewisser Hinsicht Rücksicht nehmen auf die in der englischen Arbeiterklasse stark verwurzelte Ablehnung der EG.

Für eine sozialdemokratische Partei geht es bei diesem Balanceakt immer darum, nie ganz unglaubwürdig in der Arbeiterschaft zu werden, denn natürlich sind nur glaubwürdige Sozialdemokraten für die Imperialisten brauchbar.

Jede andere Einschätzung solcher Leute wie Foot, Benn, Heffer & Co. – etwa als „ehrlich antikapitalistisch" – würde den Charakter der Auseinandersetzung als S p i e l m i t v e r t e i l t e n R o l l e n verkennen. Die persönliche Geschichte solcher Typen (Castle, Heffer – man könnte ohne Schwierigkeiten für jeden einen entsprechenden Katalog zusammenstellen!) straft sie selber Lügen.

In der englischen Arbeiterbewegung herrscht über diese Zusammenhänge wenig Klarheit. Selbst ablehnende Stimmen waren ja nicht etwa in der politischen Klarheit über den imperialistischen Charakter der EG gegenüber den westeuropäischen Arbeiterklassen und der Dritten Welt begründet. Die Motive lagen vielmehr in der diffusen Angst vor der unsicheren wirtschaftlichen Zukunft. Die Entwicklungsrichtung einer solchen spontanen, wenig bewußten Protestbewegung ergibt sich aus diesem Charakter: Sie kann – geführt von politischen Demagogen – in alle möglichen, den Interessen der Arbeiter entgegengesetzten Richtungen geleitet werden. In dieser Hinsicht gaben sich die „Tribune"-„Linken" schon bisher alle erdenkliche Mühe. So schrieben sie in der Resolution gegen die EG-Mitgliedschaft, die im Unterhaus zur Unterschrift kursierte:

„*Wir, die Unterzeichneten, erachten es als wesentliches Interesse unseres Volkes, jene Rechte wiederzugewinnen, die uns eine ständige Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt streitig machen würde: Das Recht der demokratischen Selbstregierung durch unser selbstgewähltes Parlament, das Recht, Steuern und Lebensmittelpreise selbst (!) festzulegen, das Recht, Handel und Zusammenarbeit mit anderen Völkern in einem weltweiten Rahmen zu suchen. Wir beabsichtigen deshalb, einen Auszug des Vereinigten Königreiches aus dem Gemeinsamen Markt zu propagieren. Unsere Mitbürger fordern wir auf, sich uns anzuschließen.*"
(Nach „Frankfurter Rundschau" vom 20.3.75)

Das sind natürlich nicht die Interessen der englischen Arbeiterklasse, zumal sie noch nie in England „*das Recht, Steuern und Lebensmittelpreise selbst festzulegen*" gehabt hat!

Erstens werden hier bewußt Illusionen und Lügen über den Charakter der gegenwärtigen englischen Gesellschaft und des Staates verbreitet. Zweitens liegt es natürlich überhaupt nicht im Interesse der Arbeiter d i e s e n imperialistischen englischen Staat gegen die Eingliederung in ein übernationales imperialistisches Staatsgefüge zu verteidigen. Das liegt bestenfalls im Interesse der kleinen und mittleren Industrie, die von den Monopolen erdrückt wird!

Im Interesse der Arbeiter liegt es ausschließlich, den Imperialismus mit der Perspektive des Sozialismus zu bekämpfen.

Die Rolle der Revisionisten

Die Rolle der Revisionisten

Auch die englischen Revisionisten der Kommunistischen Partei haben wenig dazu beigetragen, der Arbeiterklasse Klarheit über die grundsätzlichen Perspektiven eines Kampfes gegen imperialistische Zusammenschlüsse zu geben. Zwar berichtete ihre Presse, der „Morning Star", fast täglich im Leitartikel über den Stand der Auseinandersetzungen. Diese Stellungnahmen gingen allerdings nicht über eine Parteinahme für die Labourlinken hinaus. Im Gegegenteil schloß sich der „Morning Star" deren vordergründiger und teilweise stark nationalistisch geprägter Argumentation an. Z.B. gegen die „Bürokraten in Brüssel". Besondere Unterstützung genossen Industrieminister Benn und seine Verstaatlichungspläne: „*Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß darauf bestehen, daß die Regierung die großen Unternehmen mit einem Programm der Nationalisierung aller großen Firmen und Industrien konfrontiert, damit diese für die Menschen statt für private Profitmacher arbeiten. Um das zu erreichen, müssen wir frei von den Fesseln der EG sein.*" („Morning Star" vom 10.5.).

Am 17.5. ließ „Morning Star" den Boss der Transportarbeiter-Gewerkschaft, Jack Jones, in einem halbseitigen Artikel k o m m e n t a r l o s seine Gründe für die Ablehnung der EG ausführen: „*Britannien ist eine Welthandelsnation, sie ist viel stärker von ihrem Handel abhängig als jedes andere EG-Land. Stört man diesen Handel, schneidet man ihn ab, ist das Ergebnis Arbeitslosigkeit ... Die EG ist ein Widerspruch zu dieser internationalistischen Position*".

Die noch vorhandenen Sonderrechte Englands bei der Ausbeutung seiner ehemaligen Kolonien als „Internationalismus" zu bezeichnen, ist schon eine grobe demagogische Provokation!

Solange sich die englische Arbeiterbewegung nicht von derartigen Illusionen samt ihren Verfechtern befreit, wird sie von der Sozialdemokratie mit Unterstützung der Revisionisten nur in weitere Niederlagen geführt werden. ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Vietnam feiert den Sieg!

In allen Teilen Vietnams (sowohl im Norden als auch im gerade befreiten Süden) fanden Mitte Mai große Siegesfeiern, Kundgebungen, Demonstrationen und Volksfeste statt. Ihre Begeisterung und Freude über den endgültigen Sieg im revolutionären Volkskrieg – nach über dreißig Jahren erbitterten und opferreichen Kampfes – brachten die Werktätigen Vietnams durch ihre massenhafte Teilnahme an den von der Befreiungsfront organisierten Manifestationen zum Ausdruck.



Ehrentribüne bei der Siegesparade

Allein in Hanoi, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), „*nahmen über 700.000 Menschen, Arbeiter, Bauern, Kommandeure und Kämpfer der Volksarmee, Kader, Studenten, Schüler und Kinder, an der Festkundgebung teil*" („Peking Rundschau", 27. Mai 75).

In Ho Tschi Minh-Stadt (dem ehemaligen Saigon) „(nahm) *eine Million Menschen ... an der Feier in der gerade befreiten Stadt ... teil*" („PR", 27.5.).

Um die Einheit des vietnamesischen Volkes zu bekunden, nahmen Partei- und Staatsführer aus der DRV an den Festlichkeiten in Ho Tschi Minh-Stadt teil – wie umgekehrt Vertreter der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams zusammen mit ihren Landsleuten in der DRV feierten.

Auf der Massenkundgebung in Hanoi sprach u.a. der Erste Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams, der Genosse Le Duan: „*Heute bejubeln 45 Millionen Menschen in ganz Vietnam mit unendlicher Freude den großen Sieg, den wir in der Generaloffensive, in der Massenerhebung dieses Frühlings errungen haben. Der Aggressionskrieg und die neokolonialistische Herrschaft des US-Imperialismus wurden von uns völlig zerschlagen, und der ganze geliebte Süden unseres Landes wurden befreit.*

Der längste, schwierigste und größte patriotische Krieg in der Geschichte unseres Kampfes gegen ausländische Aggression ist ruhmreich zu Ende gegangen" (lt. „PR", 27. Mai).

In der am 30. April befreiten südvietnamesischen Hauptstadt Saigon waren die Straßen und der Kundgebungsplatz vor dem Gebäude der Militärkontrollkommission mit Fahnen

vietnamesischen Hauptstadt Saigon waren die Straßen und der Kundgebungsplatz vor dem Gebäude der Militärkontrollkommission mit Fahnen

der DRV, der FNL, roten Fahnen und Portraits des Genossen Ho Tschi Minh geschmückt.

Der Führer der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams, Nguyen Huu Tho, sagte auf der Massenkundgebung, daß es „*die schönste Verwirklichung des letzten Willens von Präsident Ho Tschi Minh (sei), den Sieg der Nation in Ho Tschi Minh Stadt (Saigon) zu feiern*" (lt. „PR", 21. Mai).

Auf Transparenten und in den Reden wurden die hauptsächlichen Aufgaben formuliert, die das vietnamesische Volk jetzt zu lösen hat: Huu Tho „*betonte die Notwendigkeit, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, alle konterrevolutionären Akte entschieden zu bestrafen, die Kriegswunden zu heilen, die Produktion wieder aufzubauen und weiterzu-*

teidigen, alle konterrevolutionären Akte entschieden zu bestrafen, die Kriegswunden zu heilen, die Produktion wieder aufzubauen und weiterzu-

entwickeln und eine neue, dem Leben des Volkes dienende Wirtschaft aufzubauen ... alle schlechten Auswirkungen der versklavenden und verderbten Kultur des amerikanischen Imperialismus zu tilgen und eine neue revolutionäre Kultur aufzubauen und zu entwickeln" (lt. „PR", 21. Mai).

Am Schluß seiner Rede ging Genosse Huu Tho auf die Prinzipien der Außenpolitik ein, denen die revolutionäre Regierung Südvietnams folgen wird:

„Die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam verfolgt eine Politik des Friedens und der Blockfreiheit und ist stets bereit, auf der Grundlage der Prinzipien der gegenseitigen Respektierung, von Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität und der Nichteinmi-

der Grundlage der Prinzipien der gegenseitigen Respektierung, von Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität und der Nichteinmi-

schung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder diplomatische, wirtschaftliche, kulturelle und freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern aufzunehmen, welches politische und soziale System sie auch haben mögen (lt. „PR", 21. Mai).

Die Siegesfeiern in allen Teilen Vietnams, die am 15. Mai begonnen hatten, wurden erst am 19. Mai abgeschlossen – an jenem Tag nämlich, an dem sich der Geburtstag des 1969 verstorbenen DRV-Staatspräsidenten Ho Tschi Minh zum 85. Mal jährte. ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



Solidaritäts-Veranstaltungen mit der P.F.L.P.

Hier die Großveranstaltung der Hamburger KB-Gruppe mit etwa 1.500 Beteiligten zugunsten und mit einem Sprecher der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), der hauptsächlichen Kraft der palästinensischen „Ablehnungsfront" (die „Ablehnungsfront" wird von solchen Gruppen und Kräften des palästinensischen Widerstandes gebildet, die die opportunistischen Verbeugungen der PLO-Führung vor den Plänen und Manövern der Imperialisten und der arabischen Reaktion sowie der Sowjetunion im Zusammenhang der „Zusagen" für einen palästinensischen Mini„staat" und der geplanten „Genfer Konferenz" kritisieren und bekämpfen). Andere KB-Gruppen führten mit demselben PFLP-Sprecher ebenfalls Veranstaltungen durch: bisher in Flensburg (150 Beteiligte), Kiel (120. Beteiligte), Göttingen (110 Beteiligte) und Frankfurt (ebenfalls 110 Beteiligte). Weitere Veranstaltungen in anderen Städten werden folgen. – Auf den Veranstaltungen der KB-Gruppen wurden Spendensammlungen zugunsten der PFLP durchgeführt und brachten bisher folgende Ergebnisse: Hamburg – über 18.000 Mark (ohne das noch nicht gezählte Kleingeld), Flensburg – 850 Mark, Kiel – 550 Mark, Göttingen 720 Mark, Frankfurt – 500 Mark. – In seinen Referaten ging der palästinensische Genosse sowohl auf die allgemeine Problematik und die Lage des palästinensischen Befreiungskampfes, die Differenzen innerhalb des Widerstandes ein: einen besonderen Schwerpunkt bildete die Darstellung und Bewertung der aktuellen Kämpfe in Libanon, wo es dem vereinten palästinensischen Widerstand im Bündnis mit der fortschrittlichen Bewegung Libanons gelang, die militärischen Überfälle und Provokationen der faschistischen Falange zurückzuschlagen und sowohl politisch, als auch militärisch an Boden zu gewinnen. Vielfach gab es nach den Reden des KB und des PFLP-Genossen noch z. T. recht lebhafte Diskussionen und Auseinandersetzungen mit einzelnen arabischen und deutschen Freunden der opportunistischen PLO-Politik (wie sie insbesondere von den Revisionisten und dem KBW unterstützt wird). ●

Bilder vom Aufbau





Mit großer Herzlichkeit empfingen kürzlich Schüler und Lehrer der Nationalen Oberschule von Hue eine Delegation des ZK der FNL und der Provisorischen Revolutionären Regierung der RSV. Die Delegation stand unter der Leitung von Rechtsanwalt Nguyen Huu Tho, Vorsitzender des Präsidiums des ZK der FNL und Vorsitzender des Konsultativrates bei der Provisorischen Revolutionären Regierung (1. Reihe 4. v. r.).
unter der Leitung von Rechtsanwalt Nguyen Huu Tho, Vorsitzender des Präsidiums des ZK der FNL und Vorsitzender des Konsultativrates bei der Provisorischen Revolutionären Regierung (1. Reihe 4. v. r.).



Arbeiter begrüßen in Da Nang die Soldaten der Befreiungsfront. Nach der Flucht der Thieu-Truppen gingen sie sofort daran, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Auch in Saigon haben die Arbeiter bereits in vielen Fabriken die Produktion in Gang gebracht. Vor allem werden die Reparaturarbeiten in Fabriken der Nahrungsmittelindustrie verstärkt vorangetrieben, um die in einigen Landesteilen prekäre Versorgungslage rasch zu verbessern (lt. „ND", 29. Mai 1975)



Familien aus dem Gebiet um Da Nang kehren in ihre Heimatorte zurück. Tausende Südvietnamesen waren vom Saigoner Regime mit Mitteln der Gewalt und Hetzpropaganda zwangsevakuiert worden. Doch ein großer Teil der Menschen ist inzwischen wieder zurückgekehrt.



In den Städten, Orten und Gemeinden Südvietnams unternehmen die revolutionären Machtorgane gemeinsam mit der Bevölkerung große Anstrengungen, um das Leben so schnell wie möglich zu normalisieren. Zu den vordringlichen Maßnahmen der Volksmacht gehört die Versorgung der Bevölkerung mit notwenigen Gütern und Lebensmitteln. In der Provinz Tay Ninh werden angelieferte Getreidesäcke abgewogen.



Die rasche Wiederherstellung und Entwicklung der Landwirtschaft wird zu einer existentiellen Frage für das befreite Südvietnam. Die verheerenden Zerstörungen, die der US-Imperialismus angerichtet hat, müssen gleichzeitig behoben werden – wie hier an den Bewässerungsgräben.



Mädchen auf dem Weg zur Schule



Miliz in Saigon – neben den regulären Streitkräften der Befreiungsfront haben bewaffnete Arbeiter, Bauern und Studenten die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften übernommen. Die konterrevolutionären Kräfte halten sich noch in einigen Schlupfwinkeln versteckt und unternehmen vereinzelt auch Überfälle auf die Kräfte der Befreiung. In Saigon – so berichtete unlängst der SPIEGEL – wurden seit dem 1. Mai „elf Soldaten der Befreiungsarmee ermordet".

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

„Der revolutionäre Krieg ist ein Krieg der Volksmassen; man kann ihn nur führen, indem man die Volksmassen mobilisiert, indem man sich auf die Volksmassen stützt."
Mao Tse-Tung

Der Sieg der indochinesischen Völker über die französischen, japanischen und US-Aggressoren und ihre einheimischen Marionetten beweist eindrucksvoll, daß es den Volksmassen auch eines kleinen und schwachen Landes möglich ist, sich vom Imperialismus zu befreien. In einem Jahrzehnte währenden Kampf ist es diesen heldenhaften Völkern gelungen, unter den größten Anstrengungen und Opfern den US-Imperialismus mit dem größten und grausamsten militärischen Vernichtungsapparat, den je ein imperialistischer Staat in der Geschichte besaß, zu besiegen.
Die indochinesischen Völker haben eindrucksvoll die Behauptungen der Imperialisten und ihrer Ideologen über die angebliche Ausweglosigkeit des bewaffneten Kampfes der Völker für ihre Befreiung als Zweckpropaganda entlarvt. Angesichts des Sieges der Völker suchen die Imperialisten jetzt zu allerlei Lügen zuflucht, um ihre Niederlagen zu „erklären".
So erklärt sich die großbürgerliche „FAZ" den endgültigen Sieg des vietnamesischen Volkes folgendermaßen: „Eigenschaften und Verhaltensweisen (auf der Seite des Gegners): Unbeugsamer Siegeswille, menschenverachtende (!) Härte, keine ernste Bereitschaft zum Kompromiß oder gar zum Frieden (!!) ... feste Entschlossenheit, den Hauptgegner – Amerika – bis zum äußersten zu demütigen" (2.5.75). Desweiteren wird der Sieg mit der Unterstützung von außen (Ausrüstung der Befreiungsarmee mit modernsten sowjetischen und chinesischen Waffen) und mit dem „roten Terror", der zu einem „Element der Kriegsführung" der Befreiungstruppen geworden sei, „erklärt".
Die Imperialisten sind darauf angewiesen, derart abstruse Theorien und Lügen aufzutischen, um von dem wahren Charakter der nationalen Befreiungskriege der Völker als Erhebung der breiten Volksmassen gegen die Herrschaft des Imperialismus in ihren Ländern abzulenken.
Die Siege der indochinesischen Völker sind eine erneute glänzende Bestätigung für die Richtigkeit der Lehre vom Volkskrieg, der Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie vom bewaffneten Aufstand auf die Bedingungen eines halbkolonialen, vom Imperialismus abhängigen Landes.
Wir wollen in diesem Artikel die grundlegenden Lehren und Erfahrungen des Volkskrieges zusammenfassen.



Die siegreichen Befreiungsstreitkräfte rücken in Saigon ein

Die siegreichen Befreiungsstreitkräfte rücken in Saigon ein

Die bürgerliche Presse erklärt den Sieg des vietnamesischen Volkes mit einem „unbeugsamen Siegeswillen" einer „menschenverachtenden Härte" und dem angeblichen „roten Terror". Wäre dem tatsächlich so, muß man die Frage stellen, warum nicht der US-Imperialismus diesen Krieg gewonnen hat, war er es doch, der mit „menschenverachtender Härte" für den Terror gegen die Bevölkerung bis hin zur systematischen Massenvernichtung von Millionen Menschen verantwortlich zeichnet.

Stellt man die Frage, warum das vietnamesische und kambodschanische Volk siegreich waren, so gibt es darauf nur eine Antwort: Weil der Befreiungskrieg ein Volkskrieg war. *„Der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes war siegreich, weil er ein gerechter Krieg war. Er wurde geführt für die Unabhängigkeit und die Einheit des Landes, für die eigentlichen Interessen der Nation und des Volkes. Diese gerechte Sache war es, die das gesamte Volk dazu veranlaßte, in den Widerstand zu gehen und alle Opfer für den Sieg auf sich zu nehmen"* (Giap, Volkskrieg, Volksarmee, S. 27).

Der Befreiungskampf des Volkes war erfolgreich, weil er ein Volkskrieg war, mit dem Ziel, das Joch des Imperialismus abzuwerfen und damit die nationale Unabhängigkeit zurückzuerobern und zugleich die feudalen Bodenbesitzverhältnisse auf dem Lande durch die Liquidierung des Großgrundbesitzes, der von den Imperialisten gestützt und aufrechterhalten wurde, zu beseitigen. *„Auf eine einfachere Formel gebracht, bestanden die politischen Ziele* (des Befreiungskampfes – d. Red.) *darin, die beiden Hauptwidersprüche der vietnamesischen Gesellschaft an ihrer Wurzel zu lösen – den Widerspruch zwischen Nation und Imperialismus einerseits, und den Widerspruch im Volk, zwischen den Bauern und der Grundbesitzerkaste, andererseits"* (Giap, S. 39). Es waren diese Ziele, die die Volksmassen für den Befreiungskampf mobilisierten, die das gesamte Volk am bewaffneten Kampf teilnehmen ließen. *„Es ist die Partizipation des Volkes, die das ganze Geheimnis des Sieges ausmacht"* (ebenda).

Die nationale Einheitsfront – Mobilisierung aller Widerstandskräfte

Um den Sieg im Volkskrieg zu erringen, ist es unbedingt erforderlich, eine möglichst umfassende Einheitsfront aller antiimperialistischen und patriotischen Kräfte aus allen Klassen und Schichten des Volkes zu bilden. Die Einheit des Volkes in einer solchen Front ist die unabdingbare Voraussetzung für den Sieg des nationalen Befreiungskampfes. *„Die Frage der Einheit des ganzen Volkes und der Mobilisierung aller Widerstandskräfte stellte sich politisch als Frage der nationalen Einheitsfront gegen die Imperialisten und ihre Handlanger, die Verräter Vietnams"* (Giap, S. 25).

Unter der Losung des Präsidenten Ho Chi Minh „Die Einheit, die große Einheit für den Sieg, den großen Sieg", ging die Partei der Arbeit Vietnams daran, diese Waffe des Volkes im Kampf gegen die Kolonialisten und Imperialisten zu schmieden. 1930 wurde die Liga für die Unabhängigkeit Vietnams gegründet, in der alle patriotischen Kräfte des Landes zusammengeschlossen waren. Auch die 1960 im Kampf gegen den US-Imperialismus und seine faschistische Marionette Diem gegründete Nationale Befreiungsfront Südvietnams (FNL) stellt einen derart breiten Zusammenschluß der Volkskräfte aus den verschiedensten Klassen und Schichten der Bevölkerung dar. *„Unsere nationale Einheitsfront mußte eine breite Plattform bilden. Sie mußte alle Kräfte, die vereint werden konnten, vereinen, alle Kräfte, die neutralisiert werden konnten, neutralisieren, und alle Kräfte, die gespalten werden konnten, spalten. Das Kampfziel richtete sich gegen den Hauptfeind der Revolution, die imperialistischen Eindringlinge"* (Giap, S. 25).



In der Zeit vom 18. bis 28.12.72 vernichteten Raketeneinheiten der Luftverteidigung Hanois 24 strategische US-Bomber vom Typ B-52. Eine dieser Maschinen stürzte in der Hoang-Tham Allee auf ein Wohnhaus (unser Bild)

Mit der imperialistischen Aggression, der Ausbeutung und nationalen Unterdrückung Vietnams durch die französischen, japanischen und zuletzt die US-Imperialisten, trat eine grundlegende Änderung in den bisherigen Klassenbeziehungen der vietnamesischen Gesellschaft ein. Der Widerspruch zwischen dem Imperialismus auf der einen Seite und der vietnamesischen Nation auf der anderen spitzte sich auf das äußerste zu und wurde zum Hauptwiderspruch. Das bedeutet natürlich nicht, daß die bisher vorherrschenden Klassenwidersprüche im Volk, wie die zwischen feudalistischen Großgrundbesitzern und den Bauern, der zwischen Bourgeoisie und Proletariat usw. verschwanden oder aufgehoben waren. Diese Widersprüche bestanden auch weiterhin, nahmen aber angesichts der imperialistischen Aggression einen sekundären, untergeordneten Platz ein.

Es galt, alle Kräfte, alle antiimperialistischen und patriotischen Menschen für die Einheitsfront zu gewinnen und für den nationalen Widerstandskrieg zu mobilisieren.

Diese Front schließt auch bestimmte Teile der nationalen Bourgeoisie und der Grundbesitzer ein. In den „Richtlinien der KP in der Periode der Demokratischen Volksfront 1936 - 1939" wurde von Hô Chi Minh die grundlegende Linie ausgegeben: *„Diese Front ... soll nicht nur das schwer arbeitende Volk, sondern auch die nationale Bourgeoisie umfassen.*

Die Partei muß eine kluge und flexible Haltung gegenüber der Bourgeoisie einnehmen. Sie muß bestrebt sein, sie in die Front einzugliedern, die Elemente, die überzeugt werden können, gewinnen und jene neutralisieren, die neutralisiert werden können. Wir müssen mit allen Mitteln vermeiden, diese Kräfte außerhalb der Front wirken zu lassen, damit sie nicht in die Hände des Feindes der Revolution fallen und die Stärke der Reaktion erhöhen" (Revolution und nationaler Befreiungskampf, Reden und Aufsätze, S. 150).

Diese Klassen können jedoch niemals die Hauptkraft der Einheitsfront bilden, da sie aufgrund ihrer Klassenlage zu Kompromissen und Halbheiten mit den Feinden der Revolution neigen.

Die Geschichte sowohl des chinesischen wie auch des vietnamesischen Befreiungskampfes hat die Erfahrung bestätigt, daß es innerhalb der nationalen Einheitsfront zwei Bündnisse geben muß. Das erste Bündnis ist das der Arbeiterklasse, der Bauern und aller anderen Werktätigen in Stadt und Land. Diese Arbeiter-und Bauern-Allianz bildet die Grundlage und das Herz der Einheitsfront. Das zweite Bündnis ist das zwischen den Werktätigen und Teilen der nationalen Bourgeoisie und der Grundbesitzer und anderen nichtwerktätigen Menschen. Nur wenn die Arbeiterklasse die Rolle des (politischen) Führers der Bauern einnimmt, ist es möglich, auf dieser Grundlage das Bündnis mit den anderen Klassen und Schichten des Volkes einzugehen und eine breite Einheitsfront zu bilden.

„Der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes hat demonstriert, daß der Sieg über einen mächtigen Aggressor nur dann (!) gewährleistet ist, wenn er sich auf eine breite, in sich gefestigte nationale Einheitsfront auf der Basis einer Arbeiter- und Bauernallianz stützen kann" (Giap, S. 26).

Die Frage der revolutionären Führung

Von entscheidender Bedeutung für den Sieg des nationalen Befreiungskampfes ist die Frage der politischen Führung der Einheitsfront. Der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes hat bewiesen, daß allein die Kommunistische Partei in der Lage war, angemessene politische Maßnahmen und Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten der Einheitsfront herzustellen, die der Hauptaufgabe des antiimperialistischen Kampfes dienten. Die führende Rolle der Kommunisten muß sich jedoch durch ihre richtigen Maßnahmen im Kampf selbst erweisen. *„Die Kommunistische Partei kann nicht verlangen, daß die Front sich ihrer Führerschaft unterwirft. Stattdessen muß sie sich selbst als die Organisation erweisen, welche die größten Opfer bringt, als die aktivste und loyalste von allen. Nur dann werden die Massen des Volkes erkennen, daß die Politik der Kommunistischen Partei die einzig richtige ist, und ihr folglich die Führungsposition übertragen"* (Ho Chi Minh, S. 150/151).

Das beinhaltet gleichzeitig, daß die Partei auf ihre Unabhängigkeit in ideologischer, politischer und organisatorischer Hinsicht besteht. Bei ihrer Massenmobilisierung muß sie sich vor allem auf die Massen des werktätigen Volkes, also auf die Arbeiter und Bauern, die die Hauptkraft der Revolution stellen, stützen.

Die Bauernmassen – Hauptkraft der Revolution

In den Ländern der 3. Welt, die vom Imperialismus gewaltsam in einem halbkolonialen Zustand gehalten werden, bilden die Bauern den Hauptteil der Bevölkerung. Der Anteil der landlosen Landarbeiter, die sich den feudalen Großgrundbesitzern verdingen müssen und der Bauern, die nur kleine, für die eigene Ernährung kaum ausreichende, Parzellen ihr Eigen nennen, beträgt oft über 80%.

Die Bauernmassen haben dabei unter der doppelten Bürde von Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus sowie die Großgrundbesitzer durch Pachtsystem, Bodenabgaben, Willkürmaßnahmen, Landvertreibung usw. zu leiden.

Unter der Herrschaft des französischen Kolonialismus machte Anfang der fünfziger Jahre der Anteil der Bauern an der gesamten Bevölkerung 90% aus, es gehörten ihnen aber nur dreißig Prozent der vorhandenen Anbaufläche. Die Großgrundbesitzer und Feudalherren stellten dagegen nur 5% der Bevölkerung, hatten aber zusammen mit den Kolonialisten etwa siebzig Prozent des Bodens in Besitz genommen (Zahlen nach Ho Chi Minh, S. 273).

Der Imperialismus verbündet sich bei der Beherrschung dieser Länder insbesondere mit den reaktionärsten Elementen und Schichten dieser Länder, stützt die feudalen Überreste dieser Gesellschaften und beteiligt sie an seinen Profiten, die er dem werktätigen Volk abpreßt. Die Imperialisten „ *‚verbünden sich vor allem mit den herrschenden Schichten der früheren sozialen Ordnung – mit den Feudalen und der Handels- und Wucherbourge-*

Fortsetzung Seite 6

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Fortsetzung von Seite 5

oisie – gegen die Mehrheit des Volkes. Überall versucht der Imperialismus die vorkapitalistischen Formen der Ausbeutung (insbesondere auf dem Lande), die die Grundlage für die Existenz seiner reaktionären Bundesgenossen bilden, zu erhalten und zu verewigen'" (Mao Tse-Tung, Bd. II, S. 361).

Aufgrund dieser Lage, der Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus und der mit ihm eng verbundenen feudalen Großgrundbesitzerkaste und der Tatsache, daß die Bauern den weitaus größten Teil der Bevölkerung in den halbkolonialen Ländern stellen, werden die Bauernmassen zur Hauptkraft der nationalen Befreiungskriege unter Führung des Proletariats. Sie sind der zuverlässigste und zahlenmäßig stärkste Verbündete der Arbeiterklasse, sie sind die hauptsächliche Truppenreserve im Befreiungskampf und stellen im wesentlichen die finanziellen und materiellen Mittel zur Führung des Krieges. Eine wesentliche Aufgabe der neudemokratischen Revolution im bewaffneten Befreiungskampf der Völker ist die Durchführung der Bauernrevolution, die Befreiung der Bauern vom feudalen Joch auf dem Lande. Umgekehrt hängt die Frage der Kraft und des Sieges im Befreiungskrieg entscheidend von der Lösung dieser Aufgaben ab. Die Durchführung des antifeudalen Kampfes entscheidet darüber, ob sich die Masse der Bauern dem Widerstandskrieg anschließt oder nicht. „*Denn die nationale Frage reduziert sich in einem Kolonialland wesentlich auf die Bauernfrage, das Anwachsen der Widerstandskräfte hing entscheidend von der Agrarfrage ab*" (Giap, S. 24). „*Volkskrieg in einem rückständigen Kolonialland wie dem unsrigen, wo die Bauern immer noch die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, bedeutet im wesentlichen einen Bauernkrieg, der von der Arbeiterklasse angeführt wird. Daher mußte die Mobilisierung und Organisierung des ganzen Volkes praktisch von der Mobilisierung und Organisierung der Bauernmassen ausgehen. Das Landproblem war hier von ausschlaggebender Bedeutung. Leistet man eine genaue und gründliche Analyse des vietnamesischen Befreiungskrieges, so läßt sich dieser im wesentlichen auf eine militärische, demokratisch-nationale Volksrevolution zurückführen. Seine beiden fundamentalen Aufgaben bestanden im Sturz des Imperialismus und der feudalistischen Grundbesitzerklasse. Doch hatte die antiimperialistische Aufgabe den Vorrang*" (Giap, S. 21).



In den befreiten Gebieten baute die Befreiungsfront ein demokratisches Bildungswesen auf – hier Kinder des Dorfes Dong Phong in der Provinz Thai Binh

In den befreiten Gebieten baute die Befreiungsfront ein demokratisches Bildungswesen auf – hier Kinder des Dorfes Dong Phong in der Provinz Thai Binh

In einer Rede vor der Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam sagt Ho Chi Minh 1953: „*Um aber die vor uns liegenden Aufgaben erfüllen zu können, müssen wir die Massen mobilisieren, und das wiederum können wir nur durch eine Bodenreform... Nur durch eine Bodenreform, durch die wir denjenigen Land geben, die es bearbeiten, und durch die Befreiung der Produktivkräfte unseres Landes vom Joch der Feudalherren können wir der Armut und Rückständigkeit bei uns ein Ende bereiten und dadurch gleichzeitig die gewaltigen Kraftreserven der Bauern freisetzen. Das aber bedeutet erhöhte Produktion, die wiederum bewirkt, daß der Widerstandskampf einem schnelleren siegreichen Ende entgegengeführt werden kann*" (Reden und Aufsätze, S. 272/273).

Im Widerstandskrieg gegen die französischen Kolonialisten wurde von der Einheitsfront anfangs die Politik der Senkung der Pachtgebühren verfolgt. Enteignet wurde ausschließlich der Grundbesitz der Kolonialherren und ihrer vietnamesischen Marionetten In einer zweiten Phase wurde dann noch während des Widerstandskrieges unter der Losung „Das Land denen, die es bebauen", die Bodenreform zu Ende geführt. „*Diese Maßnahme förderte enorm die Begeisterung von Millionen von Bauern; sie stärkte sichtlich das Bündnis von Arbeitern und Bauern... und auch die verschiedenen Widerstandsaktionen erhielten einen neuen Anstoß*" (Giap, S. 86/87).

Auch bei der Bodenreform traf die Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei Maßnahmen, um nicht alle Grundbesitzer in das Lager der Feinde der Revolution zu treiben. „*Taktisch wollen wir nach folgender Generallinie vorgehen: sich ganz auf die landlosen und wenig Land besitzenden Bauern stützen, sich mit den mittleren und reichen Bauern verbünden, um der Ausbeutung der Feudalherren Schritt für Schritt und mit differenzierten Methoden ein Ende zu machen und dadurch gleichzeitig den Widerstandskampf zu intensivieren.*" Selbst die „*Großgrundbesitzer und Feudalherren* (wurden) *differenziert und individuell ihrer jeweiligen politischen Einstellung und Haltung entsprechend*" behandelt. Das bedeutet keineswegs eine halbherzige Durchführung der Bodenreform, etwa so, daß Grundbesitzer, die sich der Einheitsfront angeschlossen hatten, „verschont" blieben. Es ging hierbei ausschließlich um die Frage, ob die „*Konfiszierung mit und ohne Entschädigung*" durchgeführt wurde (Ho Chi Minh, S. 272/273). Der Forderung der breiten Bauernmassen entsprechend, wurde die Bodenreform auf dem Lande konsequent vollendet. Das taktische Vorgehen bei der Enteignung (Konfiszierung mit oder ohne Entschädigung) wurde eingeschlagen, um nicht die mit dem antiimperialistischen Kampf sympathisierenden, aber wankelmütigen Grundbesitzer, in das Lager des Imperialismus zu treiben.

Auch die FNL führte im Kampf gegen den US-Imperialismus, der in Südvietnam nach 1954 den Großgrundbesitz durch eine sogenannte „Landreform" wieder einführen ließ, eine Bodenreform durch. „*De facto war diese Landreform* (des USA-hörigen Marionettenregimes von Diem – d.Red.) *eine Wiederherstellung der feudalen Verhältnisse, wie sie vor den Reformen der Viet Minh* (Einheitsfront – d.Red.) *geherrscht hatten. Die Bauern mußten das Land, das sie zum Teil seit zehn Jahren besaßen und bebauten, an die Großgrundbesitzer zurückgeben; sie mußten Pacht zahlen und sollten Land, das ihrer Meinung nach ohnehin ihnen gehörte, kaufen. Die Großgrundbesitzer, die ihr Land seit Jahren nicht mehr gesehen hatten, kamen mit Unterstützung der Regierung zurück und zogen Pacht ein; teilweise verlangten sie Nachzahlungen, die bis auf acht Jahre zurückgingen, wenn es sein mußte, mit Hilfe der Armee... In einer der reichsten Provinzen Südvietnams, in Long An, südwestlich von Saigon, lebten zum Beispiel die Bauern auf winzigen Parzellen und bezahlten 50 bis 75 % (!) ihrer Ernte an die Großgrundbesitzer*" (Horlemann/Gäng, Vietnam, Genesis eines Konflikts, S. 108).



Genosse Giap

Angesichts dieser Lage ist es nicht verwunderlich, daß die FNL schnell die größte Sympathie und Unterstützung der Bauern erhielt. In den befreiten Gebieten wurden die Pachtgebühren erheblich gesenkt, das von den US-Imperialisten und ihren Agenten usurpierte Land wurde an die landlosen und landarmen Bauern kostenlos verteilt. Das Land der mit dem Befreiungskampf sympathisierenden Großgrundbesitzer wurde mit Obligationen der Befreiungsfront, die jetzt nach der endgültigen Befreiung Vietnams eingelöst werden, aufgekauft und an die Bauern verteilt.

An der Durchführung der Bodenreform noch während des Befreiungskampfes, wird der enge Zusammenhang zwischen dem Kampf für die Befreiung des Landes vom Imperialismus und der national-demokratischen Revolution deutlich. Der bewaffnete Kampf des vietnamesischen Volkes war nichts anderes als die Fortsetzung und Durchführung der national-demokratischen Revolution in der ihr vom Imperialismus aufgezwungenen Form des bewaffneten Kampfes. „***Im Widerstandskampf ist unsere Partei nicht von der Linie der demokratisch-nationalen Revolution abgegangen. Deshalb konnten wir das ganze Volk dazu bringen, sich zu erheben, einen Volkskrieg zu eröffnen, sein enormes Potential zu mobilisieren, um den Aggressor zu schlagen*" (Giap, S. 86, Hervorhebung durch Giap). In der Praxis des Volkskrieges bilden Befreiungskampf gegen Imperialismus und Durchführung der neudemokratischen Revolution einen engen Zusammenhang, bedingen einander und verschmelzen zu einem einzigen revolutionären Prozeß. „*Der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes hat demonstriert,... daß die antiimperialistische die antifeudale Revolution bedingt, und sie daher nicht getrennt durchgeführt werden dürfen*" (Giap, S. 24/25).**

„Gibt es keine Volksarmee, dann gibt es nichts für das Volk" (Mao)

Da der Imperialismus nie bereit sein wird, seine Positionen freiwillig zu räumen, um den Völkern ihre Freiheit zu geben, sondern dem Befreiungskampf der Völker seine konterrevolutionären Armeen mit einem riesigen Vernichtungspotential entgegenstellt, vollzieht sich der Befreiungskampf in der Form des bewaffneten Kampfes, dem Krieg. Den imperialistischen Armeen muß das Volk daher eine eigene bewaffnete Gewalt, die Volksarmee, entgegenstellen. Diese Armee neuen Typs unterscheidet sich grundlegend von dem Söldner- und Schergentum der imperialistischen Armeen. Im Kampf um die Befreiung vom Imperialismus ist die Volksarmee vom Volk geschaffen worden und rekrutiert sich ausschließlich aus den besten Kräften des Volkes. Sie kämpft „*nicht um der Privatinteressen einer Minderzahl oder einer kleinen Gruppe willen, sondern für die Interessen der breiten Volksmassen und für die Interessen der gesamten Nation*" (Mao Tse-Tung, Bd. III, S. 250). Alle Soldaten der Befreiungsarmee Südvietnams sind ihr freiwillig beigetreten und erhalten keinen Sold – von einem Hilfsfonds für die Familien abgesehen. „*Sozusagen aus dem Nichts entwikkelt, zählte zu ihren Reihen die Elite der Arbeiter, Bauern, Studenten und revolutionären Intellektuellen. Sie ging aus den nationalen Organisationen der Volksmassen hervor. Entstanden aus dem Volk, hat sie für das Volks gekämpft*" (Giap, S. 27).

Im Gegensatz zu den konterrevolutionären Armeen der Imperialisten hat die Volksarmee neben ihrer Aufgabe, eine Kampftruppe zu sein, auch andere Aufgaben zu erfüllen, die ihren Charakter bestimmen und ihre Verbundenheit mit dem Volk festigen. Jeder Soldat, jede Einheit der Befreiungsarmee, ist gleichzeitig ein politischer Kader, eine politische Zelle, die sich ganz der Erziehung der Massen (z.B. Alphabetisierung) auf kulturellem Gebiet und besonders der Schulung des Volkes auf politischem und ideologischem Gebiet widmet, um so das Bewußtsein der Bevölkerung, das der einzige Garant für den völligen Sieg ist, ständig zu erhöhen. In den befreiten Gebieten unterstützt die Volksbefreiungsarmee die Bauern bei der Errichtung der revolutionären Volksmacht und ihrer Verteidigung gegen alle Angriffe.

Jede Einheit der Volksarmee ist zusätzlich ein Produktionskorps, um sich einerseits weitestgehend in Verpflegung usw. selbst zu versorgen und somit die Belastung für die Bevölkerung gering zu halten und andererseits die Bevölkerung bei der Produktion tatkräftig zu unterstützen. „*Unsere Armee hat bislang immer Hilfsaktionen auf dem Land, in der Produktion oder im Kampf gegen Überschwemmung und Trockenheit durchgeführt. Sie hat streng auf ein korrektes Verhältnis zur Bevölkerung geschaut; hat nie ihre Güter angetastet, sei es auch nur eine Stecknadel oder ein Stück Faden. Vor allem während des Widerstandes hat sie im feindlichen Hinterland alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Leben und Güter der einfachen Leute zu sichern*" (Giap, S. 50).

Ist es verwunderlich, daß eine solche Armee die Zuneigung und Unterstützung der breiten Massen des Volkes gewinnt? !

Fortsetzung Seite 7



Fortsetzung von Seite 6

Die revolutionäre Strategie und Taktik des Volkskrieges

Strategisch gesehen, wurde die Linie eines langdauernden Volkskrieges, in dem alle Reserven des Volkes mobilisiert werden mußten, verfolgt. Die Kräfte des Imperialismus mit einem stehenden modernen Heer, einer Luftwaffe, mit einem großen Verwaltungsapparat usw. waren anfangs den Kräften der Revolution weit überlegen. *„Es blieb also nur die Möglichkeit, den Feind in einem harten langen Widerstand zu zermürben und unsere Kräfte zu erhöhen, bis sich das Kräfteverhältnis auf unsere Seite verlagerte und damit die Niederlage des Feindes beschloß"* (Giap, S. 41).



Bewaffneter Kampf und Entwicklung der Landwirtschaft bilden eine Einheit!

Natürlich setzt sich die Auffassung über die Notwendigkeit eines langwierigen, opferreichen Volkskrieges nicht von selbst im Volk und den Befreiungskräften durch. Die Strategie des langandauernden Krieges erfordert einen ebenso langen Erziehungsprozeß und ideologischen Kampf innerhalb der Volksarmee und im Volk, um aufkommende falsche Tendenzen zu bekämpfen. *„Da kam die Tendenz eines halsstarrigen Defätismus auf. Danach war Vietnam ein wirtschaftlich zu unterentwickeltes und zu kleines Land, als daß es mit seinen unerfahrenen Truppen den Feind wirksam begegnen, noch viel weniger einen langandauernden Widerstand durchhalten könne. Da verbreitete sich die subjekti-*

pen den Feind wirksam begegnen, noch viel weniger einen langandauernden Widerstand durchhalten könne. Da verbreitete sich die subjekti-

vistische Tendenz der Partisanen, die für eine schnelle Entscheidung plädierten. Diese abenteuerliche Tendenz trat kurz nach Kriegsbeginn (gegen die französischen Kolonialisten – d.Red.) *verschiedentlich in einigen Manövern auf, wo man die Notwendigkeit eines Truppenrückzugs zur Schonung des Potentials nicht einsah... Den maximalen Anstrengungen der Partei gelang es, diese Abweichungen zu korrigieren... Die verschiedenen politischen Schulungskampagnen der Partei und der Armee, ebenso die Aufklärungs- und Propagandazüge im Volk haben... den Widerstands- und Durchhaltewillen im Volk verstärkt, den Glauben an den endgültigen Sieg gefestigt, so daß sich die Massen mehr und mehr mit der Linie der Partei, einen langen Widerstandskrieg zu führen, die Befreiung durch eigene Bemühungen zu suchen, identifizieren konnten"* (Giap, S. 91/92).

Die indochinesischen Völker haben wie das chinesische Volk im Befreiungskampf den Bedingungen ihrer Länder entsprechende Kampfmethoden entwickelt.

Die Guerilla oder der Partisanenkrieg ist, besonders am Anfang des Befreiungskrieges, bei dem das Kräfteverhältnis ungünstig für die Revolution ist, die Hauptkampfform der Volksmassen eines wirtschaftlich schwach entwickelten Landes. Die Guerilla erlaubt es, durch überraschende Angriffe mit überlegenen Kräften den Feind zu treffen, ihn in tausenden kleiner Scharmützel zu zermürben und sich gleichzeitig beim Angriff überlegener Kräfte der Imperialisten zurückzuziehen. In dieser ersten Etappe des Befreiungskrieges wachsen durch die militärischen Erfolge und die politische Arbeit in der Bevölkerung die Kräfte der Revolution, die Reihen der bewaffneten Einheiten werden größer, so daß zu Formen des Bewegungskrieges bei Beibehaltung koordinierter Guerilla-Aktivitäten übergegangen werden kann. Im Bewegungskrieg treten bereits größere Verbände der Volksarmee dem Feind gegenüber, leisten ihm auf lokaler Ebene einen Widerstand in Form größerer Gefechte. Bei der weiteren Verlagerung des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Revolution kann in der dritten Etappe des Volkskrieges in großen Offensiven dem Imperialismus die vernichtende Niederlage gebracht werden. Der Beginn dieser letzten Etappe des Befreiungskampfes fiel in Südvietnam etwa mit der erfolgreichen Tet-Offensive der Befreiungsfront im Jahre 1968 zusammen. *„Die Periode der Offensiven und gleichzeitigen Massenerhebungen, die mit dem Tet-Fest 1968 begann, ist die notwendige Endphase des revolutionären Prozesses und die höchste Stufe der organisierten Verbindung von militärischem und politischem Kampf"* (Le Duan, zitiert nach „Kämpfendes Saigon", S. 124). An einer Front von über 1.000 Kilometern griff die Befreiungsfront gleichzeitig an, eroberte 140 Städte, in denen sie von der Bevölkerung wie „heimgekehrte Söhne" empfangen wurde, zerstörte 1.500 Flugzeuge und Hubschrauber und vernichtete 90.000 Feinde, darunter allein 20.000 US-Soldaten. Die faschistische Saigoner Verwaltung brach fast im gesamten Land zusammen. Diese Offensive leitete das Ende des Imperialismus und seiner Marionetten in Südvietnam ein.



Eine notwendige Voraussetzung für den Übergang des Volkskrieges in die Etappe des Bewegungskrieges und der Gegenoffensive ist die Existenz eines befreiten Hinterlandes, in dem die Volksmacht errichtet wurde. Diese Stützpunktgebiete, die in der Endphase des vietnamesischen Krieges sich auf mehr als drei Viertel ausdehnten, sind das Zentrum und die Basis des Widerstandskrieges. Von diesem Hinterland ausgehend, werden systematisch die noch vom Feind besetzten Städte eingekreist, wird die Versorgung der Front mit den notwendigen Gütern sichergestellt usw.

Die indochinesischen Völker haben die revolutionäre Strategie und Taktik des Volkskrieges erfolgreich anzuwenden gelernt. Sie haben in hervorragender Weise bestätigt, was Lin Biao 1965 in seiner Broschüre „Es lebe der Sieg im Volkskrieg" schrieb:

„Die Geschichte hat bewiesen und wird weiterhin beweisen, daß die wirksamste Waffe gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien der Volkskrieg ist. Alle revolutionären Völker werden lernen, einen Volkskrieg gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien zu führen. Sie werden zu den Waffen greifen und lernen, Schlachten zu schlagen, obwohl sie es nie zuvor getan haben, sie werden fähig sein, den Volkskrieg geschickt zu führen, obwohl sie ihn anfänglich nicht gut führen konnten. Der USA-Imperialismus, der wie ein wütender Stier überall anrennt, wird in den lodernden Flammen des Volkskrieges, die er durch seine eigene Handlungsweise entfacht hat, schließlich zu Staub und Asche verbrennen." ●

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P.Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 6o

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14 – 18.3o Uhr

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 – 19.00 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover:
Buchladen E. Thälmann
z. Hd. KB
3 Hannover
Grotestraße 13

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestraße 31

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Berlin 21
Thomsiusstraße 2
Mo. + Do. 17 – 19 Uhr
Sa. 10 – 13 Uhr

Fälschung und Hetze – das Geschäft der bürgerlichen Presse



„Gleich nach der Eroberung Saigons ließen die neuen Machthaber in der City der Stadt dieses Siegesdenkmal errichten. Die Aufnahme wurde jetzt von einem skandinavischen Journalisten mitgebracht."

„Gleich nach der Eroberung Saigons ließen die neuen Machthaber in der City der Stadt dieses Siegesdenkmal errichten. Die Aufnahme wurde jetzt von einem skandinavischen Journalisten mitgebracht."

Eine neue schmutzige Fälschung über das befreite Vietnam erschien am 23.5.75 in der „Frankfurter Neuen Presse" („FNP"), eine CDU-orientierte Lokalzeitung in Frankfurt (siehe obenstehendes Bild mit dem Text der „FNP"). Nicht darum handelte es sich, daß die vietnamesischen Befreiungsstreitkräfte hier ein pompöses „Siegesdenkmal" errichteten – sondern daß sie dieses sog. „Denkmal des Unbekannten Soldaten", welches vom alten südvietnamesischen Marionetten-Regime stammt und der faschistischen Kriegsverherrlichung diente, vom Sockel stürzten und b e s e i t i g t e n. Daß diese Fälschung so schnell aufgedeckt werden konnte, rührt daher, daß andere bürgerliche Zeitungen über dieses Ereignis wahrheitsgetreu berichteten. So z.B. der „Spiegel" in Nr. 22 vom 26.5., S. 90 (siehe das andere hier abgedruckte Foto). Pech, wenn die bürgerliche Presse sich nicht auf alle Fälschungen gleichschalten kann! Die „FNP" hat (natürlich) bislang auch keine Richtigstellung dazu gebracht. ●



Denkmalsturz

– Interview mit Samdech Norodom Sihanouk – Welchen Weg wird das befreite Kambodscha gehen?



Genossen des Roten Khmer marschieren in der befreiten Hauptstadt ein

Das im Pekinger Exil lebende Staatsoberhaupt Kambodschas, Samdech Norodom Sihanouk, beantwortete dem arabischen Korrespondenten Maamar Farah Fragen bezüglich der künftigen Innen- und Außenpolitik des befreiten Kambodscha.

Das Interview wurde in der algerischen Regierungszeitung „El Moudjahid" veröffentlicht und vom West-„Berliner-Extra-Dienst" ins Deutsche übersetzt (27. Mai 75).

Frage: Einige Kreise, vor allem der Massenmedien im Westen, haben ihren Beschluß, die Rückkehr nach Kambodscha hinauszuzögern, politisch interpretiert. Wieweit kann man ihnen Glauben schenken?

Sihanouk: Die westliche Presse und die Kreise der „freien Welt" allgemein verabscheuen mich und empfinden Schrecken vor der kambodschanischen Revolution, die den Sieg über den US-Imperialismus errungen hat. Das „Wunschdenken" dieser Presse und dieser westlichen Kreise besteht in der Vorstellung, daß die revolutionären Khmer Rouge meine Rückkehr nach Kambodscha untersagen.

In dem Augenblick, in dem ich meine Antworten auf Ihre Fragen abfasse, habe ich von den Roten Khmer, den heldenhaften Siegern über den US-Imperialismus, aus Phnom Penh den Text der Resolution erhalten, die sie am 27.4.75 auf ihren Nationalkongreß angenommen haben und in der es u.a. heißt: „Was Samdech Norodom Sihanouk, den Staatschef und Präsidenten der nationalen Einheitsfront (FUNK) von Kambodscha betrifft, so wird dieser auf dem außerordentlichen Nationalkongreß einmütig als ein hervorragender Patriot betrachtet, der einen aktiven Beitrag zur nationalen Befreiung Kambodschas geleistet hat. Der außerordentliche Nationalkongreß bestätigt, daß Samdech Norodom Sihanouk in dieser Eigenschaft in der neuen historischen Etappe Kambodschas und in dieser neuen Gesellschaft Kambodschas Staatschef und Präsident der FUNK bleiben wird".

Zwischen den Khmer Rouge und mir gibt es keine „Streitfrage" und kein Mißverständnis. Seit der Gründung unserer Einheitsfront (FUNK) stand fest, daß die heldenhaften Kämpfer des inneren Widerstands immer alle Verantwortungen für die Verwaltung des Landes behalten würden, daß Norodom Sihanouk Staatschef bliebe und in dieser Eigenschaft als Symbol der nationalen Einheit auf nationaler Ebene sowie der höchste Repräsentant Kambodschas auf internationaler Ebene (zwischenstaatliche Beziehungen, diplomatische Aktivitäten, Public Relations, internationale Gipfelkonferenzen) wäre.

Meine Anwesenheit im Innern Kambodschas ist folglich nicht unerläßlich. Ich persönlich möchte durch mein Fernbleiben von unserer Hauptstadt Phnom Penh meinen Willen dokumentieren, mich nicht in die inneren Angelegenheiten der Roten Khmer einzumischen, die innerhalb unseres Landes sehr wichtige Aufgaben der revolutionären Demokratisierung zu erfüllen haben. Ich werde in Siem Reap in der Nähe der berühmten Tempel von Angkor meine Residenz aufschlagen. Ich werde mich dorthin begeben, wenn die Rollbahn von Angkor, die während des Krieges zerstört wurde, wieder repariert ist. Wenn diese Rollbahn nicht schnell wieder instand gesetzt werden kann, weil das Material fehlt, werde ich auf dem Landwege (über den Ho-Chi-Minh-Pfad), den ich auch 1973 benutzte, in mein Land zurückkehren.

Frage: Können Sie, Majestät, uns – was die innenpolitische Ebene betrifft – etwas Näheres über die Aktivitäten der Königlichen Regierung der nationalen Eintracht, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, sagen?

Sihanouk: Das Kambodscha der FUNK ist stolz darauf, daß es bereits seine wirtschaftliche Unabhängigkeit verwirklichen konnte. Die Kautschuk-Plantagen (die den Franzosen gehörten) und die anderen landwirtschaftlichen, Industrie- und Handelsbetriebe, die Ausländern gehörten, wurden schon nationalisiert. Was die landwirtschaftliche Ebene betrifft, so wird Kambodscha dank der intensiven Arbeit eines ganzen Volkes, das voller Begeisterung ist, wieder zum Exporteur von Getreide, Obst und Vieh. Wir müssen nur unsere Landwirtschaft und unsere Industrie modernisieren und entwickeln, indem wir damit beginnen, den Rückstand aufzuholen, der uns von den anderen entwickelten Ländern der Dritten Welt trennt und auf einen fünfjährigen Krieg zurückzuführen ist, der uns schreckliche Zerstörung gebracht hat und uns von dem aggressiven US-Imperialismus aufgezwungen wurde.

Frage: Könnten Sie das politische Gesicht des Kambodscha von morgen aufzeichnen? Wie sehen Ihrer Meinung nach die neuen Institutionen aus, die geschaffen werden sollen? Wie werden in Anbetracht des Übergangs vom Kriegszustand zum Frieden die Beziehungen zwischen Partei und Staat geregelt werden?

Sihanouk: Unsere Partei ist die FUNK und wird die FUNK bleiben. Bis zur Bildung eines Parlaments in einigen Jahren wird der Nationalkongreß des Volkes von Kambodscha, dem die gewählten Vertreter der Volksorganisationen und Bonzen (die Religion unseres Staates ist der Buddhismus) angehören, die Funktion der „legislativen Gewalt" gegenüber der exekutiven, der Königlichen Regierung der nationalen Einheit (GRUNK), ausüben. Er wird ein- oder zweimal im Jahr tagen. Der Nationalkongreß entwirft die ideologische, politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und diplomatische Linie, die zu verfolgen ist. Die GRUNK wird sich treu an diese Linie halten.

Frage: Was die Außenpolitik anbelangt, so wird Kambodscha nichtpaktgebunden bleiben. Welche Beziehungen werden Sie zu den Ländern, die dieser „Familie" angehören, und vor allem zu Algerien, unterhalten?

Sihanouk: Was unsere Außenpolitik betrifft, so heißt es in der Resolution des Nationalkongresses vom 27.4.75: „Der außerordentliche Nationalkongreß bekräftigt das Festhalten Kambodschas an der Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Paktfreiheit, seine entschiedene Opposition gegen jede ausländische Militärbasis auf dem Territorium Kambodschas, seine Entschlossenheit, gegen jede ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anzukämpfen, ob sie nun militärischer, politischer, wirtschaftlicher, kultureller, sozialer oder diplomatischer Natur ist oder eine sogenannte „humanitäre" Form annimmt. Kambodscha unternimmt alle Anstrengungen und wird auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen, um seine Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und

nehmen, um seine Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und

Lateinamerikas zu festigen und sich in den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und für Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Fortschritt einzugliedern. Ich sage, daß das Kambodscha der FUNK und der GRUNK die arabischen Völker und Staaten immer zu seinen besten Freunden zählen wird.

Das Kambodscha der FUNK und der GRUNK fühlt sich dem revolutionären Algerien besonders verbunden. Unsere beiden Völker haben denselben Weg des bewaffneten Kampfes, der Revolution und der Volksdemokratie gewählt, um die höchsten nationalen Bestrebungen nach völliger Unabhängigkeit, Freiheit, echter Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Fortschritt und allgemeiner Entwicklung des Landes, einschließlich der grundsätzlichen Verwirklichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, zu realisieren. ●



Genossen der Roten Khmer – sie haben Kambodscha befreit, und sie werden die Errungenschaften des Volkskrieges gegen imperialistische Aggressionen von außen und konterrevolutionäre Umtriebe im Innern des Landes zu verteidigen wissen.



1973 reiste Sihanouk in die befreiten Gebiete Kambodschas – hier zusammen mit den Genossen M. Khien Samphan (l.) und M. Hu Nim, dem Informationsminister der GRUNK (r.).

Terror im Baskenland „Ich wiederhole: Sie erfüllen nur ihre Pflicht..."

Seit dem 25. April herrscht im Baskenland der Ausnahmezustand (wir berichteten schon in AK 61 darüber), d. h. es herrscht praktisch Kriegsrecht: hundert- und tausendfache Festnahmen, willkürliche Inhaftierungen, Folterungen, Erschießungen auf offener Straße, Bombenattentate von Rechtsradikalen, nächtliche Hausdurchsuchungen mit Zerstörung der Wohnungseinrichtungen, Sprengung von Häusern und Läden, die „verdächtigen" Personen gehören, usw., usw.

Der Terror der „Sicherheitskräfte" (Guardia Civil, Politische Polizei, usw.) im Verein mit Francos rechtsradikalen Schlägerbanden („Christkönigskrieger") hatte von Anfang an nicht den Charakter gezielter Suche nach Angehörigen der baskischen revolutionären Organisation ETA, (gegen die sich der Ausnahmezustand angeblich richtet), sondern den Charakter massiven Terrors gegen das gesamte baskische Volk. Es geht darum, wie die Polizei in einer langatmigen Erklärung kundtat, die „Infrastruktur der ETA" (d. h. aller Revolutionäre im Baskenland) zu vernichten ... Selbst die bürgerliche Presse hierzulande schreibt: „... *doch werden ETA-Leute von Basken grundsätzlich nicht denunziert*" („FAZ", 30. 5. 75). Die ETA kann sich also wie ein „Fisch im Wasser" unter den Basken bewegen.

Es geht somit dem spanischen Staat um eine „wirkungsvolle" Einschüchterung der gesamten baskischen Opposition und um Ausschaltung ihrer bewußten revolutionären Kämpfer.

Der Terror richtet sich – soweit er gezielt ist – gegen baskische Priester, die für die Sache ihres Volkes eintreten, gegen Rechtsanwälte, die ETA-Mitglieder verteidigen, gegen Buchhändler, die baskische Literatur verkaufen, gegen bekannte baskische Künstler. Wenn den Bullen dabei auch ein ETA-„Fisch" ins Netz geht, so ist das mehr Zufall, da die ETA bekanntlich Erfahrung in „Untergrund"-arbeit hat.

Das Baskenland ist der „wundeste Punkt" der faschistischen spanischen Diktatur. Hier gibt es die kämpferischste Arbeiterklasse und der Einfluß der revolutionären Kräfte ist hier am stärksten entwickelt. Wenn der spanische Faschismus auch nur eine minimale „Liberalisierung" wagen will (um in die langersehnte Gemeinschaften der internationalen Ausbeuter – EG und NATO – aufgenommen zu werden), dann nur unter dem kleinstmöglichen Risiko, d. h. nachdem es ihm gelungen ist, die revolutionären Teile der spanischen Arbeiterbewegung auszuschalten – so jedenfalls ist seine Rechnung ...

Die Madrider Regierung hat sämtliche Vorfälle im Baskenland zum „Staatsgeheimnis" erklärt. Die spanischen Zeitungen dürfen außer den amtlich vorgeschriebenen Meldungen kein Wort berichten: Das Ministerium für Information und Tourismus befahl allen Zeitungen: „*Ich teile Ihnen mit, daß unser Regierungsministerium während der Dauer des Ausnahmezustandes in den betroffenen Provinzen alle Informationen und Kommentare zum Staatsgeheimnis erklärt, die sich auf die laufenden Nachforschungen auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und terroristischer Aktionen beziehen und wir verbieten alles, was gemäß den geltenden Gesetzen, die Kräfte der öffentlichen Ordnung und alles, was mit diesem Ausnahmezustand zu tun hat, durchkreuzen und durcheinanderbringen könnte.*" (Zitiert nach der spanischen reaktionären Tageszeitung „ABC" vom 23. Mai)

Trotz dieser Informationssperre sind die Nachrichten, die ins Ausland gelangten (d. h. nach Westdeutschland), schlimm genug:

- Der baskische Priester Ercequia, der im Polizeikommissariat von Bilbao aufs schwerste mißhandelt wurde, liegt seit Tagen im Zustand der Agonie (todesähnlicher Bewußtlosigkeit). Als selbst Papst Paul VI sich bemüßigt fühlte, eine rührselige Botschaft für diesen gefolterten Priester von seinem Heiligen Stuhl loszulassen, erwiderten ihm die baskischen Priester in einer einmütigen Erklärung, daß es jetzt mit „*Segnungen und Grüßen nicht mehr getan*" sei! Der Bischof Añoveros von Bilbao (ebenfalls Opfer terroristischer Anschläge) hat öffentlich angekündigt, die Verantwortlichen für diese Folterung, nämlich den spanischen Innenminister Hernandez, sowie den Zivilgouverneur der Provinz Bilbao und eine Reihe von Angehörigen der Guardia Civil zu exkommunizieren, d. h. aus der katholischen Kirche auszustoßen. So nichtig diese Androhung unter „aufgeklärten Mitteleuropäern" scheint, ist sie zumindest ein Akt des unübersehbaren Protestes und der Parteinahme im „katholischen Spanien".

Es wurde bekannt, daß auch die beiden Priester Cia und Calzada, die am 9. Mai verhaftet wurden, schwer gefoltert worden sind. Insgesamt sollen zehn baskische Priester, insbesondere Arbeiterpriester, inhaftiert worden sein.

- In Canal bei Guernica zündeten maskierte Faschisten das Pfarrhaus des Arbeiterpriester Arien an. Der Pfarrer konnte sich retten.
- In Mungia verhaftete die politische Polizei, als sie Pfarrer Madariaga nicht finden konnte, eine seiner Mitarbeiterinnen und gab bekannt, sie nicht eher freizulassen, bis sie (unter Folter – versteht sich) das Versteck des Priesters preisgegeben habe ...
- In Ondarroa wurde der Arbeiterpriester Inamol Oruemazaga auf offener Straße aus einem Auto beschossen. Einen Tag zuvor hatten sich als „Polizei" ausgebende Personen an seine Wohnungstür geklopft und als er nicht öffnete, einfach durch die Tür geschossen.
- Am 25. Mai wurde der 19-jährige Student Luis Arriola von den Bullen der Guardia Civil in Ondarroa erschossen. Er hatte zusammen mit anderen Studenten und seinen Lehrern seine bestandene Prüfung gefeiert und die Gruppe war dann singend an der Kaserne der Guardia Civil vorbeigezogen (es heißt sie haben baskische (!) Lieder gesungen). Die Gruppe wurde von der Guardia Civil beschossen und Arriola verletzt in die Kaserne verschleppt. Am nächsten Morgen wurde seiner Mutter von einem Gerichtsangestellten lapidar sein Tod mitgeteilt!
- In Valladolid wurde Professor Peces Barba, ein führender Sozialist, zusammen mit mehr als 20 Personen während eines Essens, das schlimmerweise nicht bei der Polizei genehmigt worden war, verhaftet, später allerdings wieder freigelassen.

Der Zynismus der spanischen „Ordnungskräfte" gegenüber all diesen Vorfällen kennt keine Grenzen, wie aus folgender Ansprache des Generalkapitäns der 6. Militärregion, Mateo Prada (San Sebastián) hervorgeht. Er sagte während eines Besuches in den Kasernen der Guardia Civil und der Bewaffneten Polizei in San Sebastián: „... *Ich weiß, daß Sie harte Zeiten durchmachen, aber Sie wissen selbst genau, daß die Pflichterfüllung Opfer verlangt. Ich beglückwünsche Sie, weil ich weiß, daß Sie bei der Erfüllung Ihrer Aufgabe, Frieden und Ordnung in unserem geliebten Vaterland herzustellen, keinen Haß oder Groll zu empfinden, sondern nur Ihrer Pflicht nachzukommen. Sie tun das in Übereinstimmung mit allen Menschen. Sie brauchen nicht erst diese Übereinstimmung zu suchen, denn Sie handeln menschlich und christlich, Sie wollen in Ruhe und Frieden leben. Ich wiederhole es immer wieder, Sie erfüllen Ihre Pflicht ohne Haß und Groll.*

Als Generalkapitän dieser Region beglückwünsche ich Sie aufs wärmste, auch im Namen der Streitkräfte dieser Region. Zwar ist es nicht Aufgabe der Armee, die öffentliche Ordnung zu sichern, aber Sie sollen wissen, und ich möchte Ihnen das versichern: Hinter Ihnen stehen wir ..." (zitiert nach „ABC", 23. Mai 1975).

Deutlicher braucht man nicht zu sagen, daß die Armee jederzeit für ein Eingreifen bereitsteht. Nun hat die (revisionistische) Kommunistische Partei Spaniens (PCE) in ihrem Zentralorgan „Mundo Obrero" (=Arbeiterwelt) eine Stellungnahme zum Ausnahmezustand im Baskenland veröffentlicht, in der es u. a. heißt: „*Bedeutet das alles* (also der staatliche Terror, etc. – AK), *daß es keinen anderen Ausweg aus der Diktatur gibt, als den der Gewalt, der vom Frankismus geschürt wird? In keiner Weise! Es gibt einen anderen Weg, der dem Land weitere Leiden und Schmerzen ersparen kann. Die Lösung liegt in den Händen des Volkes und der*

Fortsetzung Seite 10

Spanien:

Der Imperialisten liebster Musterknabe

Wieder einmal gab es „hohen" und „höchsten" Besuch für Spaniens Faschisten. Diesmal war's der erste Vorsitzende aller Volksfeinde, US-Präsident Ford, der vom NATO-Gipfel in Brüssel auf Mittelmeer-Tournee ging und dabei auch „neuen Glanz" für Spaniens scheintoten Regierungschef und seine Camarilla brachte. Nach der „*mit schrecklicher Präzision*" („F.R.") durchgeführten Himmelfahrt des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco waren die Sicherheitsmaßnahmen für Fords kurze Fahrt in offener Limousine durch Madrid Seite an Seite mit Franco total: ganze Heerscharen der Guardia Civil, sechs Bataillone Infanteriesoldaten, Sicherheits- und Militärpolizei, Francos Leibwache zu Fuß und zu Pferd. Dazu 180 amerikanische Sicherheitsbeamte sorgten für ihr heiles Durchkommen. Die wenigen Neugierigen am Straßenrand sahen sich das Schauspiel mit kühler Distanz an.

In seiner Begrüßungsansprache noch auf dem Militärflughafen tönte Ford: „*Ich habe Vertrauen in Spanien. Das Land hat seinen selbstverständlichen Platz in der transatlantischen Welt. Mein Besuch ist vor allem eine Anerkennung Spaniens als Freund und Partner. Unsere Nationen suchen beide Frieden, Fortschritt und Freiheit.*"

Vielmehr als Worte der Anerkennung konnte Ford den spanischen Faschisten nicht bringen, denn die von den USA auf dem NATO-Treffen in Brüssel geforderten Integration Spaniens in die NATO war – wie vorherzusehen – von den nordischen Ländern (Holland, England, Dänemark, Norwegen) abgelehnt worden. Die spanische linientreue Tageszeitung „La Vanguardia" schreibt zu diesem Ergebnis der NATO-Tagung: „*Heute (23.5.) haben sich die europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten geweigert anzuerkennen, daß die von den USA benutzten Militärbasen in Spanien ein Beitrag zur Verteidigung und Sicherheit der europäischen Nationen sind. Das Scheitern des amerikanischen Versuchs, diesen indirekten Beitrag in dem Schlußkommunique des Treffens der Verteidigungsminister der NATO hervorzuheben, beweist, daß diese Organisation weiterhin nichts von Spanien wissen will. Trotz Portugal (!), trotz Griechenland und der Türkei. Trotz diesem und vielem anderen mehr*" („La Vanguardia", 24.5.75).

Der Text im Schlußkommunique der NATO-Tagung heißt: „*Der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten hat seine Kollegen über den aktuellen Stand der bilateralen Vereinbarungen bezüglich der Militäreinrichtungen in Spanien durch die Streitkräfte der USA unterrichtet und man einigte sich, daß diese Vereinbarungen außerhalb der NATO verbleiben.*"

Spanien drängt sich zur Zeit nicht übermäßig in die NATO, jedenfalls nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen. In den seit Monaten dauernden Stützpunkt-Verhandlungen mit den USA wollen die spanischen Faschisten offenbar wesentlich bessere Gegenleistungen für die amerikanischen Militärbasen erreichen. U.a. wird genannt: mehr Wirtschaftshilfe, moderne Waffen (und nicht veraltete wie bisher). Es heißt, daß Spanien sonst mit der Verringerung der US-Basen „droht". Insgesamt verlangt die spanische Seite mehr „*konkrete und praktische Anerkennung*" des „*Verteidigungsbeitrages*" auch durch die anderen europäischen Staaten, denn Spanien sei „*zweifellos einer der Pfeiler, auf die sich die Existenz der freien Welt gestützt hat*", so Ministerpräsident Arias bei seiner Tischrede vor Ford.

Die spanischen Faschisten wissen, daß ihr „Marktwert" bei der Verteidigung der „freien Welt" – besonders seit den portugiesischen Ereignissen – gestiegen ist. Und die Hemmungslosigkeit, mit der insbesondere der US- und der BRD-Imperialismus dieses international verachtete Regime hofieren, bestätigt sie darin. Es sei hier nur an den Besuch Außenminister Genschers Anfang April in Madrid erinnert, und zuvor von F.J. Strauß, sowie den Besuch einer US-Senatoren-Delegation bei allen „Größen" des Regimes (siehe dazu AK 60).



Zwei Männer, die sich verstehen: der spanische Generalstabschef Villaescusa und der (groß) deutscheGeneralleutnant Hildebrandt. Springers Welt„" brachte zu diesem Foto folgende Bildunterschrift:

EK-1-Träger unter sich: Spaniens Generalstabschef Emilio Villaescusa unterhält sich in Madrid mit dem deutschen Heeresinspekteur, Generalleutnant Horst Hildebrandt, der als Vertreter der Bundesrepublik an der Parade zum 36. Jahrestag des Sieges der Franco-Truppen im spanischen Bürgerkrieg teilnahm. Beide sind Träger des deutschen EK 1 (Eiserne Kreuz 1. Klasse), beiden wurde es im Zweiten Weltkrieg verliehen. Der spanische Generalleutnant erhielt den Orden als Hauptmann und Mitglied der spanischen „Blauen Division", die im Rußlandfeldzug an der Seite der deutschen Wehrmacht kämpfte. Während er das Kreuz aus jener Zeit in voller Größe auf dem Rock trägt, verbannte der deutsche General das EK 1 in die Ordensspange.

„Menschen machen zuweilen auch Fehler"

Mit dem Kommentar „*Menschen machen zuweilen auch Fehler*" und es war halt ein „*Betriebsunfall*" äußerte sich der ehemalige „Arbeiterführer" und heutige sozialdemokratische Kriegsminister Georg Leber zur Teilnahme seines Heeresinspekteurs Hildebrandt an der „Siegerparade" in Madrid. Generalleutnant Horst Hildebrandt hatte sich zu einem „Routinebesuch" vom 24. - 27.5. in Madrid aufgehalten. Eingeladen war er vom spanischen Generalstabschef Villaescusa Quilis. Er hatte „Gespräche" im Heeresministerium, besichtigte militärische Einrichtungen (!?), sogar ein Empfang bei Franco lag im Programm drin. Ein Besuch also eines der höchsten westdeutschen Militärs in Spanien mit durchaus sehr „offiziellem" Charakter.

Für Hildebrandt war es im Rahmen seines Auftrages offenbar das Selbstverständlichste von der Welt, an der Militärparade teilzunehmen, die die spanischen Faschisten zum 36. Jahrestag ihres blutigen Sieges über die 2. Republik feiern. Als „*ein Gast, der in eine unverhoffte Situation gerät und nicht unhöflich sein wollte*", nahm Hildebrandt in vollem Ornament und von den spanischen Fernsehkameras immer wieder groß ins Bild gerückt, an der Parade teil. Na, was tut's auch, ihm sei ja bekannt gewesen, „*daß üblicherweise die Militär-Attachés aller in Madrid akkreditierten diplomatischen Vertretungen an der Parade teilnehmen*" („FAZ", 28.5.75).

Die Identifizierung mit den spanischen Faschisten, die durch Hitlers Bomber und seine „Legion Condor" entscheidende Schützenhilfe erhielten, war wohl etwas zu krass ausgefallen, so daß Hildebrandt einen kleinen Rüffel einstecken mußte.

Bezeichnend sind die „kritischen" Kommentare aus den Reihen der Bundestagsparteien. Pawelczyk, SPD-Militär-Experte und Bundestagsabgeordneter meinte: „*Es darf meines Erachtens nach keine Handlung geben, die den Eindruck (!) erweckt, als ob die Bundesrepublik an einer Stabilisierung des derzeitigen politischen Regimes in Spanien interessiert sei. Gerade die Teilnahme an einer Parade, mit welcher der Sieg eines diktatorischen Regimes über eine freigewählte Republik gefeiert wird, muß zu Fehlinterpretationen (? !) führen.*"

Der FDP-Militärexperte Oberst Lothar Krall meinte gar: „*Wenn er* (Hildebrandt - d.Red.) *jedoch von sich aus teilgenommen hat, halte ich das im derzeitigen Stadium der Diskussion über eine NATO-Mitgliedschaft Spaniens nicht für zweckmäßig (!)*" („FR", 27.5.75). Die Sache war ja an sich schon o.k., aber ein bißchen mehr Image-Pflege meine Herren, bitte...!

Selbstverständlich wird Herr Hildebrandt, Träger des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, weder „*umgehend in den einstweiligen Ruhestand*" versetzt (so Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul an ihren „Schorsch" Leber) noch wird er sofort entlassen werden (so DKP-Vorsitzender Herbert Mies in einem Telegramm an Leber). Herr Hildebrandt wird bleiben wo und was und wie er ist. Denn für den westdeutschen Imperialismus und dessen Beziehung zum faschistischen Spanien ist er goldrichtig. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Terror im Baskenland

Fortsetzung von Seite 9

Streitkräfte (!). Ohne die aktive oder passive Unterstützung könnte das Franco-Regime nicht das tun, was es tut. Für wen und für was sterben Mitglieder der Guardia Civil, Zivilisten und Priester in Euzkadi? Für wen und warum kämpfen die Sicherheitskräfte gegen Arbeiter und Studenten? Um ihre eigenen Interessen zu verteidigen? Nein! Um eine Familien- und Polit-Clique zu verteidigen, eine Gruppe von korrumpierten Geschäftsleuten, die sich allesamt auf eine ruhige Zukunft außerhalb von Spanien vorbereiten und die ohne weiteres diejenigen in der Patsche sitzen lassen, die sich einsetzen, die Ordnung zu verteidigen.

Der Patriotismus selbst verlangt von denen, die die wirkliche Macht in ihren Händen haben, daß sie sich auf allen Ebenen mit den Demokratischen Juntas in Verbindung setzen, um die Übergabe der politischen Macht an die demokratische Opposition einzuleiten. Diese ist die einzige Kraft, die in Spanien außer der Freiheit ein System des zivilen Zusammenlebens sichern kann und die der Gewalt und der Unordnung ein Ende machen kann. Jede Woche, jeder Monat, den das hinausgezögert wird, bedeutet eine schwere Bedrohung für den zivilen Frieden" („Mundo Obrero", 4. Maiwoche 75).

Bei soviel Verständnis für alle Greueltaten der (irregeleiteten) „Sicherheits"kräfte und der Armee ist es tatsächlich schon nicht mehr zu verstehen, wieso der Franco-Faschismus nicht schon längst in den Pakt eingewilligt hat. Die PCE verspricht doch unzweideutig, wir sind die bessere Ordnungskraft ... Es ist einfach jämmerlich, wie die PCE-Führung vor den faschistischen „Ordnungs"kräften auf den Knien liegt, während diese ihre eigenen Mitglieder einkerkert und foltert!

Doch der spanischen Bourgeoisie ist ein Pakt mit der PCE trotz der kratzfüßigen Haltung und der „freundlichen" Apelle ihrer Führung nicht geheuer und zwar wegen ihres beachtlichen Einflusses in der spanischen Arbeiterklasse und des Drucks, der sich daraus auf die Führung der PCE ergeben kann. So werden die Revisionisten möglicherweise auch in Spanien in der Zeit nach Franco das „Schicksal" ähnlicher revisionistischer Parteien erleiden: alle Positionen der Arbeiterklasse, alle Prinzipien des Marxismus über Bord geworfen zu haben und dafür nichts weiter zu erhalten, als – einen Tritt in den Arsch. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

130 000 streiken in Madrid

Zum 4. Juni hatten (nach Darstellung der westdeutschen Presse) die (illegalen) Arbeiterkommissionen, die „Demokratische Junta Spaniens" und mehrere kommunistische Organisationen (u.a. auch O.R.T.) die Arbeiter von Madrid zum Generalstreik gegen das Franco-Regime aufgerufen. Dieser Generalstreik ist ein Akt der Solidarität mit dem baskischen Volk, über das der spanische Staat den Ausnahmezustand verhängt hat. Die Teilnahme der „Demokratischen Junta" (die von der revisionistischen PC geführt wird) an einer Aktionseinheit auch mit revolutionären Organisationen ist alles andere als der „Normalfall", besonders seit die Revisionisten im Rahmen ihres offenen Paktes mit der Bourgeoisie auf Zurückdrängung der Revolutionäre und die Schwächung der außerordentlich kämpferischen Arbeiterkommissionen orientieren. Die PCE hatte sich z.B. gegen den großen Generalstreik Mitte Dezember '74 im Baskenland gestellt und öffentlich demobilisiert ... vergeblich freilich: Am Streik beteiligten sich um 200.000 Menschen.

Die Parolen, unter denen jetzt in Madrid gestreikt wurde, waren: „Ge-
und öffentlich demobilisiert ... vergeblich freilich: Am Streik beteiligten sich um 200.000 Menschen.

Die Parolen, unter denen jetzt in Madrid gestreikt wurde, waren: „*Gegen Arbeitslosigkeit, gegen Lohnstop – für 600 Peseten Tagesmindestlohn (etwa 27 Mark), für freie Gewerkschaften, für Streikrecht, Amnestie der politischen Gefangenen – für die Freiheit!"* (nach SZ, 6.6.75).

Während die spanische Presse nur von wenigen tausend Streikenden schreiben durfte, gab das Streikkomitee eine Zahl von 130.000 Streikenden an. In einigen Fabriken gab es Totalstreiks wie z.B. bei den traditionell sehr kampfstarken Kollegen von Standard Electrics. In den meisten Betrieben soll es zu Kurzstreiks bis zu zweieinhalb Stunden, sowie zu Schweigeminuten und Versammlungen gekommen sein, in denen Erklärungen verlesen wurden.

Versuche der Kollegen, eine Demonstration zu formieren, wurden offenbar durch ein riesiges Polizeiaufgebot verhindert.

70 Schulen wurden aus Solidarität lahmgelegt, weil kein Lehrer zum Unterricht erschien.

In der Telefongesellschaft knüppelte die Polizei Versammlungen der Kollegen auseinander, ebenso in einer Reihe anderer Betriebe. 300 bis 400 Streikende sind nach Angaben des Streikkomitees verhaftet worden! („SZ", 6.6.75).

Auch Gruppen von Intellektuellen, Schauspielern, Studenten hielten antifaschistische Versammlungen ab, bis sie jeweils von der Polizei aufgelöst wurden.

Ein vierköpfiges bewaffnetes Kommando soll einen Brandanschlag auf
ten antifaschistische Versammlungen ab, bis sie jeweils von der Polizei aufgelöst wurden.

Ein vierköpfiges bewaffnetes Kommando soll einen Brandanschlag auf das Verlagsgebäude der stockreaktionären Zeitung „YA" verübt haben, wobei ein Genosse von einem Wächter verletzt und dann verhaftet wurde. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spanien:

Mord durch Genickschuß

Am 27. Mai wurde eine westdeutsche Touristin, die sich mit ihrem Wagen auf der Autobahn von San Sebastian (Baskenland) zur französischen Grenze befand, während einer Wagenkontrolle durch Genickschuß von der Guardia Civil lebensgefährlich verletzt. Sie starb wenige Tage später. Die Darstellung des Vorfalls durch die Schwiegertochter der Getöteten, die den Wagen fuhr, ist folgende:

Sie hatte das Haltezeichen der Polizei nicht auf sich bezogen, sondern auf die Wagen, die die Ausfahrtstraße benutzen wollten, da dort schon viele Fahrzeuge hielten. Als plötzlich ein Polizist auf ihren Wagen zulief, bremste sie. Noch bevor das Auto ganz stand, schoß der Bulle durch die Scheibe des Seitenfensters der Beifahrerin in den Hals!

Vor kurzem war im Baskenland schon mal ein junger Mann, der bei einer Straßenkontrolle nicht schnell genug gehalten hatte, von den Bullen getötet worden. Im Zusammenhang mit der Ermordung der westdeutschen Touristin übergab der Botschafter der BRD in Madrid, Georg von Lilienfeld, dem spanischen Außenministerium eine Protestnote. Inzwischen hat die spanische Regierung dem Botschafter gegenüber „das tiefste Bedauern" über den Tod der Frau Leckelt ausgedrückt. Das spanische Innenministerium werde aufgefordert – heißt es in dem Schreiben – den Fall zu „untersuchen" und die Frage des Schadensersatzes zu klären („Süddeutsche Zeitung", 6.6.75). Man will sich ja schließlich nicht das Geschäft mit den Touristen versauen!

Das Hausblatt der spanischen faschistischen Einheitsbewegung, „Arriba", mokiert sich über das „*Unverständnis*" des westdeutschen Botschafters „*während der notwendigen Härte eines Ausnahmezustandes*" („SZ", 6.6.75).

Was die „Untersuchung" des Falles Leckelt anbetrifft, so kann sie sich auf ein gutes Vorbild stützen: Auf Gran Canaria wurde jetzt gerade ein Polizist freigesprochen, der einen Touristen unter ähnlichen Umständen erschossen hatte. Wie man sieht, handelt der spanische Staat kein Deut anders als der westdeutsche, wenn sich der letzte auch „demokratisch" tituliert. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Soares provoziert Machtprobe

Fortsetzung von Seite 1

In der weiteren Entwicklung wurde dann sehr schnell deutlich, daß es der PSP keineswegs nur um die Presse ging, sondern, daß sie sich insgesamt der Entwicklung der Arbeiterkommissionen und der Rätebildung in anderen Bereichen entgegenstemmen wollte. Da die Räte aber vom größten Teil der Streitkräftebewegung (MFA) unterstützt wird, suchte Soares in dieser Frage die Konfrontation mit dem MFA.

Den Auftakt zu dieser Konfrontation bildete die Auseinandersetzung um die Zeitung „Repùblica" (siehe dazu besonderen Artikel in diesem AK).

Der besondere „Trick" der PSP bestand darin, daß mit Begriffen wie „kommunistische Unterwanderung", „kommunistische Nachrichtenmanipulation" usw. suggeriert werden sollte, die PCP habe diese Angelegenheit planmäßig vorbereitet und generalstabsmäßig durchgeplant.

Auf diese Weise sollten antikommunistische Vorurteile mobilisiert werden, um die demokratischen Rechte der Druckarbeiter abzubauen. Auf der von der PSP organisierten Demonstration gegen die Schließung der „Repùblica" führte Soares aus, wozu die „*maßlose Aufbauschung der Angelegenheit*" (Regierungserklärung vom 21.5.75) dienen sollte: „*Wir sind die größte Partei Portugals. Der Revolutionsrat* (des MFA) *muß also sagen, ob er auf die Mehrheit gestützt, die wir repräsentieren, oder gegen diese Mehrheit regieren will... Auf welcher Seite ist das MFA?*" („Le Monde", 23.5.)

Hatte sich die PS den Wahlsieg dadurch erschlichen, daß sie sich als „*mächtigsten, wenn nicht einzigen Verbündeten des MFA darstellte*" (Dokument der Politischen Kommission des Revolutionsrats), und einen hemmungslosen Gebrauch „linker" Demagogie machte, so schaltete sie nach der Wahl sogleich um und versuchte, dem MFA Bedingungen zu stellen.

„Sie (die PS) kann schlecht ihr Mißtrauen gegenüber der Beschleunigung des revolutionären Prozesses verhehlen", heißt es in dem oben erwähnten MFA-Dokument über die PS-Politik.

Frontaler Angriff gegen das MFA

Frontaler Angriff gegen das MFA

Als am 19. Mai der Konflikt um die „Repùblica" zur Schließung der Zeitung durch das COPCON (= Eingreif-Truppe des MFA) geführt hatte (übrigens auf ausdrückliches Ersuchen durch den Chefredakteur und PS-Führer Rego), ging die PS-Führung planmäßig daran, den Konflikt aufzubauschen, um die frontale Auseinandersetzung mit dem MFA herbeizuführen.

Am 22.5. stellte die PS dem MFA ein Ultimatum, in dem die weitere Beteiligung der beiden PS-Minister und der PS-Staatssekretäre an der Regierung davon abhängig gemacht wird, daß, so Soares auf einer Pressekonferenz, „*die Forderungen des Wahlsiegers erfüllt werden*", unter denen die Presse nicht die wichtigste sei, sondern Gemeindeneuwahlen, Neuwahlen in den Gewerkschaften und Positionen in der Verwaltung für PS-Anhänger.

Das Wichtigste überhaupt sei jedoch eine Neudefinierung der Kompetenzen des Revolutionsrates und der Regierung („Le Monde", 24.5.). Damit hatte Soares klar angegeben, daß er Zug um Zug die neugeschaffenen revolutionären Institutionen abbauen und die des bürgerlichen Staates festigen und restaurieren wollte.

Rege Resonanz aus dem Ausland

Der Angriff der PS wurde im westeuropäischen Ausland sogleich heftig unterstützt. Mit gut gespielter „staatsmännischer Sorge" und unverkennbar drohendem Unterton meldete sich Willi Brandt zu Worte: Im Namen der SPD drückte er „*Solidarität*" mit seinen portugiesischen Kumpanen aus und betonte besonders „*die engen Bande, die uns mit der PSP und ihrem Generalsekretär Mario Soares vereinen.*"

Außerdem gab er demagogischerweise seiner „Hoffnung" Ausdruck, „*daß das MFA seine eigenen Prinzipien und den Pakt, den es mit den Parteien geschlossen habe, respektieren*" werde („Le Monde", 24.5.).

Der niederländische Außenminister Max van der Stoel assistierte: die portugiesische Situation sei „beunruhigend" (ebenda).

Das belgische Repräsentantenhaus verabschiedete einstimmig bei drei Enthaltungen der „Kommunisten" (!) eine Resolution, in der die „Unruhe" beschworen wird, die das Gremium „*angesichts der Versuche, eine keimende parlamentarische Demokratie zu ersticken*", empfindet (ebenda).

Und den Vogel schossen die italienischen Revisionisten ab, die in ihrer Zeitung „Unita" die Schliessung von „Repùblica" als einen „*Akt politischer Intoleranz*" verurteilten („Unita", 21.5.75 – vergl. dazu Artikel in diesem AK).

Antunes sucht Bindungen an EG

Zur selben Zeit weilte Außenminister Melo Antunes in Bonn und entfaltete eine rege außenpolitische Tätigkeit. Antunes gilt als PS-Anhänger und verfolgte in Bonn mit aller Kraft die PS-Linie der Bindung Portugals an die EG, insbesondere an die BRD.

Die wichtigsten Vereinbarungen, die, sollten sie wirklich eingehalten werden, eine äußerst starke Abhängigkeit von der BRD beeinhalten würden, lauten

- Sonderkonferenz mit der EG, um eine Ausweitung des Handels zwischen EG und Portugal vorzunehmen
- Beratungen über westdeutsche Investitionen in Portugal
- ein 70. Millionen-Kredit, über dessen genaue Anwendung die BRD entscheidet
- die BRD finanziert Wohnungsbauprojekte in Portugal.

Nachdem dieses imperialistische „Zuckerbrot" vorgezeigt war, knallten Ford und Schmidt schließlich noch ein paar mal mit der NATO-

Nachdem dieses imperialistische „Zuckerbrot" vorgezeigt war, knallten Ford und Schmidt schließlich noch ein paar mal mit der NATO-Peitsche. Ford drohte am 23.5. offen mit einer militärischen Intervention und bei der NATO-Konferenz drückten sie ihr Mißtrauen gegenüber dem MFA deutlich aus.

Insbesondere die massiven Versuche der USA, Spanien in die NATO zu integrieren, stellen eine Bedrohung der portugiesischen Demokratie dar.

MFA orientiert auf Mobilisierung der Massen

Alle diese Versuche und Initiativen brachten im Endeffekt die PS in Portugal kein Stück voran.

Am 23.5. fand eine Sitzung des Revolutionsrates unter Hinzuziehung von Soares und Cunhal statt, auf der praktisch nichts entschieden wurde. Der Revolutionsrat berief sich auf die bevorstehende MFA-Vollversammlung, auf der erst Beschlüsse gefaßt werden müßten.

Am 24.5. wies der Revolutionsrat alle Versuche der PS zurück, sich als Verteidiger und Vorkämpfer der Freiheit aufzuspielen und erklärte: „*Es war das MFA, das die Initiative ergriffen hat, dem Land seine Freiheiten zu geben. Ihre Verteidigung kann nicht das Privileg irgendeiner Partei sein. Sie ist die Aufgabe des MFA und des gesamten portugiesischen Volkes. Alles andere ist nur Demagogie... Das feste Bündnis zwischen Volk und MFA ist das Fundament der Revolution und der einzig mögliche Weg zu portugiesischem Sozialismus.*"

In diesem Kommunique wurde bereits deutlich, daß das MFA mit größter Gelassenheit auf diese Machtkämpfe der bürgerlichen und reformistischen Parteien reagierte, weil es selbst schon weiter in der Diskussion war.

Direkt nach den Wahlen vom 25. April hatte die Politische Kommission des Revolutionsrates bereits begonnen, an der Frage zu arbeiten, wie verhindert werden kann, daß die Revolution von den bürgerlichen und reformistischen Parteien erstickt wird.

Den Kämpfen zwischen den PS-Leuten und den Reformisten und Revisionisten der PCP, die ihre politische Zukunft im Kampf um Gremien und Institutionen eines bürgerlichen Staatsapparates sehen, setzte der linke Flügel des MFA ein Konzept der direkten Verbindung der Volksmassen mit den Streitkräften und der Herausbildung unmittelbarer Volksmacht entgegen.

In einem Dokument der politischen Kommission des Revolutionsrates vom 22.3. wurde bereits darauf orientiert, daß „*gemischte Kommissionen aus Arbeiterräten und MFA geschaffen werden sollen, um das Bündnis von Volk und MFA zu festigen*" („Le Monde", 22.5.). Diese Kommissionen sollen eine „*gewisse Exekutivgewalt haben, um die wichtigsten Probleme der Bevölkerung in der Provinz lösen zu können*" (ebenda). Dies Konzept bedeutet eine direkte Einflußnahme der Arbeiter auf die Streitkräfte.

Ebenso sollen die Aufklärungskampagnen ausgeweitet werden und unter Einbeziehung von fortschrittlichen Zivilisten arbeiten. Offiziere, die sich als unfähig bei der bisherigen Arbeit erwiesen haben, sollen ausgewechselt werden.

Auf der MFA-Vollversammlung am 26.5.1975 schließlich stand noch ein weitergehender Antrag zur Debatte, den PRP-BR-Sympathisanten gestellt hatten (die PRP-BR ist eine Organisation der revolutionären Linken). Er sah die Schaffung von Revolutionsräten in den Wohnvierteln, den Betrieben und Kasernen vor und beinhaltete praktisch die Auflösung der Armee in ihrer bisherigen Form und die Schaffung von Volksmilizen.

Dieser Antrag erhielt jedoch kei-
tisch die Auflösung der Armee in ihrer bisherigen Form und die Schaffung von Volksmilizen.

Dieser Antrag erhielt jedoch keine Mehrheit, weil er weder dem augenblicklichen Kräfteverhältnis im MFA entsprach, noch gibt es bisher ausreichend entwickelte Arbeiter- und Soldatenräte, die so weitreichende Aufgaben heute schon ausfüllen könnten.

Der Vorschlag des Revolutionsrates, der schließlich in seinen groben Linien angenommen wurde, sieht ausdrücklich die weitere Existenz der Massenorganisationen der Arbeiterklasse, wie z.B. der Gewerkschaften vor, so wie er auch weiterhin die bürgerliche Konzeption der Armee beibehält.

Für die bürgerlichen Parteien ist jedoch jetzt bereits absehbar, daß sie in diesen Basisorganisationen werden mitarbeiten müssen, und daß noch schwerere Zeiten für Demagogen heraufziehen werden.

Die MFA-Vollversammlung hat darüber hinaus durch ihre Mißachtung der PS-Erpressungsversuch deutlich gemacht, daß sie sich der Unterstützung der breiten Volksmassen sicher ist.

Soares hat daraus die Konsequenz gezogen und, ohne eine einzige seiner Forderungen erreicht zu haben, das ursprüngliche Ultimatum fallenlassen und in der Regierung wieder mitzuarbeiten.

Die „Repùblika" wird auch ohne Ultimatum sicherlich in Kürze wieder erscheinen, wenn auch wahrscheinlich unter veränderten Bedingungen.

Der „Wahlsieger" Soares und seine Sozialdemokraten haben reichlich Federn lassen müssen. ●

Portugal-Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Auseinandersetzung um die Tageszeitung „Republica"

Erwartungsgemäß versuchte die sozialdemokratische P.S., das Ergebnis der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung in ein eindeutiges Bekenntnis des portugiesischen Volkes zum von ihr propagierten „Sozialismus in Freiheit" umzumünzen und dominierende Positionen in allen Bereichen zu verlangen. Dabei forderte Mario Soares mit besonderem Nachdruck „sofortige geheime Wahlen für die Gemeinde- und Stadtverwaltungen" und „Neuwahlen in den Gewerkschaften" und die „Ausschaltung des P.C.P.-Einflusses in den Nachrichtenorganen". In diesem Zusammenhang nutzten die Sozialdemokraten den Konflikt in der „República", um eine weitere antikommunistische Hetzkampagne zu entfachen, sich offen gegen das M.F.A. zu wenden und in ultimativer Form den Abbruch des revolutionären Prozesses zu fordern.

„República": vom antifaschistischen Blatt zum P.S.-Organ

„República" ist eine in Lissabon erscheinende Tageszeitung, deren Verlagsgesellschaft sich im Besitz von etwa 3.000 überwiegend sozialdemokratischen Kleinaktionären befindet; ihr Herausgeber ist Raul Rego, Informationsminister in der ersten Provisorischen Regierung und führendes rechtes P.S.-Mitglied. Unter dem Faschismus genoß „República", in dessen Redaktion Antifaschisten der verschiedensten politischen Strömungen arbeiteten, ein hohes Prestige als „das oppositionelle Blatt" schlechthin – nicht zuletzt deshalb schnellte seine Auflage kurz nach dem Sturz des faschistischen Regimes auf 120.000 Exemplare empor, während sie im September 1974 noch 67.000 erreichte und dann bis April 1975 auf 47 - 48.000 absackte. Das alte „República"-Prestige suchte die P.S. nun demagogisch auszuschlachten, indem sie die Arbeiter des Blattes bezichtigte, sie betrieben „Polizeimethoden" und wollten eine „innere Zensur" errichten.

Nach dem 25. April entwickelte sich „República" immer mehr zu einem Blatt, das ausschließlich die sozialdemokratischen Positionen der P.S.-Führung vertrat. Mit dieser Linie erwarb sich die Zeitung natürlich hohe Anerkennung im kapitalistischen Ausland – so wird „República" in der westdeutschen bürgerlichen Presse durchweg als einzige wirklich unabhängige Tageszeitung Portugals dargestellt, während alle anderen Organe „kommunistisch kontrolliert" seien.

Widerstand der Arbeiter gegen die sozialdemokratische Linie

Auf der anderen Seite regte sich aber schon bald unter den Druckern und Setzern sowie einigen Journalisten der Zeitung Widerstand gegen diese Ausrichtung. Am 25. Oktober 1974 brachte das Blatt in großer Aufmachung einen Artikel von António Reis – Mitglied der rechten P.S.-Führung – mit dem Titel *„Fünfzehn Anmerkungen zum M.D.P."*, in dem diese Organisation in bekannter P.S.-Manier als „P.C.-Satellit" und bedeutungsloses Grüppchen ohne Daseinsberechtigung heruntergemacht wurde. Daraufhin beriefen die Arbeiter der „República" eine Vollversammlung ein, auf der eine Resolution verabschiedet wurde, in der sie Reis' Äußerungen als spalterisch verurteilten und zugleich forderten, *„daß den Arbeitern nicht das Recht verwehrt werden darf, einzeln oder in Gruppen, wenn sie es für erforderlich halten, ihre Meinung über den Inhalt der Zeitung zum Ausdruck zu bringen."* Ausserdem setzten sie den Abdruck dieser Resolution in der Zeitung durch („República", 31.10.74).

Dennoch fuhren die sozialdemokratischen Redakteure – die unter den Journalisten des Blattes eine klare Mehrheit stellten – beharrlich fort, „República" auf den rechten P.S.-Kurs zu trimmen. Das führte dazu, daß nach und nach neun fortschrittliche Redakteure ausschieden, weil sie diesen eindeutig sozialdemokratischen Kurs nicht mitverantworten wollten („Sempre Fixe", 3.5.75). Der Konflikt zwischen P.S.-Journalisten und Arbeitern verschärfte sich dann am 2. Mai, als sich die Arbeiter zum einen weigerten, zwei Artikel zu setzen, in denen die Einheitsgewerkschaft „Intersindical" wegen der Vorfälle am 1. Mai verurteilt wurde, und zum anderen die Redaktion um zwei weitere P.S.-Journalisten erweitert werden sollte, ohne daß die Arbeiter zuvor über ihre Einstellung befragt worden wären. Die Arbeiter beriefen augenblicklich eine Vollversammlung ein, auf der die Bildung einer „Comissão Coordenadora de Trabalhadores" (etwa: Koordinierende Arbeiterkommission) beschlossen wurde; und zwar sollten jeweils fünfzehn Arbeiter einen Delegierten in diese Arbeiterkommission wählen, so daß zwei (P.S.-)Delegierten der Redaktion zwölf Vertreter von Druckern, Setzern, Verwaltung, Fahrern usw. gegenüberstanden. Die Zeitung erschien an diesem Tage nicht, was P.S.-Anhänger – es fand gerade die Demonstration der Sozialdemokraten gegen die „Behinderung" von Mario Soares am 1. Mai statt (vergl. AK 61) – dazu veranlaßte, den Arbeitern von „República" mit der Besetzung des Verlagsgebäudes durch P.S.-Anhänger zu drohen.

Am 6. Mai trat die „Comissão Coordenadora de Trabalhadores" zusammen und verabschiedete die folgende Resolution: *„Die Zeitung darf nicht parteilich sein in dem Sinne, daß in ihren Spalten eine Partei eine beherrschende Stellung einnimmt. Alle fortschrittlichen Parteien sollen eine gleiche Behandlung erfahren, die nur von der Bedeutung der Ereignisse abhängen darf, mit der diese Parteien im Zusammenhang stehen. Die korrekte Anwendung dieses Prinzips geschieht durch eine tägliche Analyse der Zeitung durch die ‚Comissão Coordenadora de Trabalhadores' und die Arbeiter, denen es zukommt, über die Unparteilichkeit der Zeitung zu entscheiden."* („O Século", 21.5.). Alvaro Guerra – P.S.-Mitglied, bekannter Antikommunist und Redaktionsvertreter in der Arbeiterkommission – erklärte daraufhin später demagogisch: „Ich arbeite nicht mit Polizisten zusammen!" und wurde aus der Arbeiterkommission ausgeschlossen.

Zu einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzung kam es am 16. Mai. An diesem Tage brachte „República" in großer Aufmachung einen Aufmachung einen Bericht über die Rückkehr einer Delegation der A.O.C. aus der VR China (A.O.C., Alianca Operário-Camponesa, ist eine provokatorische „ML"-Gruppe, die grundsätzlich die Sozialdemokraten gegen die Revisionisten unterstützt auf Basis des militanten Antikommunismus faschistoider Prägung), der von den Arbeitern der Zeitung zu Recht als Provokation aufgefaßt wurde. Ausgehend von der Einschätzung, daß weitere Verhandlungen mit Raul Rego und seiner P.S.-Clique nichts mehr bringen würden, beschlossen die Arbeiter, vor dem Verlagsgebäude Wachen aufzustellen, um die vor Tagen angedrohte Besetzung durch P.S.-Leute zu verhindern. Am 19. Mai verlangten sie dann den Rücktritt von Raul Rego und Chefredakteur Vitor Direito (was diese, mit einem Vertrauensvotum von 20 der 22 verbliebenen Journalisten gepolstert, selbstverständlich weit von sich wiesen). Darauf wählten die Arbeiter den bisherigen Leiter der Vertriebsabteilung, Alvaro Belo Marques, zum Interimsdirektor und gaben die Zeitung auf eigene Faust heraus; Raul Rego wurde zugleich erklärt, man werde ihn nicht wieder das Gebäude betreten lassen, wenn er es einmal verlassen habe, worauf Rego es vorzog, zunächst einmal in Märtyrerpose auszuharren.

Eine „freiheitliche" Kampagne der P.S.

Die Redaktion der P.S. ließ nicht lange auf sich warten. Im Namen einer dubiosen „Kommission von República-Lesern" wurden massenhaft Flugblätter in Lissabon verteilt, in denen zu einer Demonstration vor dem Verlagsgebäude aufgerufen wurde. Soldaten des COPCON und ein paar Polizisten zogen auf, um zu verhindern, daß die etwa 3.000 Demonstranten (unter ihnen, wie üblich bei solchen Gelegenheiten, die Provokateure der A.O.C.) das Gebäude stürmten. Die Demonstranten riefen „freiheitliche" Parolen wie: „Cunhal raus aus der Regierung!", „Cunhal nach Sibirien!" und „Nieder mit Cunhal, dem neuen Salazar!" („Le Monde", 21.5.) und verbrannten öffentlich die von den Arbeitern herausgebrachte „República"-Ausgabe. Als zwei Soldaten zu Fall gebracht wurden und daraufhin einige andere Schüsse in die Luft abgaben, ertönten Rufe wie „Faschisten!" und „Mörder!".

Den Höhepunkt der Demonstration bildete natürlich der große Auftritt von Mario Soares – er hatte zunächst von der Polizei verlangt, sie solle das Gebäude räumen, war jedoch mit diesem Begehren nicht durchgedrungen: *„Wir sind hier in Erfüllung unserer Pflicht: wir verteidigen unsere (!) Freiheit!"*, erklärte Soares, der „O Século" und „Diário de Notícias" als *„Hetzblätter im Dienste einer totalitären Ideologie"* bezeichnete und meinte, mit „República", dessen Aktionäre – darunter Soares selber – „das Volk" seien, solle *„die einzige unabhängige Stimme zum Schweigen gebracht werden."* („O Século", 21.5.). Soares weiter: *„Das Ziel* (des 25. April, d. Red.) *ist es gewesen, eine Diktatur zu beenden, und nicht, uns eine neue Diktatur aufzuzwingen. ... Eine Illegalität ist begangen worden. Durch ihre Anwesenheit haben die Streitkräfte diese Illegalität gebilligt. Von nun an mobilisieren wir die Sozialisten vom Norden bis zum Süden des Landes, um Nein zur Diktatur zu sagen!"* („Le Monde", 21.5.).

Während die P.S.-Prominenz die Nacht über vor dem Verlagsgebäude ausharrte, wurde das M.F.A. zunächst nur aktiv, um die Erstürmung des Gebäudes zu verhindern. Schließlich traf Informationsminister Correia Jesuíno, ein enger Mitarbeiter des progressiven Admirals Rosa Coutinho, vor Ort ein und wurde mit Sprechchören empfangen: „Auf wessen Seite steht das M.F.A.?" Nach langwierigen Unterredungen mit dem Herausgeber und der Arbeiterkommission stellte Correia Jesuíno richtig fest, daß eine Unvereinbarkeit der Standpunkte vorläge: die Arbeiterkommission bestünde auf dem Rücktritt von Raul Rego, dieser weigere sich. Darauf empfahl Correia Jesuíno der Verwaltung von „República" als einzig gangbare Lösung die vorläufige Schließung der Zeitung und die Versiegelung des Verlagsgebäudes zu beantragen. Und so geschah es dann auch: die COPCON-Soldaten sorgten dafür, daß die anwesenden Arbeiter mit Militärfahrzeugen abgefahren wurden und die Zeitung „auf Ersuchen der Verwaltung" geschlossen wurde.

Reaktionen in der portugiesischen Presse

Sämtliche Lissaboner Tageszeitungen unterstützten die Arbeiter von „República", mit einer einzigen Ausnahme: das erst seit kurzem erscheinende „Jornal Novo", ein von Soares als „unabhängig" bezeichnetes und von der „Confederacao de Indústria Portuguesã" (dem portugiesischen Unternehmerverband) finanziertes Blatt, stellte sich voll und ganz auf die Seite der sozialdemokratischen „República"-Redakteure. Es nahm auch den von der P.S. breitgetretenen legalistischen Standpunkt ein: das kürzlich verfügte Pressegesetz räumt zwar den Redaktionsvertretungen beträchtliche Möglichkeiten ein, schließt aber eine Kontrolle der Arbeiter des technischen Bereiches über die Zeitungen aus – was natürlich haargenau den Auffassungen der P.S. entspricht, die eine Kontrolle der Arbeiter über die Zeitungen nur als „innere Zensur" begreifen kann! Dümmlich-arrogant, nach Art bürgerlicher „Intellektueller", äußerten sich zu dieser Frage die sozialdemokratischen „República"-Journalisten in einer Erklärung: *„In bezug auf die Beteiligung der Arbeiter an der Führung des Unternehmens wollen wir noch einmal bekräftigen, daß wir uns dem niemals widersetzt haben. Wir widersetzen uns nur ihrer Einmischung in die Aufgaben der Journalisten, zumal wir niemals versucht haben, uns in die Aufgaben der Drucker oder der Verwaltung einzumischen."* („O Século", 28.5.).

In einer gemeinsamen Erklärung der Arbeiterkommissionen von „O Século", „Diário de Notícias", „Diário de Lisboa", „A Capital" und „Diário Popular" wird der Kampf der Arbeiter von „República" eindeutig unterstützt. Allerdings wird in dieser Erklärung zurückweichend und letztlich unpolitisch im Sinne der ebenfalls legalistischen revisionistischen Vorstellungen argumentiert – es handle sich eben um einen reinen Arbeitskampf, der von der P.S. nur parteipolitisch ausgeschlachtet werde. An zentraler Stelle der Erklärung heißt es, daß die Arbeiter *„ ... der Auffassung sind, daß der Kampf der Arbeiter von ‚República' den Charakter eines Arbeitskampfes hat und daher im Rahmen des zuständigen Ministeriums behandelt und entschieden werden muß. Es handelt sich um einen Arbeitskonflikt, denn seit die ‚República' den parteilichen Kurs einschlug, der sie gegenwärtig kennzeichnet, wurde ihre wirtschaftliche Situation zusehends schlechter, so daß die Arbeiter die Gefahr erkannten, die diese Situation in bezug auf die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze schaffen könnte. Daher beschlossen sie, eine stärkere Kontrolle über die Zeitung auszuüben, die die Unparteilichkeit ihres Inhalts und ihr Recht auf Arbeit gewährleisten sollte."* („O Século", 23.5.)

Eine gesonderte Erklärung gaben die Arbeiter des „Jornal do Comércio" ab, die selber im vergangenen Jahr einen monatelangen Streik geführt hatten. Darin unterstützen sie die Arbeiter von „República" vor allem in ihrer Forderung nach gleicher Behandlung aller fortschrittlichen Parteien in der Zeitung und verlangen *„ ... die Wiedereröffnung der Zeitung ‚República' mit einer Beschäftigungsgarantie für alle ihre Arbeiter und die sofortige Aufhebung des Pressegesetzes."* („Jornal do Comércio", 24.5.)

Die P.S. mobilisierte in den folgenden Tagen alle nur verfügbaren Kräfte, um unter dem Vorwand der Auseinandersetzung um „República" eine gewaltige antikommunistische Kampagne zu inszenieren und den Abbruch des revolutionären Prozesses in Portugal zu erzwingen. So rief sie beispielsweise für den 22. Mai zu einer Demonstration „für die Pressefreiheit" auf, an der sich ca. 40.000 P.S.-, P.P.D.- und A.O.C.-Anhänger unter Parolen wie *„Die ‚República' gehört dem Volk und nicht Moskau!"*, *„Raus aus der Zeitung mit den Faschisten von Cunhal!"* und dem sattsam bekannten *„Sozialismus ja, Diktatur nein!"* beteiligten.

Darstellung in der westdeutschen bürgerlichen Presse

Die westdeutsche bürgerliche Presse machte sich natürlich erfreut die P.S.-Darstellung der Auseinandersetzung um „República" zu eigen und bejammerte in schrillen Tönen den Versuch, *„eine der selten gewordenen kritischen Stimmen in Portugal"* („Die Welt", 22.5.) *„gleichzuschalten"*. So etwa die FAZ (21.5.): *„Mit der illegalen Besetzung der ‚República' wollen die Kommunisten die einzige noch nicht gleichgeschaltete Tageszeitung Lissabons treffen, die unter ihrem Chefredakteur Raul Rego für die Freiheit der Meinungsäußerung eintritt. Kritik aber ist manchem der mächtigen Offiziere zuwider."*

Differenzierter geht die Süddeutsche Zeitung vor und entwirft dabei – ungewollt – ein Bild der portugiesischen Presse, das alles Gleichschaltungsgefasel über den Haufen wirft. Natürlich behauptet auch die SZ (24./25.5.) zunächst, Rego habe Beweise vorgelegt, *„daß hier eine kommunistische Gruppe, getreu den revolutionären Empfehlungen linker Offiziere für die Basisarbeit, eine unliebsame sozialistische Stimme zum Schweigen bringen will."*

Doch dann wird die *„kommunistisch kontrollierte"* Tagespresse von der „SZ" ziemlich korrekt so charakterisiert: *„Der Diário (D. de Notícias, d.Red.) druckt ziemlich regelmäßig die langen Stellungnahmen aller Parteien zu politischen Fragen ab. Wer sich über die Meinungsunterschiede informieren will, kann das tun. Auch das morgendliche Sprachrohr der Kommunistischen Partei (PCP), O Século, publiziert die Attacken des sozialistischen Führers Mário Soares gegen den MFA und den PCP. ... Vor allem die Nachmittagszeitungen bringen viele Kommentare von halbrechts bis ganz links. Auch was der geflüchtete Präsident Spinola und der ebenfalls geflohene christdemokratische Parteichef Major Sanches Osório aus dem Exil der ‚Militärdiktatur' und der ‚kommunistischen Herrschaft' in Portugal ankreiden, wird kommentarlos gedruckt und nichts unterdrückt. ...*

Gemessen an der Presse im Nachbarland Spanien oder gar an der in östlichen Volksdemokratien, bieten die portugiesischen Gazetten unvergleichliche Informationsmöglichkeiten und Meinungsvielfalt."

Hier versucht die „SZ" den für sie peinlichen Vergleich mit der westeuropäischen und vor allem der westdeutschen Presse zu umschiffen. Tatsächlich gibt es im ganzen Europa keine wirklich freiere, pluralistischere Presse, in der die Journalisten und zunehmend vor allem auch die Druckarbeiter ohne innere und äußere Zensur das veröffentlichen können, was sie für richtig und notwendig halten. Allerdings gibt es im ganzen Westeuropa auch kein Land, in dem die Eigentümer derart wenig Einfluß auf den Inhalt der Zeitung haben, so wenig gefragt werden, wie in Portugal. ●

Portugal/Spanien Kommission
KB-Gruppe Hamburg

„Kritik" der spanischen und italienischen „Bruderpartei" an der portugiesischen KP

In der Auseinandersetzung um die Zeitung „República" (siehe Artikel in diesem AK) haben sich die spanische und die italienische revisionistische Partei demonstrativ auf die Seite der portugiesischen Provokateure der PS gestellt.

„Unter den vielen Solidaritätstelegrammen, die der Redaktion von „República" zugegangen sind, ist eines des Chefs der spanischen Kommunistischen Partei, Carrillo, der damit erneut demonstrativ Stellung gegen die Politik der portugiesischen Kommunisten nimmt" („FAZ", 2.6.75).

Die italienischen Revisionisten stehen in nichts zurück. Ihr Generalsekretär Berlinguer erklärte in einem Interview mit der bürgerlichen Tageszeitung „Corriere de la Sera", *„die Kommunistische Partei Italiens mißbillige unter anderem den Ausschluß der Christdemokraten* (gemeint ist die rechtsradikale PDC, deren Führer ein wesentlicher Drahtzieher des faschistischen Putschversuchs vom 11. März war) *von den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung* (!), *die Schließung der Redaktionsräume der Zeitung „República" sowie die Haltung der portugiesischen Führung in der Frage der Gewerkschaftsautonomie. ‚Diese Haltung steht im Widerspruch zu dem, was wir unter demokratischen Freiheiten, Pluralismus und Machtwechsel verstehen. Unsere Auffassung vom Fortschritt zum Sozialismus in der Demokratie unterscheidet sich wesentlich von der, der die portugiesischen Kommunisten zu folgen scheinen', meinte Berlinguer wörtlich"* („FAZ", 2.6.75).

Die Frage scheint angebracht, in was sich die Auffassung dieser Parteien überhaupt noch von denen der Bourgeoisie unterscheidet? ●

Portugal/Spanien-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Botschaft der „Republica"- Arbeiter an die deutschen Genossen

Die „Arbeiterkommission" der portugiesischen Zeitung „Republica" übermittelte den deutschen Genossen eine Tonband-Botschaft, um damit der verlogenen Hetze der BRD-Presse in diesem Konflikt entgegenzutreten und um die Solidarität mit dem schweren Kampf der portugiesischen Arbeiter zu entwickeln. Diese Botschaft wurde in deutschem Wortlaut zuerst im west„berliner Extradienst" (Nr. 44, 30.5.75) abgedruckt:

„Genossen, Freunde!

Wir, die Arbeiter der portugiesischen Tageszeitung Republica, wenden uns heute an Euch, um Euch zu informieren über unseren Kampf für eine Presse in Portugal, die die Interessen des portugiesischen Volkes, der portugiesischen Arbeiterklasse vertritt und nicht die Interessen einiger Herren, die demagogisch vorgeben, für Freiheit, Gleichheit und pluralistische Demokratie zu kämpfen und sich bei uns heute das Mäntelchen der Sozialistischen Partei umhängen, um die wachsende Einheit und Kampfkraft der portugiesischen Arbeiterklasse zu spalten.

Wir wissen, daß die bundesrepublikanische Presse über unseren Kampf, der auch ein Teil Eures Kampfes für einen revolutionären und schöpferischen Sozialismus ist, falsch berichtet, indem sie die bekannten Schauermärchen einer drohenden sogenannten roten Diktatur an die Wand malt.

Die portugiesische Presse ist demokratischer und freier, als sie es jemals zuvor sein durfte und konnte. Sie ist auf dem Wege, den revolutionären Prozeß, der sich in unserem Lande, insbesondere nach dem letzten gescheiterten Putschversuch der portugiesischen Faschisten vom 11.3.1975 entwickelt, im Interesse der portugiesischen Arbeiterklasse, des portugiesischen Volkes und damit im Interesse aller Sozialisten voranzutreiben.

Wir Arbeiter brauchen im täglichen Kampf für eine gerechte menschenwürdige Gesellschaft, für eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft wird, eine Presse, die uns über die Entwicklung und Schwierigkeiten und Resultate dieses Kampfes, der überall in der Welt stattfindet, informiert.

Was ist geschehen? Der Kampf der Arbeiter der Zeitung Republica wendet sich seit dem 25.4.1974, dem Tag der Befreiung von der faschistischen Caetano-Clique durch unsere Bewegung der Streitkräfte MFA, gegen bestimmte Entwicklungen in der Zeitung, die wir nicht gutheißen können wie:

Eine zeitungsinterne Zensur, eine Einschränkung unseres Forderungspaketes, einen Druck auf Betriebsangehörige, ihre Kündigung einzureichen (14 Journalisten haben in dieser Zeit die Zeitung verlassen), der sehr rapide Absatzrückgang der Zeitung, die dadurch schwieriger werdende wirtschaftliche Lage, der Abonnentenrückgang, Proteste der Leser und Nichtveröffentlichung der Leserbriefe, willkürliches Vorgehen bei Veröffentlichungen von Beiträgen und bei der Auswahl freier Mitarbeiter, vor allem aber die offene und höchst verdächtige Parteilichkeit unserer Zeitung.

Was waren, was sind unsere Forderungen? Im wesentlichen nur eine: Daß erfüllt wird, was zwischen uns und der Leitung der Zeitung vereinbart worden war, nämlich:

1. Sich auszusprechen über alle Angelegenheiten der Führung des Unternehmens. Diese Gespräche sollen Anregungen über folgende Punkte erbringen:

A. Organisierung der verschiedenen Bereiche des Unternehmens; wirtschaftliche Unabhängigkeit der Zeitung und zuletzt die regelmäßige Analyse der Führung des Unternehmens und der erreichten Resultate.

B. Mitbestimmungsrechte in allen Fällen, deren schwerwiegender Charakter eine sofortige Entscheidung erfordert, sei es, weil sie die Fertigstellung der Zeitung unmittelbar betreffen, sei es, weil sie die Arbeitsverhältnisse beeinträchtigen oder weil sie von den Arbeitern vorher getroffenen Bestimmungen nicht berücksichtigen, das allerdings nur, ohne der Zeitung Schaden zuzufügen.

C. Der koordinierte Ausschuß der Arbeiter wird wöchentlich zusammentreffen; derselbe Ausschuß wird monatlich einmal mit der Leitung der Verwaltung zusammentreffen. Jedesmal, wenn einer der Teile (Leitung, Verwaltung, koordinierender Ausschuß der Arbeiter) es für notwendig hält, kann eine außerordentliche Sitzung einberufen werden.

2. Die Zeitung darf nicht parteilich lich sein, d.h. sie darf in ihren Spalten keiner Partei einen Vorzug geben. Alle fortschrittlichen Kräfte sollen gleichwertig behandelt werden, ihre Behandlung – bzw. der Raum, der für sie aufgewendet wird – wird allein von der Wichtigkeit der Ereignisse, die mit dieser Partei in Zusammenhang stehen, bestimmt. Die richtige Anwendung dieses Prinzips soll aus der täglichen Analyse der Zeitung durch den koordinierenden Ausschuß der Arbeiter hervorgehen. Ihnen steht es zu, über die Nichtparteilichkeit der Zeitung zu befinden, d.h. die Zeitung ihren eigentlichen und rechtmäßigen Herren wiederzugeben: dem portugiesischen Volk.

Da wir uns mit diesen Forderungen nicht durchsetzen konnten und die Lage der Zeitung wirtschaftlich und politisch immer schlimmer wurde, beschlossen die Arbeiter am 19.5.75, ihre Zeitung in eigener Regie zu machen. Am gleichen Tag und in der folgenden Nacht mobilisierte die Leitung und Verwaltung die ihnen nahestehende Sozialistische Partei gegen uns und unsere Zeitung. Ihre Parolen und Forderungen demonstrierten eine Arbeiterfeindlichkeit und einen Antikommunismus, der nur noch vergleichbar ist mit dem Kampf des chilenischen Christdemokraten Frey gegen die Unidad Popular-Regierung unter Allende. Doch damit nicht genug. Die Zeitung wurde auf ausdrückliche Bitte des Verwalters, eines Mitglieds der PS, von der MFA besetzt, geräumt, versiegelt, unser sogenannter Fall der Justiz übergeben: Leitung und Verwaltung sperrten uns aus. Wir sind jetzt mittellos und müssen uns nach mehreren gewalttätigen Angriffen auf Arbeiter unseres Betriebes verstecken, um uns vor weiteren Übergriffen und sogenannten „Heimsuchungen" durch Mitglieder bzw. Sympathisanten der Sozialistischen Partei zu schützen. Die Herren von Verwaltung und Leitung sind natürlich besser dran. Erst kürzlich bekam z.B. die Zeitung ein Angebot der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung aus Bonn über DM 130.000,-. Ihr seht, die SPD-Führer, die Herren, halten zusammen. Aber das ist Euch sicherlich nicht neu.

Nach dem portugiesischen Pressegesetz, das unter dem Faschisten Spinola und dem Chefredakteur unserer Zeitung, dem Informationsminister der 2. provisorischen Regierung Paul Rego, entworfen und vor dem 11.3.1975 beschlossen wurde, haben wir ungesetzlich gehandelt. Wir haben aber im Interesse der Einheit und Stärkung der portugiesischen Arbeiterklasse gehandelt. Wir fordern ein Pressegesetz, das den Interessen der Arbeiter, dem portugiesischen Volk dient, das den revolutionären Entwicklungen und Prozessen, die seit dem 11.3. überall in Portugal stattfinden, gerecht wird.

Wir stehen in Portugal nicht allein. Zahlreiche Solidaritätsbeweise sind uns zugegangen, die uns helfen, den Kampf für die Wiedereröffnung der Zeitung, für die Durchsetzung unserer Forderungen und für ein neues Pressegesetz durchzustehen. Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung unserer Forderungen durch die Arbeiter vier weiterer großer Lissaboner Tageszeitungen (A Capital, Diario de Noticia, Diario Popular, O Secolo) und durch den portugiesischen Journalistenverband, und das, obwohl – oder vielleicht gerade weil – die Sozialistische Partei immer massivere und demagogischere Spaltungsversuche unternimmt und dabei auch vor Verdrehungen und Lügen übelster Art nicht zurückschreckt.

Wir dagegen wenden uns seit der Schließung unserer Zeitung regelmäßig über Flugblätter und Pressekonferenzen trotz größter Schwierigkeiten an die portugiesische und internationale Öffentlichkeit, in denen wir über unsere Arbeit, Schwierigkeiten und Fortschritte berichten.

Genossen, Freunde! Ihr werdet sicherlich wissen, wie groß das Interesse Eurer Regierung, insbesondere der SPD, an unserer demokratischen Entwicklung ist. Wir hätten uns sehr gefreut, wenn das faschistische portugiesische Regime, unter dem wir und unsere Familien 48 Jahre lang sehr gelitten haben, von Eurer Regierung und dieser Partei ebenso beobachtet, gescholten und boykottiert worden wäre, wie das heute unserer wirklichen demokratischen und sozialistischen Entwicklung zuteil wird.

Wir brauchen die gemeinsame Solidarität der Arbeiter und revolutionären Sozialisten gegen die internationale Zusammenarbeit der Herren Kapitalisten!

Unterstützt unseren gerechten und revolutionären Kampf für ein neues, sozialistisches Portugal!

Unterstützt unseren Kampf für eine Presse im Interesse der portugiesischen Arbeiterklasse, des portugiesischen Volkes!

Helft uns, unseren Kampf gemeinsam zu führen!

Protestiert gegen die Schließung der Zeitung „Republica" und die Aussperrung der Arbeiter und fordert ein Pressegesetz, das den Interessen der Arbeiter, des Volkes dient, nicht denen der Herren!

Schreibt an das Ministerio de Communication Social, Lissabon, Praca Restauradores.

Helft uns und unseren Familien, diese Zeit zu überstehen! ●

Portugal:

Gefährliche Provokation abgeschmettert

Wie wir in AK 61 berichteten, meldete das RAL-1 (Leichtes Artillerie-Regiment 1, bekannt als fortschrittlichste Einheit des COPCON) am Pfingstmontag die Zerschlagung eines faschistischen Terrornetzes in Lissabon.

Erste Rundfunkmeldungen, die wir in einem kurzen Artikel zitiert hatten, und nach denen es dabei um die Aufdeckung eines direkt bevorstehenden Putschversuchs gehandelt habe, in den auch Staatspräsident Costa Gomes verwickelt gewesen sei, haben sich jedoch nicht bestätigt.

Wie das RAL-1 in einem Pressemunique mitteilte, wurde durch die Aktion ein weitverzweigtes Netz faschistischer Terroristen der ELP innerhalb der portugiesischen Armee gesprengt. Dabei wurden 20 Verhaftungen vorgenommen.

Die ELP („Befreiungsarmee Portugals") ist eine faschistische Organisation, die Ende vergangenen Jahres von geflüchteten faschistischen Offizieren und ehemaligen Geheimdienstleuten der PIDE in Madrid gegründet wurde und von Spanien aus operiert. Ihr Ziel sind Sabotageaktionen und Terroranschläge in Portugal.

Nach einer zusammenfassenden Darstellung, die in „Le Monde" vom 1./2. Juni erschien, und sich weitestgehend mit der Darstellung in der portugiesischen Tagespresse deckt, begann die ganze Aktion dadurch, daß Sympathisanten und Mitglieder des super‚linken' MRPP, die dem RAL-1 angehören, am 15. Mai einen ehemaligen Marinesoldaten namens Jorge Coelho da Silva festgenommen und dem Lissaboner MRPP-Büro übergeben haben.

Dort wurde da Silva bis zum 17. Mai festgehalten und gestand, daß er der ELP angehöre. Er gab eine ganze Reihe seiner Kumpane preis, die mit ihm in ein reaktionäres Komplott verwickelt waren, darunter einen CDS-Führer, einen ehemaligen Richter des höchsten Gerichtshofes sowie etliche Militärs.

Am 17. Mai fand im RAL-1 eine Vollversammlung statt, in die dann die MRPP ihren Gefangenen und einen Bericht brachten. Die Versammlung setzte eine Untersuchungskommission ein, die schließlich insgesamt 20 Verhaftungen vornahm.

Unter den Verhafteten befand sich auch Unterleutnant Marcelino da Mata, der dem COPCON-Regiment Amendora angehört. Dieser hat bei seiner Vernehmung offensichtlich seinen Kommandanten, Oberst Jaime Neves, und den Hauptmann Salguero Maia, den Kommandanten des Kavallerieregiments Santarem belastet.

Es handelt sich hierbei um zwei Exponenten des rechten Flügels des MFA, die zur Spinola-Gefolgschaft gehörten und beide in den Putschversuch vom 11. März verwickelt waren.

Während das RAL-1 noch überlegte, wie es sich in dieser Situation, die leicht zu einem äußerst schwerwiegenden Konflikt unter den MFA-Spitzen führen konnte und ohne weiteres eine Spaltung des MFA hätte bewirken können, verhalten sollte, ging der MRPP nicht ungeschickt auf einen wohlkalkulierten Provokationskurs, eben zum Zwecke dieser Spaltung: MRPP-Leute klebten Plakate in Lissabon, auf denen die beiden MFA-Rechten als faschistische Verschwörer bezeichnet wurden und mobilisierte ihre Anhänger vor die Kasernen von Amendora und Santarem, um die Verhaftung der beiden Offiziere zu fordern, sowie vor die RAL-1-Kaserne, um zu verhindern, daß die Gefangenen dort abtransportiert würden.

Außerdem riefen sie zu einer Demonstration vor der US-Botschaft auf, um dort gegen die Verwicklung des CIA in das Komplott zu demonstrieren und die Ausweisung des US-Botschafters Carlucci zu fordern.

In gekonntem „ML"-Rundschlag schrieben sie schließlich an das Portal der US-Botschaft *„Tod dem CIA und KGB (!)"*.

Inzwischen hatte auf Otelo Carvalhos Initiative ein Zusammentreffen der drei betroffenen Einheiten mit Carvalho und dem rechts angesiedelten Generalstabschef Fabiao stattgefunden, bei dem die Spannung, die zwischen den drei Einheiten entstanden war, und die von den MFA-Rechten geschürt wurde, gedämpft wurde.

Gerade in diesen Tagen hatte die interne Auseinandersetzung im MFA um die weitere Entwicklung der portugiesischen Revolution einen solchen Grad erreicht, daß Lissabon voll von Gerüchten über eine unmittelbar bevorstehende Spaltung oder gar „Atomisierung" des MFA war („Le Monde" 30.5.).

Insbesondere unter dem Frontalangriff der PS (vergl. Artikel dazu in diesem AK) und der hinter ihr stehenden bürgerlichen Kräfte im In- und Ausland hätte eine solche Konfrontation verheerende Auswirkungen haben können.

Besondere Beachtung verdient in diesen Zusammenhang ein Artikel im „Sempre Fixe" vom 24.5., einer Zeitschrift, die der revolutionären Organisation MES nahesteht, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß *„der MRPP einen Konspirateur festnahm, den das COPCON schon seit längerem in der Hoffnung überwacht hatte, die ganze konterrevolutionäre Aktion aufzudetken* (was dem MRPP bekannt sein mußte wegen seiner recht guten Verbindungen innerhalb der Armee – AK-Red.) *Der MRPP verbreitete voreilig die Erkenntnis, über die sie verfügte, und warnte damit mögliche Konspirateure, die so die Möglichkeit zur Flucht hatten.*

Die MRPP unternahm eine Aktion zur Spaltung der Streitkräfte und provozierte Unruhen, die nur die Rechte begünstigen."

Abenteuerliche Vorgänge in Coimbra

In der Nacht vom 28. zum 29. Mai besetzten COPCON-Einheiten schlagartig sämtliche MRPP-Büros und nahmen etwa 400 MRPP-Mitglieder fest. Ein großer Teil wurde sofort wieder freigelassen, etwa 200 befanden sich auch an den nächsten Tagen noch in Haft. Das COPCON begründete dies damit, daß sie ihre Personalien nicht angegeben hätten.

Die Büros wurden durchsucht, Propagandamaterial und Schreibmaschinen beschlagnahmt. Das MRPP-Büro in Coimbra wurde geschlossen und versiegelt.

Die Vorgeschichte zu dieser Aktion, die das COPCON als Begründung veröffentlicht hat, ist wahrhaft abenteuerlich.

Sie geht auf die Anzeige eines angeblichen ehemaligen MRPP-Sympathisanten zurück, der behauptete, er sei im MRPP-Büro von Coimbra mehrere Tage festgehalten und gefoltert worden, weil er dem MFA gemeldet habe, daß er innerhalb des MRPP für die faschistische ELP geworben werden sollte.

Nach seiner Darstellung habe er am 1. Mai auf einer MRPP-Veranstaltung in Coimbra seinen ehemaligen Fähnrich, unter dem er in Mocambique seinen Wehrdienst abgeleistet hatte, wiedergetroffen.

Dieser habe ihn aufgefordert, in die ELP einzutreten, und mit ihm eine Terrorgruppe in Coimbra aufzubauen.

Während einer Reise nach Lissabon habe er bei der Vereinigung der ehemaligen Soldaten (ADFA), die eng mit dem MFA zusammenarbeitet, diesen Anwerbungsversuch berichtet. Außerdem habe er einem Freund in Lissabon, ebenfalls MRPP-Sympathisant, davon berichtet.

Nach seiner Rückkehr nach Coimbra sei er daraufhin von MRPP-Mitgliedern festgenommen worden. Darauf habe man ihn mehrere Tage lang festgehalten, ihm keinerlei Nahrung gegeben und ihn gefoltert. Schließlich habe er flüchten können. (Darstellung nach „O Seculo" vom 29.5.)

Das COPCON erklärte am Tag nach der Aktion gegen die MRPP, es handle sich keinesfalls um die Zerschlagung oder die Auflösung des MRPP.

Man wolle lediglich Straftaten wie Freiheitsberaubung und Körperverletzung verfolgen und die Schuldigen herausfinden.

PCP-Mitglieder, die ein MRPP-Büro in Lissabon stürmen wollten, wurden von COPCON-Soldaten daran gehindert. („Le Monde", 31.5.).

Provokationsstrategie der Super„linken"

Sicherlich muß man die Darstellung, wie sie von „O Seculo" gegeben wird, mit Vorsicht genießen, denn diese Zeitung steht der revisionistischen PCP recht nahe, und gerade den Revisionisten ist ja zur Verteufelung der „Maoisten" bekanntlich fast alles recht.

Insbesondere die Direktverbindung zwischen Faschisten und „Maoisten", die sich aus dieser Darstellung ergibt, könnte aus dem Bilderbuch des Revisionismus stammen, der ja auf blumige Schauergeschichten angewiesen ist, um der ideologischen Auseinandersetzung aus dem Weg gehen zu können.

Andererseits ist die MRPP inzwischen bekannt für ihre geradezu wahnsinnige „Einschätzung" des heutigen Portugal. Danach ist das MFA entweder der *„Hauptfeind"* oder die *„Agentur des Sozialimperialismus"* und die *„letzte Bastion der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse"*. In „Luta Popular", dem Zentralorgan der MRPP (z.B. vom 16.5.) wimmelt es in der Beschreibung des heutigen Portugal nur so von *„sozialfaschistischer Diktatur"*, *„Militärdiktatur"*, *„Bündnis von Sozialfaschisten und Bourgeoisie im MFA"* und *„der neuen PIDE, dem COPCON"*. Bei solchen kriminellen Desorientierungsversuchen, die objektiv spalterisch und provokatorisch sind, wäre es natürlich nicht weiter verwunderlich, wenn sich alle möglichen faschistischen Provokateure vom Treiben der MRPP angezogen fühlen wie Motten vom Licht. (Man vergleiche nur die Aktivitäten „unserer" „Vaterlandsverteidiger".)

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Aktivitäten des MRPP in den letzten Wochen bewußt darauf abstellt waren, die Taktik des revolutionären Flügels des MFA zu durchkreuzen und in der gegebenen Situation der Zerreißprobe zwischen Linken und Rechten im MFA eine Spaltung zu provozieren. Das wäre allerdings eine Spaltung geworden, die bei dem Frontalangriff der PS und der massiven Unterstützung dieses Angriffs durch die Imperialisten verheerende Folgen gehabt hätte.

Daß die MRPP-Führer diesen provokatorischen Weg bewußt gewählt haben (und nicht durch eine Reihe „unglücklicher" Umstände dort hineingeschliddert sind) zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß sie sich – mit wild antikommunistischen Parolen auf den Lippen – an den provokatorischen PS-Aufmärschen im Zusammenhang der Auseinandersetzung um die „Repuplica" eifrig beteiligt haben! ●

Portugal/Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Kapverden vor der Freiheit

Die Kapverdischen Inseln – seit dem 16. Jahrhundert vom portugiesischen Kolonialismus beherrscht – stehen vor der Unabhängigkeit. Am 30. Juni wird in den ersten freien Wahlen auf den Inseln die Nationalversammlung gewählt; am 5. Juli erfolgt die formelle Unabhängigkeit von Portugal.

Die Beendigung der kolonialen Unterdrückung wird gleichzeitig die Abspaltung der Kapverden vom schon befreiten Guinea-Bissao aufheben, die von der revolutionären Partei PAIGC (Partido Africano da Independencia da Guine e Cabo Verde) seit ihrer Gründung 1956 bekämpft wurde:

„Nach dem Erlangen der nationalen Unabhängigkeit ... Vereinigung beider Völker zum Zweck der Schaffung eines einheitlichen, starken und fortschrittlichen afrikanischen Vaterlandes. Gleiche Rechte und Pflichten. Feste Einheit und brüderliche Zusammenarbeit zwischen Guinesen und Kapverdianern. Unterbindung und Vernichtung aller Versuche, diese Völker zu spalten". (Programm der PAIGC – 1963).

Trotz der 1.000-km-Entfernung zwischen Guinea-Bissao und den Kapverden, trotz jahrzehntelanger Versuche der portugiesischen Kolonialisten, die Völker zu spalten, ist es der PAIGC gelungen, die Einheit der Völker im Bewußtsein der Massen zu verankern. Historische Grundlage dieser Einheit ist die Tatsache, daß die Kapverden bis ins 16. Jahrhundert unbevölkert waren und erst von den Portugiesen zum Umschlagplatz des Sklavenhandels mit Guinesen (später auch Angolanern) gemacht wurden. Die gleiche objektive Situation der kolonialen Ausbeutung, der Kampf gegen den gleichen Feind unter Führung einer Partei haben dieses historische Zusammengehören mit neuem Inhalt versehen!

Neokolonialistische Manöver gescheitert

Zum Zeitpunkt des Bankrotts des portugiesischen Faschismus (April 74) war die Situation in Guinea-Bissao und auf den Kapverden höchst unterschiedlich. In Guinea-Bissao hatte die PAIGC bereits 1963 den bewaffneten Kampf aufgenommen. In September '73 waren 80% des Landes befreit; in den befreiten Gebieten konnten Wahlen zur „nationalen Versammlung" stattfinden, und am 24. September 73 konnte die Unabhängigkeit proklamiert werden, die schon 14 Tage später von 65 Staaten anerk.nnt wurde. Das Ende des portugiesischen Faschismus bedeutete also für Guinea-Bissao die „unproblematische" Übernahme der letzten von Portugal besetzten Gebiete durch einen schon bestehenden Staat unter der Führung der PAIGC. Militärische Stärke der PAIGC und ihre Verankerung in den Massen ließen kurzfristige neokolonialistische Manöver nicht zu.

Auf den Kapverden hingegen hatte es keinen bewaffneten Kampf gegeben. Dies lag zum einen an den äußerst ungünstigen geographischen Bedingungen – bei militärischen Aktionen muß der Nachschub gewährleistet sein, die Inseln liegen 700 km vom Festland entfernt und sind ein Flottenstützpunkt der Nato, d.h. die Imperialisten waren in der Lage, die Kapverden vom Nachschub abzuschneiden.

Die einzelnen Inseln sind relativ einfach voneinander zu isolieren, was das Bestehen zusammenhängender, befreiter Gebiete äußerst erschwert. Zum zweiten leben weit über 50% der Bevölkerung im Ausland. Besonders die jungen Männer mußten sich als billige Arbeitskräfte außerhalb ihrer Heimat verdingen, um für das Überleben ihrer Familien zu sorgen. Es liegt auf der Hand, wie diese Tatsache die Aufnahme des bewaffneten Kampfes erschwert.

Vor diesem Hintergrund – der relativen Schwäche der PAIGC – glaubte die portugiesische Bourgeoisie, eine reale Unabhängigkeit verhindern zu können. Voraussetzung hierzu war, der PAIGC ihren dominanten Einfluß auf das Volk zu entreißen. Schon kurz nach dem 25. April wurden zwei aus PIDE-Agenten und Kompradoren gebildete „Parteien" – UDC und UPICV – aktiv. Die Stoßrichtung dieser „Parteien" wird aus einigen ihrer Aussagen deutlich:

„Eingebettet in die Kultur Portugals, unter Ausnutzung der verschiedenen Ebenen des Bildungssystems ... wäre es normal, daß sich die Ausbreitung der Kultur im europäischen Sinn (!) fortsetzt, ausgestattet mit ihrer richtungsweisenden evolutionären Dynamik (!) und gerichtet auf die Werte der Metropole (!!)".

„Für uns kollidiert die Entscheidung für einen souveränen und unabhängigen Staat gewaltsam mit der ökonomischen Undurchführbarkeit (!). Uns selbst überlassen ... überlebten wir nicht einmal einen Monat, besonders nicht bei der herrschenden Trockenheit" (Zitiert nach A. Duarte – PAIGC – Rede vor dem Entkolonisierungsausschuß der UNO, 10.10.74).

Unterstützt wurde diese Propaganda gegen eine reale Unabhängigkeit durch bewußte Reduzierung der Lebensmittellieferungen aus Portugal (wofür dann noch demagogischerweise die PAIGC verantwortlich gemacht wurde) und durch Massenentlassungen von 40.000 Kapverdianern in Portugal, denen gesagt wurde: *„Sucht euch Arbeit bei der PAIGC".* (Alles nach A. Duarte).

Die Antwort der PAIGC und des Volkes auf diese Manöver waren jedoch entschiedener, als General Spinola und seine reaktionären Freunde es erwartet hatten!

„Wir sind von der straffen Untergrundarbeit, zu der uns das kolonialistische und faschistische Regime zwang, zu einer offenen Arbeit übergegangen, die die Massen der städtischen Zentren und des flachen Landes mobilisiert" (A. Duarte).

Konkret hieß das:

- Spinolas Marionettenparteien konnten keine Veranstaltungen abhalten; diese Versuche wurden zu PAIGC-Kundgebungen umfunktioniert!
- Während der Verhandlungen zwischen PAIGC und Portugal fand auf den Kapverden ein Generalstreik zur Unterstützung der PAIGC statt, der den gesamten öffentlichen Dienst und alle Privatfirmen lahmlegte. („Facts and Reports 2343").
- Bei seiner Ankunft auf den Kapverden wurde der Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, von 30.000 Menschen empfangen (bei nur 300.000 Einwohnern auf allen Inseln insgesamt!)!

Die so dokumentierte Stärke der PAIGC hat schließlich zu ihrer Anerkennung als *„einzige rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Guinea-Bissao und den Kapverden"* durch Portugal geführt, und die Bildung der jetzt bestehenden Übergangsregierung ermöglicht, die von portugiesischen Militärs und PAIGC-Genossen paritätisch besetzt ist.

Daß dieser Sieg so unblutig und relativ einfach über die Bühne ging, ist allerdings auch Ergebnis der innenpolitischen Entwicklung in Portugal, d.h. der Absetzung Spinolas und der weitgehend loyalen Haltung des MFA gegenüber den revolutionären Befreiungsbewegungen.

Die Vertreter der Marionettenparteien haben zwischenzeitlich die Kapverden Hals über Kopf verlassen müssen. Allerdings setzen sie im Ausland ihre Arbeit gegen die PAIGC fort (siehe Artikel: „Faschisten im superlinken Gewand").



A. Cabral:

Ermordeter Führer der PAIGC



Soldaten aus Cabo Verde demonstrieren für die P.A.I.G.C.

Nato raus!

Die Befreiung der Kapverden ist zugleich ein Schlag gegen die Nato, da die PAIGC keine fremden Stützpunkte dulden wird („Politisches Handbuch der PAIGC"). Das heißt für die Nato der Verlust von sechs Militärflugzeugplätzen, zwei Radarstationen und einem Marinestützpunkt. (Siehe Abbildung)

Da für uns die militärstrategische Bedeutung der Kapverden nicht konkret analysierbar ist, lassen wir die Imperialisten selbst einschätzen: *„Die strategische Bedeutung der Azoren muß wohl kaum betont werden ... die Kapverdischen Inseln sind durch ihre Lage als Stützpunkt nicht weniger wichtig"* („Forreign Affairs" – Sprachrohr der US-Außenpolitik – zitiert nach „Ein Volk in Bewegung kann niemand aufhalten").

„Verbunden mit den Kapverdischen Inseln, mit ihrer Marinebasis von San Vincente und dem Allwetter-Luftwaffenstützpunkt von Saldie einzigen Einrichtungen dieser Art in dem von den Nato-Mächten kontrollierten Gebiet ... besitzt Guinea eine Position von lebenswichtiger strategischer Bedeutung" (Geheimdokument der britischen Imperialisten, veröffentlicht in „Afric-Asia" 20.7.70).

Hungersnot und koloniale Rückständigkeit – ein schweres Erbe!

„Unsere Mission ist, unser Schicksal in unsere eigenen Hände zu nehmen und allmählich die schwere Erbschaft der Hungersnöte, des Elends und der Unterdrückung zu überwinden, die uns der portugiesische Kolonialismus hinterlassen wird" (A. Duarte, 10.10.74 vor der UNO).

Die Größe dieser Aufgaben wird an einigen Tatsachen exemplarisch deutlich:

Die ehemals dicht bewaldeten Inseln waren früher zu 50% landwirtschaftlich nutzbar. Der hemmungslose Raubbau der kolonialistischen Lehnsherren am Waldbestand, und der nahezu vollständige Verzicht auf ein Bewässerungssystem führten zu einer Reduzierung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche auf sechs Prozent! Diese sechs Prozent beziehen sich allerdings nur auf „normale Zeiten"; periodisch auftretende Trockenzeiten führen zu regelmäßigen Hungerkatastrophen, besonders unter der Landbevölkerung (80% der Gesamtbevölkerung).

Hungersnöte auf den Kapverden:

Dürreperiode	Teil der verhungerten Bevölkerung
1900 - 1903	25%
1920 - 1922	20%
1940 - 1943	15%
1946 - 1948	35%

(Aus: „Ein Volk in Bewegung ...")

Diese Hungersnöte haben die Kapverdianer immer wieder zur Emigration gezwungen – heute leben allein in den USA mehr Kapverdianer als auf den Inseln.

Die heute auf den Kapverden herrschende Hungersnot ist – nach einer Trockenheit nach nunmehr sieben Jahren – fast unvorstellbar. Auf einigen Inseln gibt es kein Trinkwasser mehr; auf der Insel Brava ist Cholera ausgebrochen; Typhus und Tuberkulose breiten sich aus. Das von den Portugiesen hinterlassene „Gesundheitssystem" besteht aus 13 Ärzten, die nicht ein einziges eingerichtetes Krankenhaus und kaum Medikamente zur Verfügung haben. (Alle Angaben Carlos Reis – Minister für Gesundheit, Soziales und Justiz in der Übergangsregierung – in „Brennpunkt Afrika" 4).

Auf den Kapverden gibt es nahezu keine Industrie – eine altertümliche Salzgewinnungsanlage und einige kleine Fischfabriken, mehr haben die Kolonialisten nicht aufgebaut ... wenn man von den gewaltigen Militäranlagen und prächtigen Kirchen einmal absieht. Allein das so dringend benötigte Bewässerungsprogramm kann nicht durchgeführt werden, denn es gibt nicht mehr als zwei Brunnenbohrgeräte (Carlos Reis in „Brennpunkt Afrika" 4).

All dies Elend ist einzig und allein zurückzuführen auf die koloniale Ausbeutung, was aus einem freien Kapverden gemacht werden wird – trotz klimatisch schwieriger Bedingungen – schildert die Zusammenfassung einer Analyse der PAIGC über die zukünftigen ökonomischen Möglichkeiten der Inseln:



„Wenn wir berücksichtigen, daß nur 13% des Landes in Kapverde bebaut wird, daß die Wissenschaft heute über weitgehende Möglichkeiten zur Kultivierung von Land und zur Nutzung des Wassers verfügt, daß der Wille eines freien und arbeitsfreudigen Volkes ein ungeheurer Wert, ein kostbares Kapital ist, daß eine Wirtschaft, die von einem freien Volk geleitet und geplant wird, imstande ist, in wenigen Jahren große Fortschritte zu machen, daß Portugal gegenwärtig den kapverdischen Außenhandel monopolisiert und seine Wirtschaftspolitik den Interessen der Kolonialisten dient, daß fast die gesamten Importe aus Portugal kommen, daß diskriminierend hohe Zölle auf sie erhebt, die das Volk bezahlt, daß alle Aktivitäten auf dem Finanzsektor von der Banco Nacional Ultramarino monopolisiert sind, daß die Krisen, die so viel Elend über das Volk von Kapverde gebracht haben, nicht unvermeidlich, sondern ausschließlich das Ergebnis der langwährenden Ausplünderung und des Auslaugens des

Fortsetzung Seite 14

Hamburg:

Oppositionelle Ärzte übten Chile Solidarität

Anläßlich des 78. Deutschen Ärztetages in Hamburg waren 500 Ärzte aus der BRD und Westberlin anwesend, die sich in Opposition zur Standesorganisation der Ärzte und deren Anspruch, die Gesundheitspolitik zu bestimmen, befinden.

Da die oppositionelle „Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte" nicht an der Tagung der Ärzte-Delegierten teilnehmen durfte, organisierte sie eine Gegenveranstaltung, zu der 2.000 Menschen kamen.

In einer Presseerklärung wurde gegen die Gleichgültigkeit der reaktionären Standesorganisation gegenüber den Ereignissen in Chile – vor allem im Gesundheitswesen – protestiert. Unter anderem heißt es darin:

„Diese Situation (Verfolgung und Unterdrückung fortschrittlicher Ärzte im faschistischen Chile, AK-Red.) *ist auch der Bundesärztekammer bekannt. Auf ein Schreiben einer Initiative von deutschen Ärzten vom Februar 1974, mit der Bitte um Veröffentlichung einer von Amnesty International und vom Internationalen Roten Kreuz bestätigten Liste verfolgter chilenischer Ärzte, antwortete die Bundesärztekammer kurz, daß sie dieser Bitte nicht entsprechen könne ..."*

Weiter wird herausgestellt, daß stattdessen unkommentiert im offiziellen Organ „Deutsches Ärzteblatt" Leserbriefe abgedruckt wurden, die eindeutig das faschistische System in Chile begrüßten und befürworteten.

Die Arbeitsgemeinschaft hat außerdem vorgeschlagen, daß die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Kommission bestellt, die sich mit den repressiven Maßnahmen auseinandersetzt, denen chilenische Ärzte ausgesetzt sind, (und die damit indirekt natürlich die Gesundheitsversorgung der chilenischen Bevölkerung treffen).

Anschließend fand eine Spendensammlung für die Verfolgten im chilenischen Gesundheitswesen statt. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Generalstreik und Massenmord!


22. Mai: Generalstreik in Luanda

Am 22. Mai demonstrierten die Arbeiter in der angolesischen Hauptstadt Luanda ihre Entschlossenheit, ein freies Angola unter der Führung der revolutionären Partei MPLA aufzubauen. Der Innenminister der bestehenden Übergangsregierung – Mitglied der pro-imperialistischen FNLA – hatte nur eine Kundgebung ohne Demonstration durch die Straßen erlaubt und die Arbeiter „der wichtigen Industriezweige" per Dekret zur Arbeit verpflichtet.

Aus beidem wurde nichts. Am 22. Mai beteiligten sich nahezu 100 % am Generalstreik („Diario de Noticias", 30.5.), und 15.000 Menschen demonstrierten trotz Verbot durch die Straßen! Sie waren dem Aufruf der Gewerkschaft UNTA (Uniao Nacional dos Trabalhadores Angolanos) gefolgt. Der Aufruf wurde vom Radiosender der MPLA verbreitet.

Die politischen Forderungen des Generalstreiks zeigten die eindeutige Sympathie der kämpfenden Arbeiter mit der MPLA: *„Sofortige Absetzung des portugiesischen Hohen Kommissar Silva Cardoso"* (Cardoso hat durch passives Verhalten alle FNLA-Überfälle faktisch unterstützt – s. AK 61); *„Vertreibung aller PIDE-Mitglieder"*; *„Schließung aller reaktionären Zeitungen"* (nach „O Comercio do Porto", 24.5.).

Mit dem 22. Mai wurde erneut deutlich, daß die reaktionären Parteien FNLA und UNITA zumindest in den Städten völlig ohne Massenbasis sind, was ihr zunehmend deutliches Interesse erklärt, den für November angesetzten Wahlen durch einen Bürgerkrieg und blutige Niederschlagung des Volkswillens zuvorzukommen.

MFA duldet die Konterrevolution

Leider hat sich die Haltung der portugiesischen Militärs nicht geändert, die schon im April die Massaker der FNLA ungestraft ließ (über 3.000 Todesopfer). Unter dem Begriff der „aktiven Neutralität" verbreitet das MFA klassenunspezifische Schwafeleien: *„Es ist erforderlich, einen qualitativen Sprung von den Augenblicksinteressen der Befreiungsbewegungen zum nationalen Interesse zu vollziehen, das sich gegenüber den Ideologien und den politischen Auseinandersetzungen zwischen den Befreiungsbewegungen durchsetzen muß"* („Boletin do MFA", 30.5.75).

An gleicher Stelle geht das MFA so weit, MPLA und FNLA g l e i c h e r m a ß e n für die Auseinandersetzungen verantwortlich zu machen, das ist bei einem so eindeutig auszumachenden Aggressor nur als grobe Demagogie zu bezeichnen. Daß die Aggression eindeutig von der FNLA ausgeht, beweist allein die Tatsache, daß die FNLA eine Unter-

Fortsetzung Seite 15

Kapverden vor der Freiheit

Fortsetzung von Seite 13

Bodens durch die Kolonialisten sind – wenn wir das alles berücksichtigen, können wir sicher sein, daß die Perspektiven für die Zukunft gut sind, und daß morgen das kapverdische Volk ein einfaches, aber menschenwürdiges Leben führen wird.

Wenn wir alle Ressourcen Kapverdes genau erfassen und die ökonomischen Möglichkeiten des Landes richtig erkennen, werden wir die wenigen gegenwärtig rudimentären Industrien entwickeln und neue Industrien aufbauen, die das ökonomische Gesicht des Landes radikal verändern werden und damit auch die Gesellschaft, in der unser Volk lebt. Kurz: Bei einer geplanten und wissenschaftlich orientierten Wirtschaft, mit dem bewußten Einsatz des Arbeiters, der nicht mehr in der schrecklichen Realität der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen lebt, wenn das Volk Herr des Landes und seines Reichtums ist, wird Kapverde nicht mehr als armes Land bezeichnet werden können".

(Aus: „Politisches Handbuch der PAIGC").

Santo Antão BARLAVENTO

São Vicente Santa Luzia São Nicolau Sal Boa Vista

Atlantischer Ozean

SOTAVENTO Maio Brava Fogo Santiago

Maßstab 1: 3 000 000

Die Kapverdischen Inseln   Flughafen   Marinestützp.   Radarstation

BRD-Imperialismus – Lenelotte macht in Freundschaft

Im Januar 75 bereiste eine „linke" SPD-Delegation unter der Führung Lenelotte von Bothmers Guinea-Bissao und die Kapverden, angeblich *„um zu erkunden, welche Art von Entwicklungshilfe dort am dringendsten benötigt wird"* („Frankfurter Rundschau", 1.2.75).

Dieses „Hilfsangebot" kann nur als äußerster Zynismus bewertet werden, wenn man sich die jahrelange Waffenhilfe der BRD für Portugal – und damit zur Niederhaltung der afrikanischen Völker – vor Augen hält (siehe Kasten).

Westdeutsche Waffenlieferungen an Portugal:

... wenn man sich die jahrelange Waffenhilfe der BRD für Portugal – und damit zur Niederhaltung der afrikanischen Völker – vor Augen hält (siehe Kasten).
Westdeutsche Waffenlieferungen an Portugal:

1. 1961/62: **8 Patrouillenboote** der Bayrischen Schiffsbaugesellschaft; (Revista de Marinha, Portugal, 9/1965)
2. 1961 ff: Mehr als **50 Leichtflugzeuge** DO 27 A-4 (U. Albrecht u. a. Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Hamburg 1972, S. 31)
3. 1965: **60 Düsenjäger** Canadair F-86 Sabre (Die Zeit 1. 9. 1967, Spandauer Volksblatt 3. 4. 1965)
4. 1966: **40 Kampfflugzeuge** Fiat G-91 R-4, die heute in Mozambique u. a. auf dem Flugplatz Beira stationiert sind (FAZ 29. 1. 1966; Wehr und Wirtschaft 10/1966; Die Weltwoche 23. 8. 1968; Diario de Noticias, Portugal, 29. 6. 1971)
5. **111 Fouga Magister Flugzeuge.** Brasilien fungierte als Zwischenhändler. Die brasilianische und die deutsche Regierung leugnen die Transaktion (Correira de Manha und Tribuna de Imprensa, beide Brasilien, 27. 10. 1966 Stationierung in Angola – Deutsche Panorama 19. 1. 1967)
6. Eine nicht näher bekannte Anzahl von **Tanks** (M-41 und M-47) sowie **Artillerie, Unimogs und schwere Transportflugzeuge** (Defecea Nacional, Portugal, 1-2/66)
7. 1968: **12 Nord 2502 D „Noratlas"-Transportflugzeuge.** Heute Transportmaschine für Fallschirmjäger Batalhao No. 21 in Angola, Bat. 31 in Mozambique (Angola-Comité Amsterdam)
8. bis 1969: **110 Dornier DO-27** (48 Stück von der Fa. Dornier, 62 von der Bundeswehr geliefert), in „Esquadrilhas de Ligacao" zur Guerillabekämpfung eingesetzt (Cockpit 3/1968)
9. ca. **10 Hubschrauber** Saro Skeeters (Cockpit 9/1969)
10. 1969/70: **3 Corvetten** von Blohm und Voss, Hamburg (Neue Zürcher Zeitung 6. 7. 1969). Mindestens ein Schiff wurde bereits in die angolesische Marine eingegliedert (The Star, Johannesburg, 19. 9. 1970; Diario de Noticias, Portugal, 8. 5. 1971 und 19. 9. 1971)
11. **G-3 Gewehre** werden von Portugal in Lizenz hergestellt.
12. ca. **30 weitere DO 27 und ca. 6 Noratlas,** die aufgrund der aufgetragenen Nummern Anfang 1970 an Portugal geliefert worden sein müssen und noch die deutschen Tarnfarben trugen (Angola-Comité, Amsterdam)
13. 1971: mindestens **drei Noratlas** (Gespräch AGM-Komitee-AA)
Quelle: ISSA/Bonn

(aus dem Schülerheft der ökumenischen Projekt-Gruppe Angola-Sonntag)

Die direkten Waffenlieferungen an das faschistische Portugal wurden noch ergänzt durch den Aufbau der ersten (Kriegs-)Flugzeugfabrik Portugals durch den BRD-eigenen Konzern Messerschmidt im August '73, sowie die direkte Ausplünderung der portugiesischen Kolonien durch praktisch alle namhaften BRD-Konzerne im Schutz der portugiesischen Bajonette!

Außerdem wurden im Bundeswehrlazarett Hamburg-Wandsbek ständig verwundete portugiesische Kolonialsoldaten behandelt (vergl. „Süddeutsche Zeitung", 13.9.75).

Auf politischer Ebene wurde die Komplizenherrschaft der BRD mit dem portugiesischen Faschismus besonders deutlich, als die BRD sich einer, von 93 Staaten gestützten UNO-Resolution nicht anschließen mochte, die Guinea-Bissao als unabhängigen, souveränen Staat anerkannte und Portugal aufforderte, seine Truppen von Guinea-Bissao und den Kapverden abzuziehen.

Wenn heute die Bundesregierung „Freude" über die Unabhängigkeit Guinea-Bissaos und der Kapverden heuchelt, um die afrikanischen Völker über ihre aggressive Politik zu täuschen, so kann es sein, daß der eine oder andere blinde Sozialdemokrat darauf hereinfällt – ganz bestimmt nicht die PAIGC:

„Unsere Situation – diese portugiesische Aggression gegen unser Volk – bezieht auch die Verbündeten Portugals, die USA, Großbritannien u n d d i e B R D, mit ein.

bestimmt nicht die PAIGC:
„Unsere Situation – diese portugiesische Aggression gegen unser Volk – bezieht auch die Verbündeten Portugals, die USA, Großbritannien u n d d i e B R D, mit ein.

Und auch hier bringt uns der Kampf einen Gewinn: Er lehrt uns, wer die Freunde und wer die Feinde unseres Volkes, Afrikas, sind".
(A. Cabral, 1968).

Portugal/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Spendet für den Kampf gegen die Hungersnot auf den Kapverden:

1205/481755 HaSpa
Kennw.: Kapverden
– Helmut Theis –

(das Geld wird über die „Amilcar Cabral Gesellschaft" auf schnellstem Wege weitergeleitet)

Angola Solidarität:

"FNLA, Unita, Mobuto – Mörder!"

Unter dieser Hauptparole demonstrierte am 16. Juni in Lissabon die portugiesische Linke ihre Solidarität mit den unterdrückten Völkern Angolas und ihrer Befreiungsorganisation, der M.P.L.A. Gegenüber den zahlreichen anderen pro-M.P.L.A.-Demonstrationen in Portugal war in diesem Fall der Kreis der diese Demonstration tragenden Organisationen, sowie die vereinheitlichten Hauptparolen bemerkenswert:

Die Initiative zur Demonstration ging vom „Antikolonialen Informations- und Dokumentationszentrum" (CDAC), sowie der eng mit dem linken MFA-Flügel zusammenarbeitenden „Vereinigung der ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte" (ADFA) und verschiedenen afrikanischen Studentenorganisationen aus.

An der Aktionseinheit waren darüberhinaus die wichtigsten Organisationen der revolutionären Linken beteiligt, also M.E.S., F.S.P., L.U.A.R., P.R.P.-B.R. und L.C.I., darüber hinaus die Lissaboner Revolutionsräte, die Einheitsgewerkschaft „Intersindical" und eine Organisation Pro-UNEP (?)! – Eine Reihe ausländischer Organisationen (bzw. deren Lissaboner Vertretungen rief ebenfalls mit auf und beteiligte sich mit Delegationen an der Demonstration: ERP (Argentinien), MIR (Chile), Tupamaros (Uruguay), ELN (Bolivien), JCR (Latein-Amerika), PAIGC (Guinea-Bissao und Kapverden), FRETILIN (Timor) und – last not least – FNL (Südvietnam)!!

Die vereinheitlichten Hauptparolen waren:
„FNLA, UNITA, Mobuto – Mörder!
MPLA, der Sieg ist gewiß!
Ein einiges Volk, eine einige Nation – unter der Fahne der MPLA!
Holden, Savimbi – imperialistische Agenten! (Holden und Savimbi sind die Führer der pro-imperialistischen FNLA und UNITA)
Waffen her, für die MPLA!"

Gegenüber der unzweideutigen und klaren politischen Stoßrichtung dieser Demonstration (und der sie tragenden portugiesischen und ausländischen Organisationen), existieren innerhalb der westdeutschen Linken noch immer Tendenzen, die Befreiungsorganisation Angolas (MPLA) mit den pro-imperialistischen Söldner-Armeen FNLA und UNITA auf eine Stufe zu stellen, die brutalen und faschistischen Massaker der FNLA am angolesischen Volk geflissentlich

Fortsetzung auf Seite 15 unten

Rassismus und Faschismus = Politik der Imperialisten

In den letzten Wochen und Monaten kann man in der bürgerlichen Presse immer wieder von der „wichtigen Rolle" der Republik Südafrika (RSA) lesen, wenn es um die Politik in Guinea-Bissau, Angola oder Rhodesien geht.
Auch für die Imperialisten zeigt sich mehr und mehr, daß die RSA wohl die letzte relativ starke Bastion „weißer Politik" in Afrika ist. Sie setzen daher alles daran, die Politik der weißen Minderheit in der RSA zu stützen (der Anteil der weißen Bevölkerung macht nur 16,7 % aus, die große Mehrheit sind Afrikaner, Asiaten und Mischlinge).
Den Imperialisten geht es dabei um folgendes:
– Die Ausbeutung der Rohstoffe in der RSA. Hier befinden sich die größten Vorräte an Gold, Diamanten, Mangan, Chrom, Platin etc. des imperialistischen Lagers der Welt.

● In der RSA befinden sich insgesamt 1632 Betriebe aus westlichen Industrienationen. Hier sind England (630), die USA (494) und die BRD (132) an erster Stelle zu nennen (*1).
● Militärisch ist die RSA das einzige Land, was der NATO immer einen Fuß in Afrika sichert. (Es gibt z. B. einen Flottenstützpunkt und eine funktechnische Überwachungsanlage für ganz Afrika in der RSA) (*2).
Zur Wahrung dieser Interessen herrscht in der RSA ein Terrorregime, was sicherlich einem chilenischen Vergleich standhalten kann.

Zwangsarbeit und Hungerlöhne

Die Ausbeutung der schwarzen Arbeiter ist durch „Gesetze zur Organisierung der Arbeit" geregelt:
● Die „job reservation" ermöglicht es den Kapitalisten, Farbige aus allen Landesteilen zur Arbeit zu verpflichten. Diese dürfen selber nicht kündigen und müssen über die gesamte Vertragsdauer in einem Lager der Fabrik oder der Mine leben !

● Das „rate for the job"-Prinzip verbietet es, den Farbigen gleiche Löhne wie den Weißen zu zahlen. Danach dürfen Farbige auch keinen Facharbeiterberuf erlernen.

In den Jahren 1949 bis 1953 – der Konsolidierungsphase des derzeitigen Regimes – wurden die schwarzen Gewerkschaften systematisch liquidiert. Ihre Führer wurden „gebannt", ins Gefängnis geworfen oder ermordet. Gewerkschaftliche Betätigung wurde unter Strafe gestellt.

Nach dem „Bantu-Arbeitsgesetz" von 1953 waren dann die schwarzen Gewerkschaften zwar nicht verboten, sie hatten aber überhaupt keine Rechte mehr.

Ergebnis: Gegenüber 150 000 Mitgliedern von 1945 waren 1953 nur noch 16 000 organisiert. Und das in Gewerkschaften, die schon damals diese Bezeichnung nicht mehr verdienten! (*3)
nur noch 16 000 organisiert. Und das in Gewerkschaften, die schon damals diese Bezeichnung nicht mehr verdienten! (*3)
Die Löhne der Farbigen werden nicht mit dem Kapitalisten direkt ausgehandelt:
● „Lohnregulierungen" werden direkt zwischen Regierungsbeauftragten und von den Kapitalisten benannten (!) „Arbeitervertretern" getroffen.
● Bei Problemen afrikanischer Arbeiter verhandelt ein weißer „Bantu-Arbeitsbeauftragter" mit den zuständigen Regierungsstellen. (*4)

In den Betrieben gibt es „Verbindungskomitees" oder „Betriebskomitees", die die „Interessen der Farbigen vertreten" sollen. In ihnen sitzen oftmals auch Farbige. Aber auch diese „Komitees" sind von den Kapitalisten ernannt und haben nicht das Vertrauen der Arbeiter.

● Derzeit liegen die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne bei ca. 4 DM je Std. für einen „Angelernten" und bei ca. 1,50 DM bis 2 DM je Std. für einen Hilfsarbeiter (ein weißer Arbeiter bekommt ca. 15 DM als Facharbeiter und 10 bis 12 DM als Hilfsarbeiter !!!).

Die weißen „Gewerkschaften" (TUCSA) haben es bis 1974 abgelehnt, die Interessen der Farbigen zu vertreten oder diese gar als Mitglieder aufzunehmen. Im Gegenteil, mit großer Unterstützung der TUCSA-Mitglieder waren die weißen Gewerkschaftsführer an dem oben genannten „rate for the job"-Prinzip beteiligt. Ebenso haben sie das Lohngesetz (Regelung des Mindestlohns für Farbige) und das Industrieschlichtungsgesetz (faktisches Streikverbot) mit zu verantworten. In beiden Gesetzen waren es die weißen Gewerkschaftsführer, die es den Kapitalisten zur Pflicht gemacht haben, weiße Arbeitskräfte nicht durch „billige Afrikaner" zu ersetzen!! (*5)

Erst 1974 änderten diese rassistischen Arbeiterverräter die Satzung der TUCSA. Jetzt können auch schwarze Kollegen Mitglied der weissen Gewerkschaften werden. Ziel der TUCSA-Führer wird es dabei sein, den erstarkenden Klassenkampf der Farbigen zu kanalisieren, um ihm die Spitze zu nehmen. Die Reaktion der „schwarzen Gewerkschaften" fiel negativ aus: *„Die schwarzen Gewerkschaften sind an Mitgliedschaft oder engeren Beziehungen zu TUCSA nicht interessiert."* (*6)

Ein System von Terror und Gewalt

In der RSA gibt es zwei Arten von „Recht": ein „zivilisiertes" und ein „Bantu-Recht".

Während das erste für die Weißen bestimmt ist – es ähnelt dem Recht in den imperialistischen Staaten à la BRD –, regelt das „Bantu-Recht" die Strafen für die Farbigen und die Weißen, die gemeinsam mit den Farbigen kämpfen. (Nach dem „Bantu-Recht" wurden z. B. 1973 ca. 70 000 Auspeitschungen registriert) (*7).
Darüberhinaus gibt es in der RSA eine ganze Reihe von Gesetzen und Maßnahmen, die eine freie politische Betätigung völlig unterdrücken:

● „Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus": „Kommunismus" ist jede Doktrin oder jeder Plan, der darauf abzielt, irgendeine politische, soziale oder wirtschaftliche Veränderung in Südafrika herbeizuführen! Für eine solche „Straftat" kann bis zu lebenslänglich Zuchthaus verhängt werden!!
● Es gibt das „listing". Hier können Personen, die „Ziele des Kommunismus" fördern, auf eine „Liste" kommen. Es ist ihnen dann untersagt
+ zu unterrichten,
+ Redakteur einer Zeitung zu sein oder eine Zeitung zu vertreiben,
+ als Anwalt tätig zu sein etc.;
+ jeden Wohnungs- oder Arbeitswechsel müssen sie der Polizei melden.
Im Juli standen 568 Personen auf der „Liste". Inzwischen sind es mehr geworden.
● Personen, die die „Ziele des Kommunismus" fördern, können „gebannt" werden. Das „banning" umfaßt folgende Verbote:
+ einen bestimmten Bezirk zu verlassen,
bannt" werden. Das „banning" umfaßt folgende Verbote:
+ einen bestimmten Bezirk zu verlassen,
+ Versammlungen – auch privater Art – zu besuchen,
+ mit anderen „Gebannten" oder auf der „Liste" stehenden Kontakt aufzunehmen,
+ Bildungsstätten zu besuchen,
+ Fabrik-, Verlags- oder Gewerkschaftsgebäude zu betreten,
+ Organisationen anzugehören,
+ außer dem Arzt, Rechtsanwalt oder Angehörigen jemanden zu sprechen.
+ Weiße dürfen nicht das afrikanische Gebiet des Bezirkes aufsuchen.

„Gebannte" müssen sich außerdem regelmäßig bei der Polizei melden. Sie dürfen in keiner Veröffentlichung mehr zitiert werden !! Solche „banning orders" werden für die Dauer von 5 Jahren (!) ausgesprochen. Ende 1973 waren 218 Personen „gebannt". (Meistens Führer demokratischer Oppositionsbewegungen und Redakteure liberaler Zeitungen) Es gibt hiergegen kein Rechtsmittel.

Nach dem „criminal law amendment act no. 8" wird mit mindestens fünf Jahren Zuchthaus bestraft, wer eine Kampagne gegen ein verabschiedetes Gesetz unterstützt oder hierfür Geld gibt bzw. annimmt!

Nach dem „native administration act" kann die Regierung ohne Ankündigung einem afrikanischen Stamm, Teilen eines Stammes oder einzelnen Afrikanern befehlen, sich an einem bestimmten Ort der RSA aufzuhalten und ihn nicht zu verlassen. Die Betroffenen erhalten dann pro Monat 8 DM (!!) – nach dem Stand von August 1972 – und keine Arbeit. Von dieser Maßnahme waren bis 1972 ca. 160 Personen betroffen.

Die „180 day detention clause" ermöglicht es den Faschisten, Personen ohne Gerichtsurteil und Angabe von Gründen 180 Tage ins Gefängnis zu werfen. Angehörige brauchen nicht benachrichtigt zu werden. Eine solche Haft kann mehrmals erfolgen. Wobei eine neue Verhaftung schon Minuten nach der „Freilassung" erfolgen kann.

Der „terrorism act no. 83" erlaubt es jedem Polizeioffizier, zum Zwecke der Vernehmung jeden ohne Haftbefehl festzunehmen. Er muß nur glauben, es handle sich um einen „Terroristen oder einen Informanten". Die Haft kann unbegrenzte Dauer haben („bis sie ihren eigentlichen Zweck erfüllt hat"), niemand hat Zutritt zum Verhafteten oder erfährt etwas hiervon!! Auch hiergegen gibt es keine Rechtsmittel!! Nach diesem „terrorism act" müssen bei einer politischen Gerichtsverhandlung die Angeklagten ihre Unschuld beweisen! Die Mindeststrafe bei solchen Verhandlungen sind fünf Jahre Zuchthaus; die Todesstrafe ist die Höchststrafe.

Die Freiheit der bürgerlichen Presse wird in der RSA durch ca. 20 Gesetze eingeschränkt. Jedes der Gesetze bestraft den Redakteur nach oben genannten Bedingungen! (*8)

In der RSA wurden nach Angaben der UNO pro Jahr ca. 150 Hinrichtungen, 70 000 Auspeitschungen und 800 000 Verhaftungen bekannt. (*9)

Insgesamt gibt es derzeit in der RSA ca. 6 000 bis 10 000 politische Gefangene. Hinzu kommen die „Gebannten" und die, die auf der „Liste" stehen. Sie sind politisch ebenfalls „tot" !

Dabei mutet es dann fast schon „normal" an, wenn man weiß,
+ daß Farbige keine Lokale in den Städten besuchen dürfen,
„normal" an, wenn man weiß,
+ daß Farbige keine Lokale in den Städten besuchen dürfen,
+ spezielle Busse benutzen müssen (die nur unregelmäßig verkehren),
+ nicht die Fahrstühle, Toiletten etc. der Weißen benutzen dürfen
+ und in eigenen „Städten" – den Slums oder Reservaten leben müssen.



Die Bantustan-Politik

Die „Bantustan-Politik" wird von den Imperialisten und den RSA-Faschisten als „Beweis" für die „Erfolge der Apartheid-Politik" angeführt.

Nach dieser Politik werden ganze Bevölkerungsteile der Schwarzen in bestimmte Reservate vertrieben, um dort „einen eigenen und unabhängigen Staat" zu gründen (sog. „homelands"). Die schwarzen Staatsmänner dieses „neuen Staates" werden von der weißen Regierung der RSA ernannt; sie können keinen Schritt tun, der nicht vorher vom Minister für Bantu-Angelegenheiten abgesegnet wurde! Diese „Bantu-Leaders" sind korrupte Schwarze, die sich mit der faschistischen Rassenpolitik der weißen Bourgeoisie identifizieren.

In diesen „homelands" gelten die gleichen faschistischen Gesetze wie

Fortsetzung Seite 16

Fortsetzung von Seite 14

suchung der Massaker durch eine OAU-Kommission (OAU – Organisation der Afrikanischen Einheit) ablehnt. Außerdem hat die gesamte portugiesische Presse die Aggression der FNLA – teilweise dokumentarisch – belegt.

Selbst über diese Berichterstattung wettert das MFA: *„Das portugiesische Volk wird darauf aufmerksam gemacht, in welcher Weise in portugiesischen Nachrichtenorganen über den angolanischen Prozeß berichtet wurde... Diese Berichterstattung ist in ihrer großen Mehrheit verzerrend, alarmierend und einseitig gewesen... Der Revolutionsrat kann nicht umhin, diese Oberflächlichkeit der Berichterstattung zu bedauern"* („Boletin do MFA", 30.5.).

Besonders opportunistisch ist auch die neue Haltung des MFA zu Zaires Präsident Mobuto, Waffenlieferant der FNLA, erster Mann der USA in der Region und faschistischer Diktator in Zaire. Obwohl Mobuto fortfährt, die Abtrennung der ökonomisch wichtigsten Provinz Angolas – Cabinda – zu propagieren und militärische Vorbereitungen hierfür trifft (vergl. „O Seculo", 23.5.), und obwohl Mobuto den MPLA-freundlichen portugiesischen Botschafter mehr oder minder deutlich rausgeschmissen hat, wurde sofort der portugiesische „Sonderbotschafter" Vitor Alves (als Anhänger der PS bekannt) nach Zaire geschickt *„da man großen Wert auf gute Beziehungen zu Zaire legt"* („Diario de Noticias", 29.5.)

Von zairischen Journalisten auf *„einige diffamierende Äußerungen"* des ehemaligen Hochkommissars Angolas und führenden Kopfes der lin-
Von zairischen Journalisten auf „einige diffamierende Äußerungen" des ehemaligen Hochkommissars Angolas und führenden Kopfes der lin-
ken Fraktion des MFA, Rosa Coutinho, angesprochen, fiel Alves nichts besseres ein, als Coutinho abzuwerten: *„Diese Äußerungen sind lediglich seine persönliche Meinung, Coutinho ist nicht Sprecher des Revolutionsrates"* („O Seculo", 3.6.75).

Die Angola-Politik des MFA steht in deutlichem Gegensatz zu seiner Innenpolitik. Es ist nicht auszuschließen, daß massive imperialistische Drohungen diese Diskrepanz bewirkt haben (zumal das ökonomische Interesse der Imperialisten an Angola ungleich größer ist, als an Portugal). Trotzdem kann ein solcher – möglicher – Druck das Verhalten des MFA – die objektive Unterstützung imperialistischer Mörderbanden – nicht rechtfertigen!

FNLA weiterhin aggressiv

Die FNLA ist offensichtlich bemüht, sich ein Aufmarschgebiet gegen die Hauptstadt Luanda und den Süden Angolas blutig zu erobern. Besonders in der strategisch wichtigen Provinz Caxito, 60 km nördlich von Luanda, haben FNLA-Truppen MPLA-Einheiten und die Bevölkerung mit leichten und schweren Waffen (Mörsern) angegriffen. Caxito kommt eine besondere strategische Bedeutung zu, weil mit der Einnahme dieser Provinz die FNLA einen gesicherten Weg für militärischen Nachschub von Zaire bis in die Nähe Luandas hätte. („O Seculo", 30.5.)

Außerdem ist es der FNLA gelungen, das Kraftwerk von Cambambe zu besetzen, das Luanda mit Strom versorgt.

Die Angriffe der FNLA und der Terror in von FNLA besetzten Gebieten, gegen jeden, der als MPLA-Sympatisant verdächtigt wird, sollen nach Berichten der südafrikanischen Presse allein Ende Mai „mehrere tausend Tote" gefordert haben.

Die MPLA verhält sich immer noch defensiv, eine genaue Einschätzung des Kräfteverhältnis wird erst möglich sein, wenn MPLA seine Militanten und die Massen zum umfassenden Gegenschlag gegen die imperialistischen Mörderbanden mobilisiert. Ein anderer Weg als der revolutionäre Volkskrieg scheint mehr und mehr ausgeschlossen!

Letzte Meldung:

Letzte Meldung:

Die erdölreiche Nord-Provinz Cabinda, deren Lostrennung Mobuto zu betreiben versucht, haben FNLA-Armeen massiv angegriffen. Die MPLA kontrolliert noch die Stadt Cabinda; auch hier wird mit schweren Angriffen gerechnet. Die Kontrolle Cabindas ist von zentraler ökonomischer Wichtigkeit.

Offensichtlich in genauer Kenntnis der anstehenden Kämpfe hat der US-Konzern „Gulf-Oil" – größter Ausbeuter der Erdölvorkommen – sein Personal kurz vorher abgezogen! („O Seculo", 5.6.75)

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg ●

Fortsetzung von Seite 14

zu „übersehen" und in der Presse totzuschweigen und – letztlich im Chor mit den Imperialisten – scheinheilig und demagogisch die „Uneinigkeit" der „drei Befreiungsorganisationen" (!!) zu bejammern, bzw. unter der Parole der „Nichteinmischung" sich um eine konkrete Stellungnahme und damit um die Solidarität mit dem kämpfenden angolesischen Volk herumzudrücken.

Hauptträger dieser – objektiv konterrevolutionären – Strömung innerhalb der westdeutschen Linken ist der KBW und in ihm namentlich sein „erster Vorsitzender", J. Schmierer (vgl. „KVZ" Nr. 17/74, 21/74 und vor allem 3/75).

Der KBW hat nicht nur auf eine Kritik an der FNLA und UNITA verzichtet und die über diese Organisationen laufenden imperialistischen Manöver und Metzeleien nicht enthüllt, sondern gleichsam die schüchternen Versuche der „Roten Fahne" (der „KPD"), zwischen MPLA einerseits und FNLA und UNITA andererseits zu differenzieren, wütend diffamiert („KVZ", 3/75). Angesichts der offiziellen Haltung der chinesischen Außenpolitiker (die offenbar eine materielle Unterstützung der FNLA befürworten, anscheinend als „Reaktion" auf sowjetische Hilfe gegenüber der MPLA), hat die „KPD" opportunistisch den Schwanz eingekniffen und sich vorerst zu diesem Thema ausgeschwiegen. Es wäre auch nicht weiter verwunderlich, wenn hier – nach einer längeren Zeit des Schweigens – eine „neue Linie" eingeführt würde und FNLA und UNITA doch noch zu verspäteter Ehrung in der „Roten Fahne" kämen. Ähnliches ist schon aus „gewöhnlich gut unterrichteter Quelle" und hinter vorgehaltener Hand zu vernehmen.

Was den KBW anbetrifft, so hat dieser sich nachdem wir Ende April im Rahmen eines längeren Artikels – auch seine (konterrevolutionäre) Haltung und „Berichterstattung" zu Angola bloßgelegt und kritisiert, sowie ihn zu öffentlicher Selbstkritik und Korrektur seiner bisherigen „Linie" aufgefordert hatten (AK 60) – beharrlich ausgeschwiegen. Das war kaum anders zu erwarten. Wir sind gespannt, ob der KBW diese „Linie" (des Ausschweigens) durchzuhalten gedenkt, auch angesichts der Tatsache, daß nunmehr ein Punkt erreicht ist, an dem die Invasion Angolas, zumindest aber seiner erdölreichen Nordprovinz Cabinda, durch Söldnerheere Mobutos unmittelbar bevorsteht.

Wir befürchten allerdings, daß die KBW-Führer sich auch in diesem Fall wieder herauszureden versuchen und voraussichtlich den „Strohhalm" ergreifen werden, daß Mobuto wahrscheinlich zuvor seine Söldner-Armee noch schnell in FNLA-Uniformen stecken wird. ●

Portugal/Spanien-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Rassismus und Faschismus

Fortsetzung von Seite 17

in der RSA. Die Regierung der RSA hat jederzeit die Möglichkeit, diese „homelands" zu vergrößern, zu verkleinern oder ganz aufzulösen! Diese Politik der „homelands" hat für die Faschisten drei große Vorteile:

1. Jeder schwarze Arbeiter in der RSA wird einem „homeland" einfach „zugeteilt". Die „homelands" sind für die Kapitalisten und die Regierung der RSA „Ausland" (wie z. B. Lesotho). So werden die Farbigen alle zu „Gastarbeitern" im eigenen Land!! Entsprechend einer „Ausländerverordnung" können die Arbeiter so jederzeit in die Reservate gejagt werden. Dort sind sie dann größtenteils ohne Arbeit! Die Löhne dieser „Gastarbeiter" werden oftmals nicht an die Arbeiter ausgezahlt, sondern auf Sperrkonten der „homeland-Regierungen", die die Löhne erst später weitergibt. Die Arbeiter erhalten in dieser Zeit nur ein kleines Taschengeld.

2. Die RSA setzt in den „homelands" bestimmte Gesetze außer Kraft. So wurden z. B. 1974 die Gesetze über den „Mindeslohn" (s. oben) dort außer Kraft gesetzt. Ergebnis: Die „Bantu-Leader" bieten den Imperialisten noch billigere schwarze Arbeitskräfte an, als das die RSA tut. Oder die Regierung der RSA lädt alle arbeitslosen „Bürger" eines „homelands" auf LKWs und bringt sie in „ihr" Land. Dort werden sie dann in Arbeitslosenlager gebracht. Arbeitslosenunterstützung gibt es nicht. Ohne Arbeitsnachweis darf kein Schwarzer sein „homeland" verlassen !!

3. Die „Bantu-Leader" reisen als Vertreter eines „selbständigen" schwarzen Staates (auf dem Gebiet der RSA) in der Welt herum. Hiermit sollen sie für den Erfolg der „Politik der getrennten Entwicklung" der Faschisten werben. Sie werben für Investitionen in „ihrem Land", um „Arbeitsplätze" zu schaffen. Die Imperialisten haben damit ihr Feigenblatt geschaffen, denn durch ihre Investitionen werden ja *„die Schwarzen vor dem sicheren Hungertod gerettet"*. Die RSA bietet durch die „Bantu-Leader" noch günstigere Bedingungen für die Ausbeuter! Dabei ist es eine Bedingung für Investitionen in den „homelands", daß die Gelder über die Bank der Regierung der RSA laufen. (*10)

In der derzeitigen Politik der Regierung der RSA zeichnet sich immer mehr ab, daß diese Politik an Bedeutung zunimmt. Durch sie soll ein „grundsätzlicher Wandel" der rassistischen Politik vorgetäuscht werden!

sistischen Politik vorgetäuscht werden!

Die „legale Opposition"

Die „legale Opposition" in der RSA ist eine weiße Opposition. Als solche tritt im wesentlichen die „Fortschrittspartei" auf. Sie ist mit 6 Sitzen im Parlament der RSA vertreten.

- Die Abgeordneten dieser Partei wurden in sechs der reichsten Wahlkreise Südafrikas gewählt!! Wenn man bedenkt, daß die Schwarzen kein Wahlrecht haben, weiß man sofort, woher der Wind bei dieser „Opposition" weht.

Hinter der Partei steht die „Anglo-American Corporation" mit Harry Oppenheimer an der Spitze. (Die AAC ist einer der größten Minenbesitzer in der RSA!) Die „Fortschrittspartei" ist daher keine politische Kraft in der RSA, deren Ziel es ist, eine demokratische Gesellschaftsform zu schaffen. Im Gegenteil:

- Sie ist *„eine Partei von Konservativen, in deren Interesse es liegt, eine Revolution zu verhindern und nicht durch eine Rassenpolitik, die immer untragbarer wird, diese zu provozieren".* (*11)

In diesem Sinne ging diese „Oppositionspartei" als einzige weiße Partei daran, einen Vorschlag zu einer Verfassung der RSA vorzulegen, der sich an bestimmten Menschenrechten der UNO orientierte. Ebenso wurde ein Vorschlag zum „Wahlrecht" vorgelegt, in dem

- *„beruhend auf Bildung und Einkommen ca. 100 000 Afrikaner an den Wahlen teilnehmen sollten"* (Das wären ca. 5 % der Bevölkerung).

Mit diesen zynischen Vorschlägen und einer im Ganzen reaktionären Politik will die „Fortschrittspartei" den Schwarzen Sand in die Augen streuen und sie – mit der Bemerkung „mehr ist z. Zt. nicht drin" – vom ernsthaften Kampf abhalten! Bezeichnend für den Faschismus in der RSA aber ist, daß die Parteimitglieder dieser „Opposition" oft genug als „Kommunisten" bezeichnet und verfolgt werden. So gibt es auch einige durchaus „honorige Herren", die aufgrund ihrer Tätigkeit auf der „Liste" stehen!! Dennoch, mit dem Kampf der Schwarzen hat diese „Fortschrittspartei" nichts zu tun.

Der schwarze Widerstand

Bis zum Jahre 1953 wurde von den Faschisten jede Widerstandsorganisation der schwarzen Mehrheit brutal zerschlagen. Ähnlich dem Hitlerfaschismus wurde hier wirklich „ganze Arbeit" geleistet! (Es gibt zwar bis heute einzelne, versprengte Reste der ehemaligen KP und des ANC, sie sind aber ohne großen Einfluß auf die Massen) (*12)

Die erste „schwarze" Organisation gründete sich 1968 im studentischen Bereich („South African Student's Organisation" – SASO). Diese Organisation war die erste, die auch Inder und Mischlinge aufnahm:

- *„Schwarz wird dabei nicht als Hautfarbe verstanden, sondern als Zeichen für unsere Lage. Der Kaffer, Hottentot, Kuli, Bantu und Nicht-Weiße sagt laut Nein dem Weißen. Es ist der Schwarze, der laut Nein sagt zum weißen Rassismus in allen seinen Formen, der Nein sagt zur Arroganz aller weißen Reaktionäre, Liberalen und Progressiven."* (*13)

Ähnlich der „black-power"-Bewegung in den USA, so ging auch die SASO anfangs daran, die Kultur der eigenen Rasse „wiederzuentdecken". Dies äußerte sich in den Parolen:

- *„Wir wollen und müssen wir selbst sein"* oder *„We don't seek another Europe, one Europe is enough"* (Wir suchen kein anderes Europa, ein Europa ist genug).

Über die Universitäten hinaus gründete sich 1972 die „Black Peoples Convention" (BPC).

- *„Der Schwarze wurde nicht mehr als nur kulturelles Individuum verstanden, dessen Vergangenheit und traditionelle Werte zurückgewonnen werden müßten, sondern seine Unterdrückung wurde als Bestandteil und Konsequenz eines ganz bestimmten Systems, des kapitalistischen nämlich, begriffen."* (*14)

Innerhalb der BPC *„setzte sich immer mehr das Bewußtsein durch, daß ein gesellschaftliches Übel von so grundsätzlicher Bedeutung wie der Rassismus nicht innerhalb des existierenden gesellschaftlichen Rahmens verändert oder abgeschafft werden könnte".* (*15) Entsprechend der rassistischen Politik der RSA-Faschisten geht die BPC in ihrem Kampf von folgender Voraussetzung aus:

- *„Der Kampf wird sich notwendigerweise gegen die weiße Vorherrschaft richten und damit gegen alle Weißen Südafrikas, ob sie nun Ausbeuter sind oder nicht. Denn faktisch ist es bereits die Hautfarbe, die einen Weißen von dem Apartheid-Regime profitieren läßt und ihn zum Unterdrücker macht. ... Für die Zukunft muß jedoch gelten, das bestimmende Wesen der südafrikanischen Gesellschaft zu bekämpfen. Das liegt nicht im Rassismus begründet, sondern im Charakter des Kapitalismus".* (*16)

An diesen wenigen, uns bisher zugänglichen Informationen über die BPC wird deren antikapitalistischer Charakter deutlich. Wir können derzeit nicht sagen, wie groß der Einfluß der BPC bei den Farbigen ist. Ebensowenig wissen wir über die Arbeit und den Kampf anderer Gruppen in der RSA.

Dennoch können wir feststellen, daß unsere uneingeschränkte Solidarität denjenigen gehört, die den Kampf gegen Rassismus und Faschismus im südlichen Afrika aufgenommen haben ! ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Anmerkungen

1) Angaben nach „Investment in Apartheid" ICFTU-Brüssel, Mai 1974
2) Siehe AK 53 (hier auch zu Investitionen des BRD-Kapitals in der RSA)
3) Angaben nach „Opposition in Südafrika „progress dritte welt" (PDW); S. 65
4) ebenda, S. 65+ 66
5) ebenda, S. 68 + 69
6) ebenda, S. 67
7) horizont 38/74
8) Alle Angaben nach „Opposition in Südafrika", S. 48 ff
9) hörizont 38/74
10) alle Angaben nach „Opposition in Südafrika", S. 56 ff
11) ebenda S. 43 (ebenso alle anderen Angaben in diesem Abschnitt)
12) ebenda, S. 70 ff
13) ebenda, S. 72
14) ebenda, S. 75
15) ebenda, S. 76
16) ebenda, S. 76

Südafrika:

BRD-Imperialismus – Hauptsächlicher Waffenlieferant der weißen Rassisten

Der „Westberliner-Extradienst" enthüllte in seiner Ausgabe vom 27.5.75 folgendes:

- *„Die Zeitschrift „Wehrkunde" 5/75 referiert, daß die Bundeswehr seit Jahren beim Aufbau der Streitkräfte des Rassistenregimes geholfen habe."*

- Von ausländischen Journalisten wurde das militärische Nachrichtenzentrum Simonstown (von hier werden alle *„militärischen"* Bewegungen in ganz Afrika *„beobachtet"*) besichtigt, das *„entgegen einschlägigen UNO-Sanktionen von den bundesdeutschen Weltfirmen AEG, Siemens und MAN gebaut und angeliefert worden war."*

- Mit dem Ziel, Südafrika weiter in das NATO-System einzubeziehen

„nahmen zwei Angehörige der Südafrikanischen Botschaft 1970 an einem Lehrgang über einheitliche Materialkodifizierung im Materialamt der Bundeswehr teil." Diese Materialkodifizierung ist Ausdruck der Tatsache, daß Südafrika von der BRD offiziell in das NATO-Versorgungsnetz mitaufgenommen werden soll.

- Die Bundeswehr erteilte für die Projekte in Südafrika „NATO-Nummern". *„Für Geschäfte deutscher Lieferanten mit der südafrikanischen Kriegsmarine sind derartige Nummern Voraussetzung."*

- Das „Projekt Advokat" (Nachrichtenzentrum Simonstown) bekam die Nato-Nr. AD 09315-10175, sämtliche *„Auflistungen der Firma AEG zu diesem Projekt gingen auch gleich der Kodifizierungsstelle der Südafrikanischen Botschaft zu."*

- *„Diese Machenschaften der Bundeswehr, verschiedener bundesdeutscher Großkonzerne und deren Zusammenspiel mit der Südafrikanischen Botschaft waren von der NATO abgesegnet."* (Alle Zitate aus „Extradienst", Nr. 43/IX, S. 10ff.)

An diesen konkreten Beispielen (es ließen sich sicher noch wesentlich mehr finden) wird deutlich, daß es sich bei dem Gerede der Sozialdemokraten „gegen das Rassistenregime" lediglich um ein Schutzmäntelchen handelt, unter dem man dann umso besser seine schmutzigen Geschäfte mit den Faschisten abwickeln kann!

Es wird aber auch deutlich, warum gerade die BRD es immer ist, die in der UNO sich permanent streubt einem „Waffenembargo" gegen Südafrika zuzustimmen! ●

Afrika-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Zimbabwe (Rhodesien)

Weiße Faschisten richten Blutbad an



Am Sonntag, den 1. Juni 1975 erschossen Polizeikräfte des weißen Minderheitsregimes in Zimbabwe 13 farbige Demonstranten:

In der Hauptstadt Salisbury demonstrierten etwa tausend Schwarze für die Wiederaufnahme des Befreiungskrieges. *„Einer der Beamten zog seine Pistole und schoß in die Luft, als die Menge sich nicht auflöste, zogen auch die anderen Polizisten ihre Waffen und begannen in die Menschenmenge zu feuern"* („FR", 3.6.75). Zunächst wurden fünf Demonstranten ermordet.

Die Demonstration – die in dem von Schwarzen bewohnten Stadtteil Highfield stattfand – wuchs schnell auf eine Zahl von 7.000 bis 10.000 Menschen („SZ", 2.6.75) an. Im weiteren Verlauf wurden von den Faschisten nochmals acht Demonstranten erschossen! *„Der Zorn der aufgebrachten Afrikaner richtete sich vor allem gegen Unternehmen, die die Herrschaft der weißen Minderheit symbolisieren."* („SZ", 3.6.75)

Dieser neuerliche Mord der Faschisten reiht sich nahtlos ein in die Terrorpolitik der weißen Minderheit, deren Opfer allein in den letzten 24 Monaten weit mehr als 500 ermordete Farbige geworden sind!

Farbige geworden sind.

„Bedingungslose Verhandlungen" . . .

Äußerer Anlaß für diese Demonstration war eine Sitzung des „African National Council" (ANC). In seinem politischen Ausschuß sind seit Monaten alle Befreiungsbewegungen von Zimbabwe zusammengefaßt. Nach langen Verhandlungen waren die Genossen verschiedener Organisationen übereingekommen, in diesem Gremium gemeinsam Verhandlungen über eine „Verfassungskonferenz" mit den weißen Faschisten vorzubereiten.

Daß die Rassisten überhaupt zu solchen Verhandlungen bereit waren, ist im wesentlichen dem bewaffneten Befreiungskampf der Schwarzen unter der Führung der ZANU und der ZAPU zu verdanken!

Die ZAPU, ANC und FROLIZI auf der einen Seite des Aktionsbündnisses und die ZANU andererseits unterscheiden sich durch folgende Politik:

- ZAPU u.a.
  „akzeptieren den Gedanken eines nach Bildung und Einkommen orientierten Wahlrechts, bei dem nach mehreren Jahren die weißen Wähler von afrikanischen Mittelstandswählern abgelöst würden".
- ZANU
  „fordert die Herrschaft der Massen, das Wahlrecht für alle." („FAZ", 7.3.1975)

Es ist klar, daß den Faschisten und den Imperialisten (hier im wesentlichen die USA, Großbritannien und BRD) die ZAPU u.a. als Verhandlungspartner wesentlich „lieber" sind! Denn sie stellen einen tatsächlichen „Partner" dar, um das Volk in Zimbabwe auch noch langfristig unter Kontrolle zu halten.

Innerhalb des Aktionsbündnisses gab es daher auch erhebliche Differenzen über den Ausgangspunkt für Verhandlungen mit den weißen Rassisten.

- *„ZANU und die anderen Organisationen (stimmten) darin überein, eine geeinte Front im ANC zu bilden, ... in der jede Organisation einen bestimmten Grad an Identität beibehielt, insbesondere insofern sie den bewaffneten Kampf weiterführte."*
- *„Nkomo (ZAPU) verstand die Übereinkunft (aber) so, daß die ZANU und die ZAPU als Organisationen aufgelöst seien und er der Führer einer neuen Organisation ist."*

Aus diesem „Mißverständnis" heraus wollen die Führer des ANC, der ZAPU und FROLIZI es den ZANU Anhängern untersagen, weiterhin an ihrem Grundsatz festzuhalten:

- *„Laßt uns in der Verfolgung unserer Ziele nicht unsere Waffen, Menschen und den Kampfgeist verlieren. Es ist lebenswichtig, daß das afrikanische Volk die Macht des bewaffneten Kampfes nutzt und daß alle Schritte unternommen werden, seine Anwendung jederzeit zu ermöglichen."* (alle Zitate aus „Memorandum an die OAU" ZANU, Februar 1975)

Entsprechend der bisherigen „pazifistischen Politik" (ZANU) des ANC nahmen auch die Führer des Aktionsbündnisses mehrheitlich ein „Angebot" der weißen Rassisten an, zunächst einen „Waffenstillstand" zu vereinbaren, um dann eine „Verfassungsverhandlung" zu beginnen. Die ZANU führte den bewaffneten Kampf weiter und stellte für Verhandlungen

weiter und stellte für Verhandlungen

folgende Bedingung:

- *„Verhandlungen ausschließlich über die sofortige Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit"* (zitiert nach „KVZ", 18/75).

oder bewaffneter Kampf?

Die ZANU lehnt nach wie vor jeden faulen Kompromiß ab. Hierfür demonstrierten an diesem Sonntag die Farbigen in Salisbury! Sie demonstrierten für folgende Grundsätze im Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe:

- *„Gegen eine Verwässerung der Führung der revolutionären Bewegung, indem man die radikalen Elemente durch eine passivere, manipulierbare ersetzt."*
- *„Für die Strategie des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe".*
- *„Wenn die afrikanischen Nationalisten das Feuer tatsächlich für ein Butterbrot einstellen, wird es ihnen schwerfallen, den Krieg wieder aufzunehmen.*
  Ein solches Ergebnis ist genau das, was das weiße Regime sucht." (Zitate nach „Memorandum ..." s.o.)

Trotzdem folgte die Mehrheit der ANC-Führung *„einem Ultimatum des* (faschistischen) *Ministerpräsidenten Smith zu neuen Verhandlungen"* („FR", 3.6.1975).

Diese Verhandlungen sollen stattfinden in einer Situation, in der das weiße, faschistische Regime farbige Demonstranten auf offener Straße ermordet, von den Widerstandsorganisationen aber einen Waffenstillstand in das Ultimatum mit aufgenommen hat.

Dies zeigt einmal mehr, wie wenig die Faschisten bereit sind „auf friedlichem Wege Verhandlungen zu beginnen" und wie richtig die Forderungen der Demonstranten ist:

Für die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes! ●

Afrika-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Alaska-Pipeline: Superprofite und Superausbeutung

Seit kurzem hat in Alaska „der aufwendigste Öltransport, der je in Angriff genommen wurde ..." so die „FAZ" vom 26.4.75, begonnen. Seitdem am 15. Februar 1968 die Ölkapitalisten in der „Prudhoe Bay" fündig wurden, erfolgte ein beispielloses Wettrennen um die letzten Konzessionsblöcke im amerikanischen Bundesstaat Alaska.
Nach offiziellen Schätzungen sollen aus dem einzigen Feld von 50 qkm Fläche mindestens 1,4 Mrd. t Erdöl und 750 cbm Erdgas ausgebeutet werden. Zum Vergleich die Öl- und Erdgasfunde in der Nordsee: 1,8 bis 2,4 Mrd. t Öl und ca. 2 Mrd. cbm Erdgas sind auf ungefähr 30 Felder verteilt, was eine Ausbeute erheblich teurer werden läßt. Die Ausbeutung der Ölvorkommen in Alaska wird dann auch als eines der größten Geschäfte für die Kapitalisten gewertet. Allein bei gleichbleibendem Kurs des Ölpreises schätzt die „Welt" vom 28.4.75, bei einer Förder- und Pipelineleistung von zunächst 60 Mio. t im Jahr die Gewinne auf 5,4 Mrd. Dollar jährlich.

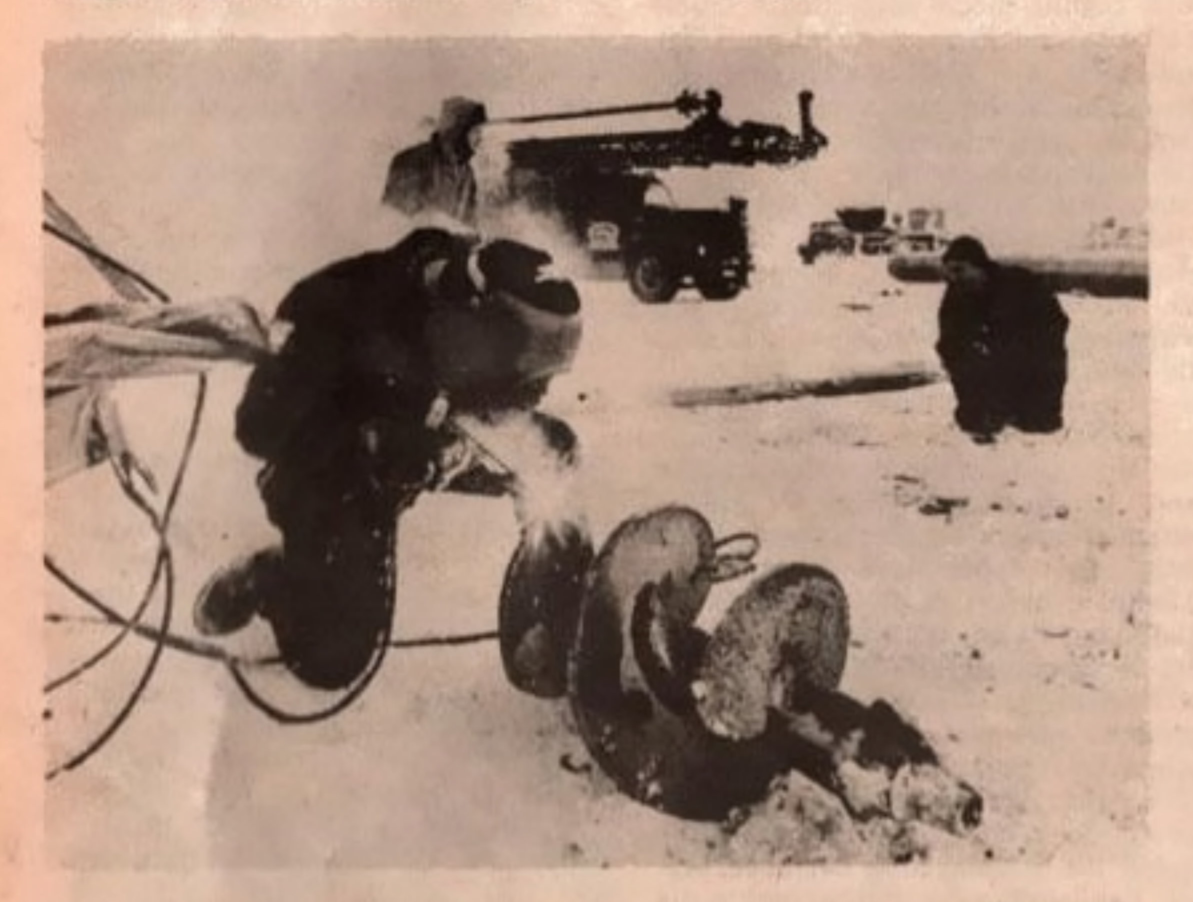


Pipeline-Lager in Fairbanks

Um diesen Öl- (sprich Profit-) Regen *„vom ewigen Eis bis zum offenen Hafen Valdez am Golf von Alaska"* („Spiegel", 17/75) in einer 1.300 km langen Pipeline zu transportieren, schlossen sich die konzessionsinnehabenden Kapitalisten zu der „Alyeska Pipeline Service Co." zusammen. Allen voran die BP. Schon 1977 sollen die ersten Tonnen Öl fließen.

Um diese Pipeline, die durch einen *„Kontinent ... der unbewohnbar ist"* („Spiegel", 17/75) zu verlegen und um das Öl zu fördern, werden die
die ersten Tonnen Öl fließen.

Um diese Pipeline, die durch einen *„Kontinent ... der unbewohnbar ist"* („Spiegel", 17/75) zu verlegen und um das Öl zu fördern, werden die Arbeiter mit hohen Löhnen gelockt. So verdient ein Arbeiter zwischen 1.500 - 2.000 Dollar die Woche. Doch aufgrund der wahnsinnigen Bedingungen, die in den „Camps" herrschen, gehen viele Arbeiter nach einigen Wochen wieder. Doch der Andrang auf diese Arbeitsplätze ist groß.



Bei mörderischen klimatischen Bedingungen — Reparatur von Bohrgerät

„Ca. 20.000 Arbeitswillige warten in der Hauptstadt Anchorage und in Fairbanks auf eine Anstellung — sie leben in ihren Autos, in Wohnwagen oder in umgebauten Schulbussen. Zimmer ... sind kaum zu bekommen." („FR", 26.4.75).

Arbeitsbedingungen: Tod einkalkuliert

„Die Frontiersmen leben auf Pfahlbauten über Eis und Schlamm. — oft bis zu 100 Meilen von der nächsten Behausung, 400 von höherer Zivilisation — tödlich für jeden, der außer Sicht gerät" („Spiegel", 17/75). Im Winter sind die Temperaturen bis 78 Grad unter Null. Zusätzlich zu dem eisigen Wind wird dies als 148 Grad unter Null geschätzt. *„Bloßes Berühren von Metall gibt schon Frostbeulen, an denen Monate zu laborieren ist. Ärzte freilich sind in den Lagern nicht, nur Sanitäter und Erste-Hilfe-Leute"* („Spiegel", 17/75). Im Sommer dann 30 - 40 Grad Hitze, Moskitos und Mücken, gegen die es kaum ein Mittel gibt. Sind die äußeren Bedingungen durch das Klima schon tierisch, so sind die Lebensbedingungen in den

Camps noch schlimmer. Die Arbeiter
30 - 40 Grad Hitze, Moskitos und Mücken, gegen die es kaum ein Mittel gibt. Sind die äußeren Bedingungen durch das Klima schon tierisch, so sind die Lebensbedingungen in den

Camps noch schlimmer. Die Arbeiter wohnen zu zweit auf zwei mal drei Meter großen Buden. Es wird täglich bei Temperaturen bis minus 70 Grad zwölf Stunden und sieben Tage in der Woche gearbeitet. Wird Alkohol getrunken, ist dies sofortiger Kündigungs-Grund.

„Nur die Heizung braucht auszufallen bei 60 Grad Frost und die Crew ist am Rande der Existenz" („Spiegel", 17/75).

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die meisten nach ca. zwei Monaten den sog. Lagerkoller kriegen. Nach dieser Zeit kann man für zwei bis drei Wochen weg. Meist kommen die Arbeiter vom Regen in die Traufe. In den umliegenden Städten hat der „Ölrausch" das Geld entwertet: *„In der Ölrausch-Stadt Fairbanks kosten Steaks 20 Dollar und Damen 150, dort haben Motels die Preise des New-York-Hilton und ein klappriges Siedlungshaus kostet 500 Dollar Miete im Monat"* („Spiegel", 17/75).



Nicht nur, daß den Arbeitern hier das Geld wieder voll aus den Taschen gezogen wird. Die Einwohner der Städte sind meistens aufgrund der hohen Preise gezwungen, ihren Lebensunterhalt mit einem ‚Öljob' zu verdienen. Sie liefern wieder billiges Arbeitsmaterial für die Kapitalisten.

Die ‚Unions' spielen mit — Die Kapitalisten haben den Profit

Die ‚Unions' spielen mit — Die Kapitalisten haben den Profit

Die meisten der z.Zt. ca. 12.000 Beschäftigten (es sollen bis zu 17.000 werden) sind von den ‚Unions' vermittelt worden. *„Die Gewerkschaften sammeln Bewerbungen Pipeline-Williger und sie allein führen die Warte- und Klassifizierungslisten. Sie allein bestimmen, wer und für welches Geld bei der ‚Aleyska' anfangen kann"* („Spiegel", 17/75). An dieser Regelung werden die Gewerkschaftsbosse sicherlich nicht schlecht profitieren, denn *„die Gewerkschaften haben als Gegenleistung dafür ... gegenüber den Ölgesellschaften die Garantie übernommen, daß es zu keinem Streik und zu keiner sonstigen Arbeitsniederlegung kommt. Diese Vereinbarung hat, so versichern die Manager bisher reibungslos funktioniert"* („Handelsblatt" vom 29.4.75).

Für die Kapitalisten Profitsegen — für die Arbeiter Senkung des Lebensstandards

Begleiterscheinungen sind in Alaska wesentlich Preiserhöhungen für Lebensmittel, die ohnehin schon über dem US-Durchschnitt liegen. Der Ölboom hat den wenigsten Einwohnern etwas gebracht. Im Gegenteil. Der Großteil der Arbeiter kommt sowieso von auswärts. Wird 1977 der Pipeline-Bau beendet sein, werden die meisten der Arbeiter wieder abziehen müssen. Schon heute liegt Alaska mit 12 % Arbeitslosen an der Spitze der USA. Da, wie ein „Experte" in der „FR" vom 26.4.75 kommentierte, es *„unwahrscheinlich (ist), daß Alaska zum zweiten Kuwait wird"*, steht heute schon fest, daß sich die Profite der Kapitalisten mordsmäßig erhöhen werden, für die Arbeiter jedoch eine noch größere Arbeitslosigkeit und Verelendung kommen wird. ●

Betriebszelle Heidenreich & Harbeck
KB/Gruppe Hamburg

Der Hauptfeind Nr. 1 in der Welt: Der US-Imperialismus!!

Bereits in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF sind wir ausführlich auf den „richtungsweisenden Kurs" der „KPD/ML" und „KPD" eingegangen, der darin besteht, offen die „Vaterlandsverteidigung" der westeuropäischen Arbeiterklasse mit den Imperialisten dieser Länder „gegen die Supermächte, vor allem gegen den Sozialimperialismus" zu propagieren. Diese „sozialchauvinistischen" Positionen gehen davon aus, daß Westeuropa von der Sowjetunion bedroht sei und der EG-Imperialismus deshalb seine „Verteidigungsanstrengungen erhöhen" müsse. Ernst Aust, „Vorsitzender" der „ML", sagt sogar, daß der „Hauptstoß (der „Sozialimperialisten") auf Westeuropa zielt, daß sie vom Süden über ihre Kriegsflotte im Mittelmeer und im Norden von ihrer Flottenbasis auf der Halbinsel Kola..., über ihre Flotte im Nordantlantik, in der Norwegischen und der Barents-See zu umklammern trachten.
Gleichzeitig massieren sie ihre Truppen entlang den Westgrenzen der Länder des Warschauer Paktes". Wir wollen an dieser Stelle auf die ganze Unsinnigkeit der angeblichen „sozialimperialistischen Überlegenheit" eingehen und versuchen, das wahre Kräfteverhältnis zwischen den beiden Militärbündnissen in Europa darzustellen.

„Militärische Überlegenheit" der Sowjetunion?

Folgt man den Berichten in der bürgerlichen Presse, so scheint der Warschauer Pakt der NATO haushoch überlegen zu sein:

Da heißt es im „Weißbuch" des westdeutschen Verteidigungsministeriums u.a.: *„In Mitteleuropa unter-*

Warschauer Pakt der NATO haushoch überlegen zu sein:
Da heißt es im „Weißbuch" des westdeutschen Verteidigungsministeriums u.a.: „In Mitteleuropa unter-

hält der WP wesentlich stärkere konventionelle Streitkräfte als die Nato... Es gibt kein konventionelles Gleichgewicht in Zentraleuropa". Und in der FAZ wird davon ausgegangen, daß *„sich das Kräfteverhältnis der Verbände von Heer und Luftwaffe zwischen Nato und WP mehr und mehr dem Quotienten 1:3 annähert"*. Um diese angebliche militärische „Überlegenheit" zu untermauern, werden quantitative Rüstungsvergleiche angestellt. Nach der Bundeswehr-Postille „Information für die Truppe" (4/72), stehen sich in Europa

- 725.000 Nato-Soldaten und 860.000 WP-Soldaten,
- 29 Nato– und 59 WP-Divisionen,
- 6.600 Nato– und 14.000 WP-Panzer,
- ca. 3.000 Nato– Kampfflugzeuge und 7.200 WP-Flugzeuge gegenüber.

Schon bei der Anzahl der Soldaten und der Divisionen wird mit der Gegenüberstellung der Zahlen viel Schindluder betrieben.

Man muß nämlich wissen, daß eine Nato-Division aus ca. 25.000 Soldaten besteht, eine Division des WP dagegen nur ca. 14.000 Mann umfaßt, d.h. auf eine Nato-Division kommen fast zwei des Warschauer Paktes!

„Verteidigungsminister" Leber gab an, daß die Nato nur über 725.000 Soldaten, der Warschauer Pakt hingegen über 860.000 Soldaten verfüge. Dieser „Vergleich" hinkt in vielerlei Hinsicht:

1. Die 433.000 französischen Soldaten werden nicht hinzugerechnet, da Frankreich nicht in der Nato ist. Der französische Imperialismus hat jedoch immer wieder seine „Bündnistreue" betont und man muß davon ausgehen, daß Frankreich politisch-militärisch zur Nato halten würde. Daraus folgt, daß die Anzahl der Soldaten in Westeuropa im Bereich des Westens über 1,1 Millionen liegt!
2. Nach westlichen Angaben soll die Sowjetunion zwischen 350.000 und 480.000 Soldaten in Ländern Osteuropas stationiert haben. (Angaben von „Military Balance", hrsg. vom Institut f. strategische Studien, London; und vom Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI).

Auch diese Zahlen sind gefälscht, weil die Militaristen bewußt die „Soll-Stärke" und die Stärke in Friedenszeiten dieser Truppen außer Acht lassen. Die in Osteuropa stehenden sowjetischen Divisionen sind zu etwa 30% aufgefüllt, weitere 30% können innerhalb von 48 Stunden mobilisiert werden (nach „Military Balance"). Würden die westdeutschen Militaristen die „Soll-Stärke" auch auf die Bundeswehr beziehen, dann kämen sie allein für die BRD auf eine Stärke von 1 Million Soldaten! Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß die Anzahl der Soldaten des Warschauer Paktes bei ca. 750.000 Soldaten liegt. In diesem Bereich also ist die Nato überlegen.

Nach westlichen Angaben verfügt die Nato „nur" über 6.600 Panzer, der Warschauer Pakt über 14.000 (Inforamtion f.d.Truppe). Herr Leber gibt die Zahl der Panzer des Warschauer Paktes sogar mit 28.000 an, wobei er die sowjetischen Panzer westlich des Urals noch hinzurechnet. Aber auch diese Zahlen sind verfälscht! Von einer angeblichen Panzerüberlegenheit von 3:1 zugunsten der Länder des RGW kann keine Rede sein, denn

— ca. weitere 5.000 moderne Panzer der Nato sind — vor allem in der BRD! — „eingemottet" und werden bei diesen quantitativen „Rüstungsvergleichen" nicht hinzugerechnet. (nach SIPRI);

— ferner sind die meisten Panzer der Staaten des RgW über 15 Jahre alt, während die Nato über die

— ferner sind die meisten Panzer der Staaten des RgW über 15 Jahre alt, während die Nato über die qualitativ besseren und schnelleren Panzer verfügt (Leopard, Marder aus der BRD!). (Trevor Cliffe, Military Technology ..., zit. nach Senghaas: „Frieden in Europa? ", rororo.)

Abgesehen von den rein zahlenmäßigen Rüstungsvergleichen der Panzerwaffen sind die Nato-Militaristen auch gar nicht bestrebt, die Anzahl ihrer Panzer weit zu erhöhen, weil sie eine andere strategische Konzeption haben. Während die Staaten des RgW ihr Gewicht mehr auf die Panzerwaffen legen, geht die Nato-Konzeption davon aus, daß ihre doppelte Anzahl von Panzerabwehrwaffen völlig ausreicht, um selbst eine drei zu eins-Überlegenheit des Warschauer-Paktes auszugleichen (nach: Enthoven/Smith: How much is enough ? eine amerikanische Studie).

Die Imperialisten zogen diese wichtige „Lehre" gerade auch aus den Erfahrungen des letzten Nahost-Krieges 1973; eine Kombination aus überlegenen Kampfflugzeugen, relativ wenigen, modernen und schnellen Kampfpanzern und Panzerabwehrraketen gleicht eine Überlegenheit an Panzern völlig aus, ist einer Panzerarmee sogar überlegen, wie gerade auch der Nahost-Krieg gezeigt hat. Auch das „Weißbuch" des westdeutschen Kriegsministeriums von 1970 kann diese Tatsachen nicht verschweigen: *„Das östliche Übergewicht bei der Panzerwaffe wird durch drei Faktoren relativiert: von den Panzern des Warschauer Paktes sind viele über 15 Jahre alt; die Nato besitzt 50% mehr Panzerabwehrwaffen und hat ein Drittel mehr Schützenpanzer"*.

Bei einem Vergleich der Luftwaffe hauen die Zahlenspielereien westlicher Militaristen nun überhaupt nicht mehr hin: Die Nato würde angeblich „nur" über rund 3.000 Flugzeuge, der Warschauer Pakt über 7.200 Flugzeuge verfügen. Nach westlichen Angaben jedoch sind in Mitteleuropa insgesamt 5.000 Flugzeuge s t a t i o n i e r t, davon 2.100 seitens der Nato und 2.900

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

seitens des RgW. Da die mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit fliegenden Kampfflugzeuge relativ schnell an jeden Einsatzort der Welt gelangen, die USA beispielsweise ihre Luftflotte innerhalb von 24 Stunden konzentrieren können, ergibt sich ein anderes Bild: Der gesamte Bestand der Flugzeuge der Nato beträgt ca. 12.000 Maschinen, der des Warschauer Paktes dagegen nur 7.200! Dabei liegt der Anteil der sogenannten „Mehrzweckflugzeuge" und Jäger, die zur Erringung einer Luftüberlegenheit erforderlich sind, bei der Luftwaffe der Nato bei 48% beim WP dagegen nur bei 15%!

Nach einer Studie von zwei amerikanischen Militärwissenschaftlern, Enthoven und Smith, liegt die Überlegenheit der Nato-Luftflotte etwa im Verhältnis von vier zu eins.

Auch auf dem Gebiet der Seestreitkräfte ergibt sich eine hohe Überlegenheit der Nato. Nach einer Analyse des „Center for Defense Information" (USA) sei die USA im Bereich der atomaren Seestreitkräfte hoch überlegen. Die konventionellen Seestreitkräfte der Nato seien beweglicher, schneller und besser ausgerüstet. In Europa könne die sowjetische Schwarzmeerflotte in den Dardanellen abgeschnürt werden. Die Manövrierfähigkeit der baltischen Flotte sei durch Winterfrost und durch den schmalen Ausgang am dänischen Sund eingeschränkt, die Nordmeerflotte ebenso durch den Winterfrost. Gerade im für die Imperialisten strategisch wichtigen Mittelmeerraum verfügt die USA über eine starke und hoch überlegene sechste US-Flotte, während die sowjetische Kriegsflotte in dieser Region sogar kleiner sei als die französische Marine! (nach: „Center for Defense Information", USA).

Der britische Militärfachmann Alastair Buchan schreibt dazu:

„Wer sich von dem Anblick eines halben Dutzends sowjetischer Schiffe im Indischen Ozean, einer Schwadron im östlichen Mittelmeer (kleiner und weniger gut ausgerüstet als die italienische Marine) oder gelegentlich eines Kreuzers vor der Küste Südamerikas ins Bockshorn jagen läßt, der ... vernebelt und arbeitet als unbezahlter Publik-Relations-Offizier für Flottenadmiral Gorshkow".

Kampf dem aggressiven Nato-Pakt !

Kampf dem aggressiven Nato-Pakt !

Hinzu kommt bei einem Rüstungsvergleich in Europa die Lagerung von 7.200 amerikanischen Atomwaffen, der größte Teil davon auf westdeutschem Boden!

Insgesamt dürfte klar sein, daß

1. von einer angeblichen „militärischen Unterlegenheit" der Nato nicht die Rede sein kann! Dieses Märchen wird von den Imperialisten und den „Sozial"chauvinisten nur dazu benutzt, um eine weitere Aufrüstung ihrer Streitkräfte vor der Arbeiterklasse zu rechtfertigen;
2. daß die Kriegsgefahr auch in Europa von den Imperialisten ausgeht, vor allem vom BRD-Imperialismus, der über die zweitstärkste westliche Armee überhaupt verfügt und seine revanchistischen Ziele gegenüber den ehemaligen „Ostgebieten" nicht aufgegeben hat;
3. daß die Nato über eine „Überfalls-Strategie" verfügt, die vom „begrenzten" konventionellen Krieg bis zum Einsatz taktischer und strategischer Atomwaffen reicht. Die „Strategie der flexiblen Antwort" trägt dem Kräfteverhältnis in der Welt Rechnung und bedeutet die Vorbereitung aller möglichen Arten eines Krieges. Das bedeutet für die Werktätigen dieser Länder, daß sie immer mehr Steuern für die Rüstung blechen müssen;
4. daß die Imperialisten – vor allem die USA – das Mittelmeer und den Nahen Osten mit Waffen von mehreren Milliarden Dollar aufrüsten, und ihre direkten Kriegsvorbereitungen in diesem Gebiet verstärken. Seit der Drohung Kissingers, notfalls im Nahen Osten militärisch zu intervenieren, und nach der Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam und Kambodscha, treffen die Imperialisten noch größere Anstrengungen für eine militärische Aggression im Nahen Osten.

Damit ist und bleibt der US-Imperialismus und sein treuer Verbündeter, vor allem der BRD-Imperialismus, der Hauptfeind der Völker der Welt! ●

Anti-Militarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der „K(r)ampf der Super ...diesmal im Mittel

Zentrale Thesen der chinesischen Außenpolitik sind, daß das „Ringen der Supermächte um Hegemonie" die „Quelle der Unruhe in der Welt" sei; daß von beiden „Supermächten" die Sowjetunion („Sozialimperialismus") die „gefährlichere" sei; daß speziell die Sowjetunion die Absicht hege, Westeuropa zu überfallen, und daß folglich die „Verstärkung der Verteidigung auf die Tagesordnung" gesetzt werden müßte.

Diese Thesen sind jedoch nur ‚glaubhaft', wenn sie mit der Behauptung einer gewaltigen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion verbunden werden, da eine Betrachtung der realen Kräfteverhältnisse diese Thesen ins Reich der Phantasie verweisen könnte.

Abgesehen von den Schauermärchen über die Kräfteverhältnisse zwischen den Boden- und Luftstreitkräften (siehe dazu an anderer Stelle dieses AK) gehört dazu die Legende von der *„Einkreisung Westeuropas von See her"* durch die Sowjetunion (‚hsinhua', chines. Nachrichtenagentur, am 29.4.75), auch bekannt unter dem romantischen Titel *„Zangenbewegung vom Mittelmeer her"* (‚hsinhua', 14.11.73) oder gar als sogenannter *„doppelter (!!) Zangengriff"* („Rote Fahne" der „KPD" vom 19.2.75).

Die jüngsten Flottenmanöver der Sowjetunion (im April) gaben Gelegenheit, erneut die *„wahnsinnige Expansion der Marine"* der Sowjetunion (‚hsinhua', 29.4.75) zu beklagen und mit unverhohlener Zustimmung die dadurch ausgelöste *„große Unruhe in den westlichen Ländern"* zu registrieren („Peking Rundschau", 19/75). **Hinweise auf die konkreten Kräfteverhältnisse im Mittelmeer wird man bei dieser Gelegenheit aus gutem Grund vergeblich suchen.**

Mit Phantasie-Zahlen sind dafür umso eifriger die „Vaterlandsverteidiger" von „KPD" und „KPD/ML" zur Hand. So kursiert eine berüchtigte Karte, ursprünglich anscheinend von der ‚Humanité Rouge' (französische „Vaterlandsverteidiger") erfunden, wonach sich im Mittelmeer 95 sowjetische Kriegsschiffe (Stand: Oktober 73) befinden sollen – diese Karte wurde von der „KPD/ML" bei mehreren Gelegenheiten nachgedruckt. Im Mai dieses Jahres sprach die „KPD" dann gar von **„100 Kriegsschiffen im Mittelmeer"** der Sowjetunion („Rote Fahne", 14.5.75).

Dagegen erklärte 1974 Admiral Lewin, Oberbefehlshaber der britischen Flotte: *„Rußland hat heute 50*

Dagegen erklärte 1974 Admiral Lewin, Oberbefehlshaber der britischen Flotte: *„Rußland hat heute 50 Kriegsschiffe im Mittelmeer"* (laut „hsinhua", 12.3.74). Und die konservative italienische Tageszeitung „Corriere della Sera" meldete kürzlich, an den jüngsten sowjetischen Flottenmanövern hätten im Mittelmeer 55 Schiffe teilgenommen, was etwas mehr als die Zahl der dort ständig stationierten Schiffe sei (24. 4.75).

Man kann demnach feststellen, daß die „Vaterlandsverteidiger" offensichtlich so ungeheuer „patriotisch" sind, daß sie sogar die (zweifellos eh schon überhöhten) Angaben aus bürgerlichen Quellen über die „sowjetische Gefahr" noch einmal mit zwei multiplizieren. Es wäre wohl interessant, wenn die „Vaterlandsverteidiger" einmal ihre „Quellen" offenbaren würden – würfeln sie das aus, oder kriegen sie „Spezialmaterial" vom MAD ...?

Ausgerüstet mit derartigen Phantasiezahlen und einer gehörigen Portion Unverfrorenheit kommen die „Vaterlandsverteidiger" dann auch zu irren Behauptungen wie: *„Im Mittelmeer haben die sowjetischen Flotten bereits ein Übergewicht (!!!) errungen, mit dem sie die Anlieger des Mittelmeerraums drangsalieren (? ? !) und darüberhinaus die südliche Grenze Europas unsicher machen"* („Roter Morgen", 1.3.75).

Selbst der KBW, der sich ja seit kurzem ganz besonders energisch von den „Vaterlandsverteidigern" zu distanzieren trachtet, behauptete noch im vorigen Jahr (und hat das unseres Wissens bis heute nicht richtig gestellt!): *„In den letzten Jahren hat die Sowjetunion ihre Mittelmeerflotte ständig ausgedehnt. Heute umfaßt sie gleich viele Schiffe wie die Flotte der USA".* („KVZ", 24.7.74). Dagegen die FAZ: „... **die Sechste Flotte ist an Zahl den sowjetischen Seeverbänden überlegen"** (19.8.74). – Dazu kommen noch die Flotten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens im Mittelmeer. Die italienische Flotte soll in den nächsten Jahren mit rund 1,7 Mrd. Dollar (4 Mrd. Mark) „modernisiert" werden („FAZ", 9.4.75). Die französische Mittelmeer-Flotte soll durch die Verlegung von bisher an der Westküste stationierten Kriegsschiffen (u.a. zwei Flugzeugträger) ins Mittelmeer verstärkt werden. Ein Schritt übrigens, der von den „Vaterlandsverteidigern" ausdrücklich als *„Politik der nationalen Unabhängigkeit und Zusammenarbeit (? !) mit der Dritten Welt"* gewürdigt wird! („Rote Fahne", 16/75).

Ist die sowjetische Flotte der NATO im Mittelmeer schon rein zahlenmäßig stark unterlegen, so ist sie das noch mehr strategisch, da es ihr völlig an Stützpunkten fehlt, während die NATO über ein ausgebautes Stützpunkt-Netz sowie über die totale Luftüberlegenheit in diesem Raum verfügt. Die imperialistischen Militärs sprechen offen aus, daß die sowjetische Flotte unter diesen Bedingungen praktisch kaum operieren kann und sprechen von einer „Fallen"-Situation der sowjetischen Flotte, da die NATO zudem die Ausgänge des Mittelmeers kontrolliert (vgl. z.B. „FAZ", 24.3.75).

Die These der **„Einkreisung Westeuropas von See her"** (durch die Sowjetunion!!) steht demnach ziemlich blöd da. Also werden zur Ausschmückung ein paar angebliche sowjetische Stützpunkte im Mittelmeer erfunden: *„Sie verschafften sich Marine- und Luftbasen im östlichen Mittelmeer, um damit ein Netz militärischer Basen aufzubauen"* (‚hsinhua; 14.11.73).

W e l c h e Stützpunkte das sein sollen, wird wohlweislich verschwiegen – es gibt nämlich keine!!

Aber auch der KBW wußte vor einiger Zeit noch in klassischer „Vaterlandsverteidiger"-Manier zu berichten: *„Die sowjetische Militärbasen in Ägypten und Syrien sind praktisch exterritoriales Gebiet"* („KVZ", 22. 11.73).

Da allerdings anscheinend bis heute kein sowietischer Stützpunkt im

Da allerdings anscheinend bis heute kein sowjetischer Stützpunkt im Mittelmeer n a c h g e w i e s e n werden konnte, müssen bisweilen Gerüchte herhalten. So machte im letzten Jahr das Gerücht die Runde, die Regierung Zyperns habe ihre Genehmigung für die Errichtung eines sowjetischen Luftwaffenstützpunktes gegeben (z.B. „Süddt. Zeitung", 28. 11.74). Erst kürzlich veröffentlichte die ägyptische Zeitung „Al Ahram" das Gerücht, die Sowjetunion werde, im Austausch gegen Waffen im Wert von rund 10 Mrd. Mark, *„Stützpunkte des Heeres, der Luftwaffe und der Marine"* in Libyen erhalten (nach „Süddt.Ztg.", 24./25.5.75). Besonders pikant ist dieses Gerücht, weil Libyens Staatschef Ghadafi bisher bei den Freunden der chinesischen Außenpolitik den Ruf eines unerschrockenen „Kämpfers gegen die Supermächte" besaß.

Beliebt sind auch, anstelle konkreter Tatsachen, allgemein gehaltene Behauptungen wie: *„Die Sowjetunion ist bei ihrer Infiltration (!) in einige (? ?) südeuropäische Länder weitergekommen"* („Peking Rundschau" – es heißt dort dann allen Ernstes weiter: „... ***Die Vereinigten Staaten (!) haben dieses Treiben der Sowjetunion sehr wohl bemerkt. Der NATO-Oberkommandierende (!) des alliierten Befehlsbereichs Europa, Haig, hat kürzlich von der wachsenden militärischen Bedrohung Europas aus dem Osten gewarnt"!!).*** Die VR China hat bisher darüber geschwiegen, von welcher „Infiltration" hier konkret die Rede sein soll und sie hat es den „Vaterlandsverteidigern" überlassen, den vag en Begriff „einige südeuropäische Länder" mit ‚Inhalt' zu füllen. So soll angeblich, den „Vaterlandsverteidigern" zufolge, Portugal in einen „sozialimperialistischen Stützpunkt" verwandelt werden (siehe dazu AK 61, S. 32-33). Auch Zypern soll *„zu einem strategischen Stützpunkt der Kriegsmaschinerie des Warschauer Pakts"* gemacht werden („RM", 1.3.75). Aber auch in Griechenland und Türkei wächst angeblich schon bedrohlich der sowjetische Einfluß, zumal, seit die Sowjetunion versucht, *„Griechenland vom sowjetischen Erdöl abhängig zu machen"* („RF", 22. 1. 75).

Kaum besser macht es der KBW, der sich ansonsten gern über die „Vaterlandsverteidiger" mokiert: Daß Zypern 50 (!!) „Militärberater" der Sowjetunion „angekündigt" seien, wurde als Ausdruck der *„Ausdehnung"* des sowjetischen *„Einflusses auf die Türkei, Griechenland und natürlich Zypern"* phantasievoll dargestellt („KVZ", 20.2.75). Auch die Geschichte, daß die Sowjetunion angeblich einen „Stützpunkt" in Portugal errichten wolle, wurde von der „KVZ" aufgegriffen (z.B. 13/75).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß ziemliche Anstrengungen unternommen werden, um mit Hilfe grober Falschmeldungen und Horrorgeschichten die „Zangenbewegung vom Mittelmeer her" als Teil der angeblichen „Bedrohung Europas durch den Sozialimperialismus" glaubhaft zu machen. Der KBW unterscheidet sich dabei von den „Vaterlandsverteidigern" leider nicht wesentlich – und das kann auch gar nicht anders sein, solange die gemeinsame Grundlage, die Thesen der chinesischen Außenpolitik bezüglich Europa nicht in Frage gestellt wird. Denn diese sind das Mistbeet, auf dem die Blüte der „Vaterlandsverteidigung" gedeiht.

„Die größten Waffenhändler der Welt"

„Der sowjetische Revisionismus und der US-Imperialismus sind jetzt die beiden größten Waffenhändler auf der Welt", behauptete die „Jen Min Jih Pao", Chinas wichtigste Tageszeitung (laut „hsinhua", 5.4.74), und fuhr fort: *„Von 1955 bis 1972 beliefen sich die sowjetischen Waffenexporte auf 28,5 Milliarden US-Dollar. In den letzten Jahren hat die Sowjetunion mehr Waffen an asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder verkauft als die USA".*

Hier stimmt offensichtlich überhaupt nichts!! „Hsinhua" selbst gab am 17.7.73 eine Meldung der japanischen Zeitung „Toyo Keizai" wieder. Danach betrug der Waffenex-

Hier stimmt offensichtlich überhaupt nichts!! „Hsinhua" selbst gab am 17.7.73 eine Meldung der japanischen Zeitung „Toyo Keizai" wieder. Danach betrug der Waffenexport von 1961 bis 1971 für die USA 22,75 Mrd. Dollar und für die Sowjetunion 14,77 Mrd. Dollar. Allein dieser Zahl nach ist es absurd, den sowjetischen Waffenexport von 1955 – 72 mit 28,5 Mrd. Dollar anzugeben!

Was den zweiten Teil der Behauptung angeht: nach bürgerlichen Quellen betrug der Waffenexport der USA in 1973: 4,7 Mrd. Dollar, der der Sowjetunion hingegen nur 2,4 Mrd. Dollar („Abrüstungsbehörde" des US-Außenministeriums, lt. „FAZ" vom 27.1.75) bzw. in 1974: 8,26 Mrd. Dollar für die USA und 5,5 Mrd. Dollar für die Sowjetunion (lt. „FAZ", 25.3.75). Selbst nach bürgerlichen Quellen ergibt sich also ein deutlicher Vorsprung der USA!! Nun hatte die zitierte Meldung der „Jen Min Jih Pao" allerdings nur von den „an asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder" verkauften Waffen gesprochen. Auch dazu eine Zahl: Nach bürgerlichen Angaben lieferten die USA z.B. in 1973 allein an die Anliegerstaaten des Persischen Golfs Waffen für 2,1 Mrd. Dollar, was nahe an die angebliche Gesamtsumme des sowjetischen Waffenexports im selben Jahr (2,4 Mrd. Dollar) herankommt (lt. „FR", 23.1.75 und „FAZ", 27.1.75) sodaß die Behauptung der „Jen Min Jih Pao" auf jeden Fall offenkundig falsch ist.

Ein AP-Bericht vom 24. Januar 1975 (zitiert in „Peking Rundschau", 6/75) beleuchtet außerdem einen interessanten Aspekt: Danach verkaufte die Sowjetunion in 1963 Waffen für 1,2 Mrd. Dollar, die USA jedoch nur für 1,19 Mrd. Dollar – also weniger als die Sowjetunion! 1973 jedoch war nach denselben Angaben das Verhältnis so: Sowjetunion 2,5 Mrd. Dollar, USA 5 Mrd. Dollar. Während die Sowjetunion demnach 1963 – als von „Sozialimperialismus" noch keine Rede war – mehr Waffen exportierte als die USA, waren es 1973 – als die Sowjetunion schon die angeblich „gefährliche Supermacht" war – nur die Hälfte der US-Lieferungen ...

Ganz sicher sind die bürgerlichen Angaben gerade über Rüstung und Waffenexport mit größter Vorsicht zu „genießen" – während die chinesischen „Analysen" solche Angaben durchweg als zweifelsfreie Quellen behandeln, sofern sie nicht noch eigene Phantasieprodukte hinzufügen.

Außerdem sind in diese Angaben „natürlich" nicht die „kleineren imperialistischen Länder" einbezogen. So exportierte (immer nach bürgerlichen Quellen) in 1973 Frankreich für 540 Mio. Dollar und Großbritannien für 315 Mio. Dollar Waffen (lt. „FAZ", 27.1.75).

Zum ersten ist also festzustellen, daß chinesische Veröffentlichungen auch zum Thema „Waffenhandel" einen Zahlensalat zugunsten der Nato-Imperialisten und deren Kriegsvorbereitungen präsentieren. Zum zweiten, und das ist eigentlich noch schwerwiegender, wird die klassenmäßige Frage umgangen, wem international gesehen diese Waffen nützen.

Dieser Punkt wird spätestens dann als Widerspruch offensichtlich, wenn sich chinesische Veröffentlichungen z.B. dankbar das demagogische Geschrei Sadats zu eigen machen, *„Ägypten habe während der 14 Monate Waffenruhe vom Oktober 1973 bis Januar 1975 von der Sowjetunion überhaupt keine Waffen erhalten ..."* („Peking Rundschau" 19/75). Wird auf der einen Seite also der Sowjetunion (unter totaler Verbiegung der Tatsachen) der Vorwurf gemacht, sie sei „der größte Waffenhändler der Welt", so wird ihr hier auf der anderen Seite vorgeworfen, k e i n e Waffen zu liefern. Und wird ihr auf der einen Seite vorgeworfen, sie liefere *„stets nur wenige und dazu noch veraltete"* Waffen („Roter Morgen" der „KPD/ML", 12.4.75), so wird auf der anderen Seite anbiederisch der Finanzminister Kuwaits (!) mit der Behauptung zitiert: *„Durch die Erprobung ihrer Waffen auf Kosten*

„KPD/ML", 12.4.75), so wird auf der anderen Seite anbiederisch der Finanzminister Kuwaits (!) mit der Behauptung zitiert: *„Durch die Erprobung ihrer Waffen auf Kosten*

der arabischen Völker erhöht die Sowjetunion ihr technisches Niveau" („Peking Rundschau", 19/75) – was bei „veralteten" Waffen denn ja wohl doch etwas seltsam anmutet! ...

Nehmen wir den Nahen Osten, so liefern die US-Imperialisten vor allem an Israel, den Iran, Saudiarabien, ferner auch an Kuweit, Oman und Jordanien. Die Sowjetunion liefert an Syrien, Ägypten, den Irak sowie an Libyen. Dies unter der Devise von den „größten Waffenhändlern" gleichzusetzen, bedeutet wirklich Aufgabe des Klassenstandpunkts.

Noch deutlicher wird das, wenn man die Situation in Vietnam oder Korea nimmt, wo die positive Rolle der sowjetischen Waffenlieferungen noch deutlicher ist. Auch Befreiungsbewegungen wie die Palästinas, der ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika u.a.m. können sowjetische Hilfe, unter anderem auf militärischem Gebiet, nutzen. Die Parole von den „größten Waffenhändlern" bedeutet in Wirklichkeit, sich auf die Seite der US-Imperialisten zu stellen, die es natürlich sehr gern sehen würden, wenn die Sowjetunion aufhören würde, antiimperialistischen Staaten und Befreiungsbewegungen Waffen zu liefern. **Es ist daher auch kein Zufall, daß die chinesische Außenpolitik sich bei ihrer Polemik auf schwankende Vertreter der nationalen Bourgeoisie wie Sadat oder offen proimperialistische Elemente wie z.B. den kuweitischen Finanzminister berufen muß, während sozialistische Staaten wie Vietnam und Befreiungsbewegungen wie in Angola und Palästina im Gegenteil die positive Rolle der sowjetischen Hilfe würdigen.**

Es bleibt dann noch der Vorwurf, die Sowjetunion würde aus ihren Waffenlieferungen „riesige Profite" erzielen, z.B. *„indem sie den*

mächte"... meer

arabischen Ländern zu hohen Preisen Waffen verkauften und dafür Bezahlung verlangten" („Jen Min Jih Pao", lt. „Hsinhua" vom 5.4.75). Tatsächlich scheint dieser Vorwurf ziemlich absurd, da z.B. Syrien und Ägypten, die den größten Anteil sowjetischer Waffenlieferungen in arabische Staaten erhalten haben, kaum zahlungsfähig sind. Die bürgerliche Presse gibt z.B. an, daß sich allein die Schulden (!) Ägyptens aus Waffenlieferungen auf zwei Milliarden Dollar belaufen soll („FAZ", 15.5.75), was eher zu niedrig angesetzt sein dürfte. Sadat hat deswegen von der Sowjetunion einen Zahlungsaufschub von zehn (!) Jahren (lt. „Peking Rundschau", 5/75) gefordert!

Erst recht ist klar, daß weder die sowjetische Hilfe für Vietnam noch erst recht für die Befreiungsbewegungen Angolas, Palästinas etc. mit Profit verbunden ist.

Auf Grund der globalen Kräfteverhältnisse können die Sowjetrevisionisten überhaupt nicht damit rechnen, in einer begrenzten oder weltweiten Konfrontation mit den US-Imperialisten und deren Verbündeten Einbrüche in deren Einflußbereich zu erzielen. Phantasie-Geschichten (siehe „Zangenbewegung") können diese Wahrheit nicht verdecken.

So bleibt den Sowjetrevisionisten gar nichts anderes übrig, als die Unterstützung derjenigen Kräfte, die die imperialistische Vorherrschaft schwächen, d.h. für nationale Befreiungsbewegungen, für sozialistische Staaten wie Vietnam und Korea, für Staaten mit antiimperialistischer Politik wie Syrien, Südjemen, Somalia etc.

Diese Hilfe ist zweifellos nicht „uneigennützig", denn strategisch soll sie den Hauptkonkurrenten der Sowjetrevisionisten schwächen, und taktisch ist sie in der Regel mit Einmischungsversuchen verbunden. Dennoch tun die antiimperialistischen Kräfte gut daran, diese Hilfe zu nutzen. ohne sich von ihr abhängig. Kräfte gut daran, diese Hilfe zu nutzen, ohne sich von ihr abhängig zu machen. Die Demagogie von der Sowjetunion als „größtem internationalen Waffenhändler" (abgesehen davon, daß sie mit total falschen Zahlen operiert) richtet sich also objektiv gerade gegen die antiimperialistischen Kräfte, die diese Waffen erhalten. Sie werden praktisch mit den reaktionären Empfängern der Waffenlieferungen der US- und EG-Imperialisten auf eine Stufe gestellt.

Außerdem ist die Parole von den zwei „größten Waffenhändlern der Welt" oder gar von der Sowjetunion als „größtem internationalen Waffenhändler" bestens geeignet, von der Rolle der „kleineren" imperialistischen Staaten abzulenken. Speziell F r a n k r e i c h ist nach den USA der zweitwichtigste Exporteur von Waffen in reaktionäre Staaten (540 Millionen Dollar in 1973 lt. „FAZ" vom 27. 1. 75; 10 Mrd. Mark in 1974 lt. „FAZ" vom 26. 4. 75). Während jedoch sowjetische Waffenlieferungen an Befreiungsbewegungen und antiimperialistische Staaten als Beweis für „Sozialimperialismus" dargestellt werden, wird der französische Imperialismus von den „Vaterlandsverteidigern" hoch gepriesen: Als Hauptvertreter einer *„Politik der nationalen Unabhängigkeit und Zusammenarbeit* (!!) *mit der Dritten Welt"* („Rote Fahne", 16/75), oder, wie der „Rote Morgen" es ausdrückt: *„Frankreich betreibt unter den westeuropäischen Ländern am klarsten eine Politik, die sich dem Hegemonismus der beiden Supermächte zuwidersetzt, die für die Einheit Westeuropas und für rege Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt eintritt"* (24.5.75). Diese „regen Beziehungen" sehen z.B. so aus, daß Frankreich in den nächsten vier Jahren für mindestens zwei Millionen Mark Waffen an Saudiarabien liefern will („FAZ", 5.12.74), daß es Waffen an reaktionäre Staaten wie Iran, Kuweit, Abu Dhabi (am Persischen Golf) u.a. liefert, daß es aber auch ein wichtiger Waffenlieferant des rassistischen Regimes von Südafrika ist ...

Offen auf Seiten der Konterrevolution

Daß der Kurs der „Vaterlandsverteidigung" direkt ins Lager der Konterrevolution führt, bewies kürzlich wieder einmal der „Rote Morgen": Erwähnt wurde dort eine demagogische Rede des ägyptischen Präsidenten Sadat, wonach die Sowjetunion *„rigoros die Schulden eintreibt"* und damit die Schuld an *„Teuerung und Nahrungsmittelknappheit"* trägt. Wörtlich heißt es dann weiter: *„Sadat bewies seinen Zuhörern, daß illegale Agitatoren – und damit meint Sadat niemand anderen als die Revisionisten in Ägypten, die fünfte Kolonne der sowjetischen Sozialimperialisten – genau jene Mißstände anprangern, für die aber einzig und allein das unerbittliche Pochen der Sowjetunion auf Zahlungen, Lieferungen und Termine verantwortlich ist. Die modernen Revisionisten hatten versucht, mit Demonstrationen der Regierung allein Teuerung und Nahrungsmittelknappheit in die Schuhe zu schieben, von innen her Unruhe zu stiften und die Stellung der ägyptischen Regierung gegenüber den sowjetischen Sozial-imperialisten von innen her auszuhöhlen"* („RM", 24.5.75).

Die Arbeiterdemonstrationen und Streiks in Port Said, Kairo, in den Textilwerken von Mehalla el Kubra u.a. werden so als Teufelswerk der „Sozialimperialisten" diffamiert. Das ruft unmittelbar die Erinnerung an die Zerschlagung der „Kommunistischen" Partei und der Arbeiterbewegung im Sudan 1971 wach, unter dem Vorwand, einen Putsch geplant zu haben. Die VR China schickte den Schlächtern der sudanesischen Arbeiterbewegung daraufhin ein Glückwunschtelegramm. Nicht nur die „Vaterlandsverteidiger", sondern auch der KBW (!!) äußerten ihre Zustimmung dazu! Der KBW hat diese Haltung bis heute nicht öffentlich korrigiert, d.h. daß er im Prinzip in dieser Frage um keinen Deut besser ist, als die „Vaterlandsverteidiger", zu denen er jetzt Distanz zu gewinnen versucht.

Ein weiteres Beispiel für diese Haltung bietet die „KPD", die in den letzten Wochen offen Partei für den Chef der portugiesischen „Sozialistischen" Partei, Soares, Stellung nahm (vergl. AK Nr. 61), obwohl sie selbst zugeben muß, daß er der wichtigste Agent der Nato-Imperialisten in Portugal ist! Man denke nur an die offensichtliche Verwicklung von Soares in den Putschversuch von Spinola im März, um die volle Bedeu- res in den Putschversuch von Spinola im März, um die volle Bedeu-tung dieser Haltung der „Vaterlandsverteidiger" zu ermessen. „Inkonsequent" ist dabei lediglich noch, daß nicht z.B. auch der faschistische Putsch in Chile als Sieg über „die fünfte Kolonne des Sozialimperialismus" gefeiert wurde.

Betrachtet man die Sowjetunion als „Hauptfeind" und die Revisionisten als deren „fünfte Kolonne", die die westeuropäischen Länder „sturmreif machen" sollen (eine Auffassung, die anscheinend zumindest zeitweise und „ansatzweise" auch im KBW vertreten wurde), so ergibt sich fast schon „logisch" die Schlußfolgerung, die Zerschlagung derartiger angeblicher „fünfter Kolonnen" zu b e g r ü ß e n (siehe Sudan, siehe Stellungnahme der „KPD/ML" zur Verfolgung der Linken in Ägypten). Da nun jedoch in vielen Fällen (siehe wiederum Ägypten) diese „fünften Kolonnen" von Teilen der Arbeiterklasse, und in der Regel gerade relativ kämpferischen und fortschrittlichen Teilen, unterstützt wird, ergibt sich – gleichfalls „logisch" – eine Frontstellung gegen diese Teile der Arbeiterklasse, eine Diffamierung ihrer politischen Aktionen und ein Zusammengehen mit den natürlichen Gegnern dieser „fünften Kolonne" – den rechten Sozialdemokraten und Befürwortern der Nato, den Wegbereitern der offenen Konterrevolution (siehe Stellungnahme der „Vaterlandsverteidiger" zu Portugal). Es ist demnach vielleicht nur noch eine Frage der Zeit, bis die „Vaterlandsverteidiger" auch in unserem Land gegen Streiks Stellung nehmen, da sie „von den Agenten des Sozialimperialismus angezettelt" seien und „die Verteidigungsbereitschaft unseres Vaterlands untergraben" sowie „uns wirtschaftlich von der Sowjetunion abhängig machen sollen" etc. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

EWG-Offensive im Mittelmeerraum

Die politischen Entwicklungen im Mittelmeerraum sind im letzten Jahr stark in Bewegung geraten. Bisher dominierten eindeutig die USA dieses strategisch wichtige Gebiet, da sie die NATO-Südflanke voll in ihrer Hand hielten, vor allem mittels ihrer Flotte und auf Grund einer guten Zusammenarbeit mit den faschistischen Regimes in Südeuropa, die sie zum Teil selbst eingesetzt hatten. Doch der Sturz der faschistischen Regimes in Portugal und Griechenland und der Zypernkrieg haben die Position des US-Imperialismus geschwächt und der EG mehr Spielraum gegeben, ihre ohnehin schon starke ökonomische Position weiter auszubauen und auch durch Waffenlieferungen stärker Fuß zu fassen. Es werden alle Vorbereitungen getroffen, um die europäischen Mittelmeerländer stärker an die EG zu binden bzw. sie als Vollmitglieder aufzunehmen. Für die arabischen Mittelmeerländer und für Israel planen die EG-Imperialisten eine „Freihandelszone", die – verbunden mit gegenseitigen Wirtschaftsabkommen – ihren Einfluß in den arabischen Ländern weiter stärken soll. Letzten Endes geht es hier natürlich vor allem um die Sicherung der Ölzufuhr.

EWG – arabische Staaten

Bisher existieren, außer mit Libyen und Syrien, Wirtschaftsabkommen unterschiedlicher Art mit allen arabischen Mittelmeerstaaten. Die EG-Imperialisten planen nun, Algerien, Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Libanon sowie möglichst auch Libyen und Syrien in eine „Freihandelszone" der EG im Mittelmeerraum einzubeziehen. Solche Abkommen „liberalisierten" Handels nutzen in erster Linie den imperialistischen Ländern, weil sie vorläufig die größeren Möglichkeiten haben, diese Prinzipien auszunutzen. Außerdem sind solche Abkommen in der Regel gekoppelt mit der Klausel freien Kapitalverkehrs, wiederum im Interesse der EG-Imperialisten. Andererseits verbessern sie insofern die Lage der „unterentwickelten" Länder, als sie nun leichter ihre Produkte ausführen können. Nun werden aber gerade ihre wichtigsten agrarischen Exportprodukte – Wein und Südfrüchte – auf eine Liste von Agrarprodukten gesetzt – die nicht frei in die EG eingeführt werden können, weil Frankreich und vor allem Italien sich dagegen wehren. Die Verhandlungen über diese „Freihandelszone" laufen noch.

Wichtiger sind noch die Verhandlungen über die wirtschaftlich-technisch-industrielle Zusammenarbeit. Darüber soll Ende Juni der „europäisch-arabische Dialog" beginnen, der 1973 beim EG-Gipfeltreffen in Kopenhagen vereinbart worden war. Parallel dazu bemüht sich die BRD um die Stärkung der einzelnen Kontakte. So besuchte zu diesem Zweck BRD-Außenminister Genscher im April Saudiarabien und Ägypten. Als „Berater" Genschers fungierten dabei acht Vertreter der Wirtschaft. Insbesondere ging es dabei darum, welche konkreten Projekte durchgeführt und wie die 500 Mio. Mark „Entwicklungshilfe" für Ägypten verwendet werden sollen.

Der Iran hat durchblicken lassen, daß er ebenfalls an einem „Freihandelsabkommen" mit der EG interessiert ist.

Während die Verhandlungen mit den arabischen Ländern noch laufen, ist der „Freihandels"vertrag mit Israel im letzten Monat bereits unterzeichnet worden – gegen den Protest der arabischen Staaten. Im Übrigen ist damit noch nicht der endgültige Status von Israel im Rahmen der EG festgelegt. Denn es gab und gibt Bestrebungen, Israel noch enger an die EG zu binden (z.B. im Rahmen einer Zollunion). Eine Vollmitgliedschaft Israels steht aber noch nicht auf der Tagesordnung; Frankreich würde sich heute wegen seiner Beziehungen zu arabischen Staaten dagegen wenden. Das heißt nicht, daß es später mal anders sein kann, denn auch die USA haben gute Beziehungen zu beiden Seiten.

EG – Griechenland

Was die Beziehungen der EG zu Griechenland und der Türkei betrifft, so ist schon bei den Assoziierungsverhandlungen vor über 10 Jahren die Vollmitgliedschaft für 1984 in Aussicht gestellt worden. Die Mitgliedschaft Griechenlands wurde aber nach dem von den USA inszenierten Putsch „auf Eis gelegt". Die Mitgliedschaft Griechenlands wird jetzt wieder aktuell.

Der griechische Ministerpräsident Karamanlis ist zu diesem Zweck kürzlich in Paris und Bonn gewesen, um sich die Unterstützung beider Regierungen zu sichern. In beiden Hauptstädten fand er offene Ohren für sein Anliegen. In Paris wurde auch zugesagt, daß die EG 480 Mio. in dieses Land pumpen werde. Vereinbart wurde außerdem die Lieferung von 40 Mirage-Düsenjägern. Beides dient dem Ausbau der EG-Präsenz in Griechenland.

Die EG-Imperialisten nutzen dabei aus, daß im Zypernkrieg die USA beide verärgert haben – sowohl Griechenland als auch die Türkei. Griechenland hat zwar demonstrativ seinen Austritt aus der NATO-Militärintegration erklärt – aber nur demonstrativ. De facto hat aber Griechenland den Militärausschuß der NATO nie verlassen. Die griechische Militärführung nimmt immer noch an deren Sitzungen teil. Auch am Frühwarnsystem der NATO ist es noch immer beteiligt. Nichtsdestoweniger war der Schritt Griechenlands jedoch für die EG-Imperialisten Anlaß genug, nachzustoßen. Dies gilt natürlich besonders für die BRD-Imperialisten. Sie haben zwar – trotz entgegenstehender Partei- und Regierungsbeschlüsse – die Militär„hilfe" nie eingestellt, sondern immer weiterlaufen lassen – wenn auch etwas reduziert und nicht so offen.

Mittlerweile erklärte jedoch Außenminister Genscher offen, daß die Bundesregierung die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an die Türkei und Griechenland prüfe, daß aber nicht daran gedacht sei, eine einseitige Entscheidung zugunsten des einen oder anderen Landes zu treffen (laut „Sozialdemokratische Sicherheitspolitik", April 75). Wie diese Prüfung ausgeht, kann man sich an drei Fingern ausrechnen: Der Regierungsbeschluß wird aufgehoben werden. Helmut Schmidt sagte außerdem Karamanlis seine Unterstützung für eine Vollmitgliedschaft Griechenlands in der EWG zu.

Da auch die Türkei über die Reaktion der USA (vorübergehende Aussetzung der Militär„hilfe") verärgert sind und die BRD-Imperialisten für keine der beiden Seiten offen Partei ergriffen hatten, wollen sie heute die Gelegenheit wahrnehmen, beide mit Waffen zu beliefern und in beiden ihren Einfluß gegenüber den USA zu stärken. ●

EG-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

geführt werden können, weil Frank- lich in Paris und Bonn gewesen, um KB/Gruppe Hamburg

Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile aktiv

In einem Interview mit der westdeutschen Zeitschrift „Capital" äußerte der chilenische Minister Raul Saez (zuständig für wirtschaftliche Angelegenheiten) seine Freude über das Verständnis bei der CDU/CSU für den faschistischen Terror. Saez wörtlich: *„Sie sind genauso strikt antikommunistisch und antimarxistisch wie wir ..."* („Capital", 5/75).

Diese Aussage läßt sich konkret nachvollziehen, schaut man sich nur die Aktivitäten von zwei Figuren an, die im faschistischen Chile im Auftrage der „Konrad-Adenauer-Stiftung" der CDU/CSU tätig sind.

Im Auftrage dieser Stiftung und dem „Centro de estudios Cooperativos" der Katholischen Universität Santiago (CECUC) fanden dort zwei Seminare statt, die von der „Konrad-Adenauer-Stiftung" mit DM 15.000,– finanziert wurden.

Zum 1. Leiter des Seminars wurde Prof. Erik Boettcher von der Universität Münster bestellt, der sich bereits früher mit Wirtschafts-Projekten in Chile beschäftigt hatte. Seine faschistische Einstellung wurde u. a. durch eine Rede vor der Jungen Union vom März 1974 bekannt. Boettchers Ansicht zum Putsch: *„Der Präsident* (gemeint ist Allende, AK) *regierte gegen alle verfassungsmäßigen Beschränkungen seiner Macht, er setzte sich über sie hinweg und indem er das tat, war er zum Diktator geworden, war seine Herrschaft die einer totalitären Diktatur ...*

Ich meine, daß das eine Situation war vergleichbar mit jener, vor der auch bei uns das Militär am 20. Juli 1944 gestanden hat: Nachdem alle Mittel zur Herstellung der Verfassungsmäßigkeit ausgeschöpft sind, gibt es nur noch eine Gewalt, die das kann, die beiden bewaffneten Ordnungsmächte Polizei und Militär. Beide haben am 11. September in Chile entsprechend gehandelt." (Nach einem Abdruck der Rede in den Chile-Nachrichten Nr. 26).

Demagogischer geht's nimmer.

Die Regierungszeit unter Allende dem Terror im Nazi-Deutschland gleichzusetzen und dann noch so zu tun, als wenn man gegen den Faschismus hier in Deutschland je etwas gehabt hätte ...

2. Leiter des Seminars ist ein Freund Boettchers, ein Dr. Beneke, am CECUC der katholischen Universität tätig. In einem Instituts-Bericht vom 2.1.74 charakterisiert er die jetzige faschistische Militärjunta wie folgt:

„Mir ist kein Ausspruch der Militärregierung bekannt, nach dem der zitierte Gesundungsprozeß ,viele Jahre' in Anspruch nehmen werde ...

Die in diesem Zusammenhang gewünschte Reinigung von marxistischen Elementen hat sich offenbar auf die exponierten Leute beschränkt, eine anfangs befürchtete Hexenjagd hat glücklicherweise (?) *nicht stattgefunden ... Man hat den Eindruck, was für Europäer höchst verwunderlich* (?!) *klingen mag, die die UP-Zeit und/oder die Chilenen nicht kennen, daß eine breite Mehrheit für die jetzige Regierung ist ..."* (Chile-Nachrichten Nr. 26).

Ebenfalls bemerkenswert ist auch ein Brief von Boettcher an Beneke, in dem er seine Reiseeindrücke über Südamerika schildert. Darin heißt es unter anderem:

„Ecuador war ein großer Erfolg. Quito ist eine wunderschöne Stadt, wo ich jederzeit gerne meinen Urlaub verbringen würde. Ich wurde reizend betreut und habe eine ganze Menge eingekauft ...

Der Eindruck, den Jamaika demgegenüber auf mich gemacht hat, ist zwiespältig ... Da zum Hotel kein eigener Strand gehörte, mußte ich auf einen dafür viel zu kleinen allgemeinen Strand ausweichen. Auch gingen mir die vielen Neger auf die Nerven, die ständig mit offener Hand Trinkgeld heischend hinter einem herlaufen." (Laut Chile-Nachrichten Nr. 26).

Man kann nur hoffen, daß Leuten mit dieser Gesinnung und der dahinter stehenden „Konrad-Adenauer-Stiftung" bald das Handwerk gelegt wird. ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Einmal umgekehrt: Chile investiert in der BRD

Nachdem die BRD-Imperialisten sich maßgeblich für die Gesundung der chilenischen Wirtschaft eingesetzt haben (z.B. 21,1 Mio-Kredit, Vorantreibung des Abschlusses über die Umschuldungsverhandlungen), ist jetzt auch den chilenischen Faschisten der BRD-Markt eröffnet worden.

In Nordrhein-Westfalen soll ein größeres Kupfergießwalzwerk entstehen, an dem der staatliche chilenische Kupferkonzern CODELCO mit 40 % beteiligt ist. Eine weitere 40 %-Beteiligung besitzt außerdem die Norddeutsche Affinerie, die restlichen 20 % die Firma Kayser, die zur Lübecker Possehl-Stiftung gehört.

Unter dem Namen „Deutsche Gießdraht Gesellschaft mbH", beträgt das Startkapital 15 Mio DM.

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer (SPD/FDP-Regierung!) lobte dieses Vorhaben als Beispiel „einer rohstoffsichernden internationalen Zusammenarbeit".

Nach Mitteilung des neuen Unternehmens (in Abstimmung mit den nordrhein-westfälischen Behörden) handelt es sich auf dem Kupfermarkt um die erste bedeutende Investition (!) dieser Art in der BRD.

„Kritik" an der faschistischen Junta in Chile in Worten – massive Unterstützung und materielle Absicherung dieses Terror-Regimes in Taten, das ist die Politik der Bundesregierung. ●

Chemiekomitee/
KB/Gruppe Hamburg

Erbärmlich und dumm:

KVZ will weiter lügen!

In AK 58, Anfang April, wurde die Methode angegriffen, Behauptungen über die angebliche ‚besondere Gefährlichkeit" des „Sozialimperialismus" auf falsches Zahlenmaterial der bürgerlichen Presse, falsche Angaben über das Kräfteverhältnis USA-Sowjetunion u.ä. zu stützen. Untersucht und nachgewiesen wurden dabei eine Reihe von Falschmeldungen der „KVZ" über die Lage im Indischen Ozean, wo der KBW' höflich gesagt, der imperialistischen Propaganda aufgesessen war.

Trotz zweimaliger (!) Nachmahnung dazu im AK ließ eine Stellungnahme des KBW ziemlich lange auf sich warten. Schließlich entschlossen sich die Herren KBW-Führer aber doch, in der „KVZ" vom 29.5.75, also fast zwei Monate nach dem Erscheinen des AK 58 (!!), zu einer sehr herablassenden Stellungnahme. An sich, so erfährt man da, sind sich die Herrschaften viel zu fein, auf den angeblichen „Unsinn" des AK einzugehen. Nun, diese Leute, und sogar KBW-Chef Schmierer, waren sich nicht zu fein, in den letzten Ausgaben der „KVZ" seitenweise auf den „Unsinn" von „KPD" und „KPD/ML" einzugehen. Aber wenn sie von uns beim beharrlichen Verbreiten offenkundiger imperialistischer Propagandamärchen ertappt werden, ist es ihnen „vollständig unmöglich" (!!), darauf zu antworten, bzw. sie lassen sich erst mal fast zwei Monate Zeit (vielleicht hätte ja inzwischen Gras drüber wachsen können? ?), um dann die armselige „Stellungnahme" abzudrucken, die wir hier wiedergeben (aus „KVZ", 29.5.75).

„Der ‚Arbeiterkampf' hat 48 Seiten. Einen beträchtlichen Teil dieser Seiten widmet er „Problemen des ML". Hier und an anderer Stelle breitet er soviel Unsinn aus, daß es vollständig unmöglich ist, all diesen Unsinn zu widerlegen in einer Zeitung wie der Kommunistischen Volkszeitung. Weil wir nicht auf jeden Unsinn eingehen, beklagt sich der ‚Arbeiterkampf'. Auf zweierlei wollen wir deshalb eingehen. (...)

Zweitens: In der KVZ wurde auf neun Stützpunkte der Sowjetunion hingewiesen im Indischen Ozean. Der ‚Arbeiterkampf' behauptet, dort gebe es in Wirklichkeit keinen einzigen. Hierzu zitieren wir einen unverdächtigen Zeugen, den indischen Offizier Maharaj K. Chopra:

‚In den Vereinten Nationen wurden seit 1966 mehrere Resolutionen gefaßt. Zuletzt ernannten sie 1972 einen aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschuß, um den Vorschlag, aus dem Indischen Ozean eine Friedenszone zu machen, zu studieren. Dieser Ausschuß erhielt den besonderen Auftrag, 'einen Tatsachenbericht über die militärische Präsenz der Großmächte unter allen Gesichtspunkten abzufassen und dabei speziell auf die im Zusammenhang mit der Rivalität der Großmächte zu verstehende Dislozierung (Auseinanderziehung, d.Red.) der Seestreitkräfte Bezug zu nehmen'. Dieser Ausschuß ernannte einen Unterausschuß von drei Experten aus Indien, dem Iran und Schweden, um die Untersuchung durchzuführen und zu berichten.

Der von diesem Unterausschuß Mitte 1974 vorgelegte Bericht erzeugte eine heftige Reaktion. Alle Großmächte sagten, sie hätten keine Stützpunkte in dieser Gegend, und die ihnen zur Verfügung stehenden Einrichtungen hätten keinerlei militärischen Zweck. Die kleinen Mächte erklärten, sie hätten keine Erlaubnis erteilt, daß auf ihren Territorien ausländische militärische Anlagen gebaut werden. Angesichts dieser Proteste wurde der Bericht zurückgegeben und eine revidierte Version herausgebracht, die alles weiß zu waschen schien: Kommentare wurden nicht gestattet, Folgerungen wurden nicht gezogen. Nachdem man die Köpfe in den Sand gesteckt hatte, war jedermann glücklich, aber das löschte die Realitäten des Spiels um die Macht im Indischen Ozean nicht aus.'

Der Artikel des indischen Offiziers findet sich freilich nicht in der ‚Prawda', sondern in der westdeutschen Militärzeitschrift ‚Wehrkunde' vom Februar 1975. Also wird der ‚Arbeiterkampf' seine Glaubwürdigkeit bestreiten. Dann soll er die UNO-Protokolle studieren.

Die Völker am Indischen Ozean treten nicht zum Spaß gegen das Ringen der beiden Supermächte um die Beherrschung des Indischen Ozeans auf. Das aber will der ‚Arbeiterkampf' glauben machen."

Red.

Offensichtlich beweist der zitierte Text aus der Militaristen-Zeitung, der keinerlei **k o n k r e t e** Angaben über Stützpunkte im Indischen Ozean enthält, **a b s o l u t n i c h t s**.

Die „KVZ"-Redaktion, die uns dummfrech vorschlägt, wir sollten doch mal die UN-Protokolle lesen, möchte ihren Lesern offensichtlich den I n h a l t der in diesem Zitat angesprochenen „UN-Untersuchung" verschweigen. **Diese „Untersuchung" verzeichnete – wie wir auch schon in AK 58 schrieben!! – 18 ausländische Stützpunkte im Indischen Ozean, und zwar: 9 der USA, 4 Großbritanniens, 3 Frankreichs, einen (!!!) der Sowjetunion und einen „spekulativen" (?) der VR China auf Sansibar (lt. „FR", 23.9. 74).** Bei dem sowjetischen „Stützpunkt" sollte es sich um ein „Radiokommunikationszentrum" sowie „Hafen- und Reperaturanlagen" in Berbera, Somalia, handeln.

Von dieser „UN-Untersuchung", über deren Richtigkeit wir hier gar nicht zu streiten brauchen, ist es auf jeden Fall ein Riesenunterschied zu der von der „KVZ" kommentarlos nachgedruckten Karte aus der „FAZ", die n e u n angebliche sowjetische „Stützpunkte" im indischen Ozean aufweist, sowie zu den Behauptungen der „KVZ", die Sowjetunion habe „zahlreiche Stützpunkte" u.a. in Somalia, im Irak, auf der Insel Mauritius.

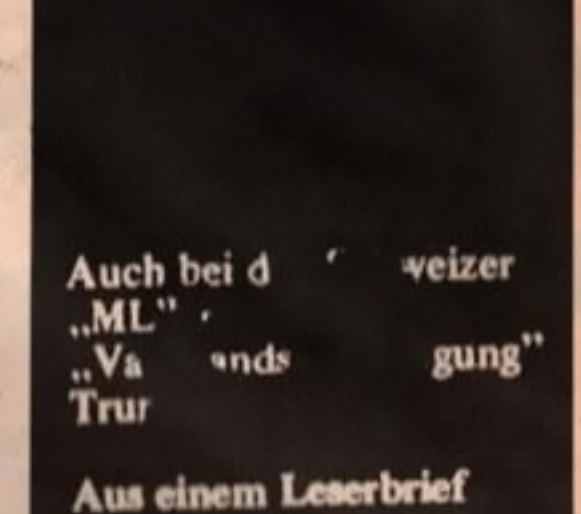
Die „KVZ"-Redaktion hätte es noch relativ leicht gehabt, gleich nach unserer ersten Auseinandersetzung mit ihrem „Stützpunkt"-Salat vor fast zwei Monaten (!) die Dinge richtig zu stellen und die Sache als einen bedauerlichen Irrtum hinzustellen. Jeder i n t e l l i g e n t e bürgerliche Journalist hätte das wahrscheinlich getan. Nicht so die „KVZ"-Redaktion, die mit geradezu wahnwitziger Nibelungen-Treue an dem Märchen von den sowjetischen „Stützpunkten" im Indischen Ozean festhält, während die „s e r i ö s e" bürgerliche Presse Stück um Stück dieser Legende preisgeben muß.

– So ist einer der neun sowjetischen Geister-„Stützpunkte" auf der „FAZ"-Karte Chittagong in Bangla Desch. In der „FAZ" vom 13.5.75 wird zugegeben, daß die Sowjetunion in Bangla Desch k e i n e n Stützpunkt besitzt. Folglich ist auf einer neuen Version der „FAZ"-Karte der Stern (Zeichen für angeblichen sowjetischen „Stützpunkt") bei Chittagong durch einen einfachen weißen Punkt ersetzt!

– Einen weiteren angeblichen sowjetischen „Stützpunkt" zeigt die „FAZ"-Karte (auch in der neuen Version noch) bei Umm Quasr im Irak. Bereits in der „Süddeutschen Zeitung" vom 30.4.75 konnte man jedoch lesen: „Ein Besuch in Umm Quasr widerlegt die Behauptung der USA, der irakische Hafen sei eine Marinebasis der UdSSR!"

Das Verhalten der „KVZ"-Redaktion hat immerhin dankenswerterweise den endgültigen Beweis geliefert, daß es bei ihren Falschmeldungen über die „sozialimperialistische Gefahr" tatsächlich nicht um einzelne I r r t ü m e r geht (wie sie selbstverständlich mal passieren können), sondern um den b e w u ß t e n W i l l e n, Lügen und Fälschungen als Mittel ihrer „Politik" einzusetzen und um jeden Preis an ihnen festzuhalten. Dabei sei daran erinnert, daß es in dem Artikel in AK 58 nicht nur um die neun Geister-„Stützpunkte" im Indischen Ozean ging, sondern um eine Reihe weiterer Falschmeldungen und Verdrehungen der „KVZ" in Sachen „Ringen der Supermächte". Es geht also nicht allein darum, um die Existenz sowjetischer Stützpunkte im Indischen Ozean zu streiten (obwohl es bemerkenswert ist, mit welcher Dreistigkeit die „KVZ"-Redaktion die alleroffensichtlichsten Falschmeldungen zu verteidigen versucht), sondern es geh. um die gesamte M e t h o d e, mit Phantasie-Zahlen und abenteuerlichen „Theorien" („Einkreisung" Westeuropas durch die Sowjetunion etc.) Zuarbeit für die imperialistische Kriegspropaganda („Gefahr aus dem Osten") zu machen. „Lehrmeister" dieser Methode sind leider die Veröffentlichungen „chinesischer Genossen", deren „Analysen" von offensichtlichen Falschmeldungen und Zahlenfälschungen strotzen, mit denen sie mitunter selbst die „seriösen" bürgerlichen Veröffentlichungen noch in den Schatten stellen.

Wenn man sich solcher Methoden bedient und stur an ihnen festhält, kann man sich noch so sehr über die dumm-plumpen „Vaterlandsverteidiger" von „KPD"/„KPD/ML" ereifern (wie es die „KVZ" seit kurzem tut) – in der Praxis besorgt die „KVZ" mit ihren Lügen und Falschmeldungen dasselbe Geschäft, bloß geschikkter. ●



„Liebe Genossen,
im ARBEITERKAMPF Nr.60 dokumentiert Ihr das Einschwenken gewisser „Marxisten-Leninisten" in Deutschland und Frankreich auf offen sozialchauvinistische Positionen...

Daß diese Scharlatane, die sich noch in aller Öffentlichkeit Marxisten-Leninisten nennen, nicht einmal unterscheiden können zwischen dem äußeren Erscheinungsbild einer Sache und ihrem tatsächlichen Wesen, zeigt uns gegenwärtig auch die Bruderpartei der Aust-Gruppe in der Schweiz, die KPS/ML'

In der Schweiz gibt es seit einiger Zeit eine Soldatenbewegung, die sich in zahlreichen Soldaten- und Kasernenkomitees organisiert. Ausgangspunkt dieser Bewegung sind die Verhältnisse in der Armee, die täglichen Schikanen, die politische Indoktrinierung, die Repressalien gegen fortschrittliche Soldaten und die wild um sich schlagende Militärjustiz, die Richter und Ankläger gleichzeitig ist.

Vertreter der KPS/ML haben sich eine zeitlang an dieser Bewegung beteiligt, um sie nun (wegen ihres angeblich kleinbürgerlich-demokratisch-pazifistischen Charakters) zu denunzieren. Ähnlich wie ihre Genossen in Frankreich und der BRD ist die KPS/ML auf Positionen der „Landesverteidigung" umgeschwenkt. Der Schweizer Bourgeoisie wird eine gewisse Wachsamkeit gegenüber den Supermächten bescheinigt, man faselt von notwendigen taktischen Bündnissen, die die Arbeiterklasse eingehen müsse.

Äußerlich gibt sich die Schweizer Bourgeoisie neutral, in Wirklichkeit segelt sie seit dem 2. Weltkrieg im Windschatten des US-Imperialismus. Einreiseverbote gegen kambodschanische und vietnamesische Genossen, die Weigerung, Delegationen der GRUNK und der FNL zu internationalen Konferenzen des Roten Kreu-
nische und vietnamesische Genossen, die Weigerung, Delegationen der GRUNK und der FNL zu internationalen Konferenzen des Roten Kreu-
zes einzuladen, ihre Haltung zu politischen Flüchtlingen aus Chile und aus dem ehemals faschistischen Caetano-Regime in Portugal, die guten Beziehungen zu den Rassisten in Südafrika (in Zürich wird ein großer Teil des südafrikanischen Goldes umgesetzt) zeigen klar und deutlich: Diese Monopolbourgeoisie ist in keiner Weise fortschrittlich und neutral, sondern lebt von der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt. Von dieser (imperialistischen) Schweiz kann man keine „verstärkte Zusammenarbeit" mit der „Dritten Welt" erwarten, wie dies von der KPS/ML propagiert wird, die nicht weitere Ausplünderung bedeuten würde.

Gemäß ihrer allgemeinen Linie sieht die KPS/ML auch in der schweizer Militärpolitik primär die „positiven" Aspekte: Äußerlich ist die Armee nicht in eines der Paktsysteme integriert, das Milizsystem faßt jedes Jahr für einige Wochen Arbeiter und Bauern zusammen. Aber ist diese Armee deshalb ein Garant für die Unabhängigkeit des Landes?

Während des 2. Weltkrieges gab es starke Tendenzen, sich mit den Nazis zu arrangieren; im Offizierkader sitzen vornehmlich Leute aus den Direktionsetagen der multinationalen Konzerne.... Ist diese Armee eine Volksarmee, nur weil Teile des Volkes in sie integriert sind (und jedes Jahr neu die bürgerliche, antikommunistische Ideologie in sich aufnehmen sollen)? ...

Um auf unsere französischen und deutschen „ML'er" zurückzukommen: Nichts schwächt die Supermächte in Westeuropa mehr, als eine Arbeiterklasse, die fähig ist, sich ihrer eigenen Ausbeuter zu entledigen. Die allseitige ideologische, militärische und politische Schwächung des bürgerlichen Staatsapparats hat diesem Ziel seit jeher genützt und niemals geschadet! ●

„KPD" weiter auf Provokationskurs:

ARBEITERKAMPF-Verkauf behindert

Die „KPD" ist auch in Cuxhaven in zwei Fällen in übler Weise in Erscheinung getreten:

1. So wurde von einem KJV'ler den KB-Sympathisanten und der „Schülerpresse" (eine fortschrittliche Schülerzeitung) folgendes „Aktionseinheitsangebot" gemacht: Wir sollten mit ihnen zusammen einen DKP-Stand abräumen. Das lehnten wir und die „Schülerpresse" natürlich entschieden ab. Das Vorhaben der „KPD"ler zerschlug sich nur daran, daß die DKP keinen Stand hatte.

2. In konsequenter „Weiterentwicklung" der Politik der „Vaterlandsverteidigung" versucht die „KPD" neuerdings, unseren AK-Vertrieb zu behindern. Nach dem Motto: „Das ist eine Scheißzeitung, die kämpfen nicht gegen den Sozialimperialismus, usw."

So schätzte der ARBEITERKAMPF (Nr. 61) die Sache goldrichtig ein: *„Der Konkurrenzkampf zwischen den Gruppen der ‚Vaterlandsverteidiger... wird immer üblere Provokationen hervorbringen. Nächstes Ziel dieser schrägen Vögel könnten nach DKP und DDR schon die ‚Wasserträger und Agenten des Sozialimperialismus' sein, d.h. KBW und KB."*

Wir sind sicher, daß die „KPD" diese Politik noch „schöpferisch" vorantreiben wird. Das werden wir entsprechend beantworten. ●

KB-Sympathisanten Cuxhaven

„KPD/ML" kleineres Übel?

Während es dem KBW laut Aussagen seiner Führer „ganz unmöglich" ist, sich mit uns auseinanderzusetzen (weil wir angeblich nur „Unsinn" verbreiten), widmet die „KVZ" des KBW seit einigen Wochen der Auseinandersetzung mit den „Vaterlandsverteidigern" viel Raum. KBW-Chef Schmierer, der dafür „Fachmann" zu sein scheint, hält es in der „KVZ" vom 5. Juni („Verzweifelte Abwehr schlechter Nachbarschaft") nicht einmal für überflüssig, Differenzierungen zwischen „KPD" und „KPD/ML" herauszuarbeiten: Die „KPD/ML", so hat Schmierer herausgefunden, unterscheidet sich von der „KPD" positiv dadurch, **„daß sie den Kampf für die Revolution nicht aufgeben will"**. *„Theoretisch ist der Unterschied zwischen beiden Organisationen gering anzuschlagen, praktisch ist er jedoch vorhanden"*, behauptet Schmierer.

Wir sehen das allerdings genau u m g e k e h r t, nämlich: „Theoretisch" gibt es zwischen den beiden Hauptsekten der „Vaterlandsverteidigung" durchaus „Unterschiede", praktisch gibt es dagegen kaum welche – b e i d e Sekten gleichermaßen sind antikommunistische Provokations-Gruppen, die nicht f ü r, sondern g e g e n die Revolution arbeiten. Schmierer kann zu seiner irrigen Behauptung nur kommen, weil er sich in Wahrheit um die praktischen Folgen und Auswirkungen der „Politik" beider Sekten nicht kümmert, sondern bei deren „theoretischen" Differenzen stehen bleibt, d.h. bei den wortradikalen Schnacks von Aust & Co., die ihn dann zu der irrigen Behauptung verleiten, die „KPD/ML" wolle **„den Kampf für die Revolution nicht aufgeben"**.

Betrachten wir die Frage, an der Schmierer seine Behauptung aufhängt: Die „KPD/ML" hat im „Roten Morgen" erklärt, daß ein Krieg, an dem der BRD-Imperialismus beteiligt wäre, auf jeden Fall ein imperialistischer Krieg wäre, also kein gerechter Krieg. Dies im Gegensatz zur „KPD". – Schmierer nun nimmt diese „Differenz" anscheinend für bare Münze, statt sie auf ihre „materielle Basis" zurückzuführen: den demagogischen Streit zweier Sekten, die sich praktisch kaum unterscheiden, aber irgendwie doch ihren „Führungsanspruch" gegenüber der konkurrierenden Sekte zu beweisen haben.

Die „KPD/ML" genauso wie die „KPD" propagieren die sogenannte „Vaterlandsverteidigung"; der Unterschied ist bloß, daß die „KPD/ML" dabei ganz offen erklärt, dies in einem i m p e r i a l i s t i s c h e n Krieg tun zu wollen! Daran können wir freilich nichts Lobenswertes entdecken. Im Übrigen hat „KPD/ML"-Chef Aust („größter Hohn der deutschen Arbeiterklasse") in seiner berüchtigten „Kieler Rede" s e l b s t den Gedanken eines „gerechten" Krieges des BRD-Imperialismus erhoben, indem er die Situation der imperialistischen Staaten Westeuropas mit der Hollands gegenüber dem Nazi-Überfall 1940 verglich.

Es geht hier also nicht um praktische Meinungsverschiedenheiten zwischen „KPD/ML" und „KPD", und schon gar nicht geht es darum, daß die „KPD/ML" – wie Schmierer behauptet – im Gegensatz zur „KPD" am Kampf für die Revolution festhalten will.

Sieht man sich die praktischen Auswirkungen der „Politik" beider Sekten an (was Schmierer völlig umgeht), so kann man feststellen, daß die „KPD/ML" mit offen antikommunistischer, chauvinistischer und faschistoider Hetze eher noch rabiater und närrischer vorgeht, als die andere Sekte, obwohl der Unterschied zweifellos gering ist.

Und hier liegt wohl auch „der „Hund begraben": Die Kritik des KBW an den „Vaterlandsverteidigern" bleibt im Wesentlichen auf einer vordergründig „theoretischen", abstrakten Ebene stehen. So wird auch die Kritik an dem Provokatorischen Ausflug der „KPD" nach Treptow/Ostberlin nur auf der Ebene geführt, daß es sich um eine **„Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR"** gehandelt habe (Schmierer in der „KVZ" vom 5.6.), statt vom I n h a l t der „Politik" dieser Sekte auszugehen!

Der KBW handelt offenbar so, weil er in der praktischen Politik, in den Aussagen seiner Agitation und Propaganda von den „Vaterlandsverteidigern" sich sooo sehr denn doch nicht unterscheidet. Erinnert sei nur daran, daß der KBW bei der Schaffung von „Verteidigungsbereitschaft" gegen die Sowjetunion kräftig mitmischt durch das Märchen von der „drohenden Gefahr aus dem Osten", von der angeblichen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber der Nato, durch die Übernahme total falscher Zahlenangaben aus der imperialistischen Kriegspropaganda und chinesischen Veröffentlichungen, durch seine Märchen über „sowjetische Stützpunkte" u.a.m. Inzwischen hat der KBW durch seine Praxis (vergl. dazu den Artikel „KVZ will weiter lügen" in diesem AK) absolut klar gemacht, daß es sich dabei nicht um einzelne „Irrtümer" handelt, sondern um eine bewußt betriebene Methode.

Die Überschrift von Schmierers Artikel in der „KVZ" **„Verzweifelte Abwehr schlechter Nachbarschaft"** gilt darum auch für den KBW selbst. ●

Darüber schmunzelt der Kommunist

Heiteres von den „Vaterlandsverteidigern"

Unter der Überschrift „ 'KB'-Führer vor dem Karren des Sozialimperialismus" empörte sich der „Tote Morgen" der „KPD/ML" (24.5.75) über unsere Hamburger Veranstaltung zum 8. Mai: „**Dort konnte man nämlich, malerisch angeordnet, die Fahnen dieser aggressiven, kriegslüsternen Supermacht an der Wand bewundern**".

' Es handelt sich – schlimm, schlimm – um die Fahne der Sowjetunion, jene rote Fahne mit Hammer und Sichel und dem Sowjetstern, deren Hissung auf dem Berliner Reichstag den totalen Zusammenbruch der Nazi-Diktatur symbolisiert (ein Foto davon war übrigens in einem Extrablatt des „Toten Morgen" zum diesjährigen 8. Mai abgebildet!!); jene Fahne, unter der in der Sowjetunion unter Führung von Lenin und Stalin der Aufbau des Sozialismus begonnen wurde.

Demnächst wird die „KPD/Plemmplemm" wohl dazu übergehen, das Zeichen von Hammer und Sichel, danach überhaupt rote Fahnen und schließlich auch noch die „Internationale" (weil die ja auch in der „sozialfaschistischen" Sowjetunion gesungen wird) als Symbol des „kriegslüsternen Sozialimperialismus" zu diffamieren ...? Man fragt sich, wie diese patriotische „Partei" es überhaupt noch ertragen kann, daß sie ebenso wie die „sozialfaschistische" KPdSU ein K in ihrem Namen hat? ? !

• • •

Den Alltag in der DDR beschrieb mit launigen Worten ein Flugblatt der „KPD/ML", das im Mai in Hamburg verteilt wurde: *„Der Teil des deutschen Volkes, der in der DDR lebt, wurde hinter Mauer und Stacheldraht eingesperrt. Auf Schritt und Tritt (!!) folgen ihm die sowjetischen Besatzungstruppen. Unsere Klassenbrüder in der DDR arbeiten für den unersättlichen Appetit der neuen Zaren im Kreml. Die Gefängnisse sind gefüllt von Patrioten (!!), die gegen die russische Militärherrschaft protestieren."*

• • •

In der „Roten Garde", Jugendzeitung der „KPD/ML" (Mai 75), wird folgender Albtraum fabuliert: „**Wenn die Russen hier einmarschieren, stellen sie jeden Revolutionär, jeden Kommunisten, jeden klassenbewußten Arbeiter an die Wand**"... So wie „die Russen" es 1968 bei ihrem Einmarsch in die CSSR gemacht haben, könnte man ergänzen? ...

Wahrscheinlich hat da ein jugendlicher „ML"er in Papas Schrank eine von Goebbels Durchhalte-Parolen gefunden und sie mit ein paar geschickten Änderungen für den aktuellen Gebrauch zurecht gemacht.

• • •

18 „KPD"ler, die am 8. Mai während eines antikommunistischen „happenings" am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow (DDR) festgenommen worden waren, brauchen gottseidank nicht lebenslänglich in finsteren DDR-Kerkern zu schmoren, wie es zweifellos von den „Sozialfaschisten" geplant war, sondern konnten nach wenig mehr als zwei Wochen „**freigekämpft**" werden. Wie das gelingen konnte, wo doch bekanntlich die DDR die schlimmste aller Diktaturen ist (schlimmer als Chile etc.), wird stolz in der „Rotzfahne", Organ der „KPD", vom 28. Mai ausgeplaudert: *„Der Erfolg dieser Aktion unserer Partei war möglich, weil sie sich einordnete in verschiedene internationale, zur gleichen Zeit geführte Widerstandsaktionen gegen den sowjetischen Sozialimperialismus"*. Welche „Widerstandsaktionen" das im Einzelnen waren, wird nicht näher ausgeführt – mit der Ausnahme, daß Deng Hsiao Ping aus China eigens „**genau zu diesem Zeitpunkt**" (!!) Frankreich besuchte, was offenbar vom ZK der „KPD" sehr geschickt arrangiert worden war. Außerdem leiteten, ebenfalls „**genau** zu diesem Zeitpunkt" die *„marxistisch-leninistischen Kräfte"* in Portugal *„erfolgreich Gegenangriffe gegen die modernen Revisionisten ein"* – offenbar, indem sie gemeinsam mit der NATO-freundlichen „Sozialistischen Partei" von Soares gegen die Besetzung der „sozialistischen" Parteizeitung durch die Druckarbeiter demonstrierten.



Und so war denn *„die Situation günstig, dem politischen Vormarsch des sowjetischen Sozialimperialismus einen Schlag zu versetzen (!), seine Kollaboration und Konkurrenz mit der anderen Supermacht ans Licht zu zerren"*, was die „KPD" mit ihrem Treptower „happening" denn auch weidlich getan hat. Da müssen die „Sozialimperialisten" doch wohl ganz schön das Zittern gekriegt haben, bei diesem „**Beispiel praktischer Arbeitersolidarität**". Von den DDR-Arbeitern traut sich das ja keiner, weil die Diktatur da so entsetzlich ist. Selbst in Chile leisten die Arbeiter Widerstand in vielen Formen – in der DDR gibts nicht mal das, was ja beweist, daß dort die Diktatur noch viel, viel schlimmer ist als in Chile!! ...

Da müssen schon mal furchtlose „KPD"ler „rüber" fahren. Dafür, daß ihr Abenteuer glimpflich abging, sorgte dann das weise „ZK", das im internationalen Maßstab zu denken versteht und seine Aktion klug mit Deng Hsiao Ping und Soares abgestimmt hatte, sowie der Protest der Vertreter der Bundesregierung in der DDR (zu dem die Bundesregierung natürlich erst von der „KPD" gezwungen werden mußte!) ... ●

100 Jahre „Kritik des Gothaer Programms"
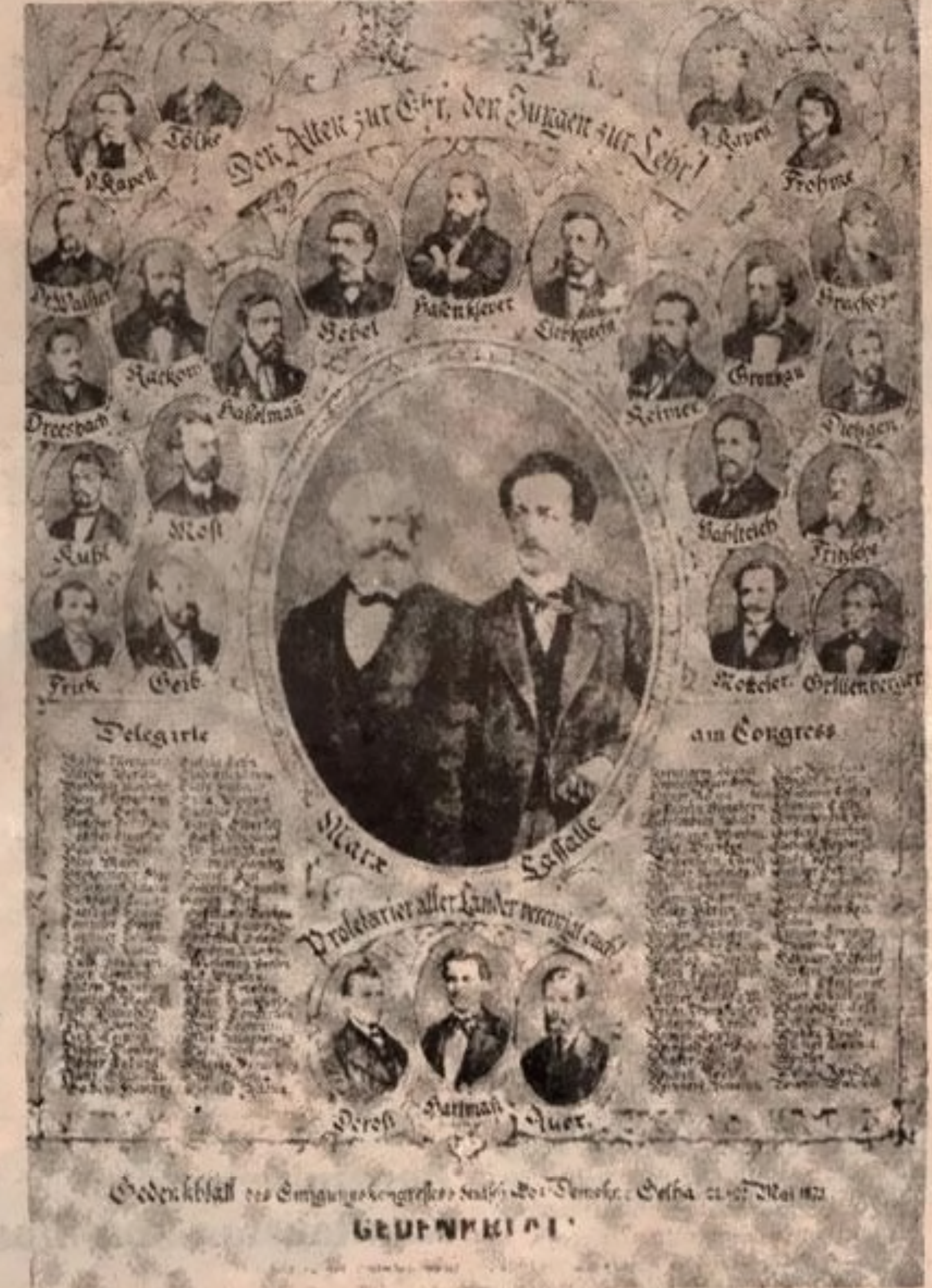
– 100 Jahre Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung –

Anfang Mai 1875 schrieb Karl Marx an seinen Freund Wilhelm Bracke seine kritischen *„Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei"*, die als *„Kritik des Gothaer Programms"* heute noch ein wichtiges Dokument im Kampf gegen den politischen Opportunismus in der Arbeiterbewegung darstellen.

Vom 22. bis zum 27. Mai 1875 konstituierte sich in Gotha die *„Sozialistische deutsche Arbeiterpartei"*. Sie war Ergebnis der Vereinigung des *„Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins"*, der sich den Theorien Fernand Lassalles orientierte, mit der *„Sozialdemokratischen Arbeiterpartei"*, den *„Eisenachern"* unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die sehr stark unter dem Einfluß der Theorie von Marx und Engels standen.

Dem Vereinigungsparteitag wurde ein Programmentwurf vorgelegt, der zwar Elemente des Marxismus enthielt, insgesamt aber ein durch und durch opportunistisches Werk darstellte, das von den verworrenen Theorien Lassalles durchsetzt war. Marx und Engels übten heftige Kritik an diesem Programmentwurf. Marx' Kritik am Gothaer Programmentwurf ist vor allem auch eine grundsätzliche Abrechnung mit den Thesen Lassalles, der sich zwar immer sehr stark auf die wissenschaftlichen Arbeiten von Marx und Engels berief, sie aber in einer Weise darstellte, daß vom revolutionären Marxismus nichts mehr nach war. Die Kritik ist zu Lebzeiten von Marx nicht veröffentlicht worden. Engels ließ sie 1891 in der von Karl Kautsky herausgegebenen Zeitschrift *„Die Neue Zeit"* veröffentlichen, kurz vor der Diskussion des Entwurfs des *„Erfurter Programms"* von 1891. Engels schrieb damals in einem Brief an Kautsky seine harte Kritik an Lassalle:

„Den Sozialisten Lassalle begleitet der Demagog Lassalle auf Schritt und Tritt... Bis 1862 in der Praxis spezifisch preußischer Vulgärdemokrat mit stark bonapartistischen Neigungen... schlug er plötzlich um aus rein persönlichen Ursachen und begann seine Agitation; und ehe 2 Jahre vorbei, verlangte er, die Arbeiter sollten die Partei des Königtums gegen die Bourgeoisie ergreifen und mogelte mit seinem Charakterverwandten Bismarck in einer Weise, die zum tatsächlichen Verrat an der Bewegung führen mußte, wäre er nicht zu seinem eigenen Glück rechtzeitig erschossen worden. In seinen Agitationsschriften ist das Richtige, das er von Marx entlehnt, so sehr mit Lassalleschen eigenen und regelmäßig falschen Ausführungen verwebt, daß beides fast nicht zu trennen ist. Der Teil der Arbeiter, der sich durch Marx's Urteil verletzt fühlt, kennt von Lassalle eben nur die 2 Jahre Agitation und auch diese nur durch eine gefärbte Brille. Aber vor solchen Vorurteilen kann die historische Kritik nicht ewig stehenbleiben, den Hut in der Hand. Mir war es Pflicht, endlich einmal reinen Tisch zu schaffen zwischen Marx und Lassalle. Das ist geschehn". (Brief von Engels an Kautsky, MEW Bd. 38).



Gedenkblatt zum Gothaer Vereinigungskongreß. Die beiden führenden Köpfe des „Eisenacher" und des Arbeitervereins, Marx und Lasalle nebeneinander. Die Einheit trügt aber, wie Marx' „Kritik am Gothaer Programm" zeigt.

Die Veröffentlichung der „Kritik des Gothaer Programms" gelang erst gegen den Widerstand einer Reihe führender Sozialdemokraten, vor allem der alten Lassalleaner. Bereits auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag hatten sie Marx' Kritik abgelehnt, so daß der vorgelegte kritisierte Programmentwurf mit nur wenigen Änderungen vom Parteitag angenommen wurde.

Marx unterzieht das Programm insgesamt einer vernichtenden Kritik. Er kritisiert dabei eine ganze Reihe von Verfälschungen der revolutionären Theorie, die zumindest unter den „Eisenachern" schon diskutiert waren. Besonders zu erwähnen ist dabei die im Programm auftauchende These Lassalles vom „ehernen Lohngesetz", wonach die bestehende Lohnsklaverei nicht etwa das Ergebnis der bestehenden Klassengesellschaft ist, sondern ein sich naturgemäß ergebender Zwang, der seine Wurzeln in der Vermehrung bzw. Verringerung der Bevölkerung hat. Dementsprechend ist die Behandlung des gewerkschaftlichen Kampfes und der Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiter im „Gothaer Programm": sie tauchen überhaupt nicht auf!

Für „Die revolutionäre Diktatur des Proletariats"

Die Hauptkritik richtet sich allerdings gegen *„das Allerweltsheilmittel der Staatshilfe"* (Engels in einem Brief an Bebel).

„Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch von Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben" (Marx, Kritik ....MEW BD. 19).

So wurde im Programm *„mit allen gesetzlichen Mitteln der freie Staat"* angestrebt, *„die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes"* (Marx: *„Aus einem Rest von Scham stellt man die 'Staatshilfe' – 'unter die demokratische Kontrolle des arbeitenden Volkes' "*). Marx stellt die Frage:

„Freier Staat – was ist das? Es ist keineswegs der Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat 'frei' zu machen... Die deutsche Arbeiterpartei – wenigstens wenn sie das (Gothaer, die Red.) *Programm zu dem ihrigen macht – zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hautief sitzen, indem sie, statt die bestehende Gesellschaft ...als Grundlage des bestehenden Staates ... zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen 'geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen' besitzt"*. (Marx, Kritik...)

Marx entwickelt daraus, daß der bestehende Staat Instrument der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ist, daß die Arbeiterklasse daher diesen Staat nicht einfach übernehmen kann:

„Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog (=gleichbedeutend) sind? (....)

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats".

Marx und Engels lehrten, daß der Staat Instrument der jeweils herrschenden Klasse zur Niederhaltung einer anderen Klasse ist und daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse ist, mit der **gewaltsamen** Revolution ist, die alte Ausbeuterklasse zu unterdrücken, den alten bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und die weitestgehende Demokratie – das heißt die Herrschaft der Volksmassen – zu entwickeln. Solange aber die alte Ausbeuterordnung und ihre Reste nicht beseitigt sind, ist die Diktatur des Proletariats, der Staat der Arbeiterklasse, eine Notwendigkeit, danach erst wird der Staat überflüssig und *„stirbt ab"*. *Jedweder Staat ist 'eine besondere Repressionsgewalt' gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein jeder Staat unfrei und kein Volksstaat"*, entgegnete Lenin in seiner Schrift *„Staat und Revolution"* auf die Forderung nach dem *„freien Staat"*.

Auch heute läßt sich das Verhalten zur Frage des Staates als sicheres Indiz für eine wahrhaft revolutionäre Haltung belegen. Die Reformisten haben eh schon den Staat als ein „selbständiges (klassenneutrales) Wesen" akzeptiert und wollen über die Eroberung der Staatsmacht in Wahlen die „Gesellschaft verändern". Die Revisionisten haben die Forderung nach „Diktatur des Proletariats" aus ihren Programmen gestrichen und durch die „friedliche Zurückdrängung der Macht der Monopole" ersetzt.

Das hervorragende Verdienst von Marx' „Kritik des Gothaer Programms" besteht darin, schonungslos den Kampf gegen den Opportunismus aufgenommen zu haben, ein Kampf, der unter den heutigen Bedingungen noch die gleiche Wichtigkeit und Gültigkeit besitzt. ●

KB/Gruppe Bremen

Die Arbeiter sollen wieder den nächsten Profitboom bezahlen:

Steuererhöhungen und Lohnraub geplant!

„Ich sage es Ihnen ganz offen: wenn es uns wieder besser geht, dann werde ich im Kabinett höhere Steuern beantragen."

So äußerte sich Finanzminister Hans Apel (SPD) gegenüber der Illustrierten „Stern" (5. 6. 75). Während er und seine Kumpane in der Bundesregierung j e t z , in der Krise darangehen, mit umfangreichen „Sparprogrammen" das werktätige Volk zur Ader zu lassen, während sie j e t z t die Krise zum Anlaß nehmen, auf die Tarifabschlüsse zu drücken, gleichzeitig aber den Kapitalismus mit „Förderungsprogrammen" (7,5 % Investitionszulagen etc.) die so erpreßten Mittel zukommen lassen, begründet Apel die n a c h der Krise anstehenden Steuerhöhungen unverschämterweise so: „Das ist der Zeitpunkt, dem Bürger klarzumachen, daß dann (!!) die Konsequenzen der überwundenen Rezession zu tragen sind". Mit anderen Worten: das werktätige Volk soll von jetzt an, egal wie die Zeichen stehen, nur noch zahlen! „Kollege" Friderichs vom Wirtschaftsministerium ergänzte Apel in diesem Zusammenhang kürzlich: „Die Grenze der sozialen Leistungskraft der Bundesrepublik ... (ist) ... wahrscheinlich, zumindest aber für einige Zeit (!!!) erreicht" („FR", 2. 6. 75).

Hohe Verschuldung des Staates

Zur Zeit beläuft sich das Volumen des Bundeshaushaltes auf 155,15 Mrd. DM. 1975 sind davon rund 22,8 Mrd. DM per Kredit finanziert worden und haben so das Schuldenkonto des Staates drastisch erhöht. Zum Vergleich: in den 20 Jahren von 1949 – 69 betrug die Verschuldung insgesamt lediglich 14 Mrd. („FR", 5. 6. 75). Apel hat zudem einen sog. „Nachtragshaushalt" in Höhe von mehreren Milliarden DM angekündigt, dessen Bewilligung dem Bund eine weitere Verschuldung gestatten soll. Insgesamt wird die Verschuldung für 1975 auf **„über 30 Mrd. DM"** (so Apel im „Stern") geschätzt, die dann durch gesalzene Steuererhöhungen gezahlt werden sollen.

Natürlich sollen nicht die „direkten Steuern" erhöht werden, denn das würde *„die Wirtschaft wie ein Keulenschlag treffen"*, wie F. J. Strauß demagogisch „kommentiert" („Welt", 5. 6. 75).

Erhöht werden sollen die „indirekten Steuern", nämlich diejenigen, die das werktätige Volk überwiegend bezahlt. Gemeint ist hier vor allem die Mehrwertsteuer. Fest steht schon eine Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer, mit der ab 1976 Mehreinnahmen von 2 Mrd. DM erwirkt werden sollen („FR", 4. 6. 75).

Daß mit diesen angekündigten Erhöhungen überhaupt noch gewartet wird, hat selbstverständlich keinen „sozialen", sondern einen „konjunkturellen" Grund. J e t z t , in der Krise, kommt es darauf an, a l l e Reserven zu mobilisieren, um den Kapitalisten möglichst günstige Bedingungen zum Investieren zu schaffen, die inländischen Märkte zu vergrößern etc. Nun ist es zur Zeit so, daß, bedingt durch die Krisen-Propaganda und durch die „Zurückhaltung" der Kapitalisten, die Spareinlagen im April um 8,5 Mrd. DM (so hoch wie noch nie seit Bestehen der BRD) gestiegen sind, was eine wahre Kampagne in der bürgerlichen Presse, nach dem Motto: *„Allzuviel sparen ist auch nicht gut"* (Helmut Schmidt, nach „Welt", 30. 5. 75), hervorgerufen hat. Die Aufgabe einer kapitalhörigen Regierung in einer solchen Situation umreißt Apel so:

„Es wird gespart auf Deubel komm 'raus. Mehr als für die Konjunktur gut ist. Wenn W I R das Geld nicht nehmen, dann verschärft sich die Rezession" („Stern").

Daß also Steuerhöhungen erst zu einem späteren Zeitpunkt, etwa im letzten Drittel '75, geplant sind, „verdanken" wir dem Umstand, daß der Staat zunächst einmal die Spareinlagen „abschöpft", sie in die Wirtschaft pumpt und später dann die so entstandene Verschuldung gegenüber den Kreditinstituten mit heraufgesetzten Steuern „ausgleicht".

Daß es bei diesem netten „Spielchen" keineswegs darum geht, etwa „gestiegene gemeinnützige Ausgaben" zu decken, machen die „Sparpolitik" der letzten Monate, sowie die dazu eindeutigen Äußerungen der Politiker in der letzten Zeit überdeutlich. So sagte z. B. Apel zur Erläuterung der mit den geplanten Steuererhöhungen verbundenen



Es geht mit Riesenschritten voran!

Wenn wir über'n Berg sind, werde ich erst mal die Mehrwertsteuer erhöhen...

Politik: **„Diese Art von Politik, die wir jetzt in Bonn machen müssen, die läuft im Endeffekt darauf hinaus, daß man neue Reformen, die notwendig sind, aber viel Geld kosten, stoppt".** Und an anderer Stelle über die „Reformpolitik": *„Denn mich stört wirklich ...., daß wir in der Vergangenheit zu stark mit der Gießkanne gearbeitet haben".* („Stern").

Solche Sprüche angesichts der Tatsache des völligen Reform-Bankrotts der „spezial-liberalen" Koalition, sind schon ein echter Hammer!

Hier seien nur die jüngsten Entwicklungen des „Reform"-Sektors auf Bundesebene erwähnt: so wird das geplante „Jugendhilfegesetz" gar nicht erst in Kraft treten und die „kostenaufwendige" Besserstellung der Jugend damit flachfallen. Das Gleiche soll – bislang nach dem Willen der Kapitalisten und der CDU/CSU – auch mit dem Berufsbildungsgesetz geschehen, was ohnehin keine „Reformelemente" mehr enthält.

Die Gelder für das einst großartig angekündigte „Nahverkehrsprogramm" sind kürzlich um 3,3 Mrd. (über 20 %!) zusammengestrichen worden („FR", 30.5.75) etc. pp. ...

Kapitalisten fordern „Neuordnung" des Steuersystems

Nach Apels Angaben gehen von den geschätzten 30 Mrd. DM Neuverschuldung des Bundes *„rund 20 Milliarden weg für die Konjunktur"* („Stern").

Nach einer Schätzung der Bundesbank geht der Anteil der „Veranlagungssteuern", d. h. der Körperschaftssteuern, veranlagte Einkommenssteuer und Gewerbesteuer, am gesamten Steueraufkommen 1975 auf rund 22,5 % z u r ü c k (1973: 24,6 %).

Trotzdem fordern derzeit die Kapitalisten in einer massiven Kampagne eine *„Überprüfung der Struktur des gesamten Steuersystems"*, wie sich der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz, Zahn, ausdrückte („FR", 4. 6. 75).

Der „Bundesverband der deutschen Industrie" (BDI) hat in Übereinstimmung mit den meisten anderen Verbänden ein „Sofortprogramm" vorgelegt, in dem an die Stelle *„kurzfristiger Investitionsanreize"* (wie z. B. die Investitionszulagen!) *„längerfristige und strukturelle Steuerentlastungen"* treten sollen.

Im Einzelnen sieht das dann so aus:

– der Vermögenssteuersatz soll auf 0,5 für „natürliche Personen", und 0,7 für „Kapitalgesellschaften" gesenkt werden, außerdem soll die Vermögenssteuer von der Einkommenssteuer „abzugsfähig" sein, soweit sie sich auf „betrieblich genutztes Vermögen" bezieht;

– ein sog. „Verlustrücktrag" soll eingeführt werden. D. h. die Unternehmer sollen künftig wählen können, ob sie den Verlust eines Jahres auf die Gewinne der fünf folgenden Jahre vortragen, oder aber auf die Gewinne der zwei vorangegangenen Jahre zurücktragen, was zu einer unmittelbaren Steuerrückerstattung führen würde;

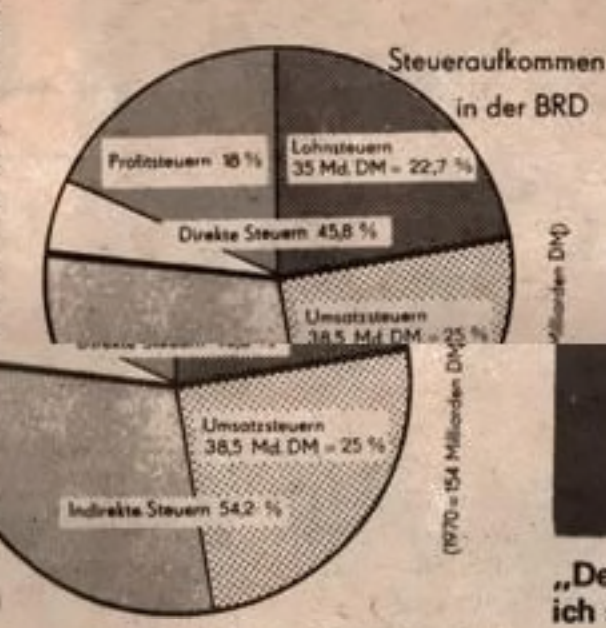
– die degressive Abschreibung soll auf 25 % der Investitionen erhöht, sowie überdies eine Investitionsrücklage (steuerfrei) eingeführt werden (nach „Welt", 2. 6. 75).

Zu diesen „Sofortmaßnahmen" folgen noch eine ganze Reihe „kleinerer" Forderungen!

An anderer Stelle wird noch die Beseitigung der Gewerbesteuer, *„da sie im Ausland weitgehend unbekannt"* sei, gefordert (iwd-Blätter, 3. 4. 75).

Die Gesamthöhe des Steuerausfalles bei Realisierung der geforderten Maßnahmen gibt der BDI mit *„5 bis 6 Milliarden DM im Jahr"* an.

Das würde bedeuten, daß die ohnehin nur kurzfristigen Erleichterungen für die „kleinen Einkommen" durch die Steuerreform wieder aufgehoben werden, die sich insgesamt auf eine Höhe von 5,4 Mrd. DM belaufen sollen (Apel im „Stern"). Die großartige Steuerreform fängt aber zudem spätestens in zwei Jahren an, durch Erfassung breitester Kreise der arbeitenden Bevölkerung von der Progression (ab 1.600 DM Brutto!), sich zu rentieren!



Wie aus der Skizze zu ersehen ist, betragen die indirekten Steuern 54 % des Gesamtsteueraufkommens. Sie werden vom Verbraucher bezahlt. Die Hälfte der direkten Steuern sind Lohnsteuern. Das ergibt: 2/3 aller Steuern werden aus den Werktätigen gepreßt!

So weiß denn Hans Apel auch mit Bezug auf die Auswirkungen der Steuerreform zu berichten: *„.... man kann an Zahlen belegen, daß die eigentlich gar nicht so schlimm sind"* (!!) („Stern").

Kapitalisten bereiten Boom vor ...

Die Steuerforderungen der Kapitalisten, sowie die schon angekündigten Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet sind ein Teil der Vorbereitungen der Bourgeoisie auf das zwar noch zaghaft, aber doch anlaufende große Geschäft des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Das Bruttosozialprodukt für 1975, das derzeit einige Prozente Minus zu verzeichnen hat, soll sich bis Ende '75 durch langsamen „Aufwärtstrend" auf etwa „Plus-Minus-Null" einpendeln. Für 1976 wird nach einer Schätzung des DIW mit einem Wachstum von 6,5 % gerechnet, sowie mit einem Ansteigen der Exporte um 9,5 %. Der drastische Exportrückgang der letzten Monate, der auch derzeit nur langsam durch gegenläufige Tendenzen abgelöst wird, ist denn auch der Grund, der einen zügigen Aufschwung der zu 25 % exportabhängigen deutschen Industrie erschwert.

Die durch diese Faktoren bedingte relativ lange Übergangsphase von Krise zu Boom nutzen die Kapitalisten jetzt, um die werktätige Bevölkerung zu immer neuen Opfern zur „Ankurbelung" der Konjunktur anzuhalten, um das größtmögliche „Startkapital" bis zum Einsetzen des Booms heruaszupressen.

Ganz auf dieser Linie liegt es, wenn durch erneutes Steigern der Zahl der Kurzarbeiter im Mai um rund 22.000 auf jetzt insgesamt 921.800, sowie durch anhaltende Arbeitslosigkeit (Mai: 1.017.800), die wohl ohnehin nicht mehr unter 4 % gesenkt werden soll, das unsichere Krisen-Klima weiterhin geschürt, und darüberhinaus schon jetzt in der Propaganda für eine Beibehaltung der „maßvollen Tarifpolitik" etc. geworben wird.

Kampf dem Schleyer'schen „Neuen sozialen Realismus"!

Der Präsident der „deutschen Arbeitgeberverbände", Hanns-Martin Schleyer, hat kürzlich zur „Wiederbelebung" der Konjunktur eine **„Entschlackungskur (!!) ... insbesondere des sozialen Bereichs"** gefordert.



„Der Aufschwung kommt – ich sehe es ganz deutlich"

In der Bundesrepublik solle, so Schleyer, ein **„neuer sozialer Realismus"** um sich greifen, der **„Ansprüche und Leistungsvermögen wieder ins Gleichgewicht"** bringt, etc. pp. („Welt", 22. 5. 75). Der Kapitalistenknecht Friderichs, BRD-Wirtschaftsminister, ergänzte später, daß sich *„eine Sicherung der Arbeitsplätze"* nur *„über höhere Investitionen und über Einschränkungen des Konsumzuwachses erreichen (!!)"* lasse („FR", 2. 6. 75).

Aus alledem folgt fürs erste einmal für Friderichs die *„Notwendigkeit"* von *„gesamtwirtschaftlich vertretbaren Entscheidungen in der Tarifpolitik"* (ebenda).

Der Hauptgeschäftsführer des „Gesamtverbandes metallindustrieller Arbeitgeberverbände", Dieter Kirchner, hat vor kurzem ein „neues Konzept" zur künftigen Gestaltung einer solchen Tarifpolitik in einem ganzseitigen (!) Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vorgeschlagen. Er schrieb unter anderem: *„Würde die Gewerkschaft auf die Aufstellung einer Forderung zu Beginn einer Tarifrunde verzichten (!!!)"* ... so würde sie sich – wer hätte das gedacht – *„nicht mehr unter Erfolgszwang setzen (!!)*, und der Weg zur völligen Abschaffung des *„orientalischen Teppichhandels"* (er meinte die heutigen Verhandlungen – die Red.) zugunsten eines *„konzertierten Sachverständigensgesprächs"* wäre frei Allerdings müßte bis dahin auch noch ein *„Umdenkprozeß bei der internen gewerkschaftlichen Willensbildung (!)"* erfolgen! („FAZ", 24.5.75)

Wenn man bedenkt, wie weit die Tarifpolitik des DGB h e u t e schon auf den Hund gekommen ist, wie es h e u t e schon mit dem „Willensbildungsprozeß" in den Gewerkschaften bestellt ist, heißen die obigen Vorschläge nichts anderes, als Einführung der Praktiken der faschistischen „nationalen Arbeitsfront"!!

Und Gesamtmetall ist offenbar entschlossen, diese Politik zu realisieren.

Jedenfalls forderte derselbe Kirchner am 6. 6. 75, am Tage der jüngsten Sitzung der „Konzertierten Aktion", den *„Abschied von einer Lohnpolitik aus dem Vollen"*, und gab als „Leitgedanken" Gesamtmetalls in den anstehenden Lohnrunden aus: **„Nicht mehr Geld für nicht geleistete Arbeit (!!!!)"** („Welt", 6. 6. 75). *„Die vor uns liegenden Probleme können nicht mit klassenkampfmäßigen Umgangsformen bewältigt werden"* sagte kürzlich (mal wieder!) Wirtschaftsminister Friderichs und warnte vor der sog. *„Englischen Krankheit"* („FR", 2. 6. 75).

Die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung werden allerdings nur dann die extremsten Folgen der „Sparpolitik" (wie wir sie schon heute an allen Ecken und Enden zu sehen und zu spüren bekommen), der kapitalistischen Rationalisierung und der „konzertierten" Lohnraubpolitik abwehren können, wenn sie sich mit „klassenkampfmäßigen Umgangsformen" zur Wehr setzen – und eine einheitliche Kampffront gegen die Bourgeoisie und ihren Staatsapparat aufbauen. ●

Metallkomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Benzinbleigesetz: Kapitalisten und Staat sahnen ab

Am 1. Januar 1976 soll das Benzinbleigesetz in Kraft treten. Es sieht vor, den Bleigehalt im Benzin von derzeit maximal 0,4 Gramm auf 0,15 Gramm je Liter zu verringern. Das Blei gehört zu den giftigsten Abgasstoffen beim Auto.

Zunächst wurden von der Autoindustrie und Mineralölindustrie gleichlautend Gerüchte in die Welt gesetzt, daß das kaputte Motoren zur Folge haben würde, bzw. aus schnellen Fahrzeugen kriechende und stotternde lahme Enten werden könnten. Die Zeitschrift „Auto, Motor und Sport" schrieb gar, ein „Volksvermögen" von 100 Millionen stehe auf dem Spiel.

Inzwischen haben sich die Kapitalisten zum Absahnen entschieden. Die Mineralölindustrie hat angekündigt, beim Benzin mit weniger Blei mindestens zwei Pfennig pro Liter draufzuschlagen. Das bringt für sie 10% mehr Einnahmen. (Nachdem die Preise gerade jetzt vor den Sommerferien schon um ca. zwei Pfennig pro Liter erhöht wurden!)

Die Regierung entschloß sich ebenfalls nach den Gerüchten, auf Kosten der Bevölkerung zumindest vorübergehend mitabzusahnen. Bundeskanzler Schmidt warnte vor „übertriebenem Umweltschutz". Am 28.5. wurde dann im Kabinett eine Übergangsregelung beschlossen. Für eine „Übergangsfrist", erst einmal für zwei Jahre, kann Benzin mit einem höheren Bleigehalt weiterhin verkauft werden. Bei einem Bleigehalt bis 0,25 Gramm pro Liter kassiert der Staat einen Pfennig, bei einem höheren Bleigehalt bis 0,4 Gramm zwei Pfennig mehr. ●

KB/Gruppe Bremerhaven

Entlassungen – Kurzarbeit und kein Ende: Kampf der kapitalistischen Rationalisierung !

Ende letzten Jahres stellte die Bundesregierung ihr „Konjunkturbelebungsprogramm" (Milliarden DM – Geschenke an die Kapitalisten, Investitionsprämie etc.) auf und versprach angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit: im Frühjahr geht es wieder aufwärts. Am Jahresanfang hieß es dann: im Sommer; und angesichts steigender Kurzarbeiterzahlen und nur geringfügig sinkender Arbeitslosigkeit im April, wird jetzt zunächst einmal der Herbst als die große „Erlösung" gepredigt. Ganz offensichtlich will die SPD/FDP-Regierung mit derartigen „Prognosen" die arbeitende Bevölkerung beruhigen.
Die Kapitalisten aber setzen unverändert ihre Profit-Sanierungspolitik fort und benutzen die Wirtschaftskrise, um sich gesundzuschrumpfen. In der Stahl- und Automobilindustrie, vor allem aber auch in der Elektroindustrie lassen sie in großem Umfang kurzarbeiten.

Auch die Entlassungen gehen weiter. Doch hier haben die Kapitalisten in letzter Zeit häufiger den Widerstand der Arbeiter zu spüren bekommen. So streikten die Beschäftigten bei SEL in Dortmund bereits zweimal gegen geplante Entlassungen. Ebenso bei Thyssen-Niederrhein in Duisburg; in den Streik traten auch die Arbeiter der Essener Eisenwerke.

Der Kampf der Zementarbeiter in Erwitte und die wiederholten Streikaktionen bei Stübbe-Demag in Kalletal haben gezeigt, daß allein der Kampf der Arbeiter gegen die Maßnahmen der Kapitalisten einen wirksamen Schutz darstellen kann. Das Beispiel VW und die Entlassungen von 25.000 Arbeitern sind hierfür ein negatives Beispiel.

Der Aufschwung bleibt aus

Die optimistischen Parolen der Regierungspolitiker über den Konjunkturaufschwung lassen sich kaum noch aufrecht erhalten, angesichts der mittlerweile abgeschlossenen Landtagswahlen geben sie sich allerdings zur Zeit auch kaum noch Mühe, die wahren Verhältnisse zu verschleiern.

Im April betrug die (offizielle) Zahl der Arbeitslosen 1.087 Millionen. Gegenüber dem Vormonat sank sie damit um 27.000. Entscheidend hieran ist, daß alljährlich in den Frühjahrsmonaten – auch in Krisenzeiten – die Arbeitslosigkeit relativ stark zurückgeht (aufgrund der zurückgehenden saisonal bedingten Arbeitslosigkeit). So mußte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, zugeben, daß **noch niemals zuvor in der Bundesrepublik die Zahl der Arbeitslosen im Monat April so gering abgenommen hat, wie in diesem Jahr.**

Daß damit nicht die beschworene „Wende auf dem Arbeitsmarkt" eingetreten ist, verdeutlicht auch die zunehmende Zahl der Kurzarbeiter, plus 86.200 auf 900.000. Kurzarbeit ist bekanntlich vielfach eine Vorstufe für Massenentlassungen.

Doch deuten noch eine Reihe weiterer Anzeichen darauf hin, daß die Wirtschaftskrise in der BRD nicht schnell vorübergeht. Sinkende Aufträge (im März minus zwölf Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat 1974), sinkende Industrieproduktion (im selben Monatsvergleich minus sieben Prozent) und starker Exportrückgang (minus elf Prozent) verheissen den Kapitalisten keine rosigen Zeiten. Besonders die Exportflaute – Folge der weltweiten Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern – macht sich in der Bundesrepublik bemerkbar: mit 23,1% ist der Export am Bruttosozialprodukt der BRD beteiligt, so hoch wie in keinem imperialistischen Land. Erstmals seit Existenz der BRD erwarten bürgerliche Wirtschaftsexperten für 1975 einen realen Exportrückgang.

Wirtschaftskrise: Das Monopolkapital sahnt ab

Die Folgen der Wirtschaftskrise können die Kapitalisten zur Zeit noch abwälzen. Einerseits muß die Arbeiterklasse die Lasten der Krise voll tragen, andererseits verschärft sich der kapitalistische Konkurrenzkampf, eine gewaltige Zahl von Pleiten und Konkursen ist die Folge.

Wegbereiter für das Abwälzen der Krisenfolgen auf die werktätige Bevölkerung ist die Bundesregierung. Durch eine scharfe „Stabilitätspolitik" erreichte sie mit ca. sechs Prozent eine relativ zu den Konkurrenten geringe Inflationsrate und damit größere Konkurrenzfähigkeit der BRD-Kapitalisten. Diese Politik nahm aber bewußt eine schnell steigende Arbeitslosigkeit und schnellen Lohnabbau in Kauf. Während die BRD bei den Preissteigerungen „hinten" rangiert, wird sie in der Höhe der Arbeitslosigkeit in Europa nur noch von Dänemark, Belgien und Irland übertroffen. In Bezug auf das Tempo der Zunahme der Arbeitslosigkeit rangiert die BRD sogar auf dem traurigen zweiten Platz hinter Dänemark (Dänemark: mehr als 200% Zunahme von April 1974 bis April '75; BRD: im gleichen Zeitraum plus 110%, im März 1975: plus 91%!!).

Angesichts dieser Entwicklung hat die Bundesregierung mittlerweile ihre Wirtschaftsprognosen verändert: Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl 1975 korrigierte sie von einstmals 500.000, dann 700.000 (Jahresanfang) auf mittlerweile 900.000. Das reale Wirtschaftswachstum wurde von zuletzt plus zwei Prozent auf zunächst „Nullwachstum" korrigiert. Für die weitere Entwicklung der Arbeitslosenzahlen gab Wirtschaftsminister Friderichs an, *„daß man sich in Zukunft an höhere Quoten gewöhnen müsse"*.

Das Monopolkapital hält sich bei dieser Entwicklung allerdings schadlos. Bereits 1973 steigerten die 100 größten Industrie AGs ihren Profit gegenüber dem Vorjahr um 28,3% auf die Rekordsumme von 37,6 Milliarden DM (nach einer Untersuchung in „horizont", 14/75). Für 1975 liegen derartige Zahlen nicht vollständig vor, sicher ist aber, daß die Konzerne trotz Wirtschaftskrise ihre Profite weiter steigern können (insbesondere die Chemie- und Stahlindustrie weisen Rekord-Profite auf).

Die Krise hat auch die weitere Monopolisierung beschleunigt – deutlicher Beweis hierfür sind steigende Konkurs- und Fusionszahlen. Mit 7.814 Konkursen und Vergleichen war 1974 das Rekordjahr seit Existenz der BRD. Eine ähnlich hohe Zahl hat es nur zur Zeit des Korea-Kriegs 1951 mit 5.800 Pleiten gegeben. Gegenüber 1973 stieg damit die Anzahl der Pleiten um 40%, gegenüber 1972 sogar um 70%. Für 1975 ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Im ersten Quartal dieses Jahres waren gegenüber dem letzten Quartal 1974 mit 2.298 Pleiten fünf Prozent mehr zu verzeichnen, gegenüber dem Vergleichsquartal 1974 sogar 29% mehr!

Ebenfalls gestiegen ist die Anzahl der meldepflichtigen Fusionen:
1969: 65
1970: 168
1971: 305
1972: 220
1973: 269
1974: 242
1974: 318
(Quelle: „Handelsblatt", 18.2.75).

Daß gerade die Monopole die Krise für ihren Vorteil ausnutzen können, zeigt auch die Entwicklung des Kapitalexports, ein deutliches Kennzeichen imperialistischer, expansiver Politik. 1974 nahmen die Auslandsinvestitionen um 4,53 Milliarden auf mittlerweile knapp 40 Milliarden DM zu. Das bedeutet eine Steigerung von fast 13%. Über 50% aller Auslandsinvestitionen teilen sich 64 (von 1.191) Unternehmen.

Die Weltwirtschaftskrise beschleunigt den Konzentrationsprozeß und die Monopolisierung, das Wettrennen um den Profit nimmt immer schärfere Formen an, die Lage der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern verschlechtert sich weiter. Auch wenn die imperialistischen Monopole in diesen Krisen durchaus ihre Stellung ausbauen und stärken können, offenbaren die Wirtschaftskrisen die ganze Fäulnis dieses Systems, verschärfen sich in ihnen die Widersprüche ungleich stärker und reift die Zeit heran, dieses System zu stürzen.

Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Entwicklung des Kampfs der Arbeiterklasse gegen die Folgen der kapitalistischen Krise. Die BRD-

Fortsetzung Seite 24

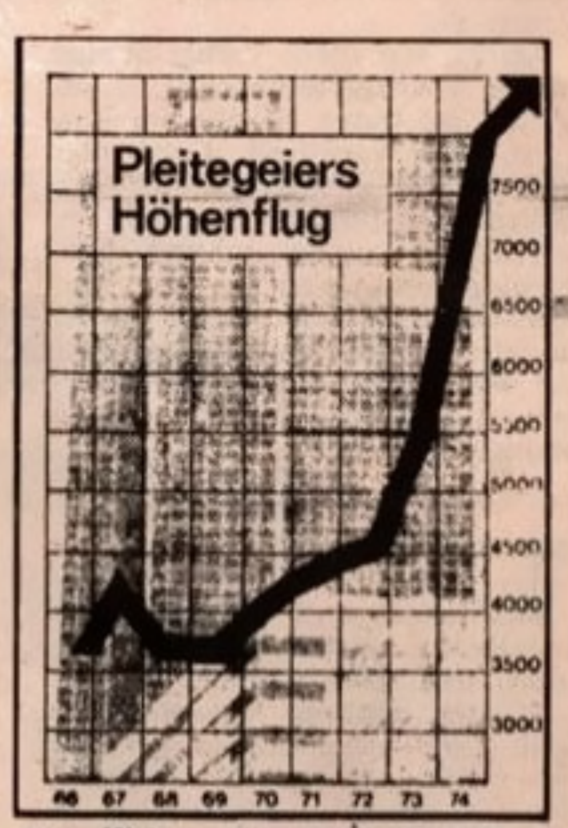


SEL, Dortmund: Vor allem Frauen (80%) sollen gefeuert werden. Hier beim Streik am 23. Mai.



Thyssen-Niederrhein, Duisburg: Rote Fahnen beim zweiten Streik am 22. Mai

Thyssen-Niederrhein, Duisburg: Rote Fahnen beim zweiten Streik am 22. Mai



aus: „Welt am Sonntag", 18.5.75



aus: „Handelsblatt" vom 24.4.75

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung !

Fortsetzung von Seite 23

Imperialisten konnten ihre Maßnahmen im Inneren bisher immer noch gegen relativ geringen Widerstand durchsetzen. Der Kampf gegen die kapitalistische Krisenpolitik ist nur schwach entwickelt und Kampfbeispiele wie Erwitte sind Ausnahmen und Besonderheiten zugleich.

Besonders in der Metallindustrie gibt es wieder eine ganze Reihe von Massenentlassungen, in einigen Betrieben haben sich die Kollegen allerdings hiergegen zur Wehr gesetzt.

Standard Electric Lorenz, SEL:

Der zum US-ITT-Konzern gehörende Betrieb will in seinen fünf BRD-Werken im Bereich Fernmeldetechnik in der nächsten Zeit 1.200 Beschäftigte entlassen.

In **Mannheim** sollen drei Abteilungen des Werks verlegt werden. 700 Arbeiter traten daraufhin Mitte Mai in einen Warnstreik.

In **Dortmund** wurde auf der Betriebsversammlung am 23. Mai bekannt gegeben: 350 der 500 Beschäftigten sollen entlassen werden. Betroffen sind hiervon vor allem Frauen (80% der Belegschaft) – die Ausländer (35%) sollen als erste dran glauben.

Im Anschluß an diese Betriebsversammlung traten die 500 Beschäftigten in einen mehr als dreistündigen Streik. Mit Plakaten demonstrierten sie vor das Verwaltungsgebäude und forderten: keine Entlassungen.

Für viele der Frauen bedeutet diese Entlassung praktisch die dritte in wenigen Jahren. Bereits 1966 wurden im damaligen Graetz-Werk 1.500 entlassen. 1967 gründete SEL dann sein Werk und übernahm die meisten Graetz-Beschäftigten. Im selben Jahr wurden allerdings bereits wieder 300 entlassen.

Am 26. Mai traten die Beschäftigten wiederum in einen etwa dreistündigen Warnstreik und forderten, daß keiner entlassen wird.

Thyssen-Niederrheinwerke, Duisburg:

Bereits seit dem 11. Mai müssen 300 der etwa 2.500 Beschäftigten kurzarbeiten. Der Konzern, der bereits in der Krise 1966 die Hälfte der Belegschaft entließ, plant nun die Stillegung der Feineisenstraße, so daß 300 Arbeiter entlassen werden.

Am 15. Mai traten daraufhin 250 Arbeiter für zwei Stunden in einen Warnstreik.

Am 22. Mai waren Verhandlungen mit den Kapitalisten angesetzt. 1.500 Beschäftigte traten für mehrere Stunden in einen Warnstreik. Unter roten
mit den Kapitalisten angesetzt. 1.500 Beschäftigte traten für mehrere Stunden in einen Warnstreik. Unter roten
Fahnen demonstrierten sie zum Marktplatz in Duisburg-Hochfeld und hielten dort eine Protestkundgebung ab. Eine Abordnung aus dem Werk Oberhausen beteiligte sich hieran. Anschließend fuhr ein Autokorso mit über 400 Wagen zum Verhandlungsort und hielt dort eine Protestkundgebung ab.

Essener Eisenwerke:

Seit Januar muß die Belegschaft kurzarbeiten. Anfang Mai wurde bekannt, daß etwa 120 der 450 Beschäftigten entlassen werden sollen. Noch 1969 arbeiteten in dem Betrieb 1.100 Arbeiter und Angestellte.

200 Arbeiter traten am 6. Mai in einen einstündigen Warnstreik gegen die Entlassungen.

Weitere Betriebsstillegungen und Massenentlassungen in der Metallindustrie sind angekündigt:

Bei **Adrema Pitney Bowes, NCR GmbH** und **AEG-Kleinstmotorenwerk in Berlin** sollen insgesamt 1.100 Beschäftigte entlassen werden.

Die **Kremer Werft** mit Werken in **Elmshorn** und **Glückstadt** (Schleswig-Holstein) hat den Konkurs angemeldet. 327 Beschäftigte werden arbeitslos.

VDM-Aluminium in Frankfurt will von den 800 Beschäftigten 180 entlassen.

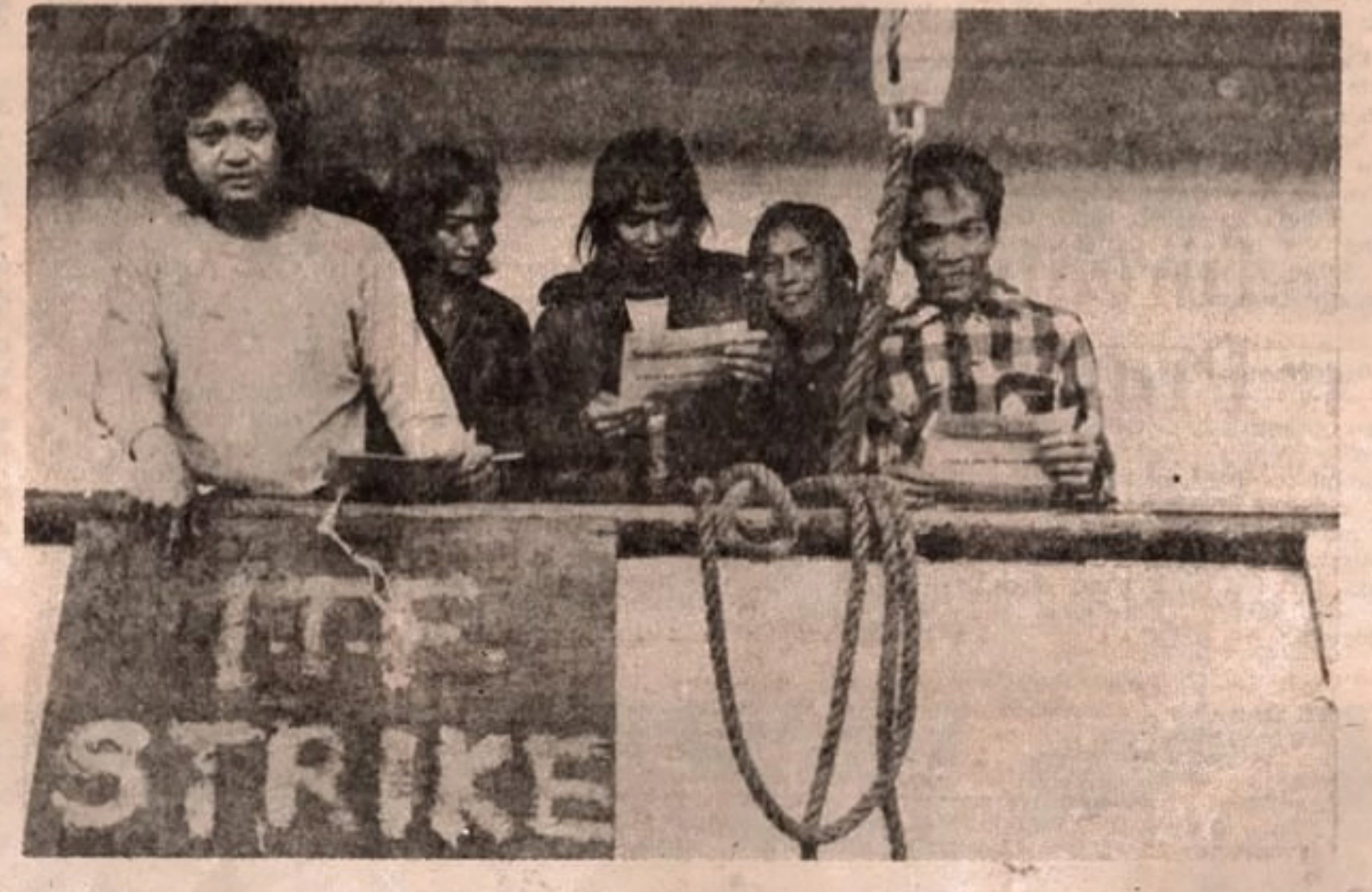
Die **Fouquet-Werke** in **Rottenburg** (Neckar) haben den Konkurs angemeldet. 600 Beschäftigte des Textilmaschinenherstellers werden arbeitslos.

Die **Essener Leichtmetall GmbH** (Aluminium) will ihr Werk schließen. 340 Beschäftigte werden auf die Straße gesetzt. ●

KB/Gruppe Bremen

Hamburg:

Erfolgreicher Seeleute-Streik gegen Hungerlöhne



Von Montag, den 2.6., bis Freitag, den 6.6., streikten die philippinischen Mannschaften der unter Panama-Flagge fahrenden Taiwanesischen Frachter S.S. „Eurymachus" und „Eurytion".

Schon in London war den Matrosen und Reinigern auf beiden Schiffen versprochen worden, daß sie im nächsten Hafen (Hamburg) den international üblichen Tarifvertrag der ITF (Internationale Transportarbeiter-Föderation) bekommen würden (in der ITF sind 360 nationale Transportarbeitergewerkschaften zusammengeschlossen). In diesem Vertrag sind die Mindestheuern festgelegt, die einem Seemann einen minimalen Lebensstandard sichern. Demnach beträgt die Grundheuer für einen Matrosen DM 950,–(ohne Überstunden).

Bis jetzt sind die philippinischen

Bis jetzt sind die philippinischen Kollegen für Hungerlöhne zur See gefahren: Die Matrosenheuer lag bisher bei DM 350,–!!. Für diese lächerliche „Bezahlung" arbeiteten die Seeleute z.T. seit acht Monaten, seit dem Verkauf der Schiffe von Griechenland nach Taiwan.

Die streikenden Seeleute haben keinen direkten Arbeitsvertrag mit der Reederei, sondern mit einem „Seeleutevermittler" (sprich Sklavenhändler) in Manila. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von einem Jahr, und Heuererhöhungen sind nicht vorgesehen! Ist der Vertrag erfüllt, wird ein Monatslohn extra als Urlaubsgeld ausgezahlt, und dann gibt's nur noch einen Tritt...

Für die Behandlung von „selbstverschuldeten" Krankheiten muß jeder Seemann selber aufkommen und bezahlen. Auf Befragen erklärte uns ein Seemann von M/S „Eurymachus":

„Von einer Versicherung wissen wir offiziell nichts. Aber unsere Leiche und unser Erbe werden nach unserem Tod in die Philippinen gebracht!"

Das Essen wird grundsätzlich so zubereitet, wie es der Minderheit der Taiwan-chinesischen Offiziere schmeckt. Darauf, daß die philippinische Mehrheit an Bord völlig anders zubereitete Kost gewohnt ist und die chinesische Küche zum Teil nicht verträgt (ein Kollege mußte wegen Magenverstimmung zum Arzt), wird keinerlei Rücksicht genommen.

Spaltung ist das oberste Ziel

Spaltung ist das oberste Ziel

Die langgehegten Vorurteile zwischen verschiedenen Völkern, Unterschiede in den Lebensgewohnheiten, Sprachschwierigkeiten, Religionsunterschiede usw. werden, besonders an Bord von ausgeflaggten Schiffen, von den Reeder-Kapitalisten weidlich genutzt. So ist es von vornherein schwierig, eine geschlossene Abwehrfront aufzubauen. Die Bordhierarchie tut ein Übriges: sowohl die philippinische Mannschaft als auch die national-chinesische Schiffsleitung fahren für Hungerlöhne. Trotzdem solidarisierte sich nicht ein Offizier mit dem Kampf der Mannschaften – sie leisteten vielmehr noch Streikbrecherdienste!



„Wir werden siegen!" – die philippinischen Seeleute an Bord

Am Dienstag Vormittag erschienen einige Studenten der Hamburger Seefahrtsschule an den Liegeplätzen der Schiffe und bekundeten ihre Solidarität. Auch die DKP war diesmal schnell zur Stelle und verteilte am Dienstag ein Flugblatt. Ebenfalls am Dienstag besuchten Kollegen, die am Schuppen 64 arbeiteten spontan die Streikenden von M/S „Eurymachus" und boten sich an, für Essen zu sorgen. Am Mittwoch erschienen Hamburger Seebetriebsräte und brachten kistenweise Obst, Eier, Käse und einen Schinken an Bord. Um diese Sachen kaufen zu können, hatten sie eine Sammlung unter den Hafenarbeitgrn durchgeführt.

Auch aus Übersee erfuhr der Kampf der Seeleute solidarische Unterstützung: die australischen Hafenarbeiter versprachen, jedes Schiff mit philippinischer Besatzung zu boykottieren, wenn auch nur ein Fall bekannt würde, daß die Streikenden in ihrem Heimatland irgendwelchen Repressalien ausgesetzt sein würden..

Hamburger Seebetriebsräte bringen Lebensmittel an Bord, nachdem der

Hamburger Seebetriebsräte bringen Lebensmittel an Bord, nachdem der Kapitän den Streikenden die Verpflegung gesperrt hat

Trotz Drohungen – die Streikfront steht!

Nach Streikbeginn am Montag Abend setzte an Bord ein wahrer Hagel von Drohungen und Einschüchterungen ein, nachdem die „sanfte Tour" gescheitert war. Diese bestand einmal in der Aufforderung, den Streik abzubrechen, da im nächsten Hafen Kühlladung auf das Schiff wartete, und zum anderen in der Aufforderung, 8 „Arbeitswillige" von M/S „Eurythion" auf M/S „Eurymachus" überwechseln zu lassen, damit wenigstens ein Schiff fahren kann.

Am nächsten Tag begannen die massiven Drohungen: die Mannschaft werde an Ort und Stelle entlassen und eine neue Crew aus Manila eingeflogen. Es wurde mit Gefängnis gedroht und an das „nationale Gewissen" appelliert: ihr bekommt nie wieder einen Arbeitsplatz auf einem ausländischen Schiff usw. Als Krönung sozusagen wurde den Mannschaften zeitweise das Essen verweigert, worauf die Kollegen auf ITF-Kosten von einem Kantinenbetrieb verpflegt wurden.

Internationale Solidarität unterstützt die Streikenden in ihrem Kampf

Bereits am Montag Abend verabschiedeten 1.500 Menschen eine Solidaritätsadresse auf einer Veranstaltung des KB in Hamburg. Genossen der KB-Betriebsorganisation Hafen halfen vom ersten Streiktag an bei der Organisierung der Solidarität.

Nach vier Tagen Hinhaltetaktik: Die Verhandlungen gehen weiter

Am Donnerstag traf dann der lang angekündigte Sklavenhändler aus den Philippinen ein, um die Streikfront aufzuweichen. Diese Seeleute ließen sich jedoch nicht auf Einzelgespräche ein, sondern verhandelten nur in Anwesenheit der Hamburger Vertreter der ITF. Der Sklavenhändler strich schließlich die Segel, als er einsehen mußte, daß seine „Bemühungen erfolglos blieben. Dann, am Freitag Nachmittag erschien der Philippinische Konsul auf den Schiffen und startete den letzten Versuch, die Streikfront der Seeleute zu „knakken. Er versuchte ihnen einzureden, daß der Streik nicht erlaubt sei und daß die Regierung die Seeleute nicht unterstützen könne usw.usf. Aber auch er mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Dann gegen 17.00 Uhr fiel endlich die Entscheidung: nach stundenlangen Verhandlungen mit dem Reeder aus New York, willigte er ein, den Vertrag zu unterschreiben. Noch eine halbe Stunde vorher hatte der erste Offizier auf einem Schiff versucht, durch die Drohung: „So nun packt man Eure Sachen, ihr werdet abgelöst!" die Seeleute zu entmutigen.

Gegen 19.45 Uhr wurde der Vertrag dann unterzeichnet, und nachdem die Vertragskopien auf die Schiffe gebracht worden waren, beendeten die Seeleute ihren Streik. Die Schiffe verließen den Hamburger Hafen um 22.00 Uhr und setzten die Reise nach Rotterdam fort. ●

Seeleute- und Hafenarbeiter-Genossen
KB/Gruppe Hamburg

Exklusives Treffen der Feinde der Arbeiterklasse

10. DGB-Kongreß in Hamburg

Am 30. Mai wurde in Hamburg der 10. DGB-Kongreß nach 6 Tagen abgeschlossen. Dieser Kongreß hat in seinen zentralen politischen Aussagen nichts Neues gebracht, er hat vielmehr den Kurs bestätigt und gefestigt, den die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer seit Existenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes kontinuierlich durchgesetzt und verwirklicht haben: den Kurs der totalen Anpassung an das kapitalistische System.

Höhepunkte solcher Kongresse sind in der Regel die Festreden der Besucher und das Grundsatzreferat des Vorsitzenden. So war es auch hier. Auf keinem DGB-Kongreß zuvor konnten die Gewerkschaftsführer eine solche Palette von herausragenden Feinden der Arbeiterklasse anbieten, wie auf diesem. Wir wollen hier nur einige stellvertretend für noch viele mehr nennen.

Da waren über 20 Vertreter von Bundes- und Länderregierungen, darunter der Bundeskanzler und eine Reihe seiner Minister, da waren der Bundespräsident, 10 Vertreter der SPD, darunter der Parteivorstand, je 2 Vertreter der CSU und FDP, 8 Vertreter der CDU, darunter der Parteivorstand, je 2 Vertreter der CSU und FDP, 6 Vertreter von 6 verschiedenen Kapitalistenverbänden, 1 Vertreter des erzreaktionären „Kuratoriums Unteilbares Deutschland" und und ...

Diese ausgewählte Bande durfte dann auch noch einer nach dem anderen seine „Grußworte" entrichten (bzw. verrichten). Neben vorgenannten sprach dann noch EG-Präsident Ortoli – als Zeichen der engen Verbundenheit der DGB-Führung mit der imperialistischen Europäischen Gemeinschaft. Da sprach ein katholischer Weihbischof und ein evangelischer Bischof und, um das Maß voll zu machen, durften auch die Zionisten sich zu Wort melden: neben einem anwesenden Vertreter der israelischen Gewerkschaft Histradut (die in ihrem Grußwort besonders den *„notwendigen Beitrag zur Landesverteidigung"* durch die Arbeiterklasse betonte), durfte ein Sprecher des „Zentralrats der Juden" in der BRD auftreten.

Einig waren sie sich in ihren Reden alle: dieser DGB (gemeint ist die Führung) ist ein unabdingbarer Bestandteil beim Aufbau und Ausbau der (imperialistischen) BRD. In diesem Punkt waren sich alle einig – Kohl, Schmidt, Friderichs, Vetter ...

Ein seltener Höhepunkt des Kongresses wurde den Delegierten vorenthalten: Hanns Martin Schleyer,

Boß der Bundesvereinigung der Deut-
gresses wurde den Delegierten vorenthalten: Hanns Martin Schleyer,

Boß der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erhielt



Solche Gäste waren gern gesehen: Ex-Gewerkschaftsboß Kriegsminister Leber und Vetter

nicht die Gelegenheit, aus „Sicht der Unternehmerschaft" zu den versammelten Gewerkschaftsführern zu reden. Immerhin erhielt er als erster BDA-Präsident die Möglichkeit, überhaupt zu erscheinen und wurde bei seiner Vorstellung von den Delegierten mit Beifall bedacht. Ein in diesem ausgesuchten Kreis schon fast peinlicher „Ausrutscher" gelang dann einem Delegierten der Postgewerkschaft. Da besaß er doch die „Frechheit", auf einem Gewerkschaftskongreß den Boß der Bosse als das zu bezeichnen, was er ist, einen Erzreaktionär, der bereits als SS-Mann von 1933 – 45 *„die deutschen Gewerkschaften mit unterdrückt und verboten hat und diese Gewerkschaften heute (...) am liebsten wieder abschaffen würde, wenn ihm das möglich wäre ... Wir sollten ihn dahin verweisen, wo er hingehört, nämlich auf die andere Seite des Grabens."* (so der DPG-Kollege Günter Heidorn, am 27.5.).

So mutig dieser Beitrag war, so fehl am Platz war er auf diesem Kongreß. Während jeder Kapitalistenfritze bei seinen Reden „Beifall", *„Lebhaften"* bzw. *„Starken Beifall"* (so die Protokollvermerke) erhielt, war es bei Heidorn *„vereinzelter Beifall"*. Hat eventuell bei diesem Delegierten der „Gewerkschaftliche Abschirmdienst" versagt?

So ist es denn kein Wunder, daß DGB-Chef Vetter in diesem Kreis Beifall für seine dämliche Antwort auf diese Kritik bekam: man lade das Amt und nicht die Person ein! *„Wir sind nicht die Hüter des Arbeitgeberverbandes, sie haben die Persönlichkeit ihres Präsidenten selbst zu verantworten und nicht wir"*. Was der Kollege Heidorn durcheinandergebracht hat, war, daß auf diesem Kongreß sowieso nur die eine Seite des Grabens treu vereint vertreten war. Was die wenigsten wußten: nur einige Tage vor dem Kongreß war H. O. Vetter Gast auf der Geburtstagsfeier zum sechzigsten von H. M. Schleyer im Kölner Hotel Intercontinental.

Bezeichnend auch: kurz nach seiner kriegshetzerischen Kritik an der „schlaffen Haltung" des US-Imperialismus zum Ende des Vietnam-Krieges, zwei Tage nach dem empörenden Besuch von Bundeswehrgeneral Hildebrandt beim Faschisten Franco in Spanien vermerkt die „Frankfurter Allgemeine" verwundert, daß Kriegsminister Leber bei seinem Erscheinen auf dem Kongreß mit *„bemerkenswert starkem Beifall begrüßt"* wurde (28.5.). Wie recht hat wohl Helmut Schmidt, wenn er betont, *„daß mit dem früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Georg Leber ein Mann an der Spitze stehe, der ‚durch sein persönliches Engagement mit dem historisch bedingten (!!) Vorurteil aufgeräumt hat, wonach die gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeitnehmer nicht zur Verteidigung unseres demokratischen Rechtsstaates bereit seien'"* („Handelsblatt", 26.5.). Wohlan denn ihr Sozialchauvinisten und „Vaterlandsverteidiger", in dieser Ecke dürft ihr Eure Vorbilder in Zukunft suchen!

Zu erwähnen bleibt noch das Grußwort der CSU, das artigen Beifall bekam; bei der Überbringung der Grüße an die „Arbeitnehmer" durch den Obergewerkschaftsfeind Strauß erntete die CSU-Vertreterin nicht etwa Pfiffe, sondern – wie im Protokoll vermerkt – „Heiterkeit" und „Beifall".



Kapitalistenboß und Ex-SS-Mann Schleyer

Kapitalistenboß und Ex-SS-Mann Schleyer

Ausgeprägter Antikommunismus

Demgegenüber beherrschte ausgeprägte antikommunistische Hetze diesen Kongreß. Besonders Vetter und IG Metall-Chef Loderer taten sich hierbei hervor. Während sie jede Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der revisionistischen Länder ablehnten und forderten, daß „kommunistische Gewerkschaften" dem „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften" (IBFG) nur dann beitreten können, wenn sie aus dem (revisionistischen) „Weltgewerkschaftsbund" (WGB) austreten, liessen sie ein neues Beitrittsangebot des IBFG (in dem der DGB den Ton angibt) an die Amerikanische Gewerkschaft AFL/CIO und ihren Führer, den Faschisten Georg Meany, los.

Gespickt mit antikommunistischen Tiraden brachte Loderer kurz nach der Verabschiedung einer Solidaritätsresolution mit chilenischen Gewerkschaftern eine „Solidaritäts"-Resolution ein, in der „Besorgnis" über die Entwicklung in Portugal und dessen *„demokratischen Weg"* geäußert wurde. Bezeichnend ist auch folgende antikommunistische Provokation: im Teilnehmerverzeichnis wird der Vertreter der DDR, Behnisch, unter der Rubrik *„Gäste Inland"* verzeichnet. Diese Provokation, die jedem anderen reaktionären Treffen zur Ehre gereicht – beantwortete die DDR natürlich mit einem Protest. Es lohnt sich schon, hier mal die Stelle aus dem Protokoll wiederzugeben. Man vergleiche das Folgende mit dem ungestörten Auftreten der Gegner der Arbeiterklasse:

„Vetter: Nun hat Herr Behnisch uns erklären lassen, daß dies nicht in Frage kommt, sondern ein Affront der DDR darstelle, wenn man ihn unter ‚Inland' abdrucken würde. Er hat es vorgezogen, nicht zum Kongreß zu kommen (vereinzelt Heiterkeit) und fordert von uns, daß seinem Protest entsprechend für eine wahrheitsgemäße Berichterstattung in den endgültigen Kongreßdokumenten Sorge zu tragen ist.

(Widerspruch – Buh-Rufe – vereinzelt Pfui-Rufe)

Ich glaube, wir können das ganz einfach machen – indem wir den Herrn streichen.

(Heiterkeit – starker Beifall)."

Es ist bezeichnend, daß auf diesem Kongreß der Langeweile und Teilnahmslosigkeit an den Problemen der Arbeiterklasse an dieser Stelle, (antikommunistische) Emotionen frei wurden, die deutlich machen, welcher Geist in den Führungsetagen des DGB herrscht.

„Stabilitätspakt" bekräftigt

Es lohnt nicht, an dieser Stelle ausführlich auf die einzelnen politischen Aussagen des Kongresses einzugehen. Die wesentlichen – zur „Mitbestimmung" und zur „Investitionslenkung" haben wir in dem Artikel vor dem Kongreß im ARBEITERKAMPF 61 dargestellt. Auf einen Punkt wollen wir aber noch einmal besonders eingehen, da er die Stellung der Gewerkschaftsführer zur kapitalistischen Krise besonders verdeutlicht.

Zur Beratung stand auf diesem Kongreß an keiner – tatsächlich an keiner einzigen Stelle – wie die werktätige Bevölkerung vor den Krisenfolgen geschützt werden kann, welche Kampfschritte notwendig sind. Dies sollten sich vor allem jene ins Stammbuch schreiben, die vor dem Kongreß wieder einmal mit umwerfender Komik und treffsicherer Blindheit zu berichten wußten: *„DGB-Kongresse zählten stets zu den wichtigsten Ereignissen der Arbeiterbewegung (!!). Dies gilt auch für den bevorstehenden Kongreß in Hamburg."* Wer so blind ins Tiefschwarze trifft, scheut natürlich auch nicht vor der Schlagzeile zurück: *„Millionen blicken auf den DGB-Kongreß"* (korrekt müßte die Schlagzeile heissen: „Millionäre waren auf dem ..."). Erfinder dieser heiteren Zeilen ist einmal mehr die DKP, die bei der Umarmung der Gewerkschaftsführer offenbar zu allem Unsinn bereit ist (nachzulesen in einem Kommentar von Parteivorstandsmitglied Cieslak in „UZ" vom 23. Mai).

Welche Bedeutung *gegen* die Arbeiterbewegung solche Kongresse vielmehr haben, machte DGB-Chef Vetter in seiner Aussage zur Tarifpolitik deutlich: *„Die Gewerkschaften haben konjunkturgerechte Tarifverträge abgeschlossen und damit eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Aufschwung geschaffen."*

Die Reihe sei jetzt bei den Unternehmern und ihren Investitionen. Die Aufgabe der Betriebsräte in dieser Situation sei es, *„die Unternehmensleitungen auch in ihrer Investitionsbereitschaft so zu kontrollieren, daß die abwartende Haltung endlich aufgeben wird."* Wie das zu geschehen habe, wurde natürlich nicht verraten.



SPD-Familientreffen auf dem DGB-Kongreß: IG Metall-Chef Loderer, SPD-Boß Brandt, DGB-Boß Vetter, Kanzler Schmidt: die Einheit von Staat, Partei und Gewerkschaftsführung

Es ist bezeichnend, daß die Gewerkschaftsführer sich zum Krisendoktor des Kapitalismus berufen fühlen, statt wirklich Aufgaben und Ziele zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu benennen. Mit derartigen Vorschlägen ist der Kampf der Arbeiterklasse gegen Kurzarbeit, Entlassungen und Lohnabbau von vornherein verloren.

Die Grundsätze der Tarifpolitik charakterisierte in seinem Geschäftsbericht DGB-Vorstandsmitglied Martin Heiß: *„In unserem Grundsatzprogramm haben wir uns klar und unmißverständlich zum Gemeinwohl bekannt und unsere tarifpolitische Praxis bestätigt diese unsere Grundeinstellung ... Hinzu kommt, unsere Tarifpolitik – so wurde es bereits auf dem letzten DGB-Kongreß gesagt ist aber auch marktkonform. Das heißt, die Tarifpolitik ist dem marktwirtschaftlichen System angepaßt und demzufolge auch system-*

Das heißt, die Tarifpolitik ist dem marktwirtschaftlichen System angepaßt und demzufolge auch system-

gerecht ... Dieser Bericht macht deutlich, daß der tarifpolitische Bogen von den Gewerkschaften nicht überspannt worden ist. Die Aufbauarbeiten der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit, ihr tarifpolitisches Augenmaß in der Rezession 1966/67 und auch jetzt sowie die Streikstatistik beweisen, daß wir verantwortungsbewußt gehandelt haben."

Entsprechend der Logik der kapitalistischen Entwicklung soll also die Arbeiterklasse „geführt" werden: stillhalten und zubuttern in Krisenzeiten heißt das Rezept und da stellen sich sogenannte „Gewerkschafter" hin und lobpreisen, daß mit zunehmenden Angriffen auf die Arbeiterklasse die Kampftätigkeit der Arbeiter („Streikstatistik") abnahm. Mit genau dieser Politik haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bereits einmal in der Geschichte – in der Zeit der Weltwirtschaftskrise um 1929 – zur Entwaffnung der Arbeiterklasse beigetragen.

Dieser Kongreß hat eindeutig bewiesen, daß die Gewerkschaftsführer ihren Kurs der Anpassung an das kapitalistische System verschärft haben, daß sie beinahe bedingungslos den Wünschen der Kapitalisten folgen. Mehr als jemals zuvor ist die offene Kunkelei mit dem kapitalistischen Staat zutage getreten. Im Gewande des Gewerkschafters und Ex-Gewerkschafters (Leber, Arendt), ließen sich die SPD-Regierungsmitglieder und Parteivertreter von ihren Parteifreunden (fast 470 der 478 Delegierten sind SPD-Mitglieder, 7 gehören der CDU an, 1 der DKP), feiern und wurden nicht müde, ihre Verbundenheit zu den Gewerkschaften zu betonen (SPD-Vize Heinz Kühn: *„Zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern sind Grußbotschaften geradezu innerfamiliäre freundschaftliche Bekundungen").*

Wollen wir den Kampf um eine konsequente Gewerkschaftspolitik führen, so müssen wir das vor allem auch in scharfer Auseinandersetzung mit dem Einfluß der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse, in scharfem Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die auf ihrem 10. Kongreß wiederum klargemacht haben, daß sie die Gewerkschaften nicht für die Vertretung der Arbeiterinteressen sondern als „Ordnungsmacht" des Imperialismus einsetzen wollen.

Nachzutragen zu diesem „ruhigsten aller DGB-Kongresse" – so die bürgerliche Presse – bleibt noch, daß hier tatsächlich die Creme der Gewerkschaftsbürokratie unter sich war. Von den 478 Delegierten waren 261 hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, d. h. Leute, die von ihrem Gewerkschaftsführerdasein leben und an ihrer Existenz (als Gewerkschaftsführer) hängen, 217 sind

ihrem Gewerkschaftsführerdasein leben und an ihrer Existenz (als Gewerkschaftsführer) hängen, 217 sind

„ehrenamtliche" (zumeist mittlere Funktionäre).

Die Arbeiter, die den größten Teil der DGB-Mitglieder stellen, waren nur durch 102 Delegierte „vertreten", 335 waren Angestellte, 38 Beamte, 3 Rentner. Nur 34 Delegierte waren Frauen, nur 3 (!!!) Ausländer.



Auch diese Zahlen – in Verbindung mit dem vorher Gesagten – verdeutlichen den Charakter dieses Kongresses.

(alle Zitate, die nicht näher mit Quellenangaben bezeichnet wurden, sind entnommen den internen Protokollen des Kongresses) ●

KB / Gruppe Bremen

GEW-Bremen:

Hohe Staatsbeamte als Gewerkschaftsführer:

Vereinigung von Berufsverboten und Gewerkschaftsausschlüssen

Nach dem vollständigen Abschluß der GEW-Bezirkswahlen, die wegen der „Wiedervereinigung" des reaktionären Spalterklubs VBLE mit dem fortschrittlichen VBLL notwendig geworden war (vergleiche AK 61) ist entschieden, daß im Landesvorstand allein die Rechten bestimmen werden. Wie wir bereits im letzten AK geschrieben hatten, mußte der VBLL katastrophale Niederlagen hinnehmen.

Das letzte Wahlergebnis (Bezirk Mitte-West) zeigt noch einmal beispielhaft das Ausmaß der Niederlage für die fortschrittlichen Gewerkschafter auf: für die VBLE-Kandidaten stimmten durchweg ca. 190 - 240 der 430 Wähler, dagegen für die VBLL-Bewerber lediglich ca. 120 - 180. **In der Landesvertreterversammlung sitzt denn auch lediglich ein Vertreter der „Linken" neben 19 ausgesuchten Reaktionären, und der verdankt seinen Sitz auch nur dem Umstand, daß nicht genug rechte Kandidaten zur Wahl standen.**

Die neuen Herren der Bremer GEW werden mit Sicherheit alle ihre Möglichkeiten nutzen, um den extrem arbeiterfeindlichen und undemokratischen Kurs des GEW-Hauptvorstandes durchzusetzen. So haben sie bereits hinter der vorgehaltenen Hand Massenausschlüsse gegen fortschrittliche Gewerkschafter wie in anderen Landesverbänden angekündigt.

Mit welchem Verständnis von Gewerkschaftsarbeit diese Herrschaften sich an ihre Arbeit machen, erklärte einer von ihnen, Ernst August Michaelis, bei seiner Wahlvorstellung recht deutlich. Michaelis ist leitender Beamter beim Bildungssenator und neuerdings Vorsitzender des GEW-Bezirks Mitte-West.

Eine Kollegin fragte, wie er seine Arbeit bei der Schulbehörde mit den gewerkschaftlichen Aufgaben vereinbaren könne. Darauf Michaelis sinngemäß: Das ist überhaupt keine Schwierigkeit. Die Zielsetzung der Gewerkschaft unterscheidet sich nur unwesentlich von der Politik des Senats. Man kann vertrauensvoll mit ihm zusammenarbeiten (!!!).

Was dieser Gewerkschaftsführer damit meint, ist also z.B. folgendes:

- Die GEW-Führung ist einverstanden mit der neuen Ausbildungsordnung für Referendare und Junglehrer, in deren Gefolge nicht nur die Ausbildung rigoros eingeschränkt wird, sondern vor allem die Auszubildenden noch intensiver als bisher als billige Arbeitskräfte an den Schulen eingesetzt werden können.
- Sie ist einverstanden mit der Kürzung von Planstellen – hauptsächlich an Berufsschulen – obwohl jetzt schon Stundenausfall einen geregelten Unterricht für den Großteil der Arbeiterjugend unmöglich macht.
- Sie ist damit einverstanden, daß auch in Bremen die Lehrmittelfreiheit teilweise aufgehoben wird und vor allem die Arbeiterfamilien wieder tief in die Tasche für Schulbücher greifen müssen.
- Schließlich stimmt sie mit der Einschüchterungs- und Disziplinierungskampagne gegen fortschrittliche Lehrer und Schüler überein. Sie will nichts gegen die Berufsverbote und gegen die zunehmende reaktionäre Verhetzung an den Schulen unternehmen, die vom Senat tatkräftig gefördert wird (z.B. wurde eine Lehrerin auf Betreiben von stockreaktionären Eltern gemaßregelt, weil sie im Unterricht Stellung gegen den faschistischen Militärputsch in Chile genommen hatte).



Eine Kostprobe für die konsequente Umsetzung der Senatspolitik durch die Gewerkschaftsführung bot ein Gesinnungsfreund Michaelis' noch auf derselben Versammlung: Einen Antrag, der die aktive Beteiligung der GEW an der DGB(!!)-Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit am 15.5. forderte, beantwortete er so: Man solle nicht daran teilnehmen, denn 1. habe der Senat die Jugendarbeitslosigkeit schon im Griff (!!) und 2. seien die Jugendlichen selber Schuld, denn *„die wollen ja gar nicht arbeiten" (!!!)*

Mit der Veröffentlichung dieser Meinung preschte dieser Gewerkschaftsfeind allerdings noch ein wenig zu weit vor. Gegen eine vom DGB veranstaltete Demonstration wollten seine Kumpanen nicht so offen vorgehen.

Nicht nur Michaelis, sondern ein großer Teil der neuen GEW-Führer in Bremen dürfte keine Schwierigkeiten mit dem Selbstverständnis als verlängerter Arm der Behörde haben: Sie sind Direktoren, Oberschulräte und Ausbildungsleiter.

Das heißt: Wenn wir im Interesse einer demokratischen Gewerkschaftsarbeit diese sogenannten „Gewerkschafter" angreifen, bekämpfen wir damit teilweise gleichzeitig unsere direkten Dienstvorgesetzten.

Die Namen ausgeschlossener Gewerkschafter brauchen künftig bei dieser Zusammensetzung der Gewerkschaftsführung gar nicht mehr veröffentlicht werden, um die Behörde zu „informieren". Die Zuständigen für Berufsverbote sitzen im selben Hause.

Diese Entwicklung muß den Bremer GEW-Linken endlich eine Lehre sein. Denn sie ist mit das Ergebnis einer haarsträubenden Naivität gegenüber den Rechten vom VBLE. So wurden in der Vergangenheit bei Wahlen teilweise von „Linken" gefordert, auch ein paar Rechte zu wählen, in der frommen Hoffnung, die wählten dann ihrerseits ein paar „Linke".

Mit formaldemokratischen Gründen wurde noch vor kurzer Zeit ein Antrag einiger Kollegen abgelehnt, die für leitende Schulbeamte das Verbot forderten, sich für leitende Funktionen in der Gewerkschaft zu bewerben. Die damalige empörte Antwort des KBW war: Das sei „undemokratisch", man braucht sie ja nicht zu wählen. Heute klingt das wohl etwas zynisch.

Andererseits ist diese Entwicklung auch das Ergebnis einer mangelhaften Arbeit unter den Kollegen. Sehr viele Betriebsgruppen haben lange Zeit praktisch überhaupt nicht gearbeitet oder sich in Allgemeinheiten („Wahl der Lehrer durch das Volk") ergangen. Das machte es den Reaktionären leicht, viele Kollegen demagogisch gegen die „Chaoten", „die nur rumreden", aufzuhetzen und ihnen ihren Bauchladen „vernünftiger und realistischer Reformen" (im Interesse des Senats) anzudienern. ●

KB/Gruppe Bremen

IG Chemie Funktionärszeitung: „Neue Linke" = „Neue Rechte"



Antikommunistische Hetzkarikatur in der „Umschau" der IG Chemie

Die antikommunistische Hetzkampagne seitens der Gewerkschaftsführung ist nun schon fast „alltägliches" Bild innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen in allen DGB-Gewerkschaften geworden.

Nachdem Ph. von Kodolitsch (Hamburger IG-Chemie-Führung) im letzten Jahr mit antikommunistischen Schmutzbroschüren von sich Reden machte („Was wollen die Chaoten?", „Wer steckt dahinter?"), tauchte nun in der Funktionärszeitschrift der IG-Chemie, der „Umschau", eine dreiteilige Serie eines Herrn Günther Bartsch zu dem Thema die „Neue Linke" und „Neue Rechte" auf.

Diese Artikel sind deshalb bemerkenswert, weil Herr Bartsch seiner Hetze einen „wissenschaftlichen" Anstrich zu geben versucht, um anschließend Faschisten und Kommunisten in einen Topf zu werfen. Dazu wird Herr Bartsch in der „Umschau" als *„excellenter Kenner linksextremer Gruppen"* bezeichnet.

„Neue Rechte" und „Neue Linke" – eine Herkunft . . . ! ?

Die Vergangenheit der „Neuen Rechten", also von faschistischen Gruppen wie z.B. „National-Revolutionäre", und der „Neuen Linken", womit wohl die nicht-revisionistischen kommunistischen Organisationen gemeint sind, sei dieselbe, behauptet frech Herr Bartsch und schreibt dazu: *„In der östlichen Hemisphäre* (gemeint sind die revisionistischen Länder, AK-Red.) *entstand die Neue Linke schon 1953 bis 1956 im Kampf gegen Stalinismus und nationale Unterdrückung."* Und weiter: *„Ihr erster politischer Kopf war Milovan Djilas* (brrrrr) *. . . Wie die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung nicht ohne Djilas gedacht werden kann, so der polnische Oktober 1956 nicht ohne Kolakowski"* (polnischer Revisionist, AK-Red.).

Hier wird also ein ausgemachter Konterrevolutionär wie Djilas als ein „Ursprung" der revolutionären Linken bezeichnet! Nun ja, von solchen Vögeln ist die Kluft zum Faschismus schließlich nicht mehr so weit, wie man ja an Solschenizyn verfolgen konnte.

Und die sogenannte „Neue Rechte" bei Bartsch: *„Es sind meist junge Nationalisten, die ihre politischen Ziele auf revolutionärem Wege verwirklichen wollen . . . Die ungarische Revolution* (gemeint ist der von den USA maßgeblich unterstützte Putschversuch 1956, AK-Red.) *war eine gleichzeitig nationale und sozialistische gegen den von der UdSSR aufgepfropften Staatskommunismus."*

Fazit von Bartsch: *„Wie die Neue Linke kann sich die Neue Rechte auf osteuropäische Vorläufer berufen."*

Doch es kommt noch schlimmer. Denn wer die Faschisten als „Neue Rechte" in die Nähe der antifaschistischen Linken rücken will, der muß die politische Identität neuerer faschistischer Organisationen mit dem Faschismus herunterspielen: *„Der Faschismus ist nur eine von vielen Wurzeln der Neuen Rechten, die beispielsweise ebenso (!? !) vom Sozialismus Lassalles beeinflußt wird."* Dagegen sei die „alte Rechte", also zum Beispiel die NPD *„antisozialistisch, bundesdeutsch und reformistisch* (!!), *während die Neue Rechte von einem sozialistischen, gesamtdeutschen und revolutionären Standpunkt ausgeht."* (Ob Herr Bartsch sich mit Herrn Aust nicht den Vorsitz der KPD/ML teilen will?).

Um die verrückte These vom osteuropäischen Ursprung der Jungfaschisten zu belegen zu versuchen, stellt Bartsch damit den Chauvinismus und die rassistische Überheblichkeit des Faschismus mit dem Befreiungskampf der vom Imperialismus unterdrückten Völker auf eine Stufe: *„Paradoxerweise kam die Idee des nationalen Sozialismus über Asien nach Europa zurück. Es war Mao Tse-Tung, der seit 1938 immer wieder betonte, daß sich der Sozialismus allein in nationaler Form verwirklichen läßt. Dies griff die Neue Rechte begeistert auf."*

Um nicht ganz zu unglaubwürdig zu erscheinen, macht Bartsch nur folgende kleine Einschränkung: In Westeuropa sei die „Neue Rechte" *„tatsächlich vom Faschismus beeinflußt. Sie knüpft zum Teil bei dessen revolutionären Ursprüngen...an."*

Bemerkenswert ist auch, wie „sachlich" in der IG Chemie-Postille die Faschisten wegkommen. Mal werden sie „reformistisch", dann „sozial", „national" und zu guter Letzt sogar „revolutionär" genannt. Kein Wort dazu, daß solche Begriffe von den Faschisten immer zur Tarnung ihrer wahren Absichten gebraucht werden.

Schließlich „weist" Bartsch nach, in Westdeutschland hätten sowohl die Jungfaschisten als auch die revolutionäre Linke ihren Ursprung in der Studentenrevolte der 60er Jahre: *„Ihre Prägung erhielt sie* (gemeint sind die Jungfaschisten, AK) *jedoch ebenso wie die Neue Linke erst durch die 1964 einsetzende Studenten- und Schülerbewegung. Ihrer Herkunft nach rechts, steht sie ihrem Geist nach eher links* (puuuh) *– so in der Kritik der Konsumgesellschaft und aller bestehenden Institutionen."*

Während dieser Zeit vereinigten sich angeblich nach Bartsch *„ihre Köpfe.. zu einer Denkgemeinschaft, die in jahrelanger intellektueller Klausurarbeit das weltanschauliche Fundament einer neuen Ideologie legte."*

Gemeint sind wohlgemerkt die Faschisten! Das ist infam. Denn gerade ein demokratisches und antifaschistisches Bewußtsein hat die Studentenbewegung geprägt. (Man erinnere z.B. die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze – damals hießen sie nur NS-Gesetze – und um Springer.)

Fazit: Herrn Bartsch ging es in dieser Artikelserie nicht um die sonst übliche antikommunistische Hetze („Chaoten", „wollen alles zerstören", „stehen auf der Seite der Unternehmer" usw.), sondern um eine geschickte „Bereicherung" des Hetzrepertoires der Gewerkschaftsführer. Er spielt die Rolle offen faschistischer Gruppen bewußt herunter, denkt selbst auch gar nicht daran, deren Verbindungen zu Kapitalisten und mit dem Faschismus sympathisierenden Parteien, z.B. der CDU/CSU, Junge Union, Bund Freies Deutschland, Deutsch Soziale Union usw. aufzuzeigen. Er leugnet insgesamt eine faschistische Gefahr, um andererseits die berechtigte Abscheu vieler Menschen – und insbesondere reformistisch beeinflußter Arbeiter in den Gewerkschaften – vor dem braunen Dreck dazu zu verwenden, um gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen zu hetzen. ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Klöckner, Bremen:

Betriebsrätewahlen und weitere Kurzarbeit

Nachdem das Bremer Amtsgericht dem „Christlichen-Metallarbeiter-Verband" (CMV) bei seiner Wahlanfechtungsklage recht gegeben hatte (siehe AK 60), und damit verbunden der neugewählte Betriebsrat (BR) zurückgetreten war, finden auf der Hütte die dadurch notwendig gewordenen zweiten BR-Wahlen vom 8. - 11.Juli statt. Nach dem Willen der Kollegen soll es diesmal wieder eine Persönlichkeitswahl werden, d. h. alle Kollegen, die für den BR kandidieren, sollen in alphabetischer Reihenfolge auf einer Liste geführt werden. Einen entsprechenden Beschluß faßten die Vertrauensleute der Hütte auf ihrer Sitzung am 20.5. Es ist allerdings abzusehen, daß der CMV im letzten Moment noch eine eigene Liste einreichen wird, um somit doch noch eine Listenwahl zu erzwingen, die für diese gelben Spalter die einzige Möglichkeit darstellt, überhaupt einmal einen Vertreter in den BR zu entsenden. Dies dürfte nur im Interesse der rechten Sozialdemokraten sein, die dann die Möglichkeit hätten, mit der demagogischen Begründung der CMV sei schuld, dann auch wieder eigene Listen aufzustellen, um solche Vögel wie Tete, Schönhoff und Schossow (vergl. AK 58, 59), die bei der letzten BR-Wahl auf der Liste 5 kandidierten, wieder in den BR zu bringen. Es dürfte klar sein, daß sie bei einer alphabetischen Wahl ziemlich weit abgeschlagen würden.

Einen Erfolg konnten die rechten Sozialdemokraten um den Denunzianten Kintrup (er war Kronzeuge der Direktion im Arbeitsgerichtsverfahren gegen den BR-Vorsitzenden Heinz Röpke) allerdings schon verbuchen: die Angestellten beschlossen in einer Abstimmung entgegen der Empfehlung des Vertrauensleutekörpers, auch diesmal wieder die Angestelltenvertreter in einer Gruppenwahl nur von den Angestellten zu wählen. Damit dürften sich die rechten Sozialdemokraten schon einige Pöstchen für den neuen BR gesichert haben. Im übrigen zeigt sich die geistige Verbindung der rechten Sozialdemokraten zu den gelben Spaltern vom CMV, wenn es darum geht, eine fortschrittliche Betriebspolitik zu zerschlagen, schon daran, daß sie drohen, die stattfindenden Wahlen anzufechten, wenn der 15köpfige Wahlvorstand nicht den BR Lothar Konin anschließt, der bei der Abstimmung unter den Angestellten die Wahl dadurch beeinflußt haben soll, daß er die Kollegen an den Beschluß des Vertrauensleutekörpers erinnert haben soll!

Die nächsten Wahlen werden zeigen, inwieweit die Kollegen die richtigen Konsequenzen aus den ganzen Versuchen, die Arbeit der fortschrittlichen BR-Mehrheit zu zerschlagen, gezogen haben, und den Spaltern vom CMV ebenso wie den rechten Sozialdemokraten eine klare Absage erteilen. Dies ist umso nötiger, als sich die Auseinandersetzungen um die Verlängerung der Kurzarbeit in der letzten Zeit wesentlich verschärft hat.

War die Schichtleistung pro Woche von 40 auf 32 Stunden gesenkt worden (in einigen Bereichen wie dem Kaltwalzwerk und dem Fahrbetrieb Ende Mai sogar auf 24 Stunden!), so soll das Werk nach dem Willen der Klöckner-Kapitalisten vom 24. Juni bis zum 4. Juli bis auf eine 1.000 Mann starke Notbesetzung (bei einer Belegschaftsstärke von 7.000!) vollkommen dichtgemacht werden. Hinter diesen nüchternen Zahlen verbergen sich für die Kollegen allerdings Lohneinbußen von 4 - 500 Mark!

Aber selbst nach dieser Zwangspause ist ein Ende der Kurzarbeit zumindest in einzelnen Bereichen der Hütte noch nicht abzusehen. So ist z.B. der Hochofen II, der größte Hochofen der BRD mit einem täglichen Ausstoß von 7.000 Tonnen Stahleisen seit seiner Reparatur im Dezember 74 nicht wieder in Betrieb genommen worden.

Durch eine geschickte Politik haben sich die Klöckner-Kapitalisten die Zustimmung des BR zur geplanten Zwangspaus „ertauscht": sie gaben der Forderung des Vertrauensleutekörpers nach, in ihrer Planung keine Kurzarbeitstage auf die Sonntage fallen zu lassen (Mit Vorliebe hatten sie Sonntage und die Nachtschicht zur Kurzarbeit herangezogen, was für die Kollegen den Verlust von bis zu 70 % Schichtzulage bedeutet, die bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes nicht einbezogen werden).

In einer Resolution des Vertrauenskörpers vom 20.5. wird klargestellt, daß die Kapitalisten damit nur einer Forderung der Belegschaft nachgegeben haben. Deshalb werden in dieser Resolution noch einmal die Forderungen des VK vom 3.4. wiederholt und bekräftigt:

Keine Unterbrechung der Nacht-Schichten!
Alle Schichten müssen gleichviel Kurzarbeitstage haben!
Keine Kurzarbeit bei Unterbesetzung!
Zahlung der Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und Einkommen, bis zu 90% des Einkommens als Ausgleichzahlung!

Begründet werden diese Forderungen mit „*den erheblichen finanziellen Belastungen, die mit der jetzt vereinbarten Verlängerung immer spürbarer und unerträglicher für die Belegschaft werden.*" Weiterhin wird in der Resolution klargestellt, daß die Kapitalisten die Kurzarbeit benutzen, um die Produktion in verschiedenen Bereichen zu rationalisieren. Weiter heißt es: „*Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit wird die Arbeitsleistung jedes einzelnen Kollegen pro Schicht heraufgesetzt, was zu unzumutbaren physischen und nervlichen Belastungen der Kollegen führt.*" Die Vertrauensleute erklären ferner, daß die Tatsache, daß trotz verlängerter Kurzarbeit die Leistung pro Schicht weiter hochgeschraubt wird, den Verdacht nahelegt, „*daß hier untersucht wird, wieweit man die Belegschaft ohne Produktionsverlust reduzieren kann.*" Deshalb die Forderung des VK:

Keine weitere Kurzarbeit – keine Entlassungen!

Wie die „Bremer Nachrichten" vom 28.5. melden, droht der geschäftsführende Betriebsrat mittlerweile der Unternehmensleitung mit einer Klage, für den Fall, daß die Kurzarbeit nicht auf „ein der Auftragslage entsprechendes unumgängliches Maß reduziert wird." Diese Klage kann sicherlich ein Mittel im Kampf gegen Kurzarbeit, Entlassungen und Rationalisierung sein.

Entscheidend ist aber, daß es gelingt, die Aktivitäten von Betriebsrat und Vertrauenskörper nicht isoliert von der Belegschaft, sondern auf der Grundlage der Diskussion der Forderungen in den Abteilungen und ihrer Verankerung in der Belegschaft weiter zu entwickeln.

Bereits, der Kuhhandel um die Einführung des Zwangsurlaubs zeigt, daß ein Teil des Betriebsrates zu gern bereit ist, den Forderungen der Kapitalisten nachzugeben. Hier heißt es wachsam sein. ●

KB/Gruppe Bremen

Bremerhaven: „Arbeitslager" Seebeckwerft

Seit Beginn dieses Jahres hat die Seebeck-Geschäftsleitung einige einschneidende Maßnahmen getroffen, um eine verschärfte Überwachung und Disziplinierung der Kollegen zu erreichen:

● Seit Januar müssen alle Kollegen nach Gewerk unterschiedlich farbige Helme tragen. Die Helme tragen die Abteilungsbezeichnung. Auf einen Blick läßt sich feststellen, ob sich jemand nicht an seinem Arbeitsplatz aufhält. Ursprünglich sollte sogar noch die Personalnummer drauf (!), dem mochte der Betriebsrat aber wohl doch nicht mehr zustimmen, während er in seiner Mehrheit ansonsten willeger Erfüllungsgehilfe war.

● Seit Anfang des Jahres wurden insgesamt 36 Fernsehkameras rund um das Werftgelände installiert, angeblich nur zur „Diebstahlssicherung"!

● Im März wurde in der neuen Schiffbauhalle eine Rufanlage installiert, zwecks „besserer Verständigung"! Diese Anlage diente schon häufig dazu, Kollegen anzutreiben.

Die ohnehin hohe Akkordhetze wird so ergänzt durch das Gefühl, dauernd beobachtet zu werden. Die Kollegen sollen sich beizeiten daran gewöhnlich, ohne Pause in mörderischem Tempo zu arbeiten. Genau unter den Bedingungen, die sie im Programm-Prämienlohn erwarten, dessen Einführung seit geraumer Zeit in der Planung ist.

Gleichzeitig sind so die Voraussetzungen für den verstärkten Einsatz von Disziplinierungsmaßnahmen, wie z.B. Zeitabzug, geschaffen worden.

Mit welcher Skrupellosigkeit die Seebeck-Kapitalisten die Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen gedenken, zeigt auch das vermehrte Verschicken von Verwarnungen an kranke Kollegen, in denen ihnen die Entlassung angedroht wird, falls sie „weiterhin so anfällig", und damit „für die Werftarbeit nicht geeignet" seien!

Auch in dieser Richtung hat die Geschäftsleitung noch größeres vor: Sie stellte bei der Landesversicherung Antrag auf Errichtung einer Betriebskrankenkasse! Krankenbespitzelung, Entlassung von Kranken etc. sind bekanntlich die Spezialität solcher Einrichtungen.

Allerdings haben die Kollegen hier auch noch ein Wörtchen mitzureden. Genauer: die Möglichkeit, in der notwendigen Abstimmung den Plänen der Geschäftsleitung eine klare Absage zu erteilen. ●

Metall-Zelle
KB/Gruppe Bremerhaven

HBV-Flensburg: Spaltung um jeden Preis!

Vor etwa vier bis fünf Monaten begann die Jugendgruppe der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu arbeiten. Es bildeten sich sehr schnell zwei Linien heraus. Kernpunkt der Auseinandersetzung war die Beteiligung an der Aktionseinheit (AE) demokratischer und kommunistischer Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Hierbei ging es vor allem um die Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten, die Berufsverbote und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften.

Die Beteiligung an der AE wurde mit S t i m m e n g l e i c h h e i t abgelehnt.

Allein die Tatsache, daß die Hälfte der Jugendgruppe Verfechter des Gedankens der AE ist, reichte der Gewerkschaftsführung und damit auch einem Teil der Jugendgruppe aus, massive Angriffe gegen die innergewerkschaftliche Demokratie und gegen die AE zu starten. Diese Art „Auseinandersetzung" basiert vor allem auf Antikommunismus.

Mit Einschüchterungsversuchen wie: „Wer noch einmal versucht, über die AE zu diskutieren, den setz ich vor die Tür" – „Die AE ist sowieso nur Maoistenkram . . . . , das ist alles KB, KPD/ML (?) und KBW (?) . . ." und schließlich: „Entweder wir lösen die Jugendgruppe ganz auf oder aber wir schmeißen hier einige raus!", versuchten die Gewerkschaftsführer die Jugendgruppe wieder völlig und ganz in den Griff zu bekommen!

Bei Drohungen ist es nicht geblieben!

Am 21.5. fand eine Mitgliederversammlung statt. Gleich zu Beginn wurde dem Kollegen K.T. eröffnet, daß gegen ihn ein Ausschlußverfahren wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" liefe. Um die Sache auf der Mitgliederversammlung schnell und leise über die Bühne zu kriegen, untersagten die anwesenden Gewerkschaftsführer dem Kollegen, zu derart üblen Methoden der Unterdrükkung einer oppositionellen Meinung Stellung zu nehmen.

Sie drohten ihm stattdessen an, wie kann es anders sein . . ., ihn wegen „Hausfriedensbruchs" von der Polizei rausschmeißen zu lassen. Wen wundert es da noch, daß auch einige Gewerkschaftsführer aus Hamburg anwesend waren, die ja bekanntlich von derartigen Auseinandersetzungen eine Menge verstehen. ●

HBV-Branchenzelle,
KB/Gruppe Flensburg

Jahreshauptversammlung der Hamburger Postgewerkschaft:

DKP gerät zunehmend in die Schußlinie

Am 23. März fand in Hamburg die Jahreshauptversammlung (JHV) der hiesigen Ortsverwaltung (OV) der Deutschen Postgewerkschaft statt. An dieser Versammlung nahmen etwa 240 Deligierte aus allen Hamburger Ämtern der Bundespost teil, die hier über die offizielle Linie in der Gewerkschaftspolitik abzustimmen hatten. Dies geschah im wesentlichen durch die Verabschiedung von Beschlüssen, Resolutionen, Anträgen an übergeordnete gewerkschaftliche Gremien usw. . Hauptsächlich diente die JHV der Gewerkschaftsführung dazu, ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen und „demokratisch" legitimieren zu lassen. Dies geschah auf folgende Weise: Alle Beschlüsse, Resolutionen usw. müssen dem OV-Vorstand bis spätestens vier Wochen vorher vorliegen.(Ausgenommen sind sogenannte Dringlichkeitsanträge) Der OV-Vorstand richtet zu ihrer Bearbeitung eine Antragskommission ein, die Stellungnahmen erarbeitet und „Empfehlungen" hinsichtlich Annahme oder Ablehnung abgibt. Auf dieser JHV wurden übrigens alle Anträge gemäß den „Empfehlungen" der Antragskommisssion behandelt.

Die Stoßrichtung der Politik der Gewerkschaftsführung wurde schon durch den Antrag Nr. 1.klar gekennzeichnet, der durch den OV-Vorstand selbst eingebracht worden war. Darin heißt es - nach einem Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" - weiter wörtlich: „*Die JHV erklärt ihre volle Übereinstimmung mit den Abgrenzungsbeschlüssen des Hauptvorstandes gegenüber der NPD (? ?), der KPD, der KPD/ML der RGO sowie allen anderen Gruppierungen mit gleichen oder ähnlichen Zielrichtungen. Die JHV lehnt eine Zusammenarbeit mit der DKP und ihren Unterorganisationen ebenfalls mit Entschiedenheit ab. Das erklärte Ziel der DKP ist es, in der BRD ähnliche politische und gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, wie sie in der DDR herrschen. Das aber wäre das Ende freier Gewerkschaften, der Tarifautonomie und des Streikrechts.*"

Diesem gezielten Schlag gegen links folgte dann noch ein demagogisches Feigenblatt, das die Tatsachen völlig auf den Kopf stellt.

„*Die JHV tritt ausdrücklich für Meinungsvielfalt innerhalb der DPG ein. Sie lehnt insbesondere persönliche Verunglimpfungen und Verdächtigungen einzelner Gewerkschafter ab. Sie fordert jedoch eine klare Abgrenzung gegenüber den Feinden freier Gewerkschaften und der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD.*"

Für diesen Antrag fand sich eine übergroße Mehrheit.

Neu an diesem Antrag ist die ausdrückliche Erwähnung der DKP. Dieser Angriff auf die DKP ist zwar noch kein Unvereinbarkeitsbeschluß, aber er zielt doch deutlich in diese Richtung. Bislang wurden Mitglieder der DKP von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen noch ausgenommen, zum Teil sogar ausdrücklich. Doch das Blatt beginnt sich zu wenden :

So liegt z.B. dem GEW-Bundesvorstand ebenfalls ein Beschlußentwurf vor, der beinhaltet, daß DKP-Mitglieder aus der Gewerkschaft auszuschließen seien, wenn sie ihre parteipolitisch bestimmten Ansichten in der Gewerkschaft durchzusetzen versuchen sollten. Die Verabschiedung dieses Beschlusses wurde bislang immer noch vertagt, aber allein der Entwurf zeigt schon, daß die Gewerkschaftsführung mittlerweile die Einbeziehung der DKP in die Unvereinbarkeitsbeschlüsse plant. Gegenwärtig ist sie offensichtlich noch dabei, den Zeitpunkt und die näheren Umstände zu bestimmen, also wann und wie dies genau geschehen soll. Doch Signale dieser Art für die konsequente Faschisierungspolitik gibt es zunehmend nicht nur in den Gewerkschaften. Auch im öffentlichen Dienst zeigt sich die parallele Vorgehensweise der Bourgeoisie. Das angeblich so fortschrittliche Land Hessen will z.B. in Zukunft grundsätzlich alle Mitglieder der DKP aus dem Schuldienst hinaussäubern, wie der hessische Kultusminister Krollmann vor der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, des „linken"SPD-Bezirkes Hessen Süd erklärte. Also kein Wort mehr von der ehemals noch als so unheimlich rechtsstaatlich gepriesenen Einzelfallprüfung, in der die Verfassungsfeindlichkeit mit „konkreten und gerichtsverwertbaren Tatsachen" nachgewiesen werden sollte. Auch dieses scheindemokratische Mäntelchen hat die Bourgeoisie nun fallengelassen. Daß hier eine veränderte Situation vorliegt, stellte sogar die „Welt" erfreut fest:

„*Das ist nahezu unglaublich, noch vor einem halben Jahr wäre bei einer ähnlichen Erklärung (des hessischen Kultusminister Krollmann, AK) aus Protest die halbe Decke auf das Podium herabgestürzt.*" (Welt, 28.4.75)

Durch diesen Angriff wird die DKP noch weiter nach rechts gedrängt. So empfahl sie bereits ihren Lehrern intern, aus der DKP wieder auszutreten und jeden offiziellen Kontakt zur Organisation zu vermeiden. Dieser Angriff macht aber unmißverständlich klar, daß die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Erfüllungsgehilfen auch für die DKP Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Illegalisierung anstreben. Rechte Anpassungspolitik und die eigene antikommunistische Hetze der Revisionisten vermag diese davor keineswegs zu schützen. Es nützt der DKP auch nicht, daß sie von dem Hamburger Innensenator Staak in einem Brief an den Vorsitzenden des DPG-Bezirkes Hamburg, Mendel, bescheinigte Tatsache, daß „*DKP-Mitglieder auf legalen Positionen in Betrieben und Gewerkschaften Funktionen ausüben und bei Entlassungen und Ausschlüssen in der Regel zum Nachteil der GO.* (Gewerkschaftsoppositionellen, AK) *Aktivisten mitwirkten*", letzten Endes überhaupt nichts. Diese Aussage Staaks macht nur noch einmal deutlich, wieso die Bourgeoisie sie zunächst die Revisionisten geschont hat: Sie lassen sich gut als Erfüllungsgehilfen der antikommunistisch aufgehetzten Säuberungen gegenüber der nicht-revisionistischen Linken gebrauchen.

Je mehr die Revisionisten von der DKP diesen Auftrag erfüllen, wird deutlich, daß sie damit auch den Ast absägen, auf dem sie selbst(noch)sitzen. ●

Postgruppe/KB Gruppe Hamburg

Bremen:

170 Junglehrer werden arbeitslos !

Von 213 Grund-, Haupt- und Realschullehrern, die jetzt in Bremen ihre 2. Lehrerprüfung gemacht haben, werden zum 1.8. nur ca. 30 fest in den Schuldienst übernommen. Dazu kommen von 106 Bewerbungen aus anderen Bundesländern weitere 22 Übernahmen.

98 Bewerber können statt Planstellen befristete Lehraufträge über die halbe Stundenzahl bekommen – hauptsächlich an Gesamtschulen. Diese Stellen sind zum größten Teil eigentlich für Gymnasiallehrer vorgesehen, d. h.: Die Lehrer dürfen da nur so lange arbeiten, bis sie von Gymnasiallehrern von ihren Plätzen verdrängt werden.

Alle restlichen fertig ausgebildeten Lehrer müssen sehen, wo sie bleiben. Einige dürfen sich auf die Warteliste setzen lassen und darauf hoffen, daß in den nächsten Jahren irgendwann mal eine Stelle frei wird. 37 der bremischen Bewerber sind mittlerweile endgültig abgelehnt worden.

Die arbeitslosen Lehrer haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Sie können sich lediglich an die Sozialhilfe wenden, falls ihre Verwandtschaft nicht für sie aufkommen kann.

Auch in andere Bundesländer auszuweichen, ist keine Möglichkeit: In Niedersachsen werden 1976 bereits 4.000 Bewerber für 200 offene Stellen da sein. Ähnlich sieht es in allen Bundesländern aus.

Eine vergleichbare Entwicklung – wenn auch nicht in dem Ausmaß – zeichnet sich auch für den gymnasialen Bereich ab: Die Ausbildung für Referendare ist der der Lehrer für den GHR-Bereich angeglichen worden. D. h.: War es bislang das Privileg der Referendare, eine 11/2-jährige *Ausbildung* an den Schulen zu bekommen (mit Ausbildungslehrern und relativ geringer Stundenzahl), werden ihnen jetzt nach einer 5-monatigen Schonfrist 12 Wochenstunden „selbstverantwortlicher Unterricht" aufgebrummt – etwas, was die GHR-Junglehrer schon lange machen müssen. Da die Ausbildung rigoros eingeschränkt wird, können die bisherigen Ausbildungslehrer in anderen Klassen als Fachlehrer eingesetzt werden. Auf diese Weise werden die Referendare ca. 200 Planstellen einsparen helfen – ihre Chancen, nach dem 2. Examen fest übernommen zu werden, sinken beträchtlich.

Der Senat begründet diese Politik gleich mehrfach:

Der Senat begründet diese Politik gleich mehrfach:

1. gebe es an Bremens Schulen keinen Lehrermangel mehr;

2. sei die Übernahme vieler neuer Lehrer Quatsch, weil demnächst der „Pillenknick" da sei (weniger Kinder, seitdem die Pille auf dem Markt ist);

3. und außerdem habe man eben überhaupt kein Geld.

Da liegt denn auch der Hase im Pfeffer: Es kann keine Rede von genügend Lehrern sein: Klassen zwischen 30 und 40 Kindern und Ausfall von ganzen Fächern wegen Lehrermangel sind gerade im GHR-Bereich die Regel (Besser sieht es an den Gymnasien aus. Aber da paßt ja auch die Bourgeoisie auf, daß ihre Zöglinge ordentlich unterrichtet werden)

Die Schulbehörde versucht nicht, den Lehrermangel zu beheben, im Gegenteil: Sie versucht, aus den vorhandenen Lehrkräften herauszuquetschen, was nur eben zu quetschen ist, Dazu gehört der Plan, die Arbeitszeit der Lehrer wieder zu verlängern; dazu gehört das offenbare Desinteresse an vernünftiger Ausbildung für Junglehrer.

Außerdem versucht sie, die Planstellen noch weiter zu kürzen und stattdessen Angestellte mit Teilzeitverträgen zu verpflichten. Diese Regelung hat für den Staat ungeheure Vorteile: Angestellte sind schnell kündbar und können mobil eingesetzt werden – mit Beamten ist so etwas nicht so einfach. Außerdem sind Angestellte viel billiger und haben nur Anspruch auf geringe Sozialleistungen.

Gleichzeitig benutzt der Staat diese Einsparungspolitik zur systematischen politischen Disziplinierung. Es ist das erklärte Ziel des sozialdemokratischen Senats, jeden, der sich nicht vollständig und für jedermann sichtbar dem Anpassungsdruck unterwirft, von dem Recht auf Ausbildung und Weiterbeschäftigung auszuschließen.

Ein deutliches Beispiel ist auch da die neue Ausbildungsordnung für Junglehrer und Referendare: „selbstverantwortlicher Unterricht" heißt nicht nur Einsparung von Planstellen – er bedeutet auch ausdrücklich permanente Kontrolle durch wöchentliche Unterrichts„besuche" der Seminarleiter. Die Drohung mit der Nicht-Einstellung bzw. Kündigung führt bei vielen zu üblen Unterrichtsmethoden, die ganz darauf gerichtet sind, Leistungsdruck und Konkurrenzdenken bei den Schülern zu verschärfen und „widerspenstige" Schüler rauszuschmeißen.

schärfen und „widerspenstige" Schüler rauszuschmeißen.

Widerstand unter Lehrern, Eltern und Schülern gegen die Verschlechterung der Lern- und Arbeitsbedingungen ist bislang erst wenig vorhanden. Am stärksten entwickelt ist er bezeichnenderweise an den Gymnasien. Hier rührt der reaktionär-ständische Philologenverband kräftig die Trommel gegen die Angleichung der Referendarsausbildung an die der Junglehrer im GHR-Bereich. Die Gymnasiallehrer wollen ihre Privilegien nicht verlieren. An vielen Gymnasien zeichnet sich deswegen auch ein Boykott der neuen Regelungen für die Referendare ab.

An den Grund-, Haupt- und Realschulen gibt es dagegen noch kaum Protest, obwohl die Verschlechterung hier am allerdeutlichsten zu spüren ist. Die GEW, traditionell gerade in diesem Bereich verankert, hat sich durch die neue Bremer Gewerkschaftsführung grundsätzlich auf die Seite der Behörde gegen fortschrittliche Lehrer, Eltern und Schüler gestellt, nachdem sie „Verständnis" gegenüber den Finanzschwierigkeiten der Schulbehörde zeigt und die Disziplinarmaßnahmen gegen linke Lehrer ausdrücklich begrüßt und tatkräftig unterstützt. Von diesen Herren wird nur massivste Abwiegelung jeden Protestes zu erwarten sein.

Die Betroffenen müssen selber aktiv werden. Das heißt, daß die Junglehrer und Referendare sich zum gemeinsamen Vorgehen zusammentun, statt sich spalten zu lassen. Das heißt, daß Lehrer, Eltern und Schüler vor allem im GHR-Bereich aufgeklärt werden über diese Maßnahmen zur weiteren Verschlechterung der Schule. Denn Senat und bürgerliche Presse versuchen weiszumachen, daß „auch in Zukunft...die Planstellen im Sinne einer Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation schrittweise aufgestockt" werden. Aber leider gäbe es im Moment etwas wenig Geld dafür („Weser-Kurier", 31.5.).

Wenn wir gegen den Versuch des Staates, die Krise auf dem Rücken der Schüler und Lehrer auszutragen, den Kampf aufnehmen wollen, werden wir allerdings auch auf die Revisionisten von der DKP verzichten müssen.

Auf einer Personalversammlung aller Lehrer im Vorbereitungsdienst wandten sich die Revis empört gegen einen – allerdings kraftmeierischen – Vorschlag des KBW, Informationstage für Eltern an den Schulen während der Unterrichtszeit zu erzwingen, mit dem Argument: Das geht nicht, wir sind für genügend Unterricht, wir sind gegen Unterrichtsausfall, also können wir keine Veranstaltung in der Schulzeit machen.

Leider konnten diese Leute sich bei der Mehrzahl der Junglehrer vorerst durchsetzen.

Leider konnten diese Leute sich bei der Mehrzahl der Junglehrer vorerst durchsetzen.

Für Einstellung aller ausgebildeten Lehrer!
Weg mit reaktionären Lehrinhalten und -Methoden!

KB/Gruppe Bremen

Justiz-Willkür gegenüber ausländischen Kollegen nimmt zu

Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe müssen ausländische Arbeiter in der BRD in Zukunft schon nach einem Verkehrsvergehen mit der Ausweisung rechnen. Das Gericht bestätigte einen Ausweisungsbeschluß der Karlsruher Ausländerbehörde gegen einen 24 Jahre alten Jugoslawen, der wegen Trunkenheit am Steuer von einem Amtsgericht zu einer Geldstrafe und neun Monaten Führerscheinentzug verurteilt worden war.

Die vom Gericht vorgebrachten Gründe: Der jugoslawische Kollege habe bereits bei dem einmaligen Verkehrsverstoß „die Belange der BRD" gefährdet: *„Durch die Verweisung außer Landes würden andere Ausländer zur Beachtung der deutschen Rechtsvorschriften angehalten. Es gehe um generalpräventive (=vorbeugende) Gesichtspunkte der Abschreckung."* („Frankfurter Rundschau" vom 27.5. in einem Bericht über das Urteil).

Diesem Urteilsspruch wurde „in Justizkreisen wegweisende Bedeutung" („FR" v. 27.5.) zugemessen. Also mehr „generalpräventive" Willkür und Abschreckungsurteile gegenüber Ausländern!

Vom Unrecht ...

In den Ausführungsbestimmungen zum Ausländergesetz von 1965 wurden den Ausländern „alle Grundrechte" zugestanden – *„mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der Berufs- und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland."*

Damit waren die ausländischen Kollegen, die jahrelang als billige Arbeitskräfte in die BRD geholt wurden und die ohnehin z. T. in menschenunwürdigen Verhältnissen leben mußten, von vornherein der wesentlichen Grundrechte beraubt. In der Praxis wurden sie darüber hinaus durch rassistische Hetze in der bürgerlichen Presse zusätzlich diskriminiert und waren als rechtlosester Teil der Arbeiterklasse in der BRD auch am stärksten von Ausbeutung und Unterdrükkung betroffen.

Dennoch wurde vom Mittel der Ausweisung „nur" und vor allem in ausgesprochen politischen Fällen Gebrauch gemacht. Dazu der Gesetzeskommentar: Anlaß gebe erst z. B. *„die Agitation in Betrieben der Wirtschaft und der Industrie (z. B. Aufhetzung oder Verhetzung ausländischer Arbeitnehmer mit klassenkämpferischen Parolen zur Störung des Betriebs- und Arbeitsfriedens)."*

Parolen zur Störung des Betriebs- und Arbeitsfriedens)."

Ausländischen Arbeitern und Studenten wurde damit praktisch jede politische Meinungsäußerung verboten, *„die den Zweck verfolgt, andere in ihrer Auffassung zu beeinflussen. So geht der Versuch, durch Äußerung einer politischen Meinung einen anderen zur eigenen politischen Meinung zu bekehren (!), über die vom Grundgesetz geschützte reine Meinungsäusserung hinaus, und zwar auch dann, wenn sich dieser Versuch im kleinen, vertrauten Kreise abspielt."*

Nach § 14 des Ausländergesetzes können die Betroffenen selbst in ein Land ausgewiesen werden, in dem wegen ihrer politischen Überzeugung ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind. z. B. in Spanien oder dem Iran. Zahlreiche Fälle sind in den letzten Jahren bekannt geworden, wo dies passierte oder manchmal auch verhindert werden konnte.

Mit der am 22. Juni 1972 verabschiedeten Gesetzesänderung wurden dem BRD-Verfassungsschutz besondere Funktionen zur Bespitzelung der Ausländer eingeräumt, die zuvor nur die Ausländerpolizei hatte . Später wurden nach Westberliner Vorbild auch in der BRD Sonder-Einheiten unter Bullen gebildet, die sich für Bespitzelungszwecke spezielle Sprachkenntnisse eswerben mußten.

... zur völligen Willkür

Bisher zielten alle diese Maßnahmen in erster Linie auf politische Ausländerorganisationen. Das Karlsruher Urteil geht weit darüber hinaus.

Ausnahmslos alle Ausländer in der BRD, die sich „nicht gehörig benehmen", sind von willkürlicher Abschiebung bedroht. An dieser Stelle sei noch einmal an die übelsten – z.T. faschistischen – Hetztiraden der bürgerlichen Presse während des spontanen Streiks bei den Kölner Ford-Werken („Türkenterror") und während der sogenannten „Ölkrise" im Winter 1973/74 erinnert. Damals forderte die „Bild", Ausländer hätten sich in der BRD „wie Gäste" aufzuführen. Wer sich nicht als solcher benehme, der habe in der BRD nichts zu suchen.

Der von der reaktionären Presse jahrelang gepredigte finsterste Rassismus findet im Karlsruher Urteil seine juristische Entsprechung. Schrittweise werden Ausländer in dieselbe rechtliche Stellung gebracht, wie sie im faschistischen „Groß-Deutschland" die Juden und andere ethnische Minderheiten besaßen.

Jetzt wird „nur" abgeschoben, wer betrunken am Steuer erwischt wurde, demnächst wird abgeschoben, wer ein's unser „blonden deutschen Mädels" zu scharf ansieht oder sonst irgendwie die Frechheit besitzt, sich wie ein normaler Mensch zu verhalten.

Weitergehenden Willkür-Maßnahmen der BRD-Behörden ist mit dem Karlsruher Urteil Tor und Tür geöff-

wie ein normaler Mensch zu verhalten.

Weitergehenden Willkür-Maßnahmen der BRD-Behörden ist mit dem Karlsruher Urteil Tor und Tür geöffnet.

KB/Gruppe Lübeck

Ausländische Kollegen: Arbeitsämter und Kapitalisten arbeiten Hand in Hand bei Entlassungen!

Zunehmend zeichnet sich eine Zusammenarbeit zwischen Regierung, den staatlichen Arbeitsämtern und Kapitalisten bei Entlassungen ausländischer Kollegen ab. So verweigerte z. B. das Arbeitsamt in Bad Kreuznach über 100 portugiesischen Kollegen eine neue Arbeitserlaubnis, obwohl die portugiesischen Kollegen Arbeitsverträge hatten. Dadurch wurden die Arbeitsverträge mit den Kapitalisten nichtig. Kündigungsschutz und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte entfielen, da ja „nur" die Arbeitserlaubnis abgelaufen ist.

Die Kapitalisten waschen bei solchen Aktionen ihre Hände in Unschuld. Z.B. teilten die Kapitalisten der Michelin-Reifenwerke in Bad Kreuznach den ausländischen Kollegen mit: *„Uns bleibt nichts anderes übrig, als uns von unseren guten und fleißigen Mitarbeitern zu trennen".* („FR", vom 29.4.75).

Betroffen von diesen Rationalisierungsmaßnahmen sind vor allem zunächst ausländische Kollegen aus Nicht-EG-Ländern, die sowohl eine Arbeits- als auch eine Aufenthaltsgenehmigung brauchen. Solche Genehmigungen werden nach einer Anweisung von Arbeitsminister Arendt aus dem Jahre 1973 dann nicht verlängert, wenn westdeutsche bzw. aus einem EWG-Land kommende Arbeiter an die betreffenden Arbeitsplätze vermittelt werden können. Damit sind diese ausländischen Kollegen eine jederzeit auswechselbare Reservearmee.

Aber die Schikanen gehen noch weiter. Ist ein ausländischer Kollege erst einmal entlassen, indem Arendt ihm die Arbeitserlaubnis verweigert, kann er Arbeitslosenunterstützung beantragen. Dies ist ohnehin schon sehr erschwert, und die Auszahlung des Arbeitslosengeldes erfolgt erst nach Monaten, obwohl jeder Kollege durch seine früheren Arbeitslosenbeiträge einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat. Zwischenzeitlich hat der Kollege nur die Möglichkeit, Sozialhilfe zu beantragen, die nachher auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird. Nach §10 des Ausländergesetzes jedoch ist die Inanspruchnahme bereits ein Ausweisungsgrund!

Die Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten, Regierung, Arbeitsämtern und der Gewerkschaftsführung funktioniert reibungslos. Denn das oberste Organ der Arbeitsämter, die „Bundesanstalt für Arbeit" (Vorsitzender ist Stingl, CSU!), ist „paritätisch" mit Kapitalisten und Vertretern der Gewerkschaftsführung besetzt.

Unsere besondere Solidarität gilt gerade jetzt den betroffenen ausländischen Kollegen, die eine Arbeitslosenquote von 7,4% (179.000) aufweisen. 250.000 ausländische Arbeiter sind in den letzten acht Monaten bereits in ihre Heimatländer abgeschoben worden!

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Steuerrecht: Ausländische Kollegen werden diskriminiert

Wer wegen einer entfernten Arbeitsstätte sich einen zweiten Haushalt einrichten muß, braucht einen Pauschalbetrag von 13 DM pro Tag und 7 DM pro Nacht vom Brutto-Einkommen nicht zu versteuern. Ebenso sind Aufwendungen für die Unterstützung bedürftiger Angehöriger als „außergewöhnliche Belastungen" steuerfrei.

Viele ausländische Kollegen lassen ihre Familien in ihren Heimatländern zurück bzw. müssen sie wegen fehlender Aufenthaltsgenehmigung, Wohnung usw. zurücklassen.

Sie sind dann auf einen 2. Haushalt angewiesen. Die meisten ausländischen Arbeiter überweisen weiterhin Gelder an einkommenslose Verwandte in ihren Heimatländern. In diesem Fall hätten sie also einen Anspruch auf eine pauschale Steuerentlastung wegen doppelter Haushaltsführung und steuerfreie Unterstützung bedürftiger Angehöriger als „außergewöhnliche Belastung", wenn – ja wenn es nicht die besondere „Steuergerechtigkeit" der westdeutschen Finanzgerichtsbarkeit gäbe, die „Unterstützungsleistungen von Gastarbeitern steuerlich nach besonderen Maßstäben zu bewerten" hat („FAZ" v. 26.5.75).

Was die Finanzrechtsprechung unter diesen „besonderen Maßstäben" versteht, geht aus einem Urteil des Finanzgerichtes Berlin hervor. Dort heißt es, daß *„für jugoslawische und türkische Gastarbeiter in der Tat keine sittliche Verpflichtung bestehe, solche Verwandte im Heimatland zu unterstützen, denen es zwar nach unseren Begriffen schlechtgehe, aber nicht schlechter als anderen Bürgern im selben Land (!). Wenn die unterstützten Verwandten nicht wirtschaftlich unter das Existenzminimum (!!!) ihres Landes gedrückt werden, besteht keine rechtliche und moralische Verpflichtung (!!!) des Gastarbeiters für Unterstützungen. Danach liegt bei Zahlungen an Verwandte auch keine außergewöhnliche Belastung vor."* („FAZ",26.5.75).

Dieses Urteil ist eine offene Diskriminierung der ausländischen Arbeiter. Sein besonderer Zynismus liegt darin, daß die schlechte wirtschaftliche Lage in den Heimatländern der ausländischen Kollegen als Grund dafür herhalten muß, ausländische Kollegen zu höheren Steuerzahlungen an den westdeutschen Staat (gegenüber westdeutschen Arbeitern) zu verpflichten.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

SCHWEDEN:

Gegen Hungerlohn – für Menschenwürde

„Der Streik war die schönste Zeit meines Lebens. Endlich bekamen wir ein Gefühl der Selbstachtung" – (die Putzfrau Ragnhild Andersson)

Am 12. Dezember 1974 erklärten zehn Putzfrauen aus dem Hotel „Billingehus" in der schwedischen Kleinstadt Skövde der ASAB-Reinigungsgesellschaft den Kampf: sie traten in einen spontanen Streik.
Aufgrund unserer internationalen Solidarität mit diesen Arbeiterinnen und wegen der Aktualität auch für uns, möchten wir hier über diesen Arbeitskampf berichten.
Die Besonderheit dieses Streiks liegt einerseits darin, daß diese Frauen es verstanden, eine breite Solidaritätsbewegung zu schaffen, die in Schweden großes Aufsehen erregte; zum anderen darin, daß das anstehende Urteil des schwedischen Arbeitsgerichtes in Stockholm über die „Rechtmäßigkeit" dieses Streiks für die gesamte Arbeiterklasse Schwedens von großer Bedeutung ist.
Die besondere Aktualität für die Arbeiterklasse der BRD besteht u. a. auch darin, daß die CDU Anfang des Jahres in Hamburg beantragte, das Reinigungspersonal aus dem öffentlichen Dienst auszugliedern und die Reinigung öffentlicher Gebäude privaten Unternehmen zu übergeben. Die Auswirkungen dieser sog. „Umstrukturierung" werden ähnlich schlechte Arbeitsbedingungen wie die der schwedischen Putzfrauen sein, deren Streik sich wesentlich gegen die Auswirkungen – Rationalisierung und erhöhte Arbeitshetze – einer ähnlichen „Ausgliederung" richtete. Wir beziehen uns hier auf Fakten, die wir der Zeitung „Arbetarkamp", politische Zeitung des schwedischen Förbundet Kommunist, sowie der schweizerischen Frauenzeitschrift „Gazelle" entnommen haben.

Der Titel „Putzfrau" hat in Schweden einen ganz anderen Klang bekommen

Der Kampf der schwedischen Kolleginnen richtete sich gegen Rationali-

Der Titel „Putzfrau" hat in Schweden einen ganz anderen Klang bekommen

Der Kampf der schwedischen Kolleginnen richtete sich gegen Rationali-

sierung und verschlechterte Arbeitsbedingungen. Vor ca. einem Jahr übergab der bisherige Arbeitgeber – das Urlaubshotel „Billingehus" – den Reinigungsauftrag an die Firma ASAB. Die Folge dieses Wechsels war für die Frauen: von den beschäftigten – übernommenen – Frauen wurde mehr Arbeit in kürzerer Zeit verlangt. Die Kolleginnen mußten anstatt bisher 16 Zimmer in acht Stunden jetzt 26 Zimmer in sechs Stunden reinigen, oder: sechs Putzfrauen hatten jetzt die Arbeit von bisher zwölf Frauen zu bewältigen. Außerdem hatten die Frauen sieben Tage in der Woche zu arbeiten, was ein klarer Verstoß gegen das schwedische Arbeitsgesetz ist.

Das beschleunigte Arbeitstempo machte gerade den älteren Kolleginnen sehr zu schaffen, sodaß einige nicht mehr mithalten konnten und erkrankten. Für diesen Streß wollten die Frauen wenigstens eine entsprechende Lohnerhöhung, da ihre bisherigen Löhne sowieso weit unter dem Durchschnitt eines schwedischen Arbeiterlohnes lagen. So forderten die Frauen für ihre durchaus schwere körperliche Arbeit eine Lohnerhöhung von ca. 6,50 DM auf ca. 8,50 DM (der Durchschnittslohn liegt bei ca. 10 DM).

Diese durchaus berechtigte Forderung wurde arrogant von der ASAB-Geschäftsleitung abgelehnt. Die Frauen stellten daraufhin Besen und Feudel beiseite und verkündeten: „Jetzt haben wir genug – wir streiken!"

Die Reinigungsgesellschaft fuhr mit erheblichen Sanktionen auf, nicht zuletzt auf Druck der Direktionsleitung des Hotels, das zu dieser Zeit Hochsaison mit Wintersportlern hatte. So wurde ein Streikbrechertrupp eingesetzt, rekrutiert aus Frauen und Kindern der höheren ASAB-Angestellten. Der ASAB-Putzinspektor E. Ericsson persönlich versuchte, mit seinen Ellenbogen den Streikbrechern freies Geleit gegen die aufgebrachten Putzfrauen zu erpuffen. Die streikenden Kolleginnen verbarrikadierten daraufhin den großen Besenschrank und setzten sich quer in die schmalen Hotelkorridore. *„Das Hotel verwandelte sich in ein ‚Bienenhaus': unwirsch zu früher Putzfrauenstunde geweckte Hotelgäste wandelten aufgeschreckt durch die Hotelhallen ...",* so berichtete die Presse.

Die ASAB-Geschäftsleitung verschärfte ihre Reaktionen, indem sie versuchte, die „Aufräumungsarbeiten" an die örtliche Polizei zu delegieren. Nicht zuletzt aufgrund eines starken Presseaufgebotes, bestehend aus Reportern von Presse, Funk und Fernsehen, lehnte der Polizeichef P. Aldebro mit den Worten ab: *„Bei einem Arbeitskonflikt schreiten wir Polizisten nicht ein".*



Beim Aufbruch zu einer vormittäglichen Runde Ski wird ein Gast des Nobelhotels „Billingehus" mit den Forderungen der Arbeiterklasse konfrontiert – auf den Papptafeln steht: „Geht nicht ins Hotel, solange die Streikbrecher darin sind!"

Das war immerhin noch kein Grund für die Kapitalisten, die Forderungen der Frauen zu erfüllen. Stattdessen setzten sie ihr Einschüchterungsmanöver fort. Die beiden „Streikanstifterinnen", Ragnhild Andersson – sie arbeitet seit 20 Jahren als Putzfrau – und Britt-Marie Johansson, wurden fristlos entlassen.

Die männlichen Kollegen solidarisierten sich mit den Putzfrauen

Die männlichen Kollegen solidarisierten sich mit den Putzfrauen

Die klassenkämpferische Haltung dieser Frauen und eine breite „objektive" Berichterstattung in den Massenmedien spornte auch gerade männli-



Die Streikbrecher kommen!
Die streikenden Putzfrauen bewachen die Hotelzimmer.

che Kollegen aller Berufe zur Solidarität mit den Kämpferinnen an. Die Putzfrauen von Skövde erhielten zahlreiche Solidaritätsadressen, Sympathiebriefe und -telegramme und – was für den Fortgang des Arbeitskampfes von großer Bedeutung war – es trafen erhebliche Geldspenden ein:

- Über 180.000 DM wurden am Arbeitsplatz und in Versammlungen gesammelt;
- die Hafenarbeiter von Göteborg, die im Herbst 1973 selbst einen schweren Arbeitskampf für bessere Arbeitsbedingungen und höheren Lohn geführt hatten, solidarisierten sich mit den kämpfenden Frauen; „Kämpft weiter gegen den Hungerlohn!", spornten sie ihre Kolleginnen an;
- Gießereiarbeiter schrieben in einem Begleitbrief zu ihrer Geldspende: „,... Entschuldigt die schmutzige Sammelliste, wir mußten während der Arbeitszeit sammeln ...";
- die Bergarbeiter von Malmfälten unterstützten einen Sympathiestreik „ihrer" Putzfrauen mit den Kolleginnen von Skövde.

Zu diesen Sympathiekundgebungen eines großen Teils der Bevölkerung standen die staatlichen und bürokratischen Reaktionen voll im Widerspruch:

- die staatliche Schlichtungsstelle verurteilte den Arbeitskampf als ungesetzlichen „wilden" Streik;
- die Gewerkschaftsführer beriefen sich auf das bestehende Friedensabkommen – „Friedenspflicht" – mit den Unternehmern; sie verwei-

verurteilte den Arbeitskampf als ungesetzlichen „wilden" Streik;
● die Gewerkschaftsführer beriefen sich auf das bestehende Friedensabkommen – „Friedenspflicht" – mit den Unternehmern; sie verwei-

gerten jegliche Unterstützung für die streikenden Frauen;
- der Arbeitgeber ASAB entließ auch noch die übrigen acht Kolleginnen von Skövde;
- zynisch verkündete daraufhin ein Gewerkschaftssprecher: *„Jetzt, da alle Arbeiterinnen ja entlassen sind, ist der Streik beendet"* (!!);
- ein prominenter Gast im Hotel „Billingehus", Frau Anna-Greta Leijon, kümmerte sich einen Dreck um den Streik der Putzfrauen: sie ist Leiterin des Regierungsausschusses für die Gleichberechtigung von Mann und Frau!!

Klassensolidarität hilft siegen!

Die streikenden Frauen ließen sich nicht einschüchtern, denn jetzt hatten sie nichts mehr zu verlieren, sondern nur noch zu gewinnen! Für sie begann mit diesen Verlautbarungen der Streik erst richtig. So gewannen sie die bei der ASAB in mehreren Orten Schwedens beschäftigten Kolleginnen. Überall kam es zu Sympathiekundgebungen für die entlassenen streikenden Kolleginnen in Skövde.

Die Kapitalisten von ASAB rechneten nicht damit, daß Frauen, die bis zu 1.000 km voneinander entfernt arbeiten, sich für die gleiche Sache einsetzen würden und trotz massiver Einschüchterung standhalten würden. Deshalb lehnten sie beim ersten Aufbegehren der Kolleginnen in anderen Orten die Forderung nach Wiedereinstellung der entlassenen Putzfrauen aus Skövde strikt ab. Die Empörung und der Kampfgeist der Putzfrauen war aber nicht mehr aufzuhalten:

- Die Reinigungsarbeiterinnen des mittelschwedischen Borlänge und der Universitätsstadt Umea begannen einen Sympathiestreik;
- ihnen schlossen sich ihre Kolleginnen in den Grubenorten Kiruna, Malmberget und Svappavaara (Polarkreis) an.
- Damit nicht genug! Auch die Frauen, die das Empfangsgebäude des Flughafens Arlanda und die Kabinen der Düsenjets reinschrubben, begannen einen Sympathiestreik. Die 60 Arlanda-Putzfrauen teilten sich in fünf Gruppen auf und besetzten abwechselnd Tag und Nacht die Baracke mit dem Putzmaterial. Die streikende Putzfrau Maud Björk berichtete über die Solidarität, die ihnen von ihren männlichen Kollegen, den Flugzeugmechanikern, entgegengebracht wurde: *„Als wir durch den Hangar zur Baracke gingen, legten die Mechaniker das Werkzeug beiseite und applaudierten uns"*

Das schmuddelige Flughafengebäude und die verdreckten Kabinen waren dann doch ein zu großer Prestigeverlust für das „internationale Ansehen" Schwedens: Nach dem heuchlerischen Versprechen seitens des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaftsführung, erneut über die

waren dann doch ein zu großer Pre-
stigeverlust für das „internationale Ansehen" Schwedens: Nach dem heuchlerischen Versprechen seitens des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaftsführung, erneut über die

Entlassung der Putzfrauen in Skövde zu verhandeln, kehrten die 400 sympathisierenden Putzfrauen an ihre Arbeitsplätze zurück. Trotz langwieriger Verhandlungen – fast fünf Monate bis heute – kam es zu keiner Einigung.

Die streikenden Frauen von Skövde sind bis heute noch nicht wieder eingestellt.

Angriff auf das Streikrecht – Die Kapitalisten wollen mit den Skövde-Frauen ein Exempel statuieren

Am 19. November waren die Putzfrauen in Borlänge in den Streik getreten. Ihre Forderungen: bessere Arbeitsbedingungen und höheren Lohn. Am 25. November waren die Kolleginnen in Malmfälten gefolgt, zuerst im Solidaritätsstreik, dann im Kampf um etwa die gleichen Streikziele wie in Borlänge. Am 11. Dezember beschlossen die Skövde-Putzfrauen den Streik. Von Anfang an jedoch hatten die Frauen von Skövde eine ungünstigere Kampfposition als die Kolleginnen bei Domnarvet (Firma in Borlänge) und bei der LKAB (Bergbaugesellschaft in Malmfälten). Dort wurden die Frauen gegenüber dem Reinigungsunternehmen durch die Industriearbeiter gestützt, die ebenfalls mit Streik drohten; im Hotel „Billinghus" in Skövde gab es keine Arbeiter, die mit Sympathiestreiks drohen konnten. Deshalb gaben ASAB und die Gewerkschaftsführung in Borlänge und Malmfälten nach, nicht aber in Skövde.

Die ASAB-Gesellschaft hatte mit Unterstützung des schwedischen Arbeitgeberverbandes bereits in einem frühen Stadium beschlossen, in Skövde ein Exempel zu statuieren. Man pickte sich zwei Putzfrauen heraus und erklärte sie kurzerhand zu „Streikführern", mit dem Ziel der fristlosen Entlassung. Damit war die Position von ASAB und der Gewerkschaftsführung klar: „Entlassung von zwei Putzfrauen und Wiederaufnahme der Arbeit v o r irgendwelchen Verhandlungen".

Anfang Januar jedoch hörte man „bedrohliche" Nachrichten aus Malmfälten: **„Erneuter Streik, wenn die Kolleginnen in Skövde nicht vor dem 13. Januar eingestellt werden!"**

Nach den Streiks in Arlanda und Umea – hier wurden zwar die eigenen wirtschaftlichen Forderungen n i c h t aber die Forderung nach Wiedereinstellung der Skövde-Kolleginnen erfüllt – wurde es „ruhiger". Dies war der Augenblick, wo ASAB erneut vorstieß: Mit Unterstützung des schwedischen Arbeitgeberverbandes, der mit am Verhandlungstisch saß, blieb man stur bei der Forderung, daß zwei „Streikführerinnen" entlassen werden sollten und die übrigen acht Frauen sofort an die Arbeit zurückkehren sollten. Die Frauen weigerten sich und setzten den Streik fort.

Arbeitsplatzsicherung nach dem Geschmack der Sozialdemokraten

Der Kampf der Putzfrauen hat das neue „Arbeitsplatzsicherungsgesetz" Paradepferd der schwedischen Sozialdemokratie, entlarvt (dieses Gesetz trat am 1. Juli 1974 in Kraft). Ohne daß es bisher irgendeine Rechtspraxis gäbe, die über die Anwendbarkeit des Gesetzes Auskunft geben könnte, gab die Führung des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO von vornherein auf. In einer gemeinsamen Erklärung mit dem schwedischen Arbeitgeberverband heißt es, daß der Unternehmer das R e c h t hat, acht der Putzfrauen von Skövde we-



ASAB-Chef Ericsson überreicht Britt-Marie Johansson die Kündigung, während sie den Raum für Putzmaterialien bewacht.

gen „Arbeitsverweigerung" zu entlassen. Was die beiden Kolleginnen betrifft, die als „Streikführer" herausgegriffen worden waren, so ist die LO der Ansicht, daß sie sich vor dem Arbeitsgericht zu verantworten haben. Mehr noch, man ließ es seitens der LO zu, daß der Arbeitgeberverband lange, erniedrigende Verhöre mit den Frauen anstellen konnte.

Nun stehen zwei Kolleginnen, Britt-Marie Johansson und Ragnhild Andersson, vor dem Arbeitsgericht. Das Urteil sollte am 27. Mai gefällt werden (liegt der AK-Redaktion jedoch bei Redaktionsschluß noch nicht vor). In dem Prozeß geht es darum, ob die Kapitalisten eine g e s e t z l i c h e Handhabe bekommen, „Streikführer" herauszupicken und fristlos zu entlassen.

„Wir wollen die Kette von Streiks brechen", meinte der Kapitalisten-Anwalt Trogen vor dem Arbeitsgericht anläßlich der Verhandlung vom 3. April. Damit wird klar, daß es in diesem Prozeß nicht allein darum geht, die Putzfrauen in die Knie zu zwingen, sondern gleichzeitig darum, durch G e s e t z die anschwellende Welle von „wilden", d. h. von der korrupten Gewerkschaftsführung nicht genehmigten Streiks zu brechen.

„Arbetarkamp", das Organ des Förbundet Kommunist, stellt an das Ende seiner Einschätzung folgenden bemerkenswerten Satz, der uns u. a. zur Beurteilung der neugegründeten SPD-Betriebsgruppen recht hilfreich sein kann:

„Wenn man sich das Zusammenspiel von ASAB-Kapitalisten und Gewerkschaftsführung während des Streiks ansieht, so versteht man gut, warum ASAB einen Typen in Vollzeitbeschäftigung mit der Aufgabe betraut hat, bei den Arbeiterinnen von ASAB die Gründung von Gewerkschaftsgruppen in Gang zu bringen" !!

●

Frauengruppe des KB,
Gruppe Hamburg
mit Unterstützung eines Genossen aus dem Hafen

§ 218 – ein parlamentarisches Scheingefecht zum neuen Entwurf







Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Februar die Fristenregelung für „verfassungswidrig" erklärt hatte, konnte sich die reaktionäre bürgerliche Presse so richtig ausleben in ihrer Hetze gegen die Befürworter der Fristenregelung und die Vertreter der ersatzlosen Streichung des § 218.

Da wurde z.B. die Frau zitiert, die als erste Frau bekannte, ihr Kind abtreiben zu wollen, deren Ehe daran zerbrach, und die nie wieder ihre Schuldgefühle verloren haben soll, Schuldgefühle verloren haben soll, wegen der Abtreibung. Heute ist sie gegen die Abtreibung, hat sechs Kinder, ist mit einem gutsituierten Psychiater verheiratet, hat keine Sorgen außer den Schuldgefühlen usw. Der erhobene Zeigefinger springt einem aus dem Artikel schon fast ins Gesicht.

Da wurde vor allem gegen die Demonstrationen gehetzt, die anläßlich des BVG-Urteils in vielen Städten der BRD stattfanden.

Der Aufruf des DGB in Karlsruhe zu einer Demonstration wurde zum Anlaß genommen, um die Frauen, die daran teilgenommen haben, als „Arbeitsschwänzer" hinzustellen, die nach dem Motto „Ich gehe mal eben zum Friseur" so auch sagen „Ich muß mal eben zur Demonstration in die Stadt" („FAZ", 27.2.).

Wenn die bürgerliche Presse auf der einen Seite die Frauen als dumme, leichtfertige Gänschen hinzustellen bemüht ist, wie hier, so schäumt sie auf der anderen Seite fast über vor Mitleid über die „Frauen in Not", denen schnellstens geholfen werden müßte, d.h. „der Bundestag" muß den § 218 schnellstens ändern!" („Bild", 27.2.).

Ändern, aber wie?

Vor allem die Regierungsparteien SPD/FDP sind nach dem Urteilsspruch sehr wortradikal: „Wir lassen die Frauen nicht im Stich"; man muß „der Würde der Frauen Rechnung tragen" und „das Karlsruher Urteil voll ausschöpfen", das „mehr ermöglicht, als die Union je den Frauen zugestehen wollte" („debatte", 2/75).

So waren sich SPD/FDP noch Anfang April scheinbar einig, bis Ende Mai – also noch vor der Sommerpause – einen Neuentwurf des § 218 vorzulegen, der eine generelle Straffreiheit für die Frauen bei einer Abtreibung in den ersten drei Monaten vorsehen soll („Hamburger Morgenpost", 12.4.75).

Diese angebliche Straffreiheit der Frau bei einer Abtreibung in den ersten drei Monaten ist pure Augenwischerei, denn bestraft werden soll in jedem Fall die Person, die den Eingriff vornimmt, also meistens der Arzt. Diese Regelung trifft in erster Linie die proletarischen Frauen, die wenig Geld für einen Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung haben, denn

1. wird der Preis für eine Abtreibung dadurch enorm hoch sein, weil die Frauen das Risiko des Arztes mitbezahlen müssen;
2. wird es sich jeder Arzt dreimal überlegen, bevor er eine Abtreibung bei einer Frau vornimmt, die er nicht oder kaum kennt, weil seine Existenz damit auf's Spiel gesetzt werden kann;
3. haben die Bourgeoisfrauen und auch Frauen, die in Intellektuellenkreisen verkehren, sehr viel weniger Schwierigkeiten, einen Arzt zu finden, weil sie ja „Beziehun- zu finden, weil sie ja „Beziehun- gen" haben, oder sowieso gleich ins Ausland fahren.

Doch nur knapp einen Monat später schien selbst diese Möglichkeit der „Reform des § 218" ins Wasser gefallen zu sein, denn die Expertise des Bundesjustizministeriums sagt: *„Eine unbeschränkte Straffreiheit der Schwangeren dürfte (im Falle einer Abtreibung) das Urteil wohl nicht zulassen"* („Hamburger Abendblatt", 2.5.75).

Um der Sache insgesamt etwas von ihrer Brisanz zu nehmen, um die öffentliche Diskussion über dieses Thema einzuschläfern, wird das ganze wohl bis nach der Sommerpause verzögert werden. Die Koalitionsparteien kündigten jedenfalls an, daß sie den Neuentwurf wohl doch nicht so „schnell" fertigkriegen.

Man sieht, das Bundesverfassungsgericht und die Bundesregierung arbeiten Hand in Hand:

Das CDU-beherrschte Verfassungsgericht nimmt den „Schwarzen Peter" auf sich, dieses unpopuläre Urteil zu fällen; SPD/FDP entrüsten sich „furchtbar" über das Urteil, mahnen aber gleichzeitig, das Urteil auch ja anzuerkennen, und werfen sich in die Brust, für die „armen Frauen" alles rauszuholen, was noch rauszuholen ist ... Doch kurze Zeit später erweist sich, daß der Rahmen des Urteils wohl doch zu eng ist, um nennenswerte Verbesserungen für die Frauen rauszuholen ...?

Wie muß der Kampf weiter gehen?

Wir wissen, daß der § 218 von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Dennoch ist die gesamte Bewegung heute noch nicht so weit, daß die Mehrheit der Bevölkerung auch bereit wäre, für die Abschaffung dieses Paragraphen aktiv einzutreten. Das haben wir auch an den Demonstrationen gemerkt.

Unsere Aufgabe liegt also darin, den Kampf gegen den § 218 zu führen als Teil des Kampfes gegen die gesamte kapitalistische Unterdrückung. Den Massen muß klar werden, daß der § 218 nur ein Teil der gesamten Unterdrückung der werktätigen Menschen hier ist. Für den Kampf der Frauen heißt das, die Aktivitäten gegen den frauenfeindlichen Paragraphen auszuweiten auf den Kampf gegen Leichtlohngruppen, gegen die Sparmaßnahmen, die besonders die Frauen betreffen (Schulen, Kindertagesheime werden geschlossen) und die einhergehen mit der Propaganda, daß die Frauen wieder in die Familie gehören, um zu kaschieren, daß die Frauen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise als erste aus den Betrieben geschmissen werden!

Der KBW hat was entdeckt!

Nachdem der KBW längere Zeit brauchte, um sich zu entscheiden – „wir sind nicht für Abtreibung, brauchte, um sich zu entscheiden – „wir sind nicht für Abtreibung, sondern für den Sozialismus, wo sowas nicht mehr nötig ist! Wir finden die Demonstrationen jetzt falsch, aber wir machen mit!" – hat er ein Ei gelegt und fängt prompt an zu gackern:

„Weg mit dem § 218!
Das Volk soll selber entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!"

Er hat angeblich das „Ei des Kolumbus" entdeckt, wie man den Kampf gegen den § 218 führen müsse, und ist nicht mehr zu halten. Alle Einwände dagegen werden hinweggefegt mit der Beschwörung, *„daß die Ablehnung der Forderung ‚Volksentscheid gegen den § 218' in der gegenwärtigen Situation auf die Ablehnung des politischen Kampfes (...), auf den Verzicht der Organisierung des Kampfes der Massen"* hinauslaufe („KVZ", 26.3.75).

Die KBW-Führer wiederholen hiermit zum x-ten Mal das abgestandene makabre Späßchen aus ihrer Mottenkiste, daß es darum gehen würde, „den Kampf der Massen" (!!) heute schon zu „organisieren" – was natürlich, versteht sich, nur unter den erleuchteten Parolen des KBW möglich sein kann. Man muß sich allmählich wirklich fragen, wie die KBW-Führer ihren Anhängern diesen traurigen Mist nach soundsoviel Reinfällen immer noch schmackhaft machen können? !!

Der KBW weiß natürlich, daß ein „Volksentscheid" in der BRD-Verfassung nicht vorgesehen ist (anders als z.B. in Italien); er schweigt aber über die Frage, wie er denn seine „Forderung" konkret durchführen will. In der Praxis wird alles darauf hinauslaufen, einige tausend Unterschriften zu sammeln und hier und dort eine „Resolution" gegen den § 218 abzustauben. Danach wird man dann wissen, daß also soundsoviele Tausend Menschen gegen den §218 sind, was aber schon nach den bekannten bürgerlichen Meinungsumfragen längst klar ist, und bisher den Staat auch nicht sonderlich beeindruckt hat. Der KBW will uns weismachen, daß so jetzt (!!) der § 218 zu Fall gebracht werden könnte. Das ist wirklich „dümmer als die Polizei erlaubt"!!

Im Endeffekt geht es darum, daß eine Parole, unter der diesmal unter konkreten Bedingungen eine Massenmobilisierung noch nicht möglich war („Weg mit dem § 218") durch eine ausgeklügelte neue („Volksentscheid ...") ausgetauscht werden soll. Wenn es damit – wie ja vorauszusehen – auch nicht klappt, müßte der KBW dann wohl die Forderung nach dem „Volksentscheid über einen Volksentscheid gegen den § 218" erheben usw. usf. ...? !

Inzwischen hat der KBW allerorts in (west)deutschen Landen damit begonnen, überall „Komitees" zu seinem „Volksentscheid"-Zirkus zu gründen – wie ein Theater, in dem stets dieselben Schauspieler in immer neuen Stücken und Masken auftreten. Gipfeln soll alles im Herbst in einem lockeren Open-air-festival („Zentrale Demo") in Bonn, und danach wird es wohl auch mit dieser Kampagne vorbei sein ... Immer in der Hoffnung, daß sich vielleicht doch mal ein „Unorganisierter" in so ein Komitee verirrt und beim KBW hängenbleibt ...

Unsere Aufgabe wird es sein, die Bewegung gegen den § 218 voranzutreiben, und zwar als Teil des gesamten Kampfes gegen Entmündigung und Entrechtung.

Für die Arbeit unter den Frauen heißt das, daß sie stärker als bisher in diesen Kampf miteinbezogen werden müssen, denn bislang ist es noch sehr schwer, gerade dieproletarischen Frauen für den Kampf um ihre Rechte zu mobilisieren.

Wir müssen anknüpfen an allen Problemen, die aus der speziellen Frauenunterdrückung resultieren, um dazu beizutragen, die Frauen aus dem engen Gesichtskreis der Familie herauszuholen, und sie in den allseitigen Kampf miteinbeziehen, denn

NUR MIT DER PROLETARISCHEN FRAU WIRD DER SOZIALISMUS SIEGEN!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Ein Volksentscheid ist gut, weil er richtig ist – oder – Da hatten die Dummen wieder ihren Tag!

Am 27.5.75 fordert die SSG (abgewirtschaftete Hamburger Keimzelle und Studentengruppe des KBW) *„alle Gruppen und Organisationen, die den Kampf gegen den § 218 weiterführen, auf, auf dieser Veranstaltung zu der Frage, wie der Kampf weiterzuführen ist, Stellung zu nehmen"* („KVZ" Ortsbeilage, 22.5.75).

Wir nahmen Stellung und befragten Martin Fochler, angereistes Mitglied des „Ständigen Ausschusses des ZK" des KBW, wie sie sich den Volksentscheid nun konkret vorstellen! Ob sie der Meinung seien, den selbst durchführen zu können, oder ob sie die Forderung nach einem Volksentscheid doch an den bürgerlichen Staat richten wollen.

Die Antwort war verblüffend: M. F. sagte, daß ihnen klar sei, daß sie den Volksentscheid nicht allein durchführen können. Sie hätten sich das vielmehr so gedacht, daß sie mit Resolutionen in die Schulen, Betriebe usw. gingen, um die dort abstimmen zu lassen.

Das kann man tun, bringt aber der Weiterführung des Kampfes gegen den § 218 nicht viel. Das geht so nach dem Motto: Es ist jetzt eine Bewegung da, die müssen wir aufgreifen! Es erinnert stark an Bernsteins Devise: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts.

Herr Fochler redete noch viel und lange, beguckte sich unsere Argumente von allen Seiten, nahm Stellung, kritisierte in bekannter Manier, wurde laut, machte mal ein Witzlein, alles lachte pflichtschuldig und die ganze Stimmung war lahm.

Erst als die Diskussion zu der Frage kam, ob die Frau das Recht hat, letztendlich selbst zu bestimmen, ob sie ein Kind austrägt oder nicht, wurde dies anders.

Da wurden wir von einem anwesenden KBW'ler als „lesbische Ziegen" und von einem anderen als „Feministinnen" beschimpft, als wir darauf bestanden, die Entscheidung über eine Schwangerschaft den Frauen zu überlassen. Allerdings wurden wir in dieser Frage von einigen Frauen unterstützt, die sehr empört über die frauenfeindliche Haltung des KBW waren.



Auf unseren Einwand, daß die Frauen naturgemäß diese Entscheidung selbst fällen müssen (oder will der KBW bzw. das Volk ihnen gegebenenfalls Gewalt antun, wenn sie trotzdem ihren eigenen Willen haben?), gab das Mitglied des „Ständigen Ausschusses des ZK" dann zu, daß im Sozialismus die Frauen selbst, und im Kommunismus dann Komitees über eine Schwangerschaft entscheiden würden! Au Weia!

Herr Fochler erboste sich noch über eine Forderung von Frauengruppen nach „Lust ohne Last", die nicht nur falsch, sondern auch schädlich sei, weil die Arbeiterklasse keine Lust, sondern nur Last mit dem Leben hat. Ja, die Erde ist ein Jammertal, und da müssen wir alle durch. Halleluja!

Aus verschiedenen Äußerungen läßt sich schließen, daß der KBW an gemeinsamen Aktionen mit uns zum § 218 interessiert ist, aber solange sie sich auf ihren kurzatmigen „Volksentscheid"-krampf orientieren, wird es wohl unmöglich sein, den Kampf gegen den § 218 gemeinsam mit ihnen zu führen!

Wer klärt die KBWler mal auf?

Leserbrief



In der Hamburger Ortsbeilage der „Komischen Volkszeitung" („KVZ") vom 5.6.75 steht ein Artikel zum § 218, bei dessen Lektüre ich nicht so recht wußte, ob ich lachen oder mich ärgern sollte. Läßt sich dieser Artikel doch wohl nur so erklären, daß der Verfasser entweder im Biologie-Unterricht nicht richtig aufgepaßt hat oder aber, daß er wirklich ein ziemlich zynisches Schwein ist.

In diesem Kotzbrocken heißt es beispielsweise: *„Es ist ja auch so, daß in unserem Land die Konsequenzen sowohl der Kinderaufzucht als auch der Abtreibung* (!!!) *Mann u n d Frau zu tragen haben."*

Um mal beim Gröbsten zu beginnen: Das Hamburger Resthäufchen des KBW fällt mit dieser irren Behauptung hinter den in der Ortsbeilage vom 6.3.75 erreichten Erkenntnis-Stand zurück, wo es nämlich immerhin richtig hieß: ***„Bei Männern kann man nicht abtreiben."***

Allerdings, im allgemeinen nicht, und daher fallen schon mal die gar nicht so seltenen „Konsequenzen" einer Abtreibung in Form von Schmerzen, eventuell Verletzungen, Krankheit und im äußersten Fall auch Tod ausschließlich auf die Frau. Dasselbe gilt für eine Reihe weiterer „Begleiterscheinungen" wie Angst, Einschüchterung und Demütigung durch Ärzte, mögliche Schuldgefühle und anderes mehr.

Auch der andere Teil des Satzes, das mit den „Konsequenzen der Kinderaufzucht", ist im Grunde eine Frechheit, für die man den Verfasser in den Arsch treten müßte! Niemand wird bestreiten können, daß Kinderaufzucht auch für den Mann „Konsequenzen" hat. Darum hat es auch nie eine Auseinandersetzung gegeben (der „KVZ"-Artikel ist ja eine Polemik gegen den „KB Nord"!). Wenn der KBW auf dieser Frage herumtritt, dann aber deshalb, um den Eindruck zu erwecken, als wären Mann und Frau in annähernd g l e i c h e r Weise von den „Konsequenzen" betroffen. Und das ist einfach ein Hammer.

Ganz generell dürfte es in der kapitalistischen Gesellschaft so sein, daß die Lasten der Kinderaufzucht (die ja im Grunde schon mit der Schwangerschaft beginnen) zu 90 % auf den Frauen liegen. Oder will der KBW behaupten, daß es annähernd gleich viel Männer wie Frauen sind, die mal eben ein paar Jahre aus dem Berufsleben ausscheiden (und damit auf eine Reihe persönlicher Entwicklungsmöglichkeiten verzichten!), um ihre Kraft vorrangig den Kindern zu widmen? Es ist offensichtlich, daß diese Aufgabe im Kapitalismus fast ausschließlich bei den Frauen hängen bleibt – weshalb es eben auch richtig ist, dafür einzutreten, daß es in allererster Linie die Frau ist, die darüber entscheiden muß, ob sie das auf sich nehmen will.

Da der KBW beharrlich den wesentlichen Unterschied der Umstände und Folgen des Kinderkriegens für Frau und Mann verwischt, kann der Verfasser dann auch fordern, daß beide „demokratisch" entscheiden müßten, ob die Frau ein Kind kriegen soll oder nicht. ***„So verhalten sich Millionen*** (!) ***und das ist normal*** (!!). ***Die arbeitenden Klassen sind demokratisch und beraten die Frage untereinander."*** So heißt es in dem „KVZ"-Artikel weiter!

Wohlgemerkt, hier ist von der kapitalistischen Gesellschaft die Rede. Selbst aus China, das doch schon wesentliche Schritte in Richtung Sozialismus getan hat, wissen wir aber, daß es einem großen Teil der Männer gar nicht so leicht fällt, von der liebgewonnenen, „traditionellen" Vorherrschaft des Mannes über die Frau konsequent Abschied zu nehmen und sich in allen Fragen der Frau gegenüber „demokratisch" zu verhalten.

Es ist schon eine Unverfrorenheit, es so hinzustellen, als würde es im Kapitalismus in den Arbeiterfamilien allgemein „demokratisch" zugehen, weil ja die „Arbeiterklasse" als solche (die man sich wohl mit einem Heiligenschein vorzustellen hat??!) eben „demokratisch" ist. Da der Kapitalismus bestimmte Lebensbedingungen schafft und seine Ideologie beständig in die Köpfe trägt, ist es auch so, daß es in den meisten Familien nicht konsequent „demokratisch" zugeht, was das Verhältnis Mann-Frau und Eltern-Kinder angeht. Vielmehr geht es vielfach auch in Arbeiterfamilien ziemlich un„demokratisch" zu.

Daher ist die Aussage des „KVZ"-Artikels („Die arbeitenden Klassen sind demokratisch und beraten die Frage – nämlich des Kinderkriegens – untereinander") schon von vornherein fragwürdig.

Darüber hinaus scheint mir aber auch, daß in einer Frage, die ganz vorrangig den e i n e n Partner (die Frau) betrifft, der Begriff der „demokratischen" Entscheidung nicht ganz richtig am Platz ist, sondern daß hier, wie schon gesagt, das entscheidende Wort bei der Frau liegen muß.

Aus dem „KVZ"-Artikel spricht der Ungeist dessen, was von den US-Feministinnen mit dem zutreffenden Begriff „male chauvinist pig" (männlich-chauvinistisches Schwein) belegt wird: Der Mann, der stolz erklärt, daß er natürlich alles „ganz demokratisch" mit seiner Frau/Freundin bespricht (vor allem, wenn die Entscheidungen die F r a u betreffen!!) und der sich nicht einmal schämt, über die „Konsequenzen" zu seufzen, die so eine blöde Abtreibung natürlich auch für ihn als M a n n mit sich bringt usw. usf.

Lenin sagte, daß ein Volk, das ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann. Dazu läßt sich wohl ergänzen, daß auch ein Geschlecht, das ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann! ●

Ein gelegentlicher Leser der „KVZ" aus Hamburg-Altona

Volksentscheids-kampagne in Italien

In Italien werden nach Schätzungen jährlich zwischen 800.000 und 1,5 Millionen „illegale" Abtreibungen vorgenommen, wobei mit jährlich etwa 20.000 toten Frauen gerechnet wird !!! (lt. „Vorwärts", 3.4.75).

Nach Meinungsumfragen sind 77% der italienischen Bevölkerung für eine Aufhebung des bestehenden, noch aus der Zeit der faschistischen Diktatur stammenden, Abtreibungs-Verbots. Die Parteien sahen sich genötigt, im Parlament ihre „Reformvorschläge" vorzulegen.

Unterdessen wird auf Massenbasis eine Kampagne zum Volksentscheid gegen das Abtreibungsverbot durchgeführt. Die italienische Verfassung sieht vor, daß ein Volksentscheid durchgeführt werden muß, wenn es gelingt, innerhalb einer Frist von 90 Tagen 500.000 Unterschriften dafür zu sammeln. Eine solche Unterschriftensammlung läuft zur Zeit, unterstützt von den Organisationen der revolutionären Linken (PdUP, Lotta Continua, Avanguardia Operaia), von der Radikalen Partei (eine kleine, im Parlament nicht vertretene liberale Partei, die u.a. auch „illegale" Abtreibungskliniken organisiert hat) und von verschiedenen Frauengruppen sowie der liberalen Illustrierten „L'Espresso", die diese Kampagne überhaupt initiiert hat. Die revisionistische Partei unterstützt diese Kampagne nicht!

Inzwischen konnten bis zur „Halbzeit", dem 40. Tag der Unterschriftensammlung (24. Mai), rund 384.000 Unterschriften gesammelt werden. Diese Sammlung muß praktisch in erster Linie allein von den Organisationen der revolutionären Linken getragen werden: Das Innenministerium hat es den Behörden zuerst verboten und später „freigestellt", Formulare für die Unterschriftensammlung bereit zu halten.

Den Erfolg der Kampagne wird das allerdings offensichtlich nicht aufhalten können! ●

„Reform" des Arzneimittelgesetzes:

Auf dem Rücken der Patienten!

Eines der wichtigsten „Reform"-Vorhaben der SPD/FDP-Regierung, die Erneuerung des Arzneimittelgesetzes, ist nach und nach von den Kapitalisten der Pharmazeutischen Industrie „zurechtgebogen" worden. Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über das Gesetz: Die Kapitalisten können weiterhin ungehindert Schindluder mit dem Handel ihrer Arzneimittel betreiben.

Zum jetzigen Arzneimittelrecht

Nach einer umfangreichen Untersuchung von Kurt Blüchel – früher selbst Pressesprecher eines Pharmazeutischen Konzerns in der BRD – *„gibt es in der BRD – im Gegensatz zu den meisten zivilisierten Ländern – praktisch keine wirksame staatliche Kontrolle über Arzneimittel."* Blücher stellt weiter fest, daß *„das Risiko einer Gesundheitsschädigung durch Arzneimittel heute mindestens zehnmal größer ist als die Gefahr, bei einem Verkehrsunfall Schaden zu erleiden."* Allein *„eine halbe Million aller Patienten, die in Krankenhäuser eingeliefert werden, leiden an Folgen, die durch die Einnahme von Azrneimitteln hervorgerufen wurden."* (Laut „Spiegel" vom 8.4.75) Rund 17.250 Menschen seien allein 1972 an den Folgen von Arzneimittelnebenwirkungen gestorben.

Ebenso „liberal" wie die Arzneimittelkontrolle ist die bisherige Gesetzgebung für die Erprobung neuer Arzneimittel an Menschen: In der BRD ist – im Gegensatz zu den USA z.B. – eine Einwilligung eines Patienten nicht erforderlich, wenn er als Versuchskaninchen herhalten soll. Westdeutsche Patienten erfahren nichts davon, wenn sie als „Meerschweinchen" für die kriminellen Versuche der Arzneimittelkapitalisten herhalten müssen!

Ein weiteres Kennzeichen für den westdeutschen Arzneimittelmarkt sind die ungeheueren Wucherpreise: Allein die Apotheken – gesichert durch das Apotheker-Monopol – kassieren laut „Spiegel" vom 8.4.75 zwischen 35 und 74% des verkauften Arzneimittels! Die Pharma-Industrie lebt sehr gut; knapp 10 Milliarden DM wurden allein 1974 auf Kosten der Gesundheit vor allem der Werktätigen erwirtschaftet.

Die „Entschärfung" des neuen Arzneimittelgesetzes

Die „Arzneimittelreform" der SPD-Regierung setzte zunächst an folgenden Punkten an:

1. Kontrolle und Überwachung der Arzneimittelpreise. Die Kapitalisten sollten dazu verpflichtet werden, den Herstellungspreis ihrer Arzneimittel anzugeben.

2. Die stärkere Kontrolle über die Neuzulassung von Arzneimitteln „nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse", um dem Schindluder mit gesundheitsgefährdenden Arzneimitteln einen Riegel vorzuschieben.

3. Die sogenannten Naturheilmittel (von kleinen Kräutern usw.) sollten vom Bundesgesundheitsamt überprüft werden.

4. Den Kapitalisten sollte eine sogenannte „Arzneimittelhaftpflicht" auferlegt werden, wonach sie zu Schadensersatzzahlungen verpflichtet wären, wenn ein Patient an den Folgen der Einnahme von Arzneimitteln gesundheitliche Schäden zurückbehielte.

Übriggeblieben ist bisher von der ganzen angekündigten „Reform" nichts anderes als die Bildung eines sogenannten „Härtefonds". In diesen sollen die Kapitalisten jeweils 0,5% ihres Umsatzes einzahlen, um für nachgewiesene Folgen von Arzneimittelschäden zu zahlen. Die Gesundheitsschäden, selbst mit tödlichen Folgen, werden also weiterhin bewußt in Kauf genommen!

Wie konnte es dazu kommen? Hans-Otto Scholl, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, rühmte die „beispielhafte Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und der Industrie" bei dem „Reformwerk". Ferner bezeichnete Scholl die „parlamentarischen Abende", die die Kapitalisten mit einigen Bundestagsabgeordneten regelmäßig veranstalteten, als „sehr ergiebig". (Zitate aus: „Spiegel" vom 13.1.75)

Aufgrund dieser „ergiebigen" Zusammenarbeit gelang es den Kapitalisten, die „Arzneimittelreform" in folgenden Punkten zu „entschärfen":

1. Der Passus, der festlegte, daß die Kapitalisten den Herstellungspreis für Arzneimittel angeben sollten, wurde e r s a t z l o s g e s t r i c h e n.

2. Punkt 8 des Entwurfs, wonach „die zur Zulassung eingereichten Arzneimittel nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse hinreichend gesichert" sein muß, wurde umfunktioniert. Zur Herausgabe eines neuen Arzneimittels reichen nunmehr „belegbare praktische Erfahrungen".

3. Auch Naturheilmittel obliegen keinerlei Beschränkungen mehr; sie brauchen nur noch registriert zu werden.

4. Die ursprünglich vorgelegte Bestimmung über eine sogenannte „Arzneimittelhaftpflicht" wurde ebenfalls ersatzlos gestrichen. Im vorliegenden Gesetzentwurf hieß es zunächst noch, daß „wenn infolge eines Fehlers des Arzneimittels bei bestimmungsgemäßem Gebrauch ein Tod oder Verletzung eintritt", bis zur „Höchstsumme von 10 Millionen DM" Entschädigung gezahlt werden sollten.

Die Pharma-Kapitalisten jedoch wollen auch dies ändern und anstelle ihrer die Steuerzahler, also vor allem die Arbeiterklasse, zur Kasse bitten.

Zynisch erklärte Kapitalist Hannse, daß *„auch der Steuerzahler einen Beitrag leisten solle, denn schließlich sei der Nutzen des Therapie-Fortschritts so groß, daß für gelegentliche Schäden die sonst nutznießende Gesellschaft mit einspringen müsse"* („Spiegel" vom 13.1.75).

Die Kapitalisten lehnten es ab, einen gesetzlich bestimmten Hästefond einzurichten. Sie wollen nach „eigenem Ermessen" einen Fond „auf freiwilliger Basis" einrichten. („FAZ", 3o.5.75). Laut „FAZ" haben es die Kapitalisten auch abgelehnt, ihre alten Arzneimittel neu auf Schäden und Wirkungsweise überprüfen zu lassen: *„Die Alt-Spezialitäten sollen pauschal zugelassen werden."*

5. Auch die den Kapitalisten zunächst auferlegten erschwerten Bestimmungen zur Zulassung eines Arzneimittels wurde aus „Kostengründen" gestrichen; die Patienten sollen weiterhin Versuchskaninchen spielen. („FAZ", 30.5.75)

Fazit: Die „Reform" des Arzneimittelgesetzes ist total im Eimer. Es bleibt alles beim Alten – auf Kosten von Millionen Arbeitern und Angestellten! ●

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 14.5oo Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem er kroch ...

1945 wurde der deutsche Imperialismus von der Roten Armee und den Armeen der Westmächte geschlagen und scheinbar vernichtet. Dieser Krieg ist von zwei Aspekten her zu betrachten: Zum einen war er ein imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Welt, zum anderen aber auch ein Krieg zwischen Imperialismus und Sozialismus, nachdem 1941 faschistische Truppen die Sowjetunion überfallen hatten. Diesen Doppelcharakter des Krieges drückte der damalige US-Senator Truman in seiner imperialistischen Logik sehr deutlich aus: *„Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, müssen wir Russland helfen, und wenn Russland den Krieg gewinnt, müssen wir Deutschland helfen, und so laßt sie gegenseitig so viel Menschen wie möglich töten."*

Der Plan der US-Imperialisten war es also, daß sich Hitler-Deutschland und die Sowjetunion gegenseitig abschlachten sollten und sie sich dann hinterher als Kämpfer gegen den Faschismus herausputzen könnten. Demgegenüber forderte Stalin schon wenige Tage nach dem faschistischen Überfall auf die SU, daß die Westmöchte durch eine Landung in Frankreich eine zweite Front aufbauen sollten, was auch für 1942 versprochen wurde. Tatsächlich jedoch verzögerten sie ihr militärisches Eingreifen in Frankreich bis Juni 1944, bis zu einem Zeitpunkt also, als sich die Überlegenheit der Roten Armee über die faschistischen Truppen abzeichnete und sich Teile Osteuropas vom faschistischen Joch befreiten.

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Hitler-Deutschland kehrten die imperialistischen Länder schon bald zur offenen Feindschaft gegen den Sozialismus, gegen die SU, zurück.

Vorübergehend hat es in den imperialistischen Ländern Tendenzen gegeben, Deutschland als imperialistischen Mitkonkurrenten für alle Zeiten auszuschalten. So gaben die US-Alliierten im April 1945 eine Anweisung heraus, daß keine Maßnahmen zu ergreifen seien, *„die zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnten oder geeignet sind die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken."*

Die Abkommen der Anti-Hitler-Koalition

Die Abkommen der Anti-Hitler-Koalition

Auf den beiden Konferenzen der Kriegsgegner Hitler-Deutschlands in Jalta (Februar 1945) und Potsdam (August 1945) wurden grundsätzliche Übereinkünfte über das Nachkriegsdeutschland erzielt: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, industrielle Abrüstung und eine Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft *„mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Trusts und andere Monopolvereinigungen."* Weiterhin wurde die Initiierung lokaler Selbstverwaltung sowie die Zulassung und Förderung demokratischer Parteien beschlossen. Ausdrücklich wird an mehreren Stellen des Potsdamer Abkommens (PA) erklärt: *„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet."*

Die Westalliierten konnten jedoch ein solches Deutschland für die von ihnen eingeschlagene Politik nicht gebrauchen. Was sie brauchten, war genau das Gegenteil der Beschlüsse von Jalta und Potsdam, nämlich ein Deutschland unter der Herrschaft der wiederhergestellten Kriegsverbrecher-Konzerne, ein wiederbewaffnetes Deutschland als Teil einer antisowjetischen Front – zumindest in ihren Besatzungszonen. So interpretierte z. B. General Lucius Clay, US-Militär-Gouverneur, die Beschlüsse des PA genau in ihr Gegenteil: *„Jetzt waren wir direkt verpflichtet, eine ausgeglichene Wirtschaft zu entwickeln, die Deutschland auf eigene Füße stellen sollte."* Und der Oberkommandierende der britischen Rheinarmee General Sir McCreery: *„Nun, da der Krieg mit den Nazis vorüber ist, kommt die Hauptgefahr für die westlichen Länder von Sowjetrussland. Wir müssen deshalb auf einen Krieg vorbereitet sein."*

Imperialistische Liebe rostet nicht

Konnte der US-Imperialismus schon nicht verhindern, daß in der sowjetisch besetzten Zone der Militarismus und Nazismus tatsächlich ausgerottet wurde, so arbeitete er in den westlichen Besatzungszonen sehr rasch an der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse.

Die Produktionsanlagen in den Westzonen waren durch den Krieg nicht wesentlich zerstört. Die angloamerikanischen Luftangriffe richteten sich in großem Maße gegen Arbeiterwohnsiedlungen und das Verkehrsnetz. Im Ruhrgebiet z. B. übertrafen die Förderungen von Steinkohle und die Produktion von Rohstahl Ende 1944 den Stand von 1936–38. Insgesamt betrug der Kapazitätsverlust durch Kriegseinwirkungen in den Westzonen 8,1 %, weitere 7,3 % wurden demontiert, sodaß 85 % des Produktionsapparates erhalten blieb.

Die Militärregierungen in den Westzonen übernahmen durch „Treuhänderschaft" das Hausrecht in den Fabriken. Demagogisch wurde verkündet, die endgültige Entscheidung über das Besitzrecht solle erst nach der Installierung einer deutschen Zentralregierung getroffen werden, also bis auf staatlicher Ebene die alten Machtverhältnisse wiederhergestellt wären. Die meisten dieser „Treuhänder" waren ehemalige leitende Angestellte und oft ebenso mit dem Faschismus verflochten, wie die zu diesem Zeitpunkt noch inhaftierten „Wehrwirtschaftsführer". Ein charakteristisches Beispiel dafür ist der ehemalige Direktor des Opel-Kriegskonzernes, Dr. Nordhoff. Er wurde von den US-Militärbehörden auf Grund der Entnazifizierungsbestimmungen entlassen – und anschließend von der britischen Militärregierung als Direktor der VW-Werke eingesetzt. Mit der Bestellung von „Treuhändern" wurde zudem der Eindruck erweckt, als würden die Besitzer der Großindustrie entmachtet. Tatsächlich wurde damit jedoch erreicht, daß die alten Besitzverhältnisse nicht angetastet wurden, bis die „Gefahr einer Sozialisierung" vorbei war. Diese Absicht bestätigte General Clay, wenn er sagte, daß *„in Deutschland die wirtschaftliche und politische Stabilität hergestellt sein muß, ehe das deutsche Volk seine Meinung frei äußern kann. Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern können, . . . dann*

schaftliche und politische Stabilität hergestellt sein muß, ehe das deutsche Volk seine Meinung frei äußern kann. Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern können, . . . dann

wird sich die Frage (der Sozialisierung – d. Verf.) *dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen."*

Behinderung der politischen Betätigung für Kommunisten ...

Das westliche allierte Oberkommando hatte in seinen Besatzungszonen von Ende April bis September 45 jede politische Betätigung verboten, was vor allem die Kommunisten treffen sollte, die sich schnell wieder zu organisieren begannen. Die bisher illegal kämpfenden Genossen sowie diejenigen, die aus den Zuchthäusern, KZ's und aus der Emigration zurückkehrten, mobilisierten gemeinsam mit sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern die Belegschaften vieler Betriebe für die Ingangsetzung der Produktion. Auch beim Aufbau örtlicher Verwaltungen waren anfangs Kommunisten führend tätig, so in Dortmund, Düsseldorf, Köln, Bochum etc. Es wurden antifaschistische Aktions- und Stadtausschüsse gebildet, die sich als Aufgabe neben der Normalisierung des Lebens die Demokratisierung der Verwaltung und den Rausschmiß von Faschisten aus allen Ämtern gesetzt hatten. Den größten Einfluß hatten die Kommunisten in den Betriebsräten, die im April/Mai 1945 spontan entstanden waren und von den Besatzungsmächten gestattet werden mußten. Die ersten Betriebsratswahlen im Oktober 1945 in den Schachtanlagen des Ruhrgebietes konnten Kommunisten große Erfolge erzielen: Von 113.121 abgegebenen Stimmen der Ruhrkumpels in 96 Schachtanlagen entfielen 49.983 für kommunistische BR's, für sozialdemokratische 28.313 und für christliche 16.503. Die restlichen Stimmen erhielten parteilose Arbeiter. Seit Anfang 1946 richtete sich daher die ganze Aufmerksamkeit der amerikanischen Militärregierung auf die Reduzierung des Einflusses der KPD in den BR's und erreichten durch ein verändertes Genehmigungsverfahren, daß der Anteil der kommunistischen BR-Mitglieder im Bergbau z. B. von 71 % im Jahre 1946 – 48 auf 32 % 1949 und auf 25 % 1950 zurückging.

Besonders in der Kohle- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet, aber auch in den hessischen Großbetrieben waren es in den ersten Monaten nach dem Sieg über den deutschen Faschismus die BR's, die die Massenaktionen für die Überführung der Konzerne in Kommunaleigentum und die sofortige Entnazifizierung der Firmenleitungen organisierten.

Die Zulassung der KPD wurde durch die Militärbehörden offen behindert. Im Rheinland waren alle Parteiorganisationen noch nach September 1945 verboten, ebenso in Essen und anderen Städten des Ruhrgebietes, wo die KPD erst im Januar 1946 zugelassen wurde. Hand in Hand mit der Verzögerungstaktik bei der Zulassung der KPD erfolgten Maßnahmen, die gegen das Erscheinen einer kommunistischen Presse gerichtet waren. Die Alliierten zögerten die Lizenserteilung für Kommunisten hinaus, Anfang 1947 waren nur 3 von 100 Lizensträgern Kommunisten. Die KPD konnte in Westfalen z. B. lange Zeit keine Druckerei finden, die CDU hingegen hatte mit Genehmigung der Militärbehörden schon drei Druckereien verpflichtet. Zu den Schikanen gehört auch das Verbot der kommunistischen Zeitung „Westdeutsches Volks-Echo" Ende Juni 1947 für vier Wochen, weil angeblich die Besatzungsmächte angegriffen worden waren.

... natürlich nicht für die Kapitalisten

Das Verbot jeglicher politischen Betätigung durch das westliche alliierte Oberkommando (so wurden z. B. die Anträge auf Zulassung der Hamburger Kommunisten und Sozialdemokraten, zwischen denen sich eine Aktionseinheit angebahnt hatte, am 11. Mai 1945 abgelehnt) schloß jedoch nicht aus, daß die Unternehmerverbände schon relativ früh sich reorganisierten. Während in der SBZ Unternehmerverbände aller Art als dem P A widersprechende Institutionen grundsätzlich verboten waren, schufen sich die Kapitalisten in den Westzonen sogenannte „fachliche Wirt-

ternehmerverbände aller Art als dem P A widersprechende Institutionen grundsätzlich verboten waren, schufen sich die Kapitalisten in den Westzonen sogenannte „fachliche Wirt-

schaftsvereinigungen". Besonders seit Mitte 1946 entstanden massenhaft solche Vereinigungen auf Zonenebene nach monatelanger Vorbereitung mit Duldung der Militärbehörden. Schon 1945 hatten sich die ersten Kapitalisten auf örtlicher und bezirklicher Ebene zusammengeschlossen. Neben den verschiedensten Unternehmervereinigungen konnte sich in den Westzonen die CDU schon am 10.8.45 als Partei in Köln konstituieren. Die Vorbereitungen dafür liefen schon offen seit Juni 1945. Es wurde von der britischen Militärbehörde als CDU-Vorstandsmitglied ein Kriegsverbrecher wie der Kölner Bankier Pferdmenges bestätigt, der 1933 die jüdische Bank Salomon Oppenheim „arisierte" und die Vorbereitung und Durchführung des faschistischen Krieges finanzierte. Zu den Initiatoren der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei (CDP), der späteren CDU, gehörten auch Leute wie Dinkelbach, Bankier Abs, Otto Wolff etc.

Bei der Zulassung von politischen Parteien wurde die CDU (bzw. CDP) offensichtlich bevorzugt: Sie bestand im Ruhrgebiet als einzige Partei bereits seit dem 2.9.1945 auf Provinzebene im Rheinland und Westfalen, während dagegen die KPD sich offiziell erst im September 1945 auf Orts- und Kreisebene und zunächst nur in Westfalen konstituieren durfte. Äußerst raffiniert knüpften die CDU-Politiker an die antifaschistische Stimmung großer Teile der Bevölkerung an und verkündete, der Kapitalismus sei schon restlos erledigt. Adenauer sagte: *„An der Ruhr hat sich das Monopolkapital selbst das Grab gegraben. Es ist niemand bereit, die alte Herrschaft wieder aufzurichten."* Gleichzeitig erklärte er, als einer der schlimmsten Wortführer des Antikommunismus, auf einer Kundgebung in Wuppertal: *„Ohne den Marxismus wäre der Nationalsozialismus nie möglich gewesen."* Die Demagogie ging so weit, daß die CDU in einem ihrer Programme, dem „Ahlener Programm" vom Februar 1947, eine *„Neuordnung von Grund auf"*, eine *„gemeinwirtschaftliche Ordnung"*, Sozialisierung etc. „forderte". 1957 wurde dieses Programm vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Dr. Meyers in seiner Funktion charakterisiert: *„Das Ahlener Programm war ein Programm, dazu ausersehen, den Sozialismus zu verhindern."*

Imperialisten gegen fortschrittliche Gewerkschafter

Auch ein rascher Aufbau der Gewerkschaften wurde von den Westalliierten mannigfach behindert. Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen waren in vielen Orten Gewerkschaften gebildet worden, die meist von antifaschistischen Gruppen auf lokaler Ebene und im Betrieb getragen wurden. Im April 1945 wurden die gewerkschaftlichen Organisationen jedoch aufgelöst und zunächst jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit verboten. Charakteristisches Beispiel ist die „Sozialistische Freie Gewerkschaft" (SFG), die sich schon wenige Tage nach dem Einmarsch der britischen Truppen mit Duldung der Militärbehörden in Hamburg bildete. Die SFG wurde von ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern aus der Widerstandsbewegung aufgebaut und verstand sich als Einheitsorganisation. Die Richtlinien der SFG enthielten neben der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Überführung des Großgrundbesitzes und Baulandes in öffentliches Eigentum Forderungen nach Ausrottung der Nazis, ihrer Ideologie und des Militarismus, sowie die Bestrafung aller Kriegsschuldigen und -verbrecher. Innerhalb von nur fünf Wochen stellten mehr als 50.000 Hamburger Arbeiter einen Aufnahmeantrag in die SFG und spendeten über 10.000 Reichsmark für deren organisatorischen Aufbau. Die britische Militärregierung gab jedoch schon am 18.6.45 den Befehl zur Selbstauflösung der SFG, offensichtlich um den Einfluß der Linken zurückzudrängen. Entsprechend äußerte sich der britische Militärgouverneur Montgomery in seinen Memoiren: *„Die Russen unterstützten die Gewerkschaften, ich beschloß, das nicht zu tun. ... Gingen wir jedoch zu schnell vor, so bestand die Gefahr, daß sie in falsche Hände gerie-*

moiren: „Die Russen unterstützten die Gewerkschaften, ich beschloß, das nicht zu tun. ... Gingen wir jedoch zu schnell vor, so bestand die Gefahr, daß sie in falsche Hände gerie-

ten und daraus Schwierigkeiten entstanden".

Die Militärbehörden hemmten den Aufbau der Gewerkschaften von unten her, während sie gleichzeitig frühere, emigrierte sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre in leitende Funktionen einsetzte und mit großen Vollmachten betraute (z.B. Böckler, Böhm, Spliedt). Frühere sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre hatten schon 1943 (!) in England an Vorbereitungen mitgewirkt, um den Einfluß der Kommunisten nach der Niederschlagung des Faschismus einzudämmen. Der Emigrantenkreis um den früheren ADGB-Funktionär Fritz Tarnow wollte sogar die faschistische „Deutsche Arbeitsfront" unter Beibehaltung ihrer nach dem Führerprinzip aufgebauten inneren Organisationsstruktur übernehmen und in einen von Sozialdemokraten kontrollierten „Einheitsgewerkschaftsbund" umwandeln!

Verrat seit eh und jeh, das ist und bleibt die SPD

Viele Sozialdemokraten zogen nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus den Schluß, daß der Bruderkampf mit den Kommunisten beendet werden müsse, als Vorbedingung der Liquidierung des Faschismus. In diesem Sinne war auch ein Aufruf des Berliner Zentralausschusses der SPD vom Juni 1945 verfaßt. In der SBZ wurde bekanntlich SPD und KPD zur SED vereinigt. Auch in den Westzonen war in vielen Orten der Wunsch von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern nach Einheit sehr stark, verschiedentlich gab es auf örtlicher Ebene gemeinsame Absprachen. Es blieb dem „Londoner Exilvorstand" und Kurt Schumacher vorbehalten, mit allen Mitteln, bis zum Ausschluß von Mitgliedern aus der SPD, eine gemeinsame Politik von SPD und KPD zu verhindern. Diese Leute sahen ihre Hauptaufgabe in der Abgrenzung von der KPD bzw. SED und im Kampf gegen sie. Die gesamte SED – also auch die früheren SPD-Mitglieder – wurden als sozialfaschistisch, imperialistisch und als *„rotlackierte Nazis"* diffamiert. Die KPD in den Westzonen war für Schumacher *„nicht eine deutsche Klassen-, sondern eine fremde Staatspartei."* Diese sozialdemokratischen Führer taten somit das ihre, eine Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu verhindern.

Die Komödie der „Entnazifizierung"

Nach dem bisher gesagten ist verständlich, daß die im PA vereinbarte Entnazifizierung in den Westzonen eine reine Schmierenkomödie war. Der Forderung nach Aburteilung von faschistischen Kriegstreibern begegnete Clay mit den Worten: *„Wenn man ein Urteil aus der Tatsache macht, daß jemand während der 13 Jahre unter Hitler Geld verdiente, schließt man jede Fähigkeit und Erfolg aus."*

In den Kommunalverwaltungen wurden ehemalige aktive Faschisten und Kriegsverbrecher Stützen der Besatzungsmacht. Nicht selten waren Mitglieder von Spruchkammern, die die Entnazifizierung durchführen sollten, selbst alte Nazis. Die Verhandlungen der Entnazifizierungsausschüsse fanden ohne öffentliche Kontrolle statt. In vielen Fällen zögerten die Militärbehörden Entscheidungen selbst bei ehemaligen Hitlerministern um Monate hinaus. Zwei Drittel der Beamten in Bayern, die die amerikanische Militärregierung anfangs entlassen hatte, wurden von bayrischen Entnazifizierungs„richtern" entlastet. Als ein Stuttgarter Entnazifizierungsrichter 1947 es wagte, gegen den Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Reinhold Maier, und dessen Kultusminister Simpfendörfer ein Verfahren einzuleiten, wurde er kurzerhand entlassen. So wurde Wilhelm von Opel, Generaldirektor der Opel-Werke, lediglich zu einer Geldstrafe von 200 Dollar „verurteilt", obwohl er vor 1933 an mehreren Konferenzen mit Hitler teilgenommen, einen Appell zur Unterstützung der NSDAP unterzeichnet und in „seinem" Be-

er vor 1933 an mehreren Konferenzen mit Hitler teilgenommen, einen Appell zur Unterstützung der NSDAP unterzeichnet und in „seinem" Be-

trieb im wesentlichen Kriegsmaterial produziert hatte. Die gleiche Strafe erhielt ein Postbote, weil er von 1939-42 der NSDAP angehört hatte – ihm wurde überdies noch die Ausübung öffentlicher Funktionen verboten.

Schon Mitte 1946 übernahm es die CDU, eine Kampagne zur Reinwaschung der Naziaktivisten zu starten. Adolf Sträter (CDU), der mit der Durchführung der Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen betreut wurde, formulierte es so: *„Wer geirrt (!) hat, darf nach den ewigen Sittengesetzen der Gerechtigkeit nicht bestraft werden"*, und, *„diese Idealisten (!) müssen milder bestraft werden."*

In einigen Betrieben gelang es der Belegschaft, einige Nazis hinauszuwerfen. Auf einer Zeche in Herne z.B. streikten die Kumpel eine Stunde lang und erzwangen die Entlassung eines aktiven Nazi. Auf der Schachtanlage „General Blumental" in Recklinghausen verhinderten die Kumpel mit Gewalt die Wiedereinstellung eines berüchtigten Nazi. Deshalb wurden sechs Bergarbeiter wegen Aufruhrs (!) zu Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten verurteilt. In anderen Fällen beschlossen die Bergarbeiter solange nicht einzufahren, bis alle aktiven Nazis aus dem Betrieb entfernt worden seien. Auf der Zeche erschien daraufhin britisches Militär mit Panzerwagen und verhafteten den BR-Vorsitzenden.

Der Kampf um die Sozialisierung

In verschiedenen Länderverfassungen in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen waren Ende 1946/Anfang

FORTSETZUNG SEITE 33

FORTSETZUNG VON SEITE 32

1947 Artikel zur Sozialisierung und Enteignung der Schlüsselindustrie und des Kohlebergbaus verabschiedet und in Hessen sogar durch einen Volksentscheid mit 72% Ja-Stimmen befürwortet worden. Von den Militärbehörden ist die Durchführung sämtlicher dieser Artikel untersagt worden.

Aufgrund einer akuten Ernährungskrise Anfang 1947 kam es in verschiedenen Orten zu befristeten Streiks und Protestversammlungen. Am 27. Januar 1947 hatten im Raum Düsseldorf größere Streik- und Protestaktionen einen klaren politischen Charakter. Der Anlaß war der 15. Jahrestag der berüchtigten Kapitalistentagung mit Hitler am 27. Januar 1932 in Düsseldorf. Die Proteste verstärkten sich als bekannt wurde, daß die CDU Dr. Lehr als Präsident des Landtages vorgeschlagen hatte, der in enger Verbindung mit der Kapitalistentagung stand. Das Ziel der Streiks und Proteste am 27. Januar drückte der BR-Vorsitzende der Klöckner-Werke so aus: *„Es ist die Pflicht der Arbeiterschaft, dagegen zu protestieren, daß diese Herren noch einmal Gelegenheit bekommen, dieselbe Macht zu entfalten, die sie vor 1933 gehabt haben."*

Wenige Tage später lief durch das gesamte Industriegebiet an Rhein und Ruhr eine Welle von betrieblichen und örtlichen Protestaktionen. Im Februar und März 1947 führten die Bergarbeiter in den Schachtanlagen Probeabstimmungen über die Enteignung der Kohlekonzerne durch, bei denen sich über 90% der Belegschaft für die Enteignung aussprachen. Anfang April erreichte die Streik- und Protestbewegung ihren Höhepunkt: Mit Massendemonstrationen protestierten die Werktätigen gegen die Reaktionäre in Wirtschaft und Verwaltung. In Wuppertal waren es 85.000 Arbeiter, in Düsseldorf 80.000, in Dortmund 30.000, ähnlich in anderen Städten. Ihre Losung war: *„Die Gruben in des Volkes Hand!"* Dafür streikten am 3. April im Ruhrgebiet 348.000 Bergarbeiter.

Die „Entflechtungs"maßnahmen der alliierten Militärbehörden konzentrierten sich vornehmlich auf den IG-Farben-Konzern, die Großbanken und die Montanindustrie. Die Aufgliederung der Konzerne in einzelne, rechtlich autonome Betriebe war rein formal. Es dauerte überdies nur wenige Jahre, bis organisatorische Formen der Zusammenarbeit wiederhergestellt waren. Die Banken z.B. schlossen sich schon 1950 in drei große Banknetze wieder zusammen.

SS-Verbände

Auch 1975 ein faschistischer Stoßtrupp (2. Teil)

Die ca. 20.000 Mitglieder der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS e.V." (HIAG) sind der harte Kern aus ca. 500.000 Überlebenden der ehemals etwas mehr als 1,5 Millionen zählenden SS-Terror-Verbände. Sie behaupten, als Angehörige der ehemaligen Waffen-SS nichts mit den Treibjagden auf Juden und politische Gegner, mit den Massenmorden und Greueln der KZs, mit den Vernichtungskommandos hinter den Fronten der besetzten Gebiete zu tun gehabt zu haben. Die dafür Verantwortlichen seien allein in der „Allgemeinen SS", in den „Totenkopfkommandos der SS" usw. zu suchen.

Demagogen wie der Hamburger Wirtschaftssenator Kern, Aufsichtsratsmitglied der Messe-AG, bei der die HIAG die Räume für ihr ursprünglich vom 9. bis 11. Mai geplantes Bundestreffen anmietete (vergl. dazu Berichte in diesem und im letzten AK), versteckt die Kumpanei der Behörden mit der HIAG kaltblügig hinter dieser Lüge. In einem Interview in der Rundfunksendung „Umschau am Abend" am 25.4. behauptete er, es habe sich bei den Angehörigen der Waffen-SS „überwiegend" um Wehrpflichtige (also nicht Freiwillige) gehandelt. Sie seien nach '45 durch die pauschale Verurteilung in den Nürnberger Prozessen seitens der Alliierten gegenüber anderen Soldaten der Wehrmacht „benachteiligt" worden. Kern findet es völlig in Ordnung, daß sich SSler zum „Ausgleich" dieser „Schwierigkeiten" zusammengeschlossen hätten. *„Es liegen bei der Behörde keinerlei Informationen vor, daß die HIAG in irgendeiner Weise eine verfassungsfeindliche Organisation wäre".*

Daher könne ihr auch der „gesetzliche Anspruch" auf Vergabe eines Veranstaltungsraumes nicht grundsätzlich genommen werden ...

Waffen-SS: kasernierte Mordkommandos

Tatsächlich war die Waffen-SS überwiegend ein Freiwilligenverband, Stärke ca. 950.000. Erst in den letzten Kriegsjahren wurden nach Angaben von SS-Quellen ca. 120.000

amtes" (RSHA), also des SD, der GeStaPo usw., sowie der KZ-Bürokratie. Über den „Freundeskreis des Reichsführers SS", Himmler, organisierte sie die KZ-Industrie, Arbeitslager und Arbeitsdienst im unmittelbaren Auftrag der Kapitalisten.

In Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilt

Im Urteil des ersten Prozesses des Nürnberger Militärtribunals wurde über die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher hinaus die SS, der SD, die GeStaPo und die Führung der NSDAP zu „verbrecherischen Organisationen" erklärt. Dem lagen die dokumentierten Tatsachen zugrunde:

- daß SS/SD in ihrer Gesamtheit, ohne Ausnahme einer einzigen Sondergliederung, als eine „der nationalsozialistischen Revolution (..) blind ergebene Stoßtruppe", „unerschütterliche politische Garde" usw. von den Nazis aufgebaut wurde. Sie war dem „Führer" Hitler und seinem „Reichsführer SS" Himmler durch persönlichen Eid zu Kadavergehorsam verpflichtet. Die gesamte SS/SD unterstand einer eigenen Gerichtsbarkeit außerhalb der Zivil- und Militärgerichte;
- daß es gerade die von der Waffen-SS hauptsächlich gestellten Sondereinsatzkommandos waren, die besonders gewütet hatten und daß eine Unterscheidung zwischen den Aufgaben der Waffen-SS und anderen SS-Einheiten in der Praxis nicht möglich war;
- daß die Nazis angesichts ihrer Niederlage noch massenweise Dokumente und Zeugen ihrer Bestialitäten vernichten konnten und somit eine Unterscheidung, welches SS-Mitglied im Ausnahmefall kein Mörder war, unmöglich gemacht worden war bzw. die Verfolgung der Schuldigen nahezu ganz verhindert hätte.

Im Einsatzgruppen-Prozeß 1947/48 wurden allerdings aus Tausenden von Angehörigen der jeweils 800 bis 1.200 Mann umfassenden Kommandos ganze 24 der führenden

Verfolgung von Nazi-Verbrechen. Ihre „Hilfe auf Gegenseitigkeit" erstreckte sich zunächst auf Deckung der Gesuchten, Lancierung von Hilfe für die Inhaftierten und Angeklagten, Organisierung von Protestkampagnen gegen Urteile.

Bereits 1947 hatten SS-Brigadeführer Heinz Kling und SS-Obersturmbannführer Walter Teich eine Untergrundorganisation ehemaliger SS-Angehöriger aufgestellt. Als diese durch die Alliierten aufgedeckt wurde, gingen die SS-„Kameradschaften" zunächst auf Tauchkurs; von den örtlichen SS-Stammtischrunden aus, zunächst vermittelt über eine Unzahl illegaler und halblegaler Gruppen, begannen sie in die sich explosionsartig ausbreitenden „Soldaten"- und „Traditions-", „Kameradschafts-", „Kriegsopfer-" und ähnliche Verbände einzusickern (siehe S. 4o).

Sie verbreiteten dabei das unglaubliche Märchen, die Waffen-SS sei „vierter Teil der Wehrmacht" neben Heer, Marine und Luftwaffe gewesen und ihre Angehörigen müßten daher politisch und versorgungsrechtlich den Soldaten der Wehrmacht gleichgestellt werden.

Schon 1950 hatten sie ihren ersten Erfolg: Der Bundestag beschloß die generelle Anerkennung aller „Kriegsopfer" (ausgenommen noch die Angehörigen der SS-Verfügungstruppen) und ließ verlauten: „ ... die Waffen-SS habe nicht der Partei zugehört, sondern einen öffentlichen Dienst (? !) verrichtet".

Offene Legitimation der SS-Mörder

Im Zuge der von der New Yorker Außenminister-Konferenz vom 19.9. 1959 anläßlich der Korea-Aggression der USA eingeleiteten Remilitarisierung Westdeutschlands wurde den SS-Faschisten die Tür zu legalem Auftreten weit aufgestoßen. Nahezu alle inhaftierten Nazi-Verbrecher wurden auf freien Fuß gesetzt. In einem Zug mit Wiederaufstellung von Bereitschaftspolizei, Einrichtung des BGS und des Verfassungsschutzes gegen „eventuelle Untergrundbewe-

schen Ort Oradour am 10.6.44, wo 1.830 Einwohner von der SS zur „Vergeltung" ermordet wurden. Schon 1950 Begründer des „Hilfswerks Karl Hausser e.V.", dem getarnten Vorläufer der HIAG, das nach deren Gründung als eine Untergliederung weiterbestand.

Außerdem noch Herbert Gille, Kommandeur der Panzerdivision der SS „Wiking" – nach 1945 Inhaber einer Versandbuchhandlung für faschistische Literatur; Felix Steiner, Kommandeur von Panzereinheiten der SS in der Sowjetunion. Parallel zur HIAG, und mit ihr vielfach verflochten, wurde 1951 auch der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" wiedergegründet (siehe Art. S.39).

Die HIAG entwickelte ihre Rechtfertigungspropaganda von 1951 an in ihrem Organ „Wiking", später „Der Freiwillige", Auflage ca. 10.000, zu einem penetranten Trommelfeuer. Gleichzeitig erschien im Plesse-Verlag die Schrift des Massenmörders Hausser: „Waffen-SS im Einsatz", in der die Lüge von der Waffen-SS als „viertem Teil der Wehrmacht" in aller Öffentlichkeit aufgetischt werden konnte.

Wenig später folgte das Echo: Bundeskanzler Adenauer besuchte die letzten noch inhaftierten Nazi-Verbrecher, unter ihnen den in Nürnberg zum Tode verurteilten Panzergeneral der SS, Kurt Meyer, von seinen „Kameraden" schneidig „Panzermeyer" genannt. Adenauer *„versicherte, daß von deutscher Seite alles nur Mögliche für sie getan wird ... Augenzeugen berichteten, daß die Häftlinge zunächst sprachlos waren, als plötzlich die Zellentüren aufgingen und der Bundeskanzler vor ihnen stand ..."* (dpa Mai '53, nach K. Hirsch, SS).

Drei Monate später, am 13.8.53, wurden die „Richtlinien des Personalgutachterausschusses" verabschiedet. Danach konnten künftig die Mitglieder der Waffen-SS unter Anerkennung ihrer ehemaligen Dienstgrade bis zum Rang eines Oberstleutnants in die Dienste der Bundeswehr, des BGS, der Polizeien, Mini-

Imperialisten wollten die Spaltung Deutschlands

Protestbewegung ihren Höhepunkt: Mit Massendemonstrationen protestierten die Werktätigen gegen die Reaktionäre in Wirtschaft und Verwaltung. In Wuppertal waren es 85.000 Arbeiter, in Düsseldorf 80.000, in Dortmund 30.000, ähnlich in anderen Städten. Ihre Losung war: „Die Gruben in des Volkes Hand!" Dafür streikten am 3. April im Ruhrgebiet 348.000 Bergarbeiter.

Die „Entflechtungs"maßnahmen der alliierten Militärbehörden konzentrierten sich vornehmlich auf den IG-Farben-Konzern, die Großbanken und die Montanindustrie. Die Aufgliederung der Konzerne in einzelne, rechtlich autonome Betriebe war rein formal. Es dauerte überdies nur wenige Jahre, bis organisatorische Formen der Zusammenarbeit wiederhergestellt waren. Die Banken z.B. schlossen sich schon 1950 in drei große Banknetze wieder zusammen.

Imperialisten wollten die Spaltung Deutschlands

Zur Durchsetzung seiner Pläne, die Westzonen in einen antikommunistischen Block zu integrieren, forcierte der US-Imperialismus ab 1947 die Spaltung Deutschlands. Im PA wurde festgelegt, daß die Aufteilung in verschiedene Besatzungszonen nur provisorisch sei, daß deutsche Zentralverwaltungsstellen eingerichtet werden sollen und Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten sei.

Am 2. Dezember 1946 schlossen die USA und Großbritannien einen Vertrag über die Errichtung einer Bizone, der am 1. Januar 1947 offiziell in Kraft trat. Dem folgte die Außenministerkonferenz im März/April 1947 in Moskau, die planmäßig von den USA zum Scheitern gebracht wurde. Die Sowjetunion kritisierte die unzureichende Verwirklichung der Beschlüsse des PA über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung, die Vernichtung der Monopole und die Durchführung der Bodenreform durch die Westmächte. Zwei Tage nach Beginn der Konferenz, am 12.3.47, wurde in einer Rede des US-Präsidenten Truman die sogenannte „Truman-Doktrin" verkündet. Danach müßten sich alle Nationen zwischen *„zwei Lebensweisen"* entscheiden, zwischen der *„freien Welt"* und dem *„Terror und Unterdrückung"*. Damit wurde die Politik der Eindämmung gegenüber der Sowjetunion offiziell zum Programm erhoben.

Den endgültigen Schritt zur Teilung Deutschlands durch die Bildung eines separaten westdeutschen Staates vollzog der US-Imperialismus mit der Einberufung der „Londoner Sechs-Mächte-Konferenz" im Februar 1948. Zur gleichen Zeit wurde in Brüssel der „Brüsseler Pakt", das Vorabkommen zur Nato, geschlossen.

Damit waren alle Voraussetzungen zur Einbeziehung Westdeutschlands in einen antikommunistischen Block, zum Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus, zur erneuten Aufrüstung und Militarisierung gegeben. ●

KB/Gruppe Westberlin

behauptete er, es habe sich bei den Angehörigen der Waffen-SS „überwiegend" um Wehrpflichtige (also nicht Freiwillige) gehandelt. Sie seien nach '45 durch die pauschale Verurteilung in den Nürnberger Prozessen seitens der Alliierten gegenüber anderen Soldaten der Wehrmacht „benachteiligt" worden. Kern findet es völlig in Ordnung, daß sich SSler zum „Ausgleich" dieser „Schwierigkeiten" zusammengeschlossen hätten. „Es liegen bei der Behörde keinerlei Informationen vor, daß die HIAG in irgendeiner Weise eine verfassungsfeindliche Organisation wäre".

Daher könne ihr auch der „gesetzliche Anspruch" auf Vergabe eines Veranstaltungsraumes nicht grundsätzlich genommen werden ...

Waffen-SS: kasernierte Mordkommandos

Tatsächlich war die Waffen-SS überwiegend ein Freiwilligenverband, Stärke ca. 950.000. Erst in den letzten Kriegsjahren wurden nach Angaben von SS-Quellen ca. 120.000
Mann zur Waffen-SS verpflichtet. Andere Quellen sprechen von nur 45.000. Die Waffen-SS war die „aktive kasernierte Truppe" der SS. Nach Hitlers Absichten *„sollte (sie) militärisch und politisch auf das beste geschulte Mannschaften erfassen"*. Sie betrachtete sich selbst nach Aufstellung weiterer 250.000 Mann „volksdeutscher" Verbände in den besetzten Gebieten als „Stoßtrupp für das neue Europa". Ihre Aufgabe bestand in der „Bandenbekämpfung" hinter den Fronten der besetzten Gebiete, d.h. Terror gegen Partisanen und die Bevölkerung. Es gab keine größere Einheit der Waffen-SS, die geschlossen ausschließlich im Front-Einsatz gestanden hätte, sondern immer waren Angehörige oder Teile der Verbände mit anderen „Sicherheitskräften" zu Sonderkommandos zusammengestellt. So bestand z.B. eine der berüchtigten Einsatzgruppen, Gruppe A, die an der Ostfront in den ersten Monaten ihres Einsatzes 135.000 Menschen in Massenmord-Aktionen vernichtete, zu 34% aus Waffen-SS, zu 3,5% aus Sicherheitsdienst (SD), zu 4,1% aus KriPo, zu neun Prozent aus GeStaPo, zu 8,8% aus Hilfspolizei (z.T. aus „Stahlhelm" rekrutiert), zu 13,4 % aus verschiedenen Sicherheitspolizeieinheiten, der Rest von 17,2% aus Angehörigen der Ordnungspolizei. Es ist anzunehmen, daß die SD- und GeStaPo-Männer, sowie ein beachtlicher Teil der Polizei und Hilfspolizei Angehörige der Waffen-SS war. Mindestens 50% der Massenmord-Kommandos müssen damit der Waffen-SS zugerechnet werden. Darüberhinaus waren Angehörige der Waffen-SS zusammen mit anderen SS-Verbänden als KZ-Wächter eingesetzt, wo sie bestialisch wüteten (siehe S. 38).

Hand in Hand mit der Waffen-SS ging die „Allgemeine SS" vor. Sie umfaßte ca. 250.000 nicht kasernierte Männer. Als „Parteipolizei" beherrschte sie die Schaltstellen der NSDAP und des Staates, insbesondere den zentralen Unterdrückungsapparat des „Reichssicherheitshaupt-

sam verpflichtet. Die gesamte SS/SD unterstand einer eigenen Gerichtsbarkeit außerhalb der Zivil- und Militärgerichte;
- daß es gerade die von der Waffen-SS hauptsächlich gestellten Sondereinsatzkommandos waren, die besonders gewütet hatten und daß eine Unterscheidung zwischen den Aufgaben der Waffen-SS und anderen SS-Einheiten in der Praxis nicht möglich war;
- daß die Nazis angesichts ihrer Niederlage noch massenweise Dokumente und Zeugen ihrer Bestialitäten vernichten konnten und somit eine Unterscheidung, welches SS-Mitglied im Ausnahmefall kein Mörder war, unmöglich gemacht worden war bzw. die Verfolgung der Schuldigen nahezu ganz verhindert hätte.

Im Einsatzgruppen-Prozeß 1947/48 wurden allerdings aus Tausenden von Angehörigen der jeweils 800 bis 1.200 Mann umfassenden Kommandos ganze 24 der führenden



Hitlers „Leibstandarte"

„Hilfsgemeinschaft" hätte die HIAG sich jetzt auflösen und die weitere Erledigung noch anstehender versorgungsrechtlicher Regelungen u.ä. ihrem „Sozialwerk K. Hausser e.V." überlassen können. Aber im Gegenteil: Bereits am 20.9.1960 war die SS-Garde in die propagandistische Offensive gegangen, um den von der Ludwigsburger Zentrale für die Aufklärung von NS-Verbrechen eingeleiteten Ermittlungen zu begegnen. Sie

Schlächter angeklagt. Gegen 14 wurde die Todesstrafe ausgesprochen, die übrigen wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Nur vier der Todesurteile wurden vollstreckt.

Nach 1945: Reorganisation im Untergrund

Die heute in der HIAG organisierten Kräfte betreiben spätestens seit dem Tag der bedingungslosen Kapitulation am 8.5.45 eine systematisch und langfristig angelegte Restauration des Faschismus. Durch den am 26.4.45 einsetzenden „automatischen Arrest" seitens der Alliierten für jeden SS-Angehörigen kurzfristig aufgelöst, reorganisierten sich die SS-Angehörigen 1946/47 in SS-„Kameradschaften", örtlichen SS-Stammtischrunden in alten Nazi-Lokalen usw. Als von den Urteilen des Nürnberger Militär-Tribunals besonders Betroffene, weil eben Hauptverbrecher, bildeten sie Speerspitze des „Widerstands" gegen die

macht gleichgestellt werden.

Schon 1950 hatten sie ihren ersten Erfolg: Der Bundestag beschloß die generelle Anerkennung aller „Kriegsopfer" (ausgenommen noch die Angehörigen der SS-Verfügungstruppen) und ließ verlauten: „ ... die Waffen-SS habe nicht der Partei zugehört, sondern einen öffentlichen Dienst (? !) verrichtet".

Offene Legitimation der SS-Mörder

Im Zuge der von der New Yorker Außenminister-Konferenz vom 19.9. 1959 anläßlich der Korea-Aggression der USA eingeleiteten Remilitarisierung Westdeutschlands wurde den SS-Faschisten die Tür zu legalem Auftreten weit aufgestoßen. Nahezu alle inhaftierten Nazi-Verbrecher wurden auf freien Fuß gesetzt. In einem Zug mit Wiederaufstellung von Bereitschaftspolizei, Einrichtung des BGS und des Verfassungsschutzes gegen „eventuelle Untergrundbewe-

...m richtigen Moment

„Rein zufällig" fand die Hausdurchsuchung am Morgen des 21.5. statt, an dem nämlich die vom WISK organisierte Rundreise einiger Vertreter irischer Befreiungsorganisationen durch die Niederlande, Belgien, die BRD, Österreich und die Schweiz beginnen sollte.

Beschlagnahmt wurde die Liste der lokalen Veranstalter samt umfangreichem Schriftwechsel; zugleich wurde der freie Zugang zur Post und zu Konten für das WIKS vorerst verhindert.

Etwa zur selben Zeit wurden in Aachen Mitglieder des WISK „gestellt", als sie dort Info-Material im Haus eines Buchladens entluden. Anscheinend wurde das Material beschlagnahmt.

Bereits zwei Wochen vorher wur-

stand neu bestellt. Es gehören ihm jetzt an: Gerd Sudholt als 1. Vorsitzender, Druffel Verlag; 2. Vorsitzende ist Holle Grimm, Tochter des Nazi-Autors Hans Grimm; weitere Vor-

gungen" von links, wurde die Bildung der Soldatenverbände und Schützenvereine als Sammlungsstätte der Rechten durch offizielle Legitimation gefördert.

Unter Führung von z.T. eben entlassenen SS-Generälen konnte die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS e.V." (HIAG) als offiziell anerkannter Verein gegründet werden. Unter den Gründern tummelten sich Massenmörder wie

- Josef Dietrich, kommandierender General des SS-Panzerkorps „Leibstandarte Adolf Hitler" und Führer des SS-Oberabschnitts Spree. Unter seiner Führung verübte diese Einheit Massenmorde u.a. in der Sowjetunion, Italien und Frankreich. Er ist mitverantwortlich für die Ermordung amerikanischer Kriegsgefangener bei Malmedy – er war nach '45 zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden.
- Karl Hausser, Begründer der SS-Division „Das Reich", verantwortlich für das Massaker im französi-

in aller Öffentlichkeit aufgetischt werden konnte.

Wenig später folgte das Echo: Bundeskanzler Adenauer besuchte die letzten noch inhaftierten Nazi-Verbrecher, unter ihnen den in Nürnberg zum Tode verurteilten Panzergeneral der SS, Kurt Meyer, von seinen „Kameraden" schneidig „Panzermeyer" genannt. Adenauer „versicherte, daß von deutscher Seite alles nur Mögliche für sie getan wird ... Augenzeugen berichteten, daß die Häftlinge zunächst sprachlos waren, als plötzlich die Zellentüren aufgingen und der Bundeskanzler vor ihnen stand ..." (dpa Mai '53, nach K. Hirsch, SS).

Drei Monate später, am 13.8.53, wurden die „Richtlinien des Personalgutachterausschusses" verabschiedet. Danach konnten künftig die Mitglieder der Waffen-SS unter Anerkennung ihrer ehemaligen Dienstgrade bis zum Rang eines Oberstleutnants in die Dienste der Bundeswehr, des BGS, der Polizeien, Mini-

Im Bezirk Stade wurde ein „Arbeitskries zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und Krieg" gemeinsam von der „Arbeitsgemeinschaft Friedenswoche", dem Stadtjugendring Stade, dem Kreisjugendkonvent der evangelischen Kirche Stade/Altes Land und den Jungsozialisten Nord-Niedersachsen ins Leben gerufen, um am 10. Mai in Stade eine antifaschistische Kundgebung durchzuführen und auf dem KZ-Friedhof in Sandbostel einen Kranz niederzulegen.

Weiterhin wurde der Aufruf des Arbeitskreises von etlichen Schülervertretern, insgesamt ca. 150 aus dem Bezirk, und anderen Gruppen und Personen unterstützt.

Anstoß nahmen die SPD-Fürsten daran, daß der Vorsitzende des Stader Stadtjugendrings DKP-Mitglied ist und daß auch weitere DKP-Mitglieder den Aufruf unterschrieben hatten.

Hans Dietrich Genscher eine Liste von empfangsberechtigten Exil- und Flüchtlingsorganisationen – darunter auch der rechtsradikale Witikobund. 65.000 DM mehr als im Vorjahr will

sterialbürokratie usw. übernommen werden. Adenauers Begründung: *„Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie die anderen auch"* („Dte. Soldatenzeitung" 56/8, nach K. Hirsch, SS).*

Auch SPD-Führer Kurt Schumacher wagte zu behaupten: *„Die Waffen-SS ist als eine Art vierter Wehrmachtsteil geführt worden und als Massenformation ... für Kriegszwecke geschaffen worden"* („Spiegel" 11/67).

Auf eine Umfrage, die die HIAG am 21.3.1957 unter „prominenten Politikern" durchführte, antwortete der ehemalige „Verteidigungs"minister Strauß: *„Wie ich persönlich über die Leistung der an der Front eingesetzten Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkriegs eingeschlossen"* („Spiegel", 13/64).

FORTSETZUNG SEITE 34

* „Damit war die Basis bereitet für die Gründung der NPD" oder sowas ähnliches

SS-Verbände Auch '75 faschistischer Stoßtrupp

FORTSETZUNG VON SEITE 33

Bereits im September 1956 konnte man in der offiziellen „Bundeswehrkorrespondenz" lesen: „*Von den 1.310 ehemaligen Offizieren der Waffen-SS, die sich für den Dienst in der Bundeswehr gemeldet hatten, sind 33 angenommen worden, von denen bereits 15 in verschiedenen Einheiten der Bundeswehr aktiv sind. Von den insgesamt 3.111 Bewerbern, die der Waffen-SS angehört haben, wurden neben den schon erwähnten 33 SS-Offizieren (!) noch die folgenden ehemaligen SS-Angehörigen akzeptiert: fünf Offiziersanwärter, fünf Musiker, 270 Bewerber im Unteroffiziersrang und 1.917 im Mannschaftsrang. Auch vier Angehörige der ‚Allgemeinen SS' machen bereits in der Bundeswehr Dienst".* Die Offiziere gingen wegen ihres „fachlichen Könnens" in die Ausbildungszentren. Die damaligen Mannschaftsgrade schleifen heute wahrscheinlich als „Spieß" die wehrpflichtigen Rekruten und sorgen für die politische „Basisarbeit" im Dschungel der Traditions- und Kameradschaftstreffen zwischen Bundeswehr- und Traditionsverbänden ehemaliger „Frontsoldaten", des „Stahlhelm", des „Kyffhäuserbund" etc., einschließlich der HIAG.

Unter der „Hochachtung" der verantwortlichen Politiker wie Strauß, Adenauer u.a.m. konnten sich die SS-Nachfolgeorganisationen in unverschämtester Weise entwickeln:

- so führte die HIAG am 10./11.10. 1953 in den Räumen des erzbischhöflichen Ordinariats in Bamberg unter den Klängen einer BGS-Kapelle ein Treffen der süddeutschen Orts- und Kreisverbände durch, an dem erstmals auch „Freiwillige" anderer Länder Europas teilnahmen;
- so führte sie von 1953 bis 57 eine Unzahl örtlicher Treffen mit den übrigen im „Ring deutscher Soldatenverbände" organisierten Verbänden durch. In der Mehrzahl wurden diese Treffen im Einvernehmen mit lokalen Behörden durchgeführt, hielten Funktionäre aller Parteien und örtliche „Honoratioren" Grußansprachen usw.;
- so zog sie 1957 ein Bundestreffen in Karlburg ab, an dem über 2.500 Nazis aus der BRD und Gäste aus Dänemark, Österreich, Belgien, Holland, Frankreich, Schweiz und Italien (Süd-Tirol) teilnahmen;
- so sprach der freigelassene Massenmörder „Panzer-Meyer" 1958 anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein vor mehr als 10.000 Kumpanen. Der Landesvorsitzende des „Bund Heimatvertriebener und Entrechteter" (BHE) Ansbach (CDU), Mitglied des Bundestages und der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes Struve überbrachten offizielle Grüße;
- so versammelten sich ein Jahr später in Hameln 16.000 Alt- und Neo-Nazis unter dem Vorwand des

nem verborgenen Eingang für Dienstboten und Lieferanten, wir wollen über die Vordertreppe in diesen Staat!"

Gastredner Ulrich Lohmar (SPD) Mitglied des Bundestages, forderte die SS-Mörder auf, „ ... *auf einer gemeinsamen Plattform den Kommunismus zu bekämpfen ...* " („Metall", 13.10.59, nach K. Hirsch, SS).

Zum 11. Bundestreffen der HIAG 1965 wurde auch der heutige Bundeskanzler Schmidt eingeladen. Er erschien zwar nicht persönlich, schickte der Versammlung aber einen freundlichen Gruß: „*Ich kann ihre Enttäuschung über die vierte Novelle* (zum Gesetz nach Artikel 131 des Grundgesetzes) *durchaus begreifen. Ich werde deshalb auch bei meiner zukünftigen Arbeit im Bundestag versuchen, für gleichmäßige Gerechtigkeit* (!) *zugunsten aller ehemaligen Soldaten* (!) *zu wirken.*" Später erläuterte Schmidt seine Haltung: „*Man darf nicht in den Fehler verfallen, alle 900.000 Soldaten* (!) *der Waffen-SS mit einer besonderen Kollektivschuld zu beladen und sie mit den SS-KZ-Bewachungsmannschaften in einen Topf zu werfen*".

SS heute: An den Schaltstellen der Macht

Der SS-Orden hat seine Vertreter heute wieder in allen entscheidenden Positionen des Staatsapparates und der Gesellschaft. Eine beschränkte Auswahl neuester Beispiele müßte genügen:

- Dr. Ernst Nittner, ehem. Waffen-SS – 1950 Gründer der antikommunistischen klerikalen „Ackermann-Gemeinde"; 1973 Leiter des Lehrstabes an der **Lehrakademie der Bundeswehr in Hilden.** Nach Protesten der Öffentlichkeit wurde er aus dem Feuer gezogen. Im März 1975 aber hielt er in Hilden wieder einen Vortrag über „Auftrag der Bundeswehr im Wandel der Zeiten".
- Paul Wilhelm Felix Boullay, Mitglied von „Bandenbekämpfungs"-verbänden der SS im Kommandostab des „Reichsführers SS", Himmler – heute Brigadegeneral des BGS, Leiter sämtlicher **BGS-Schulen** im Raum Lübeck.
- Wolf v. Dreising, Oberkriegsverwaltungsrat in Belgien, Frankreich, Griechenland; Angehöriger der Waffen-SS; heute tätig in der Abteilung Verwaltungsrecht des Bundesinnenministeriums. Sollte im November '74 eventuell pensioniert werden.
- Kurt Lach, verantwortlicher Leiter der Ausbildung der Sondertruppen der SS, verantwortlich für das Massaker von Lidice, SS-Hauptsturmführer, Kriminalkommissar in Prag – heute Bundeskriminalrat im **Bundeskriminal-Amt.**
- Hans Czech, SS-Hauptsturmführer im SD. Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Massenerschießungen in Kattowice – heute ebenfalls tätig im **Bundeskriminal-Amt.**

Dienste hinüberretteten und heute als BND-Kader ihr Unwesen treiben,

- SS in der Justiz, Verwaltung, in den Universitäten usw.

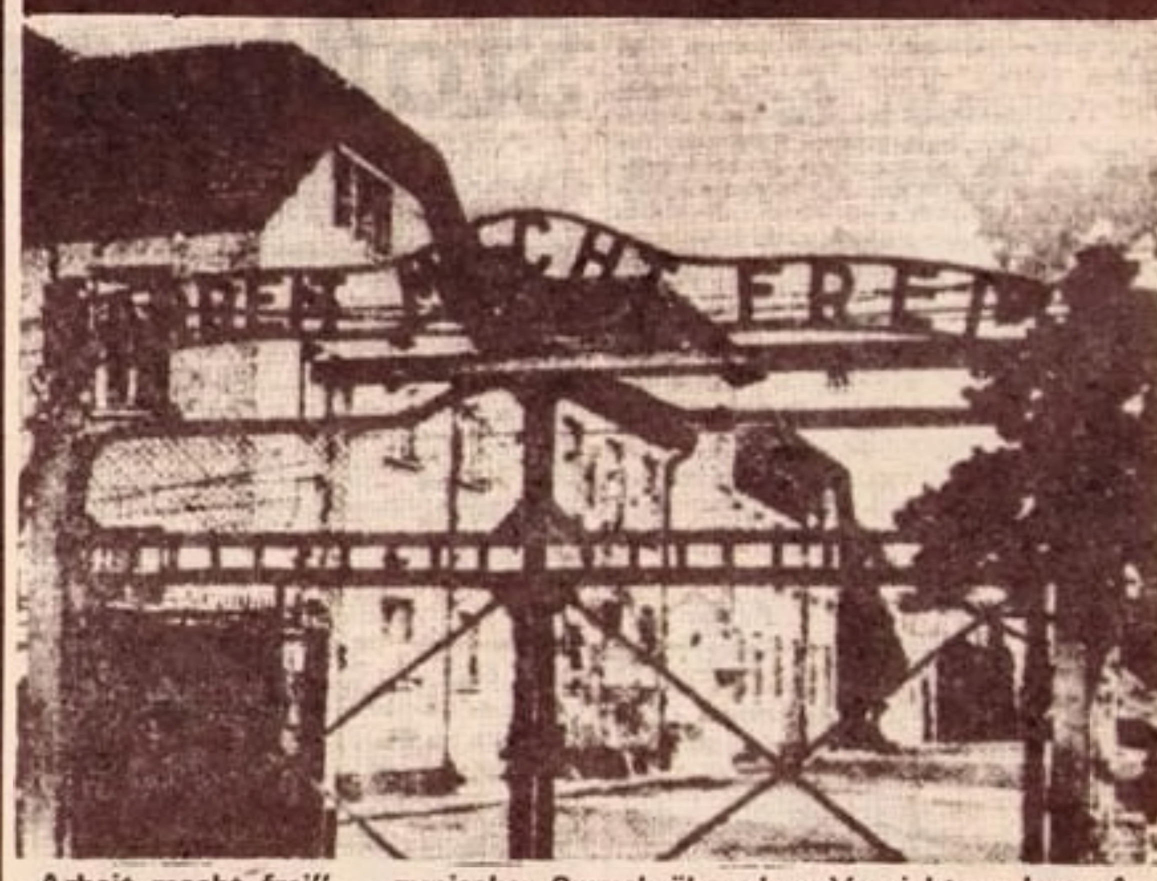
Zwillingsbruder der HIAG: der Witiko-Bund

Die Unterwanderung der Soldatenverbände und in der Folge des Staatsapparats seitens der SS-„Kameradschaften" wurde seit 1949 ergänzt durch die geheime Gründung des „Witiko-Bundes" als konspirativer faschistischer Führungskader der entstehenden „Landsmannschaften" und „Vertriebenen"verbände. Spezielles Ziel des Bundes ist noch heute die Unterwanderung politischer Parteien und des Staatsapparats. Sein Kern ging aus Mitarbeitern des faschistischen sudetendeutschen „Führers" Konrad Henlein hervor; seine Hauptstütze fand er zunächst in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft". Sein Netz war aber sehr schnell weiter gesponnen:

- Bundesvorsitzender Dr. Lange garantierte die Kooperation mit der HIAG. Er war Kompanieführer der Waffen-SS und Gebietsführer der HJ im „Sudetenland" – nach '45 wurde er FDP-Fraktionschef im Landtag von Nordrhein-Westfalen. 1970 wurde er Landesvorsitzender der „National-Liberalen-Aktion" (NLA), 1971 Mitbegründer der „Deutschen-Union", heute Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag von NRW.
- Ernst Anrich, SS-Untersturmbannführer, Reichsleitung des NS-Studentenbundes, Führer des NS-Dozentenbundes Baden – nach '45 Vorstandsmitglied des „Witikobundes"; Verfasser des NPD-Programms 1965, Mitglied des NPD-Vorstands.
- Siegfried Zoglmann, HJ-Beauftragter beim Reichsprotektor Böhmen-Mähren, engste Kontakte zu inneren SS-Kreisen – nach '45 in die FDP geschleust, dort Bundestagsabgeordneter; 1970 betrieb er die Abspaltung der NLA aus der FDP, übernahm in der NLA den Vorsitz; 1971 Geheimtreffen mit Strauß zur Gründung der „Deutschen Union", eine der Vorbereitungsgruppen für die „Vierte Partei".
- Herbert Böhme, Hauptschriftleiter in der Reichsleitung NSDAP, Mitglied des Kulturkreises der obersten SA-Führung u.a. –nach '45: „Witiko-Bund"; 1950 Gründer des NS- und SS-Kreisen nahestehenden „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes e.V."; 1961 Mitbegründer der ähnlich gelagerten „Gesellschaft für freie Publizistik e.V."; 1965 NPD-Mitglied; 1970 Mitinitiator der „Aktion Widerstand".

Zur Bundestagswahl 1965 z.B. kandidierten „Witiko"-Mitglieder für die CDU/CSU, für die FDP, für die NPD und AUD. Der Bund arbeitete auch im „Bund Heimatvertriebener und Entrechteter". Er hat heute insgesamt in diversen Organisationen und Parteien verstreut über 1.000 Mitglieder. Ihr Motto: „**Die freiwillige Bindung an unsere Gemeinschaft hat über jeder anderen Bindung zu stehen**".

„Helden"-Taten der Waffen-SS



„Arbeit macht frei" – zynischer Spruch über dem Vernichtungslager Auschwitz. SS-Männer waren die Mörder

KZ – Vernichtungslager

„Heckenholt – Stiftung" Belcec, zynisch nach dem „Erfinder" der Diesel – Abgas – Tötungsmethode benannt. Hier wurden pro Tag etwa 2.000 Menschen „geschafft". Besitz, Kleidung, Haar, Prothesen, Goldzähne wurden der „Weiterverwertung" zu Kriegszwecken zugeleitet. Das Lager war ein „Sonderkommando" der Waffen – SS.

Auschwitz: hier wurden 2,5 Millionen Menschen in den Gaskammern mit Zyklon B Gas erstickt. Rudolf Franz Höss, dreieinhalb Jahre Kommandant der Massenmorde, war Oberführer der Waffen – SS.

Die KZ – Ärzte Dr. Ellenbeck, Siegmund Rasche, Horst Schumann, die in Auschwitz, Buchenwald, Sachsenhausen bestialische Vivesektionen an Häftlingen durchführten, sind Sturmbannführer der Waffen – SS gewesen.

Für Massenvergasungen in Krankenhäusern und **Heilanstalten** ist Christian Wirth verantwortlich, Sturmbannführer der Waffen – SS.

Massenerschießungen und Deportationen

Ghetto von Riga und Massenliquidationen im Bickernicker Wald – verantwortlich Viktor Arreijs, Sturmbannführer der Waffen – SS.

Kiew: Ermordung von 60.000 Menschen, darunter 30.000 Juden des Kiewer Ghettos – verantwortlich Paul Blobel, Standartenführer der Waffen – SS.

für die Durchführung Herbert Kappler, Obergruppenführer der Waffen-SS.

Amsterdam, Erschießung von 270 Holländern, Deportation von 70.000 holländischen Juden – maßgeblich beteiligt Wilhelm Lages, Sturmbannführer der Waffen-SS.

Moskau: allein vom 6. bis 30.3.42 wurden im mittleren Frontabschnitt vor Moskau 3.539 Menschen umgebracht – verantwortlich Erich Naumann, als Brigadeführer der Waffen-SS Leiter der SD-Einsatzgruppe B.

Ebenfalls in der **UdSSR** ermordete die Einsatzgruppe D mindestens 90.000 Menschen – verantwortlich Otto Ohlendorf, Gruppenführer der Waffen-SS.

Außerdem die Massenmord-Aktionen unter Leitung Karl Haussers, Sepp Dietrichs, Kurt Meyers und anderer.

KZ- und Deportationsplanung

Kurt Daluege unterschrieb den Deportationsbefehl, der die gesetzliche Grundlage für die Vernichtung der Juden legte – er war Gruppenführer der Waffen-SS.

Heinrich Müller war als Chef des GeStaPo-Amtes IV an allen Stabsbesprechungen für die Massenmordaktionen der SS führend beteiligt – er war Obergruppenführer der Waffen-SS.

Oswald Pohl leitete das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS, d.h. die SS-KZ-Industrie und Verwaltung – er war Obergruppenführer der Waffen-SS.

● so führte die HIAG am 10./11.10. 1953 in den Räumen des erzbischhöflichen Ordinariats in Bamberg unter den Klängen einer BGS-Kapelle ein Treffen der süddeutschen Orts- und Kreisverbände durch, an dem erstmals auch „Freiwillige" anderer Länder Europas teilnahmen;
● so führte sie von 1953 bis 57 eine Unzahl örtlicher Treffen mit den übrigen im „Ring deutscher Soldatenverbände" organisierten Verbänden durch. In der Mehrzahl wurden diese Treffen im Einvernehmen mit lokalen Behörden durchgeführt, hielten Funktionäre aller Parteien und örtliche „Honoratioren" Grußansprachen usw.;
● so zog sie 1957 ein Bundestreffen in Karlburg ab, an dem über 2.500 Nazis aus der BRD und Gäste aus Dänemark, Österreich, Belgien, Holland, Frankreich, Schweiz und Italien (Süd-Tirol) teilnahmen;
● so sprach der freigelassene Massenmörder „Panzer-Meyer" 1958 anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein vor
tes und der Gesellschaft. Eine beschränkte Auswahl neuester Beispiele müßte genügen:
● Dr. Ernst Nittner, ehem. Waffen-SS – 1950 Gründer der antikommunistischen klerikalen „Ackermann-Gemeinde"; 1973 Leiter des Lehrstabes an der Lehrakademie der Bundeswehr in Hilden. Nach Protesten der Öffentlichkeit wurde er aus dem Feuer gezogen. Im März 1975 aber hielt er in Hilden wieder einen Vortrag über „Auftrag der Bundeswehr im Wandel der Zeiten".
● Paul Wilhelm Felix Boullay, Mitglied von „Bandenbekämpfungs"-verbänden der SS im Kommandostab des „Reichsführers SS", Himmler – heute Brigadegeneral des BGS, Leiter sämtlicher BGS-Schulen im Raum Lübeck.
● Wolf v. Dreising, Oberkriegsverwaltungsrat in Belgien, Frankreich, Griechenland; Angehöriger der Waffen-SS; heute tätig in der Abteilung Verwaltungsrecht des Bundesinnenministeriums. Sollte im November '74 eventuell pensioniert werden.
führer, Reichsleitung des NS-Studentenbundes, Führer des NS-Dozentenbundes Baden – nach '45 Vorstandsmitglied des „Witikobundes"; Verfasser des NPD-Programms 1965, Mitglied des NPD-Vorstands.
● Siegfried Zoglmann, HJ-Beauftragter beim Reichsprotektor Böhmen-Mähren, engste Kontakte zu inneren SS-Kreisen – nach '45 in die FDP geschleust, dort Bundestagsabgeordneter; 1970 betrieb er die Abspaltung der NLA aus der FDP, übernahm in der NLA den Vorsitz; 1971 Geheimtreffen mit Strauß zur Gründung der „Deutschen Union", eine der Vorbereitungsgruppen für die „Vierte Partei".
● Herbert Böhme, Hauptschriftleiter in der Reichsleitung NSDAP, Mitglied des Kulturkreises der obersten SA-Führung u.a. –nach '45: „Witiko-Bund"; 1950 Gründer des NS- und SS-Kreisen nahestehenden „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes e.V."; 1961 Mitbegründer der ähnlich gelagerten „Gesellschaft für freie Publizistik e.V."; 1965 NPD-Mitglied; 1970 Mitinitiator der „Aktion
„Heckenholt – Stiftung" Belcec, zynisch nach dem „Erfinder" der Diesel – Abgas – Tötungsmethode benannt. Hier wurden pro Tag etwa 2.000 Menschen „geschafft". Besitz, Kleidung, Haar, Prothesen, Goldzähne wurden der „Weiterverwertung" zu Kriegszwecken zugeleitet. Das Lager war ein „Sonderkommando" der Waffen – SS.
Auschwitz: hier wurden 2,5 Millionen Menschen in den Gaskammern mit Zyklon B Gas erstickt. Rudolf Franz Höss, dreieinhalb Jahre Kommandant der Massenmorde, war Oberführer der Waffen – SS.
Die KZ – Ärzte Dr. Ellenbeck, Siegmund Rasche, Horst Schumann, die in Auschwitz, Buchenwald, Sachsenhausen bestialische Vivesektionen an Häftlingen durchführten, sind Sturmbannführer der Waffen – SS gewesen.
Für Massenvergasungen in Krankenhäusern und Heilanstalten ist Christian Wirth verantwortlich, Sturmbannführer der Waffen – SS.
Massenerschießungen und Deportationen
Ghetto von Riga und Massenliquidationen im Bickernicker Wald – verantwortlich Viktor Arreijs, Sturmbannführer der Waffen – SS.
Kiew: Ermordung von 60.000 Menschen, darunter 30.000 Juden des Kiewer Ghettos – verantwortlich Paul Blobel, Standartenführer der Waffen – SS.
SS.
Amsterdam, Erschießung von 270 Holländern, Deportation von 70.000 holländischen Juden – maßgeblich beteiligt Wilhelm Lages, Sturmbannführer der Waffen-SS.
Moskau: allein vom 6. bis 30.3.42 wurden im mittleren Frontabschnitt vor Moskau 3.539 Menschen umgebracht – verantwortlich Erich Naumann, als Brigadeführer der Waffen-SS Leiter der SD-Einsatzgruppe B.
Ebenfalls in der UdSSR ermordete die Einsatzgruppe D mindestens 90.000 Menschen – verantwortlich Otto Ohlendorf, Gruppenführer der Waffen-SS.
Außerdem die Massenmord-Aktionen unter Leitung Karl Haussers, Sepp Dietrichs, Kurt Meyers und anderer.
KZ- und Deportationsplanung
Kurt Daluege unterschrieb den Deportationsbefehl, der die gesetzliche Grundlage für die Vernichtung der Juden legte – er war Gruppenführer der Waffen-SS.
Heinrich Müller war als Chef des GeStaPo-Amtes IV an allen Stabsbesprechungen für die Massenmordaktionen der SS führend beteiligt – er war Obergruppenführer der Waffen-SS.
Oswald Pohl leitete das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS, d.h. die SS-KZ-Industrie und Verwaltung – er war Obergruppenführer der Waffen-SS.

Bialystock (Polen), Massenerschießungen von Zivil – Bevölkerung als „Vergeltung" und zur „Befriedung" – verantwortlich Gustav Friedel, Sturmbannführer der Waffen-SS.

Kamenetz-Podolsk (Ungarn), und anderswo „Ausrottung" von Juden, insgesamt ca. 50.000 – verantwortlich Franz Jäckel, Obergruppenführer der Waffen-SS.

Rom 1944, auf Befehl von Feldmarschall Kesselring werden 335 Geiseln erschossen – verantwortlich

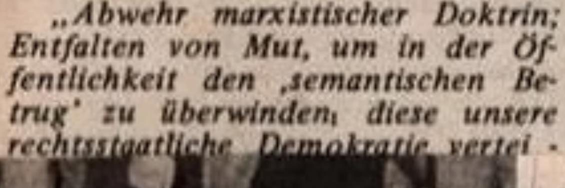
Dr. Otto Thilo war leitend bei der Auswahl der für die Gaskammern von Auschwitz bestimmten Opfer – er war Hauptsturmführer der Waffen-SS.

Dr. Leonardo Conti ist als Reichsärzteführer einer der Hauptverantwortlichen des „Euthanasieprogramms" – er war Gruppenführer der Waffen-SS.

Diese Angaben sind unvollständig. Sie beweisen jedoch eindeutig, daß die Waffen-SS eine Mörder-Organisation und nicht „einfache Grauröcke" waren. ●

nen!

Jetzt scheinen neue Bemühungen unter ihnen im Gange, eine gemeinsame Plattform für eine erneute ideologische und politische Offensive zustandezubringen. Ein Ausdruck dafür ist die breite Kampagne zum 30. Jahrestag der Kapitulation, in die sich neben diversen HIAG- und Soldatentreffen auch erhöhte Aktivitäten der „Landsmannschaften" über und nach Pfingsten einreihen. Ein weiterer Ausdruck sind die verstärkten Auftritte des Faschisten Frey und der NPD auf gemeinsamen Veranstaltungen. So bei einer kürzlich in Hamburg durchgeführten NPD-Kundgebung im Congress-Centrum, wo Frey das Hauptreferat „**Stoppt den Roten Terror**" hielt; so auf der Mai-Kundgebung der NPD in Saarbrücken. Auch die militanten Hakenkreuz-Nazis vom Schlage Christophersens, Röders, Schönborns u. a. scheinen zunehmen koordiniert vorzugehen. Noch aber ist unter den Faschisten unklar, welchen Weg sie mit Blick auf das Wahljahr 1976 einschlagen sollen. Werden sie eine neue Aktionsplattform à la „Aktion Widerstand" zustandebringen?



„Abwehr marxistischer Doktrin; Entfalten von Mut, um in der Öffentlichkeit den ‚semantischen Betrug' zu überwinden, diese unsere rechtsstaatliche Demokratie vertei-



„Suchdienst-Treffens". Die Bundesbahn gewährte Fahrpreisermäßigungen. Redner waren die Massenmörder Josef Dietrich und Kurt Meyer. Meyer rief den versammelten Nazis zu: „*Wir waren ohne Zweifel, daß unser Tun gut und anständig, sauber und nötig sei. Und je größer die Not, desto heißer der so notwendige Hoffnungsglaube, wir könnten durch all die sichtbaren Menschenwunder in unseren Reihen und vor unserem Gewissen doch noch das Chaos verhindern! ... Wir stehen nicht an einem Hintertürchen nicht an je-*

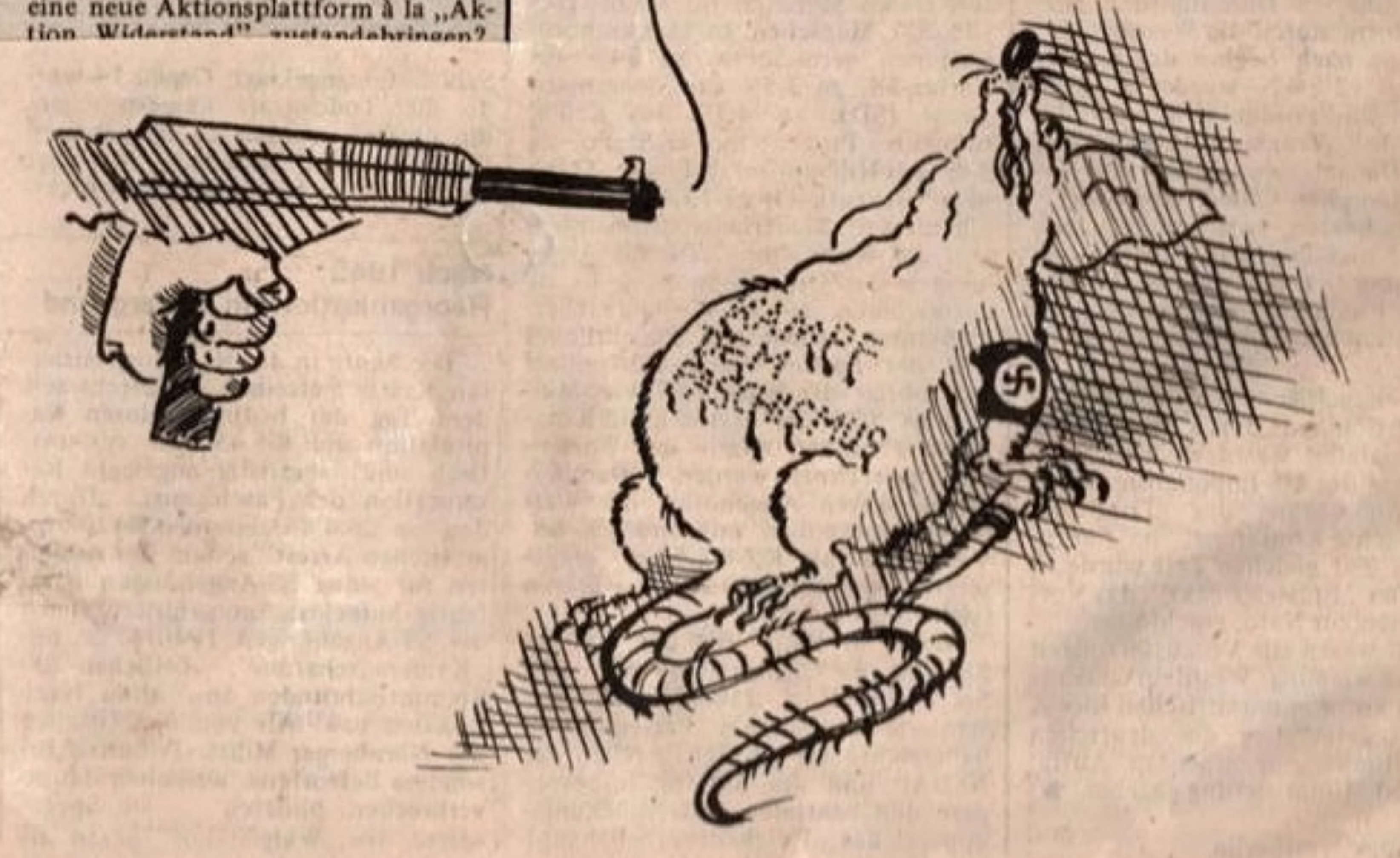
allem in kleineren Städten aktive Provokationen und Terror gegen die Linken verüben. Ihre Führer sind u.a. J. Rieger, der 1969 auf einer Ju-

Position in Porsche-Werken, Mitarbeiter an der Bad Harzburger „**Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft**", Agent des BND.

- Reinhard Höhn, einer der engsten Mitarbeiter Himmlers, Abteilungsleiter im SD-Hauptamt. SS-Brigadeführer und Generalleutnant der Waffen-SS – nach '45 Präsident der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" in Bad Harzburg.
- Hans Martin Schleyer, Mitglied der SS, 1938 Leiter des Reichsstudentenwerks in Innsbruck, dann in Prag. Bis 1945 als SS-Führer Leiter des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren" – heute Mitglied des Vorstandes der Daimler Benz AG und **Präsident des BDA.**

Weiter wären zu nennen:

- die nach wie vor an den Schalthebeln der Macht sitzenden Mitglieder des „Himmler-Freundeskreises" aus Industrie und Verwaltung,
- die zahlreichen Angehörigen der Gehlen-Organisation, die sich aus ihrer SS/SD-Tätigkeit nahtlos in US-



Neo-Nazis unter dem Vorwand des



„Suchdienst-Treffens“. Die Bundesbahn gewährte Fahrpreisermäßigungen. Redner waren die Massenmörder Josef Dietrich und Kurt Meyer. Meyer rief den versammelten Nazis zu: *„Wir waren ohne Zweifel, daß unser Tun gut und anständig, sauber und nötig sei. Und je größer die Not, desto heißer der so notwendige Hoffnungsglaube, wir könnten durch all die sichtbaren Menschenwunder in unseren Reihen und vor unserem Gewissen doch noch das Chaos verhindern! ... Wir stehen nicht an einem Hintertürchen nicht an je-*

schiebungen in Kattowice – heute ebenfalls tätig im **Bundeskriminal-Amt.**

- Waldemar Kolter, SS-Hauptsturmführer. Auch gegen ihn laufen Ermittlungen wegen Massenmordes in Kattowice – heute Abteilungsleiter im Landeskriminalamt Wiesbaden.
- Opitz, Hamburg, Mitglied des SD im besetzten Oslo – nach '45 Aufbau des **Landesamtes für Verfassungsschutz** in Hamburg.
- Franz A. Six, SS-Oberführer, 1935 Chef des Amtes II im Sicherheits-Hauptamt des „Reichsführers SS“, später tätig im Reichssicherheits-Hauptamt selbst; 1941 Leiter des „Vorkommandos Moskau“ – nach '45 zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1951 begnadigt, jetzt höhere Position in Porsche-Werken, Mitarbeiter an der Bad Harzburger „**Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft**“, Agent des BND.
- Reinhard Höhn, einer der engsten Mitarbeiter Himmlers, Abteilungsleiter im SD-Hauptamt. SS-Brigadeführer und Generalleutnant der Waffen-SS – nach '45 Präsident der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft“ in Bad Harzburg.
- Hans Martin Schleyer, Mitglied der SS, 1938 Leiter des Reichsstudentenwerks in Innsbruck, dann in Prag. Bis 1945 als SS-Führer Leiter des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren“ – heute Mitglied des Vorstandes der Daimler Benz AG und **Präsident des BDA.**

Weiter wären zu nennen:

- die nach wie vor an den Schalthebeln der Macht sitzenden Mitglieder des „Himmler-Freundeskreises“ aus Industrie und Verwaltung,
- die zahlreichen Angehörigen der Gehlen-Organisation, die sich aus ihrer SS/SD-Tätigkeit nahtlos in US-

sere Gemeinschaft hat über jeder anderen Bindung zu stehen“.

Der Bund entfaltete seine Aktivitäten in drei großen revanchistischen Dachorganisationen: „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV), „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ mit den „Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands“ (VLM) und „Arbeitsgemeinschaft der West- und Überseevertriebenen“. Über das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“, das „Bundesaus-

FORTSETZUNG SEITE 35

des Kiewer Ghettos – verantwortlich Paul Blobel, Standartenführer der Waffen – SS.

Bialystock (Polen), Massenerschießungen von Zivil – Bevölkerung als „Vergeltung“ und zur „Befriedung“ – verantwortlich Gustav Friedel, Sturmbannführer der Waffen-SS.

Kamenetz-Podolsk (Ungarn), und anderswo „Ausrottung“ von Juden, insgesamt ca. 50.000 – verantwortlich Franz Jäckel, Obergruppenführer der Waffen-SS.

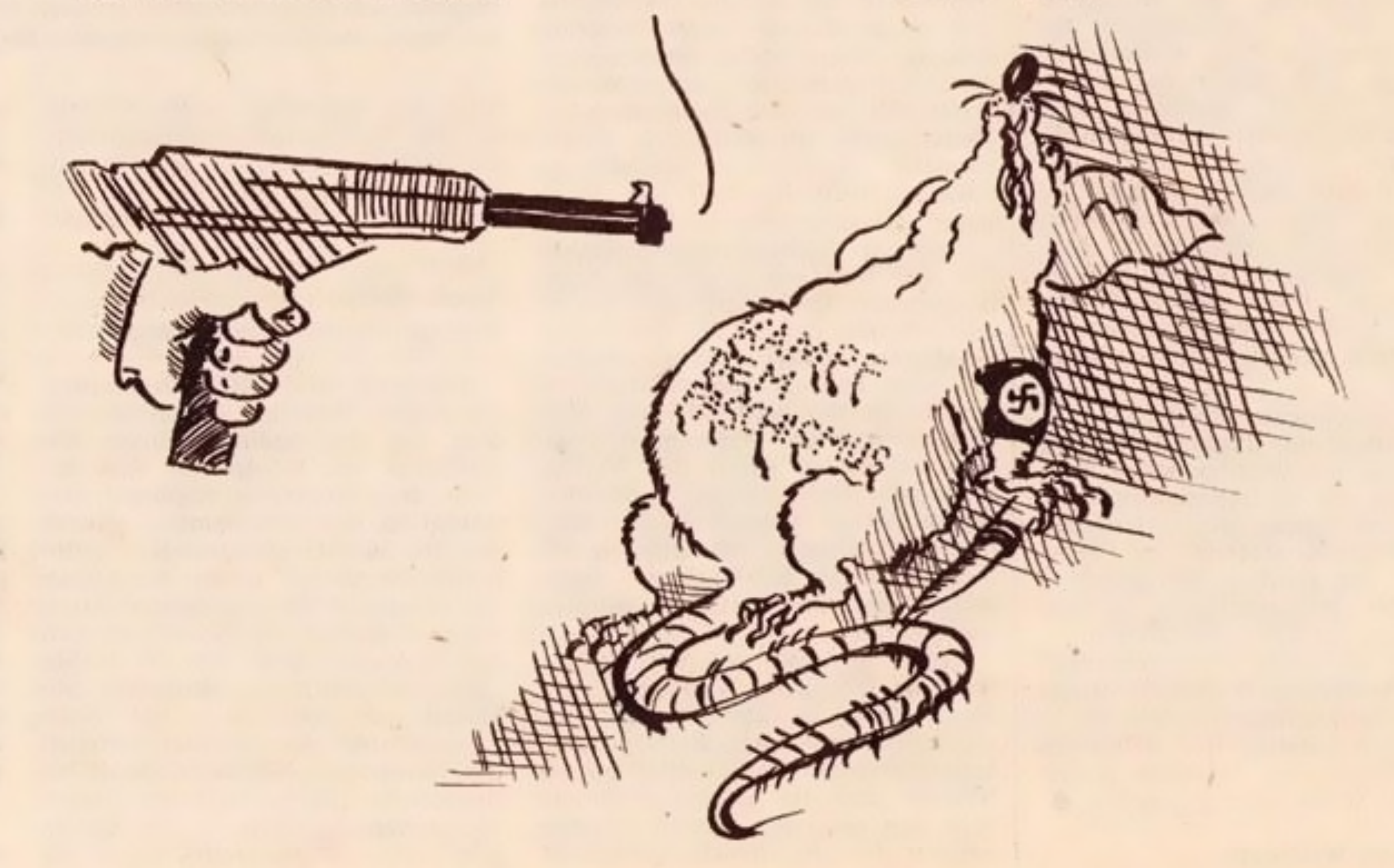
Rom 1944, auf Befehl von Feldmarschall Kesselring werden 335 Geiseln erschossen – verantwortlich

tung – er war Obergruppenführer der Waffen-SS.

Dr. Otto Thilo war leitend bei der Auswahl der für die Gaskammern von Auschwitz bestimmten Opfer – er war Hauptsturmführer der Waffen-SS.

Dr. Leonardo Conti ist als Reichsärzteführer einer der Hauptverantwortlichen des „Euthanasieprogramms“ – er war Gruppenführer der Waffen-SS.

Diese Angaben sind unvollständig. Sie beweisen jedoch eindeutig, daß die Waffen-SS eine Mörder-Organisation und nicht „einfache Grauröcke“ waren. ●



„Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“

Der „Stahlhelm“ wurde 1918 durch den Reservehauptmann Franz Seldte als *„Urzelle des Widerstands gegen Selbstaufgabe, Volkszerstörung und Sklavengesinnung“* gegründet. 1931 ging er zusammen mit der NSDAP und der „Deutschnationalen Volkspartei“ in der „Harzburger Front“ ein Bündnis zum Sturz der Republik ein. Nach Erreichung dieses Ziels löste Hitler 1935 den „Stahlhelm“ als eigenständige Organisation auf. Seine Mannschaften wurden in die SA und z. T. in die Waffen-SS überführt. Als „Hilfspolizei“ übten die „Stahlhelmer“ gefürchtete Zutreiberdienste für SD und GeStaPo aus.

Am 24.2.51, zunächst geheim, wurde der „Stahlhelm“ neu gegründet, Führung: Feldmarschall Kesselring. Das Programm des „Stahlhelm“:

„Niemals geteilter Friede – Niemals geteilte Freiheit – Niemals geteiltes Deutschland – Niemals geteiltes Europa!“

Heute tritt der „Stahlhelm“ als „Kampfbund für Europa“ auf. In der Zeitschrift „MUT“ wirbt er unter der Parole: *„Stahlhelm – der harte Kern ... Deutschland muß leben!“*

In seiner Zeitschrift „Der Frontsoldat“, Aufl. ca. 10.000, rühmte sich der „Stahlhelm“, daß er es war, *„... der ... den Spartacusaufstand zum Stehen brachte“.* 1958 führte er gemeinsam mit der „Deutschen Partei“ ein Treffen in Westberlin durch, an dem auch Angehörige der berüchtigten Garde-Schützendivision teilnahmen, aus der die Mörder K. Liebknechts und R. Luxemburgs stammten.



Obernazis: Hitler, Himmler

Charakteristisch für die Arbeitsweise des „Stahlhelm“ ist die Gründung eines Ortsvereins in Bergzabern am 10.1.1966. Vorsitzender der Gruppe wurde H. J. Benitz, Feldwebel der Bundeswehr; Schriftführer: H. Preis, Oberfeldwebel der Bundeswehr; Kassenwart: W. Betzstein, Oberfeldwebel der Bundeswehr; Sportwart: Reinhard, Feldwebel der Bundeswehr. Als

FORTSETZUNG VON SEITE 34

gleichsamt“ und das „Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“ hatten die Faschisten sich damit eine weitere Bastion für die Durchsetzung ihrer revanchistischen Eroberungspläne geschaffen.

„Entnazifizierungsgeschädigte...“

Durch tausende gemeinsamer Verbrechen miteinander verbunden entwickelte sich zwischen SS-Verbänden und „Witiko“-Bund der „Bundesverband der Internierten und Entnazifizierungsgeschädigten“. Sofort nach seiner Gründung 1949 hatte er über 10.000 Mitglieder. An Veranstaltungen dieses Bundes nahmen 1958 z.B. der bayrische Finanzminister Eberhard, außerdem Fraktionsvorsitzende der CSU und FDP, sowie ein offizieller Vertreter des BHE teil. 1959 mußte der Verband auf Druck der Öffentlichkeit „verboten“ werden; er benannte sich um in „Kampfbund für Freiheit und Recht“. 1966 begab sich der Kampfbund unter die Fittiche der NPD. Sein Sprachrohr wurde die von NPD-Vorstandsmitglied Adolf v. Thadden und dem langjährigen Chefredakteur der HIAG, Erich Kern (meyr) herausgegebene „Deutsche Wochen-Zeitung“. Im Windschatten dieses Unternehmens segeln heute die Aktivitäten der antisemitischen „Deutschen Bürgerinitiative“ des Nazi-Anwalts Manfred Röder, der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess“, in der sich Leute wie der Provokateur Berthold Rubin, Ewald Bucher (ehem. Bundesjustizminister, CDU) u.a.m. tummeln. Hierhin gehört auch die heute immer noch nicht ausgestorbene Ludendorff-Clique, die sich heute als verbotene „Ludendorff-Bewegung“ unter der Tarnung eines Verlags „Hohe Warte“, als Zeitschrift „Heile Welt“ unter Tarnnamen wie „Antikommunistischer Verband deutscher Studenten“ u.ä. für die Aufhebung des „Kriegsunrechts“ u.ä. einsetzt. Ein besonders ekelhafter Ableger dieser Klerikal-Faschisten ist die „Salem-Bruderschaft“ mit ihrer „Salem-Stiftung“. Hier handelt es sich offensichtlich um ein Nest von Nazi-Medizinern. Unter der schleimigen Maske „Barmherzigkeit“ fordern sie die Freilassung des Kriegsverbrechers Herbert Kappler aus italienischer Haft. Kappler war als Offizier der Waffen-SS verantwortlich für die bestialische Abschlachtung von über 300 Geiseln in Rom 1944. Begründung für die Forderung nach Freilassung: *„Seine Erfindungen für spastisch gelähmte Kinder sind großartig. Der Mann muß frei sein, damit er noch viel, viel mehr für die Gelähmten leisten kann!“* – Hess und Kappler-Kampagnen wurden selbstverständlich direkt von der HIAG, „Stahlhelm“ und anderen Traditionsverbänden mitgetragen!

Propagandazentralen der Faschisten:
1. Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes e.V.

Mit der Gründung des DKEG am 1.5.1950 schufen sich die SS-Ideologen und sonstigen Nazi-Verbrecher noch aus der Halbilegalität heraus ein erstes Propagandazentrum. Gründer war Herbert Böhme, Vorstandsmitglied des „Witiko“-Bundes. Erklärtes Ziel war die „Neubildung volkshaften

in der „Aktion Widerstand“.

Bei Gründung des DKEG hatte der „Stifterverband der deutschen Industrie“ mit 100.000 DM Startkapital nachgeholfen. Das Finanzamt Bayern half dann weiter, indem es das faschistische Propagandazentrum großzügig als **„besonders förderungswürdig und gemeinnützigen Zwecken dienend“** einstufte. Inzwischen ist Herbert Böhme gestorben. Sein Nachfolger wurde im Oktober 1972 Karl Günter Stempel, Richter am bayerischen Obersten Landesgericht. Nach Protesten mußte Stempel Mitte '73 den Vorsitz des DKEG niederlegen, um der Justiz einen Nazi-Richter zu erhalten.

Das DKEG ist heute Organisator der täglichen faschistischen Propagandaarbeit in Soldaten- und Vertriebenenverbänden, besonders außerhalb der Großstädte. Örtliche HIAG-,„Stahlhelm“- oder ähnliche Treffen finden zumeist zusammen mit dem DKEG statt. Für neue pro-faschistische Sammlungsbewegungen dürfte sie entscheidende Hebelfunktionen haben. Ihre Aktivitäten müssen deshalb besonders scharf beobachtet werden.

2. Gesellschaft für freie Publizistik e.V.

Am 29.6.1961 wurde durch eine 3. Novelle zum Gesetz nach Art. 131 GG die Möglichkeit geschaffen, allen Angehörigen der Waffen-SS und ihren Hinterbliebenen an Stelle der üblichen Versorgungsrenten (für Wehrmachtsangehörige) sog. Unterhaltsbeiträge zu zahlen. Damit war die Gleichstellung von Soldaten und SS faktisch vollzogen. Entsprechend ihrer angeblichen Aufgabenbestimmung als reine

u.a. behauptet, Goebbels sei über die „Kristallnacht“ (antisemitische Pogrome vor allem durch die SA) tödlich erschrocken gewesen und habe sich bemüht, mit allen Kräften zu bremsen. Von den Judenvernichtungen in Auschwitz habe nicht einmal Hitler gewußt ... usw.usf.

Sündermann ist Leiter des rechtsradikalen Druffel-Verlags und Teilhaber des Verlags „Nation Europa“, über den wichtige Kontakte zum internationalen Faschismus laufen!

Weiter gründete mit: Karl Mages, Gaukulturwart der NSDAP Saarpfalz, dann Intendant des Reichssenders Wien und Saarbrücken – nach '45 Chef vom Dienst der „Deutschen National (und Soldaten) Zeitung“, Herausgeber und Chefredakteur Gerhard Frey. (Die Frey-Zeitung wird in der Druckerei Kapfinger hergestellt; Kapfinger ist Duz-Freund von Strauß und fiel 1961/62 als Kumpan des „Verteidigungs“ministers im FIBAG-Bestechungsskandal unangenehm auf).

Unter weiteren ca. 100 Gründungsteilnehmern befand sich auch Kurt Ziesel, späterer Geschäftsführer der „Deutschlandstiftung e.V.“; Emil Franzel, Leitartikler des Strauß'schen „Bayern-Kurier“ und der „Vertriebenen“-Verbands-Presse; Herbert Böhme, Vorstand des DKEG; David Hoggan, Nazi-Professor aus den USA (Verfasser pseudo-„wissenschaftlicher“ Schriften, in denen die faschistische Kriegsschuld bestritten wird); Theodor Oberländer, ehem. „Vertriebenen“minister der CDU, der schließlich wegen seiner NS-Vergangenheit zurücktreten mußte; Hjalmar Schacht, Hitlers Finanzberater, und noch eine Stange mehr oder weniger bekannter Alt- und Neu-Faschisten.

Süd-West“ (NPD); schließlich noch Alfred Manke, Redakteur der faschistischen Zeitschrift „Mut“, Hauptorganisator der „Aktion Widerstand“ 1970.

Auf der Jahrestagung durfte natürlich auch Prof. Berthold Rubin nicht fehlen, selbst ehemaliger SS-Angehöriger, Strauß-Intimus, 1970 Gründer der „CSU-Freundeskreise“; 1. Vorsitzender der „Vereinigung 17. Juni“ u.a.m. (Der 2. Vorsitzende der „Vereinigung 17. Juni“ und Rubins Komplize bei dessen 1971 als RAF-Aktion ausgegebener Selbst„entführung“, Manfred Plöckinger, steckt heute in der Führung des „Bund Freies Deutschland“ in Westberlin!).

Die GfP verlieh ähnlich dem DKEG hochdotierte „Ullrich von Hutten-Preise“. Den Preis 1973 erhielt z.B. Anneliese v. Ribbentrop, die in Schriften gegen die „Kriegsschuldlüge“ ankämpft und die Schuld am Krieg dem deutschen Widerstand (!) gibt. Förderpreise erhielten Bernhard Wintcek für die hervorragende Demagogie der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Mut“; Peter Dehoust für die Schriftleitung von „Nation Europa“ und die Mitherausgabe des pro-faschistischen „Deutschen Studentenanzeiger“; Alfred Manke für seine Leistungen bei der Organisierung der „Aktion Widerstand“.

Die GfP ist wie das DKEG als „gemeinnützig“ (!!) anerkannt und dürfte, gestützt durch die Zusammenführung der mehr als hundert rechtsradikalen Verlage und die dahinter stehenden Spender über eine reichliche Kapitaldecke verfügen. Zwar ist der Seewald-Verlag z.B. nicht direkt in der GfP vertreten, annonciert jedoch in „Buchdienst Nation Europa“. Eine weitere



Hitlers „Leibstandarte“

der Bundeswehr; Sportwart: Reinhard, Feldwebel der Bundeswehr. Als Gäste waren Bundeswehrhauptmann Voit und der „Alt-Stahlhelmer" und ehemalige Angehörige der Waffen-SS Lämmel anwesend. Hauptredner Lämmel eröffnete die Versammlung mit dem Bekenntnis: „Ich bin ein alter Nationalsozialist". Man feierte den Nationalsozialismus als „große geschichtliche Tat" usw.

Die Geschichte wirbelte etwas Staub auf, wurde aber schnell ins Dunkle abgedrängt. Bergzabern ist aber kein Einzelfall. Der „Stahlhelm" unterhält heute ca. 80 Ortsgruppen, vornehmlich in den über 400 kleineren Garnisonsstädten der BRD. **„Ein Drittel aller Mitglieder sind Aktive oder Reservisten der Bundeswehr"** (Graubuch, S. 378).

Darüber hinaus unterhält der „Stahlhelm" einen „Stahlhelm-Frauenbund" und einen „Jungstahlhelm", die sich beide über „Kulturabende" in den „Pflegstätten" des DKEG, über militaristische Zeltlager etc. intensiv um *„Sammlung aller national und soldatisch denkenden Menschen"*, *„die in dieser Zeit des nationalen Niedergangs nicht aufgeben"*, bemühen. Hauptreferenten sind wieder einmal Frey, Erich Kern(meyr) und ähnliche. Seit Mai 1973 beteiligt sich der „Stahlhelm" an einem Zusammenschluß „Vereinigte Freiheitliche" unter Führung von Frey (gebildet 1972). Dazu gehören auch „Deutsche Volksunion", AKON, „Jugendbund Adler" und „Wiking Jugend" sowie andere dem „Arbeitskreis volkstreuer Verbände" (AVV) des DKEG angeschlossene Vereinigungen. ●

war Herbert Böhme, Vorstandsmitglied des „Witiko"-Bundes. Erklärtes Ziel war die „Neubildung volkshaften Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins". Bereits kurz nach der Gründung entfaltete das DKEG in 60 bis 70 „Pflegestätten" eine praktische Propaganda-Arbeit an der „Basis", in Landkreisen, Provinzgarnisonen usw. Systematisch wurde begonnen, in den rückständigeren Kreisen der Bevölkerung Fuß zu fassen, um von dort aus das antifaschistische Bewußtsein der Arbeiterschaft und des fortschrittlichen Kleinbürgertums, sowie der liberalen Bourgeoisie zurückzukämpfen. Im Winter 53/54 nahmen an den „Kulturabenden" der DKEG bereits 15.864 Personen teil, 30.000 waren es 1955 im Laufe des Jahres. Ab Oktober 1961 veranstaltete das DKEG jährliche „Erntefeste deutschen Geistes", wo Preise bis zu 10.000 DM verliehen wurden.

1965 ging aus der DKEG eine „Akademie deutscher Kultur" und ein „Arbeitskreis volkstreuer Verbände" (AVV), Vorsitz Alfred Manke, hervor. Der AVV war politischer Ausdruck erfolgreicher Propaganda-Arbeit der Faschisten. Ihm gehörten u.a. an: die „Aktion Oder Neiße" (AKON), „Bund der Notgemeinschaft ehemaliger RAD-Angehöriger", „Bund heimattreuer Jugend", „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten", „Deutsche Gemeinschaft" (DG), „Deutsche Reichspartei" (DRP), „Deutscher Club", „Deutscher Soldaten-und Kriegerbund", „Die Kameradschaft" und „Freunde des guten Films". Der AVV trug 1970 die praktische Initiative zur Bildung der faschistischen Schlägertruppen nach dem Vorbild der SA

Hitlers „Leibstandarte"

„Hilfsgemeinschaft" hätte die HIAG sich jetzt auflösen und die weitere Erledigung noch anstehender versorgungsrechtlicher Regelungen u.ä. ihrem „Sozialwerk K. Hausser e.V." überlassen können. Aber im Gegenteil: Bereits am 20.9.1960 war die SS-Garde in die propagandistische Offensive gegangen, um den von der Ludwigsburger Zentrale für die Aufklärung von NS-Verbrechen eingeleiteten Ermittlungen zu begegnen. Sie gründete die GfP als Erweiterung der DKEG. Aufgabe der GfP war die politisch-ideologische Orientierung auf die neofaschistische Revision des Geschichtsbilds, die Herausbildung gemeinsamer politischer Zielvorstellungen der Alt-Nazis mit Vertretern der „Neuen Rechten" und vor allem die zentrale Organisation des faschistischen Verlagswesens im nationalen Rahmen, sowie die Pflege internationaler Kontakte.

Als Gründer traten in Erscheinung: Der bekannte Erich Kern(meyr), ausserdem Peter Kleist, SS-Sturmbannführer, Träger des „Ehrendegens" und „Totenkopfringes" des „Reichsführers SS", Abteilungsleiter im „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete" – nach '45 Redakteur bei „Deutsche Wochen-Zeitung" (Thadden) und „Deutsche Nachrichten" (NPD).

Weiter Helmut Sündermann, stellvertretender Reichspressechef unter Goebbels, Redakteur des „Völkischen Beobachter", SS-Obersturmbannführer; Autor des Buches „Das dritte Reich – eine Richtigstellung", wo er

Besonders repräsentiert waren die faschistischen Verlage wie Plesse-Verlag, „Nation Europa", Schütz-Verlag u.ä..Den Vorsitz der GfP führten 1962 zunächst die Verleger K. Vowinckel und F. Schneider. In der Jahreshauptversammlung 1973 wurde der Vorstand neu bestellt. Es gehören ihm jetzt an: Gerd Sudholt als 1. Vorsitzender, Druffel Verlag; 2. Vorsitzende ist Holle Grimm, Tochter des Nazi-Autors Hans Grimm; weitere Vorstandsmitglieder sind u.a. Heinrich Härtle, DKEG; Peter Straßner, Schriftleitung des HIAG-Organs „Der Freiwillige", Autor der Hetzschrift „Verräter – ‚Nationalkomitee Freies Deutschland' – Keimzelle der ‚DDR' ", im Schild-Verlag erschienen. Im Schild-Verlag erscheint auch regelmäßig der „Deutsche Soldatenkalender", der zu den übelsten Verherrlichungen der faschistischen Kriegs- und Nazi-Greuel gehört.

Im Vorstandsbeirat der GfP sitzen: Waldemar Schütz, Hauptsturmführer der Waffen-SS, – nach '45 Funktionär der HIAG, Inhaber des Schütz-Verlags, der hauptsächlich Schmierereien zur Rechtfertigung und Verherrlichung der SS herausbringt, Leiter des Reichsruf-Verlags, sowie des National-Verlags und Mitbegründer des Plesse-Verlags, Mitglied des NPD-Parteivorstandes. Weiter im Beirat: Erich Kern(meyr) und Dr. Rolf Kosiek. Kosiek ist führender NPD-Funktionär und trotzdem Hochschullehrer in Baden-Württemberg; u.a. organisierte er ein „Biopolitisches Seminar" (!) im März '75 als Leiter des „Arbeitskreis

Quelle benannte der „Spiegel" 50/70: *„5,6 Millionen Mark will das Bundesministerium des Innern im nächsten Jahr an die rechte APO verteilen. In vertraulichen Sitzungen des Bundestags-Haushaltsausschusses präsentieren die Vertreter des FDP-Ministers Hans Dietrich Genscher eine Liste von empfangsberechtigten Exil- und Flüchtlingsorganisationen – darunter auch der rechtsradikale Witikobund. 65.000 DM mehr als im Vorjahr will die Bundesregierung zur Unterstützung antikommunistischer Exilgruppen aus ganz Osteuropa ausgeben. Die Flüchtlingsverbände, die in Widerstands-Kundgebungen die Bundesregierung mit Parolen wie ‚Fegt ihn weg, den roten Dreck!' beschimpfen, sollen 1971 für ‚kulturelle Bestrebungen' insgesamt 366.000 DM mehr erhalten als im letzten Amtsjahr des CDU-Kanzlers Kiesinger: Darunter der Bund der Vertriebenen 150.000 DM; Ost- und mitteldeutsche Landsmannschaften 100.000 DM; Witikobund 8.000 DM; Ostdeutscher Kulturrat 425.000 DM; Vertriebenen-Bühnen 90.000 DM; Jugendverbände der Vertriebenen 70.000 DM ..."*. Dieser Geldsegen der Bundesregierung verteilt sich letztlich unkontrollierbar über die diversen Verbände, Gemeinschaften, Kulturgruppen usw. Die Zahl und die Höhe der hierfür angesetzten Haushaltstitel ist unüberschaubar!

FORTSETZUNG SEITE 36·

Die Abkommen der Anti-Hitler-Koalition

a

Auf den beiden Konferenzen der Kriegsgegner Hitler-Deutschlands in Jalta (Februar 1945) und Potsdam (August 1945) wurden grundsätzliche Übereinkünfte über das Nachkriegsdeutschland erzielt: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, industrielle Abrüstung und eine Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft *„mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle*

hergestellt sein muß, ehe das deutsche Volk seine Meinung frei äußern kann. Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern können, . . . dann wird sich die Frage (der Sozialisierung – d. Verf.) *dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen*

Behinderung der politischen Betätigung für Kommunisten ..

Das westliche allierte Oberkommando hatte in seinen Besatzungszonen von Ende April bis September jede politische Betätigung verboten, was vor allem die Kommunisten tr

„Abwehr marxistischer Doktrin; Entfalten von Mut, um in der Öffentlichkeit den ‚semantischen Betrug' zu überwinden, diese unsere rechtsstaatliche Demokratie verteidigen gegen die Deformierung des Begriffs Volk als ‚Ensemble gesellschaftlicher Kräfte'; Deutschland als Vaterland bewußt machen, das als geordneter Staat ein lebendiges Glied Europas werden soll".

Die „Deutschland-Stiftung e.V." wird offen unterstützt

- durch eine Reihe größerer Verlage, z.B. Seewald,
- durch diverse Industrie-Unternehmen, z.B. Lufthansa, Grundig u.a.,
- durch Finanzkapital, z.B. die Deutsche Bank,
- insbesondere durch die pro-faschistische Strauß/Dregger-Gruppe.

Es war die „Deutschland-Stiftung e.V.", die 1972 in einer Front mit einer Reihe dubioser „Studienstiftungen" und unterstützt durch die hinter ihr stehenden Geldgeber des „Wirtschaftsrates der CDU" das propagandistische Trommelfeuer für den Mißtrauensantrag der CDU/CSU gegen die SPD/FDP-Koalition organisierte und vortrug.

Geschäftsführer der „Deutschland-Stiftung e.V." ist seit ihrer Gründung Kurt Ziesel; er ist auch Herausge-

allem in kleineren Städten aktive Provokationen und Terror gegen die Linken verüben. Ihre Führer sind u.a. J. Rieger, der 1969 auf einer Jugendtagung des DKEG ein Referat „Rebellion gegen die Umwelt" hielt, und Jugendreferent des DKEG, A. Manke, zugleich Vorsitzender des „Arbeitskreis volkstreuer Verbände" (AVV) und Redakteur bei „Mut".

- Der „Stahlhelm" rühmt sich in seiner Zeitung „Der Frontsoldat" seines Mitgliederzugangs, insbesondere von Jugendlichen. So war z.B. die 1974 in Nürnberg vom Faschisten Karl Heinz Hoffmann mit Billigung der Nürnberger Stadtverwaltung aufgestellte, über 20 Jugendliche umfassende „Truppe" Neuzugang für den Verband. Als „Stahlhelm-Gau-Nordbayern" wurde sie unter dem „Gauführer" Teute eingegliedert. Vom 16. bis 19.5.75 will der „Jungstahlhelm" für Jugendliche ab 14 ein Zeltlager in Böllenborn/Pfälzer Wald durchführen.
- Im „Witiko-Bund" sind nur knapp zehn Prozent älter als 35 Jahre. Besonders in der „Deutschen Jugend des Ostens" betreibt der Bund eine intensive Nachwuchs-Schulung.

Die GfP-Mitglieder A. Manke, P. Dehoust und B. Wintcek nehmen über die Organe „Mut" und „Nation

restag der Kapitulation, in die sich neben diversen HIAG- und Soldatentreffen auch erhöhte Aktivitäten der „Landsmannschaften" über und nach Pfingsten einreihen. Ein weiterer Ausdruck sind die verstärkten Auftritte des Faschisten Frey und der NPD auf gemeinsamen Veranstaltungen. So bei einer kürzlich in Hamburg durchgeführten NPD-Kundgebung im Congress-Centrum, wo Frey das Hauptreferat **„Stoppt den Roten Terror"** hielt; so auf der Mai-Kundgebung der NPD in Saarbrücken. Auch die militanten Hakenkreuz-Nazis vom Schlage Christophersens, Röders, Schönborns u. a. scheinen zunehmen koordiniert vorzugehen. Noch aber ist unter den Faschisten unklar, welchen Weg sie mit Blick auf das Wahljahr 1976 einschlagen sollen. Werden sie eine neue Aktionsplattform à la „Aktion Widerstand" zustandebringen? Werden sie die NPD als Wahlpartei wieder aufmöbeln? Oder werden sie eine „4. Partei" als vorübergehendes Zugpferd einer faschistischen Sammlungsbewegung einsetzen?

Die antifaschistischen Kräfte der Bundesrepublik, allen voran die kommunistische und Arbeiterbewegung, dürfen nicht zusehen, wie sich die Faschisten in aller Offenheit ungestört sammeln und weitere gesellschaftliche Positionen erobern, sondern müssen diese Machenschaften aufdecken, um Kräfte zu gewinnen, mit denen zusammen es möglich ist, Provokationen wie das Hamburger HIAG-Treffen nicht nur zu verschieben, sondern grundsätzlich zu verhindern!

– Deckt die Löcher der Faschisten auf!

– Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Ein kleiner Ausschnitt der den Soldaten der Bundeswehr empfohlenen Nazi-Literatur

1958 war ihre Zahl bereits auf über 1.100 gestiegen. Bei dieser Zahl ist es ungefähr geblieben.

1954 wurde als erste Zentrale der Verbände die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Soldatenverbände" gegründet; darin waren: „Luftwaffenring", „Bundesverband der Fallschirmjäger", „LV Niedersachsen der HIAG", Verbände des „Afrika-Korps", sowie einzelne Regiments- und Divisions„kameradschaften".

Im November 1957 folgte die Gründung des „Ring deutscher Sol-

fiziell können der „Buchdienst Nation Europa" und der schon unter den Nazis berüchtigte Militärverlag E. S. Mittler & Sohn ihre SS-Verherrlichungen und ähnlichen Schweinkram anbieten.

Die Buchproduktion wird ergänzt durch die allmonatlich erscheinenden über 50 Verbandsorgane, deren wichtigste die Zeitung des Reservistenverbandes, der HIAG und des „Stahlhelm" sind. Eine gemeinsame Sprache finden sie alle in der „Deutschen National Zeitung" des Dr. Frey. ●

Frankreich:

Abschaffung der Sieges-Feiern zum 8. Mai?

„Ami entends-tu le vol lourd des corbeaux sur la plaine?
Ami entends-tu le cri sourd du pays qu'on enchaîne?
Ici chacun sait ce qu'il veut, ce qu'il fait quand il passe.
Ami, si tu tombes, un ami sort de l'ombre a ta place."
(Lied der französischen Partisanen: „Freund, hörst du, wie die Raben schwer über das Land fliegen?
Freund, hörst du den dumpfen Schrei des angeketteten Landes?
Hier weiß jeder was er will, was er tut, wenn er hierher kommt.
Freund, wenn du fällst, tritt ein Freund aus dem Schatten und nimmt deinen Platz ein")

Der französische Präsident Giscard hat bekanntlich eine große Zuneigung für faschistische Gangster. Dies wurde spätestens seit seinem Wahlkampf im vergangenen Jahr offensichtlich: in seinem Ordnerdienst engagierte er vorzüglich Faschisten aus der Organisation „Faire Front" (Stirn bieten ...), die erwiesenermaßen für zahlreiche rassistische Morde an ausländischen Arbeitern verantwortlich ist. Vertraglich wurde abgemacht, daß die Entlohnung seiner Ordner dazu dienen sollte, die Kassen dieser Organisation aufzufüllen.

Nach der diesjährigen Mai-Feier zum Sieg über den Hitlerfaschismus und seine französischen Kollaborateure kündigte Giscard an, daß nun diese Feierlichkeiten abgeschafft werden sollten – zwecks „konstruktiverer" Gestaltung der Zukunft. Was damit gemeint ist, ist klar: heute, wo in einer Reihe westeuropäischer Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsgrad eine Faschisierung zügig vorangetrieben wird, ist Antifaschismus ein „lästiges Relikt der Vergangenheit".

Mit dieser Entscheidung stand Giscard ziemlich alleine da. Am 12. Mai beschlossen alle (!) Abgeordneten der Nationalversammlung, die Sitzung für zwei Stunden aus Protest zu unterbrechen. Die revisionistischen Abgeordneten der KPF fanden, zu einer – etwas – härteren Sprache gegen die Regierung zurück.

Der 82jährige KPF-Abgeordnete Virgile Barel, dessen Sohn von der Gestapo zu Tode gefoltert wurde, sagte, daß dieser Schritt von Giscard ein Zeichen für die Kollaboration zwischen der französischen Großbourgeoisie und dem westdeutschen Imperialismus sei.

Die Angehörigen der ehemaligen Widerstandsorganisationen („Résistance") organisierten im ganzen Lande Protestresolutionen, Kundgebungen und Märsche. Ein Führer der linksliberalen Résistance-Organisation „Combat" (Kampf) erklärte:



„Giscard d'Estaing hat weder den deutschen Demokraten noch der Jugend einen Gefallen getan, sondern nur jenen alten Konservativen, die nichts vergessen und nichts gelernt haben, den Offizieren der Wehrmacht, die die Bundeswehr formten und sie heute noch beherrschen."

Schließlich kam es sogar zu einem gemeinsamen Protest-Kommunique von Gaullisten, Sozialisten und Revisionisten.

Die Gaullisten und Sozialisten sind keine konsequenten Antifaschisten

Was den Antifaschismus der Gaullisten betrifft, so haben sie rasch nach der Befreiung Frankreichs gezeigt, daß ihnen Faschisten weniger bedrohlich erscheinen als Kommunisten. Zudem ist noch zu sagen, daß der bewaffnete Widerstand in Frankreich von der KPF und ihren Massenorganisationen getragen und geleitet wurde.

Im Sommer 1944 waren die FTP (France-Tireurs-Partisans) eine Partisanenorganisation, in der vor allem Arbeiter und Bauern organisiert waren, 500 000 Mann stark. Ihre Losung war: „S'unir, S'armes, combattre!" (Sich vereinigen, sich bewaffnen, kämpfen!).

De Gaulle saß dagegen währenddessen in London am Radio und versuchte nach Kräften, den bewaffneten Widerstand aufzuhalten und zu sabotieren. Er verbot damals z. B. den bewaffneten Kampf und jegliche Sabotage-Aktion seiner gaullistischen „Résistance". Diese hat nie mehr als 150 000 Mann zusammengefaßt und vertraute aufgrund ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung logischerweise mehr den Flugzeugen der Alliierten als der Kraft und dem Kampf des Volkes.

Ein anderer Punkt, der den „Antifaschismus" der Gaullisten beleuchtet, ist die vor einigen Tagen offiziell angekündigte engere Zusammenarbeit zwischen ihnen und der CDU/CSU, in der bekanntlich viele alte Nazischweine Posten haben.

Was die Sozialisten betrifft, bzw. die Person ihres Chefs Mitterand, so ist bekannt, daß dieser karrieristische Demagoge einst eifrig dem Hitler-Kollaborateur Marschall Pétain diente, wofür er als Dank auch eine Auszeichnung erhielt. (siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 6: „Der Werdegang eines wahren Sozialisten"). ●

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Hausdurchsuchungen beim westdeutschen Irlands-Solidaritätskomitee

Mitglieder des Landeskriminalamtes Hessen (Sonderkommission 222) durchsuchten am 21.5.1975 morgens um 6 Uhr die Wohnung eines Mitgliedes des westdeutschen Irland-Solidaritätskomitees (WISK) in Oberursel im Obertaunuskreis. Grundlage für die Hausdurchsuchung und eine sich anschließende „erkennungsdienstliche Behandlung" bildete ein konstruierter Vorwurf der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung".

Zur Begründung der Aktion wurden einige Verhörfragen vorgetragen:

- Das WISK habe zu *„entscheidenden Schlägen gegen die britische Bourgeoisie und ihre Lakaien"* aufgerufen (lt. einem „Dokument" der Bullen).
- Der Name des WISK bzw. der Mitglieder sei in Unterlagen von Borvin Wulf und im Notizbuch des gesuchten „Anarchisten" Jürgen Claus aufgetaucht.
- Ein Mitglied des WISK habe seinen Reisepaß als verloren gemeldet (verdächtig, verdächtig...!).

Vom WISK wird die Echtheit des vorgelegten „Dokumentes" schon wegen des Sprachgebrauchs bezweifelt. Auch bei den angeblichen Verbindungen zu gesuchten „Anarchisten" dürfte es sich mit größter Wahrscheinlichkeit ebenfalls um fingierte Unterlagen handeln. (Mit dem Hinweis auf angebliche Adressen im Notizbuch der Gudrun Ensslin wurde ja z.B. auch die Wohnung von Hamburger KB-Genossen im Juni 1972 durchsucht!).

Doch selbst unabhängig davon ist es natürlich ein Hammer, mit welcher Unverfrorenheit heute die Justiz schon Hausdurchsuchungsbefehle und Genehmigungen für die „erkennungsdienstliche Behandlung" erteilt. Der Aufruf zum „Kampf gegen die Bourgeoisie" oder gar der „verdächtige" Verlust des Passes reichen da aus!

Und immer im richtigen Moment

„Rein zufällig" fand die Hausdurchsuchung am Morgen des 21.5. statt, an dem nämlich die vom WISK organisierte Rundreise einiger Vertreter irischer Befreiungsorganisationen durch die Niederlande, Belgien, die BRD, Österreich und die Schweiz beginnen sollte.

Beschlagnahmt wurde die Liste der lokalen Veranstalter samt umfangreichem Schriftwechsel; zugleich wurde der freie Zugang zur Post und zu Konten für das WIKS vorerst verhindert.

Etwa zur selben Zeit wurden in Aachen Mitglieder des WISK „gestellt", als sie dort Info-Material im Haus eines Buchladens entluden. Anscheinend wurde das Material beschlagnahmt.

Bereits zwei Wochen vorher wurden von WISK-Mitgliedern an der belgischen Grenze ordnungsgemäß vorgelegte Materialien im Wert von ca. DM 1.000,- beschlagnahmt (hauptsächlich sogar Schallplatten mit irischer Folklore!). Eine Wiederherausgabe ist angeblich unmöglich.

Die Aktivitäten der Bullen gegen das WISK verfolgen offensichtlich das Ziel, generell die Arbeit der Genossen zu beeinträchtigen, wie ganz besonders in diesen Tagen die Organisierung der Rundreise irischer Vertreter zu behindern.

Unabhängig davon, daß wir mit der neuesten politischen Linie des WISK und der Vorbereitung und Organisierung der Rundreise – Vertreter der offiziellen Sinn Fein/IRA lehnten eine Teilnahme ab – nicht einverstanden sind, erklären wir uns solidarisch mit den Mitgliedern des WISK gegen jegliche Angriffe durch den bürgerlichen Staat (nach „Informationsdienst" 81/75, zur neueren Politik des WISK und der Rundreise einiger irischer Genossen – vergl. INTERNATIONALE 13 und AK 61). ●

KB/Gruppe Lübeck

8. Mai in Hamburg

Die italienische kommunistische Tageszeitung „Lotta Continua" brachte am 21.5. einen Bericht von der antifaschistischen Großveranstaltung des KB am 8. Mai in Hamburg. Der Text lautet:

„Zum Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nazismus fand in Hamburg, organisiert vom ‚Kommunistischen Bund' und von demokratischen Jugendorganisationen, eine große antifaschistische Kundgebung statt, in deren Verlauf auch zwei Genossen vom Nationalen Komitee von Lotta Continua auftraten. Die antifaschistische, antiimperialistische Kampfbereitschaft und die Bereitschaft zum Kampf gegen den Kapitalismus, Urheber von Faschismus und Krieg, stand im Mittelpunkt der ziemlich spannungsgeladenen und kämpferischen Massenversammlung. Eine Schweigeminute für Tonino Micciché und die anderen ermordeten antifaschistischen Genossen und das Versprechen, ihre Fahne in die Hand zu nehmen, kennzeichneten die Solidarität und die internationalistische Aufmerksamkeit der 3.000 anwesenden Genossen. Ein Gruß des MIR und Lieder des alten und neuen antifaschistischen Widerstands vervollständigten den Rahmen dieser Kundgebung. ●

SPD: Mit Parteiausschlüssen gegen Antifaschisten

Der Vorstand des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen hat unter seinem Vorsitzen Städtebauminister Karl Ravens gegen

- vier Mitglieder des Bezirksvorstands der Jusos,
- die drei Juso-Vorsitzenden der Kreisvereine Stade, Wesermünde und Land Hadeln,
- zwei weitere Jusos sowie den
- Alt-SPD'ler Hermann Witz aus Neukirchen (fast 30 Jahre SPD-Mitglied!)

„Parteiordnungsverfahren" auf der Basis der Münchner Abgrenzungsbeschlüsse wegen „parteischädigenden Verhaltens" und „Aktionseinheit mit Kommunisten" eingeleitet.

Der Hintergrund ist folgender: Im Bezirk Stade wurde ein „Arbeitskries zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und Krieg" gemeinsam von der „Arbeitsgemeinschaft Friedenswoche", dem Stadtjugendring Stade, dem Kreisjugendkonvent der evangelischen Kirche Stade/Altes Land und den Jungsozialisten Nord-Niedersachsen ins Leben gerufen, um am 10. Mai in Stade eine antifaschistische Kundgebung durchzuführen und auf dem KZ-Friedhof in Sandbostel einen Kränz niederzulegen.

Weiterhin wurde der Aufruf des Arbeitskreises von etlichen Schülervertretern, insgesamt ca. 150 aus dem Bezirk, und anderen Gruppen und Personen unterstützt.

Anstoß nahmen die SPD-Fürsten daran, daß der Vorsitzende des Stader Stadtjugendrings DKP-Mitglied ist und daß auch weitere DKP-Mitglieder den Aufruf unterschrieben hatten.

Inzwischen haben die übrigen Jusos, die unterzeichnet haben, als „Akt der Solidarität" gegen sich selbst ebenfalls Parteiordnungsverfahren beantragt. Vier Wesermünder Ortsgruppen der Jusos haben ihre Arbeit vorläufig eingestellt. Sie charakterisieren die „öffentliche Diffamierung" ihrs Eintretens gegen Faschismus und Krieg durch den Bezirksvorstand der SPD als „parteischädigend und geeignet, den rechten Tendenzen in der BRD Vorschub zu leisten". Was das „parteischädigend" betrifft, ist allerdings nicht klar, was an der SPD noch geschädigt werden könnte. Hier sind anscheinend immer noch die gleichen Illusionen über die „Reformierbarkeit" der SPD vorhanden, die der Wesermünder Juso-Chef Dombrowski auch nach diesem Skandal weiter kräftig schürte: *„Daher bin ich der Meinung, daß auf der Basis des Godesberger Programms eine fortschrittliche Politik für die arbeitende Bevölkerung gemacht werden kann. Deshalb will ich selbstverständlich in der SPD bleiben und weiterhin aktiv die politische Arbeit mittragen."* („NZ", 29.5.75) Einige lernen eben nie etwas dazu – oder, sie wollen es auch gar nicht. ●

KB/Gruppe Bremerhaven

Darmstadt:

Ein weißer Fleck im braunen Moor

Die antifaschistische Protestaktion gegen die Löwenthal-Veranstaltung in Darmstadt Ende August letzten Jahres (siehe damaligen Artikel in AK 50) hatte jetzt ein gerichtliches Nachspiel, mit dem die Löwenthal-Freunde gar nicht so zufrieden sind.

Rund 300 Antifaschisten, aufgerufen von mehreren linken Gruppen in Darmstadt, zwangen Löwenthal damals mit Pfiffen und Sprechchören zum vorzeitigen Abbruch seiner Hetztiraden. Bevor Löwenthal allerdings seine Kapitulation erklärte, hatten einige Faschisten noch versucht, ihre Gegner mit einer Stuhlschlacht aus dem Saal zu treiben – erfolglos. Die Presse und die CDU (deren Chef Pfeffersack persönlich gekommen war, um Löwenthal zu lauschen) verdrehten die Sache hinterher natürlich so, daß es die Antifaschisten gewesen seien, die zuerst (und überhaupt) zu den Stühlen gegriffen hätten.

Diesen Vorwurf behauptete auch die Anklage gegen einen Studenten, der damals an der Protestaktion teilgenommen hatte, und der jetzt – Mitte Mai – dafür vor Gericht mußte. In seiner Stellungnahme erklärte dieser noch einmal den Hergang der Protestaktion, daß es „einige Dutzend NPD-Ordner" gewesen sind, die mit Stuhlwürfen begonnen hatten und daß er sich dann dagegen ebenfalls mit Hilfe eines Stuhls zur Wehr gesetzt hatte. Das Urteil, das daraufhin gegen den Studenten ging, fiel nach sonstigen Praktiken der Justiz relativ „milde" aus: der Student soll eine Geldstrafe



Nicht nur mit Flugblättern, auch mit Wandparolen mobilisierten linke und antifaschistische Gruppen gegen die Löwenthal-Veranstaltung.

von DM 200,– (zehn Tagessätze à DM 20,–) zahlen.

Was jedoch einige Reaktionäre besonders aus dem Häuschen brachte, war nicht so sehr, daß ihnen dies (immerhin noch völlig ungerechtfertigte) Urteil „zu milde" war, sondern die Erklärung, die Richter Schramm dazu abgab. Schramm sagte in seiner Begründung, daß ein *„Wehren gegen solche Figuren wie Löwenthal"* rechtens ist, und daß es nur darauf ankomme, welcher Mittel man sich dabei bediene. Die hessische CDU-Fraktion pöbelte dies sofort als einen *„Skandal ersten Ranges"* (!) an, und ihr justizpolitischer Sprecher Bohl bekräftigte dies noch durch die Ankündigung, daß diese *„unglaubliche Wertung und Diffamierung eines kämpferischen Demokraten* (dz! dz!) *wie Löwenthal"* durch einen Richter auf die Tagesordnung des Landesparlaments gesetzt werden soll.

In der Tat: die Erklärung von Schramm hat absoluten Seltenheitswert im braunen Moor der westdeutschen Justiz und verlangt, trotz ihrer gebliebenen Halbherzigkeit, schon eine gewisse Portion „Mut" von ihm. In solchen Positionen reicht es heute schon, sich den Mund mit einer demokratischen Auffassung zu verbrennen, um seine Kandidatur für ein Berufsverbot mitgeteilt zu bekommen – zumindest aber damit zu rechnen, von der Beförderungsliste gestrichen zu werden und alsbald vielleicht nur noch Scheidungsprozesse führen zu dürfen. ●

KB/Gruppe Frankfurt

NÜRNBERG

Faschist Hoffmann wegen Uniformtragens vor Gericht

Als im vorigen Jahr Informationen über die paramilitärische, faschistische Hoffmanngruppe aus Nürnberg an die Öffentlichkeit drang, war die Empörung in der Bevölkerung ausgesprochen groß. Vor allem auch darüber, **daß die faschistische „Wehrsportgruppe" Hoffmanns für ihre militärischen Übungen und Zusammenrottungen ein von der Stadt Nürnberg gemietetes Schlößchen benutzen durfte.** Die riesigen Waffenlager dieser Gruppe, die bei Razzien gefunden wurden, waren natürlich zum Großteil durch **polizeilich ausgestellte Waffenscheine** gedeckt! Zur gleichen Zeit wurden linke Demonstrationen verboten, weil die Demonstranten normale Fahnenstangen aus Holz mittrugen, die die Polizei schlichtweg als „Waffen" bezeichnete. Deutlicher kann man wohl nicht zeigen, daß in diesem Land zweierlei Recht besteht.

Karl-Heinz Hoffmann, der selbsternannte Führer der faschistischen Bande, mietete im Dezember 1970 das Almoshofer Schloß für seine verbrecherischen Pläne. Die mit Uniformen, Tarnjacken, Stahlhelmen und Felddienstmützen aus alten faschistischen Militärbeständen ausgerüstete Gruppe führte 1973/1974 in den Wäldern bei Nürnberg mit schwerster Bewaffnung sogenannte „Wehrübungen" durch. **Diese „Wehrübungen" waren nicht, wie es die bürgerliche Presse immer gern sehen wollte, Ausdruck der Geistesschwäche von Hoffmann, sondern standen im klaren Auftrag der faschistischen Organisation „Junger Stahlhelm". Dies gab Hoffmann der Polizei im August 1974 zu, wobei er jedoch vom „Stahlhelmgauführer" Heinz T. (der richtige Name wird von der Presse verschwiegen!) eine Rüge erhielt, weil „es nicht klug wäre, den Namen Stahlhelm für diesen Zweck zu gebrauchen."** (!) Als die Polizei durch den Druck der Öffentlichkeit gezwungen, eine „Wehrübung" der Bande entdecken mußte, brüllte Hoffmann seinen Komplizen zu:

„Rette sich, wer kann!" („NZ").

Doch die Hoffmann-Gruppe (Stahlhelm) verblieb nicht bei anonymen Kampfaktionen in den Wäldern, sondern führte getreu ihrer Losung „Wenn die Polizei mit den Linken nicht fertig wird, kommen wir!" im April 1974 einen Überfall auf eine DKP-Veranstaltung in Fürth/Nürnberg durch.

Ein malerisch kostümierter Faschist im vollen Kriegsschmuck. Es handelt sich offensichtlich um Hoffmann aus Nürnberg, den Chef einer Privatarmee.

Ähnlich wie die meisten der neofaschistischen Gruppen in der BRD, versteht sich Hoffmann nach eigenen Angaben als ein „Nationalist für ein vereintes Europa". Doch so neu ist diese Theorie gar nicht.

Erinnert man sich nur an die Führer des faschistischen Deutschlands, die durch Massaker, Überfälle auf fremde Länder und brutalster Unterdrückung auch Europa (zum Teil) „vereinen" konnten. Auch damals bekannten sich die Faschisten nach aussen zu einem „vereinten Europa" mit „Lebensraum im Osten".

Hoffmann besitzt nun noch die absolute Dreistigkeit, eine Grundsatzerklärung seiner Faschistenbande zu veröffentlichen, die den bezeichnenden Namen trägt:

„Manifest der Bewegung zur Verwirklichung der rationalpragmatischen Sozialhierarchie." Ein faschistisches Werk, das natürlich nicht wegen Aufruf zu Terror und Mord verboten wird, denn in der Geschichte haben sich faschistische Banden schon immer für das Kapital als dienlich erwiesen.

Währenddessen sitzen im Nürnberger Gefängnis noch einige Kollegen, weil sie an einem „wilden" Streik bei Dynamit-Nobel teilgenommen haben. Hoffmann dagegen erfreut sich schönster Freiheit, die er dazu nutzt, neue Gruppen aufzubauen und eine intensive faschistische Propaganda durch Flugblätter etc. zu betreiben. (Siehe auch den AK-Bericht über die faschistischen Umtriebe in Flensburg, an denen Hoffmann anscheinend beteiligt war).

Kommt einem da nicht die kalte Wut hoch, wenn man die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft gegen Hoffmann liest, die dem am Dienstag 3. Juni, begonnenen Prozeß zugrunde liegt:

Dort wird nämlich nicht wegen faschistischer Umtriebe, wegen militaristischer Schießübungen in Naherholungsgebieten, wegen Hetze und Rassismus verhandelt, nein, dort geht es darum, daß Hoffmann eine Uniform getragen hat, die er in der Öffentlichkeit nicht anziehen darf. Die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden nie abgeurteilt, der Neofaschismus in der BRD wird von westdeutschen Gerichten auch nie abgeurteilt werden. Eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus.

Antifaschisten, die Faust geballt! Gegen die braune Pest hilft nur Gewalt! ●

Schüler- und Studentenzelle der Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK)

gezwungen, eine „Wehrübung" der Bande entdecken mußte, brüllte Hoffmann seinen Komplizen zu:
„Rette sich, wer kann!" („NZ").
Doch die Hoffmann-Gruppe (Stahlhelm) verblieb nicht bei anonymen Kampfaktionen in den Wäldern, sondern führte getreu ihrer Losung „Wenn die Polizei mit den Linken nicht fertig wird, kommen wir!" im April 1974 einen Überfall auf eine DKP-Veranstaltung in Fürth/Nürnberg durch.
Ähnlich wie die meisten der neofaschistischen Gruppen in der BRD, versteht sich Hoffmann nach eigenen Angaben als ein „Nationalist für ein vereintes Europa". Doch so neu ist diese Theorie gar nicht.
Erinnert man sich nur an die Führer des faschistischen Deutschlands,
Neofaschismus in der BRD wird von westdeutschen Gerichten auch nie abgeurteilt werden. Eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus.
Antifaschisten, die Faust geballt! Gegen die braune Pest hilft nur Gewalt!
Schüler- und Studentenzelle der Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK)

Flensburg:

100 Faschisten auseinandergejagt!

Fortsetzung von Seite 1

Abends erschienen um 23.00 Uhr erneut 100 Faschisten in der Stadt und holten triumphierend ihren Kumpanen Roeder bei den Bullen ab. Doch mobilisiert durch den Antifaschistischen Wachdienst erschienen in kurzer Zeit 150 Antifaschisten. Obwohl die Faschisten Knüppel, Latten und Rauchbomben bereitgehalten hatten, ging auch diese Runde an die Antifaschisten, bis wiederum die Bullen die Antifaschisten abdrängten. In der Nacht tauchten dann in einer Diskothek fünf der Faschisten auf.

Doch da gab es für diese Vögel nix zu feiern. Denn Antifaschisten wiesen den Diskjockei auf diese Besucher hin, worauf dieser sie mehrfach zum Verlassen aufforderte. Als die Faschisten immer noch nicht abzogen und durch ihre Anwesenheit den Jugendlichen das Feiern verdarben, wurden die Jugendlichen gebeten, die Tanzfläche mal kurz zu räumen. Ein besonders kräftiger Antifaschist führte dann mit den 5 Faschisten ein „Extratänzchen" auf, das diese so schnell nicht vergessen dürften.

Am nächsten Tag fand dann eine antifaschistische Kundgebung mit 350 Teilnehmern statt. Die Faschisten waren nach Dänemark weitergezogen, wurden aber auch hier vom Wirt aus dem Lokal gefeuert.

Während in der dänischen Presse sogar z. T. auf der ersten Seite über diese Vorfälle berichtet wurde, waren für die Lumpenjournalisten vom „Flensburger Tageblatt", die ihre Sympathie für die Nazis kaum verhüllen konnten, die Nazis lediglich *„für andersgefärbte Agitatoren ein willkommener (!) Anlaß, ihrem Unwillen gegenüber dem braunen Radikalismus linksradikale Luft zu machen. Und damit (!) waren die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Tat gefährdet."*

Insgesamt stellt diese antifaschistische Aktion einen großen Erfolg für die Linken in Flensburg dar, und es wurde die größte Mobilisierung seit einigen Jahren erreicht. ●

Nach dem Bericht der Antifa-Kommission des KB / Gruppe Flensburg



Nazis in Flensburg grölen das „Horst-Wessel-Lied"

DKP nach der Aktion:
„Wehret den Anfängen"
Während die DKP nicht bereit war, die antifaschistische Aktion mit zu organisieren bzw. dazu zu mobilisieren und nur einzelne DKP-Mit-
von der DKP als „Chaoten" bekämpft werden (s. auch REBELL Nr. 6 und 7).
So sehr es zu begrüßen ist, wenn

DKP nach der Aktion:

„Wehret den Anfängen"

Während die DKP nicht bereit war, die antifaschistische Aktion mit zu organisieren bzw. dazu zu mobilisieren und nur einzelne DKP-Mitglieder (immerhin) sich beteiligt hatten, erschien erst am Tag drauf (!) ein antifaschistisches Flugblatt der DKP unter der Parole *„Wehret den Anfängen"*.

In diesem Flugblatt wird ausdrücklich begrüßt, daß der *„Nazispuk beendet"* wurde und außerdem festgestellt, daß die Polizei auftauchte, *„um die Antifaschisten und Demokraten abzudrängen"*.

Total verschwiegen wird dabei, daß diese Aktion nur durch den Aufruf und die Mobilisierung der „Aktionseinheit" und des KB zustande gekommen ist, durch Gruppen, die von der DKP als „Chaoten" bekämpft werden (s. auch REBELL Nr. 6 und 7).

So sehr es zu begrüßen ist, wenn die DKP im Windschatten des großen Erfolges indirekt den antifaschistischen Kampf der „Chaoten" lobend hervorhebt, hat sie andererseits keineswegs ihre Bereitschaft erklärt, nun gemeinsame antifaschistische Aktionen zu organisieren und sich dabei über ihre Antikommunismusbeschlüsse hinwegzusetzen. Durch das Flugblatt wurde nur der Eindruck erweckt, als sei die DKP voll und ganz für diese Aktion gewesen und andererseits wurde damit für eine eigene Filmveranstaltung mit einem Film über den Widerstand in KZ's geworben. ●

Illustrierte „Quick":

Lumpenjournalismus im Stürmer-Stil

Mit Zitatenverfälschungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen hat die im Heinrich-Bauer-Verlag erscheinende auflagenstarke Illustrierte „Quick" Mitte Mai 75 in einem längeren Artikel den der SPD nahestehenden Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon als Aufhänger einer durch und durch faschistoiden Hetze benutzt. „Quick" schrieb:

„Niemand kann sich seine Familie und seine Verehrer aussuchen. Nicht einmal Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon, der von einer prominenten Baader/Meinhof-Anarchistin angehimmelt wird und dessen Tochter einen linken Anwalt und Funktionär der „Roten Hilfe" in West-Berlin geheiratet hat."

Mit diesem Sippenhaft-Vorwurf nach Nazi -Muster versuchte die „Quick", Dr. Simon in „Terroristen"-Nähe zu rücken. Warum?

Gemeinsam mit der Richterin Frau Rupp-Brünneck, ebenfalls am Bundesverfassungsgericht tätig, hatte er sich gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 ausgesprochen.

Beide Richter sind als Befürworter der Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten bekannt und standen als einzige dem unter Vorsitz des ehemaligen CDU-Innenministers Benda getroffenen Urteil entgegen.

Die „Quick" ist ein reaktionäres Glied in der anwachsenden Front der Gegner selbst solch geringer Liberalisierungsversuche wie im Falle des § 218. Sie macht mit dem Angriff auf Simon den Versuch, das mehrheitlich sowieso schon reaktionäre Bundesverfassungsgericht völlig zu säubern.

Der Zeitpunkt ist von der „Quick" bewußt gewählt, schließlich muß sich Simon im kommenden Herbst für weitere acht Jahre als Richter am Bundesverfassungsgericht zu Wahl stellen.

Eine Zitatverfälschung nach der anderen

Die Schulfreundschaft der Tochter Simon's mit Carmen Roll, die seit Jahren wegen angeblicher Zugehörigkeit zur RAF in Untersuchungshaft sitzt, ebenso wie die Tätigkeit des Schwiegersohns für die Westberliner „Rote Hilfe", werden von der „Quick" herangezogen, um ihre Hetze mit dem Anschein von Glaubwürdigkeit zu unterziehen.

Der private Briefwechsel, den Carmen Roll mit einem kriminellen Mithäftling geführt hat und der von diesem offenbar an die „Quick" verkauft worden ist, diente diesem Blatt ebenfalls als ausschlachtungswürdig wie die mehrere Jahre zurückliegenden Briefe des Schwiegersohns, als dieser noch z.T. unpolitisch Häftlinge und entlassene Strafgefangene im Rahmen der „Roten Hilfe" betreute.

Mit besonderem Genuß streicht „Quick" hervor, daß Simon's Tochter sogar noch im Briefwechsel mit Carmen Roll stand, als diese bereits in Untersuchungshaft war. Die „Quick" macht aus diesem Briefwechsel, der wegen der alten Schulfreundschaft zustande kam und der wie alle andere Post auch durch die Zensur ging, natürlich sofort ein „Kontakt halten" und stellt ihn als kriminelles Delikt hin. Ausführungen von Carmen Roll in den Briefen an den Mithäftling, die auf die Beziehung der Genossin zur Familie Simon eingingen, wurden von der „Quick" bewußt mit Sprengstoffanschlägen auf den Jachtclub in Berlin und das Springer-Haus in Hamburg in Zusammenhang gebracht, die alle erst einige Jahre später datieren.

Es wird der Eindruck erweckt, als habe Simon zu solchen Anschlägen inspiriert! Weiter zitiert die „Quick" aus einem Brief Carmen Rolls vom Juni 72, einem Zeitpunkt, als sie bereits in Untersuchungshaft war:

„Ati (die Tochter von Simon, Red.) *hat mich ...doch manchmal tatkräftig unterstützt. Nicht zu reden von dem Einfluß, der von ihrem Alten ausging in Sachen erste Zusammenhänge kapieren und so..."*

Aus einem Brief des Bundesverfassungsrichters an die Evangelische Presse-Agentur vom 15. Mai 75 geht dann allerdings der Gesamtzusammenhang dieser Äußerungen hervor. Anhand der Fotokopien der Originale der ganzen Briefe weist Simon der „Quick" ein journalistisches Lumpenstück nach.

Der Gesamttext lautet:

„die Ati hat mich ja an der Goethe-Schule zu Düsseldorf doch manchmal tatkräftig unterstützt".

Ein Kommentar erübrigt sich. Carmen Roll, die sich 1966/67 des öfteren im Hause der Schulfreundin aufhielt, nahm in diesen zitierten Briefen ausschließlich Stellung zu der Zeit der Schulfreundschaft mit der Tochter von Simon, die zu diesem Zeitpunkt ganze 15 Jahre alt war.

Auf die gleiche Zeit bezieht sich Carmen Roll, als sie rückblickend zum Vater der Schulfreundin äußert: *„Ihren Bundesvater habe ich zu Zeiten mal unheimlich geliebt und verehrt. Das Verhältnis war aber immer von meiner Seite ambivalent... Kurz zusammengefaßt beinhaltet der Konflikt das Verhältnis von proletarisch-kleinbürgerlichen Aufsteigern zu liberalen Intellektuellen. Das äußert sich einerseits so, daß es eine unheimliche Attraktion auf micht ausübte, ich auf der anderen Seite aber immer Außenseiter blieb."*

Diese Aussagen werden von der „Quick" zynisch unterlaufen – ebenso wie eine Angabe über den Zeitpunkt der Briefe. Stattdessen findet man alles in dieser Illustrierten unter einer sechsspaltigen Überschrift mit dem Titel: *„Der Bundesrichter und die Terroristin – eine Geschichte in Briefen".* ●

Bezirksgruppe Eimsbüttel Süd KB / Gruppe Hamburg

Flensburg:

Spitzelfall aufgedeckt

Einen Spitzelfall hat ein Jugendvertreter der „Flensburger Schiffbau-Gesellschaft" (FSG) aufgedeckt. Nach Darstellung in einem Flugblatt und einer Presseerklärung der DKP, deren Mitglied er ist, spielte sich folgendes ab:

Agenten des Kieler Landesamt für Verfassungsschutz *„versuchten am 5. Mai auf dänischem Boden, nahe der Grenze von Krusaa, den Flensburger Jugendvertreter Th. für Spitzeldienste gegen fortschrittliche junge Kollegen anzuwerben.*

Schon einige Tage vorher, am 30. April, hatte ein Mann des Verfassungsschutzamtes, der sich „Lorenzen" nannte, in seiner Wohnung aufgesucht und ihm angeboten, ihn vom Wehrersatzdienst freizustellen, wenn er sich bereit erkläre, als Spitzel gegen junge Gewerkschafter tätig zu sein. Näheres solle am 5. Mai um 16.30 Uhr auf dänischem Boden verbart werden". (DKP-Flugblatt)

Th. ging zum Schein auf die Erpressung ein. Zum Treffen erschien dann, wie weiter dargestellt wird, „Lorenzen" mit PKW, Kennzeichen FL-DW 34, und nahm Kontakt auf. Th. war aber nicht allein gekommen. Einem seiner Begleiter gelang es, „Lorenzen" in Aktion beweiskräftig zu fotografieren. Als der VS-Mann das merkte, suchte er fluchtartig das Weite. Mit ihm verzogen sich „unauffällige Herren", die zuvor mit „Lorenzen" in einem Mercedes mit Kieler Kennzeichen gesessen hatten.

Soweit eine saubere Aktion zur Enttarnung des VS-Mannes „Lorenzen" und zur Enthüllung der schmutzigen Praktiken des Geheimdienstes.

Th. erklärte hinterher öffentlich: *„Diese käuflichen Kreaturen sollten nicht von sich auf andere schließen. Das sollten diese Herren ein für allemal wissen: ich bin nicht käuflich. Ich werde mich nicht gegen meine Kollegen mißbrauchen lassen."*

Es mag so vielleicht verwunderlich erscheinen, wieso der Verfassungsschutz auf diesen aktiven DKP'ler verfallen ist. Dazu muß erwähnt werden, daß Th. zugleich als „Chaoten-Hasser" bekannt ist – sicher auch dem Verfassungsschutz!

Mit seiner Stimme als Jugendvertreter stimmte er z.B. im FSG-Betriebsrat für die Entlassung eines Kollegen, dem man KB-Mitgliedschaft nachsagt. Zusammen mit anderen griff er Flugblatt-Verteiler des KB tätlich an. In der Gewerkschaft setzte er sich mit seinen Freunden für den Ausschluß vermuteter KB-Genossen ein.

So ist es nicht abwegig zu vermuten, daß der VS-Mann „Lorenzen" Th. für „anfällig" hielt, „junge Kollegen" des KB zu bespitzeln. (Das DKP-Flugblatt schweigt sich darüber aus.) Daß der VS-Mann hierbei reingefallen ist, freut uns natürlich trotzdem. ●

KB/Gruppe Flensburg

Hannover:

RCDS startet Provokation gegen Fahrpreiserhöhung

Am 27.5.75 machte der RCDS in Hannover eine Diskussionsveranstaltung zu den Fahrpreiserhöhungen, das Audi – Max war mit 200 Teilnehmern nur mäßig besetzt. Nach fast zwei Monaten – die neuen Fahrpreise sind seit 1. April in Kraft – war dies die erste Äußerung des RCDS zu den Fahrpreiserhöhungen überhaupt. Als Referent war der Vorsitzende des Großraumparlaments, Briese (CDU), geladen. Briese ist maßgeblich für die Fahrpreiserhöhung verantwortlich.

Angeblich wollten der RCDS und Briese über die Fahrpreiserhöhungen diskutieren! Da sieh mal einer an: Drei Wochen lang wurde Briese nach dem 1. April von einem Teil der Demonstranten aufgefordert, zu diskutieren, aber er schickte als „Argumente" Bullen mit Schlagstöcken und chemischer Keule.

In diesem Licht erkennt man erst, um was für eine üble Provokation es sich bei der RCDS – Veranstaltung handelte. Deshalb versuchten wir zusammen mit dem „KSV" die Veranstaltung zu verhindern: Ganz zufällig stolperte einer über das Mikrophonkabel – da war der Ton weg. Ein RCDSler lief versehentlich gegen eine ausgestreckte Hand und der Tisch des Redners fing auch urplötzlich an zu wackeln und zu rutschen. Allerdings zeigte sich schnell der Mangel, daß wir unser Vorgehen zuwenig erklärt und vorbereitet hatten: Der Asta – Vorstitzende Jessen (Juso) sprang dem RCDS hilfreich zur Seite, rief dazu auf, „nicht auf die Provokation des RCDS reinzufallen" (indem man die Veranstaltung verhinderte), sondern „r u h i g" und „o r d e n t l i c h" zu diskutieren. Darüber ließ er abstimmen, wobei eine recht große Mehrheit aus Jusos, KBW, DKP und – natürlich – RCDS für Diskussion stimmten.

Der RCDS und Briese sollten mit „Argumenten" geschlagen werden.– D a s nennen wir auf eine Provokation reinfallen! Daß dem RCDS diese Meinung ganz gut in den Kram paßte, zeigte sich daran, daß er bereitwillig auf die Asta – Forderung nach einem Redebeitrag des „Roten Punkts" einging. Das Ergebnis war eine kleinkarierte Diskussion, die an Brieses Redebeitrag festklebte. So zerbrachen sich „Roter Punkt", DKP und KBW ihre Köpfe über finanziellen und juristischen Kleinkram (z.B. das Monatsgehalt von Briese und das eines Üstra – Schaffners, Nahverkehrsabgabe, Vergleich der Fahrpreise in Hannover und anderen Städten etc). Damit krochen sie genau auf Brieses parlamentarischen Leim. Gerade Briese hatte doch wohl klargemacht, daß Fahrpreiserhöhungen – Ja oder Nein – keine Frage der Argumente, sondern der Macht sind.

Den Leuten, die während der Fahrpreisaktionen die demokratischen Rechte der Demonstranten wo es nur ging einzuschränken versuchten, wurde hier von Jusos, MSB, KBW großzügig Rederecht eingeräumt. Das hat nichts mit „Demokratie" zu tun: Freundliches Händeschütteln über die Barrikaden hinweg.

Es hat sich immer wieder gezeigt, daß man gegen solche Reaktionäre entschlossen auftreten muß. Der Abbau der demokratischen Rechte und die zunehmende reaktionäre Ausrichtung in allen gesellschaftlichen Bereichen hat in letzter Zeit dazu geführt, daß die Möglichkeit für das Auftreten der Reaktionäre immer besser wurde. Es gab einmal Zeiten, wo sich solche Typen wie Briese zumindest nicht öffentlich an der Uni blikken lassen konnten, ohne mit Mehl bepudert wieder herausgeschmissen zu werden. Heute ist dies eine wahre Horrorvorstellung für unsere Herren „Legalisten". ●

KB – Gruppe Hannover

Der westdeutsche Imperialismus rüstet immer weiter auf

Mitte März wurde im Bundestag, nach dreitägiger Debatte, der Bundeshaushalt in Höhe von 155 Mrd. DM verabschiedet.

In seinem Schlußwort zur Debatta über den Haushalt äußerte Finanzminister Apel, daß die „zentrale Aufgabe" des Etats sei, zur Ankurbelung der Wirtschaft beizutragen.

Dementsprechend sind wieder umfangreiche Investitionshilfen geplant, die besonders auch die Industrien bevorzugen, die zugleich Rüstungsproduzenten sind, wie zum Beispiel die westdeutsche Luftfahrtindustrie.

Um das Programm der umfangreichen Investitions- und Wirtschaftshilfen durchführen zu können, sind Bund, Länder und Gemeinden 1975 eine Verschuldung von 60 Mrd. DM eingegangen.

Auf der anderen Seite wurden Kürzungen im sozialen Bereich durchgeführt wie Schulwesen,Gesundheitsfürsorge u.a.. **Die Ausgaben zur weiteren Aufrüstung des Staatsapparats, vor allem der Bundeswehr, machen auch dieses Jahr wieder über 50% des Gesamthaushaltes aus!**

Der neue Rüstungshaushalt macht deutlich, daß der BRD-Imperialismus alles daransetzt, seine Position als führende Militärmacht in Westeuropa weiter auszubauen und zu festigen:

Als einzige Armee der NATO ist die Stärke der Bundeswehr, im Rahmen der „Neuen Wehrstruktur", von 462.000 auf 495.000 erhöht worden.

Gleichzeitig damit wurden die Personalkosten der Bundeswehr gesenkt, d.h. umfangreiche Sparmaßnahmen u.a. bei der ärztlichen Versorgung, Verpflegung und Unterbringung der Soldaten durchgesetzt.

Ziel dabei ist, aus jeder Mark für die Bundeswehr mehr für die Rüstung herauszuholen.

Demnach nimmt der Investitionsanteil im Kriegshaushalt der westdeutschen Imperialisten einen wachsenden Anteil ein:

Für die Beschaffung von neuen Waffensystemen und Gerät standen der Bundeswehr zur Verfügung:

–1973: 7,9 Milliarden DM
–1974: 9,2 Milliarden DM
–1975: 9,6 Milliarden DM

(nach „die Tat", April 75)

Mit diesen Geldern sollen in den kommenden Jahren u.a. 230 neue Schützenpanzer vom Typ „Marder" angeschafft werden; 50 neue Brückenlegepanzer Typ „Biber", 50 Großraumhubschrauber CH-53, 520 neue Feldkanonen 20 mm zur Fliegerabwehr.

Bei der Luftwaffe ist die Umrüstung der vier Geschwader von Starfighter (über 160 Abstürze!) auf die Phantom F-4-F im vollen Gange. Das erste Geschwader ist jetzt voll damit ausgerüstet, die Lieferungen an das zweite Geschwader beginnen gerade. Angelaufen sind nun auch die Produktionsvorbereitungen für den „Alpha-Jet", das Erdkampfflugzeug, mit dem die Luftwaffe zusätzlich ausgerüstet werden soll.

Bei der Marine wird die Zahl der U-Boote von 11 auf 24 vergrößert; zehn Flugkörper-Schnellboote der Klasse 148 und eins der Klasse 143 wurden eingekauft. Die Zerstörer der Klasse „Hamburg" wurden mit dem Raketensystem „Exocet" und die Zerstörer der Klasse „Lütjens" mit neuer Elektronik ausgerüstet. Ferner werden für die Luftwaffe neue „Seaking"-Hubschrauber angeschafft und die Marine-Jagdbomber mit neuen Raketensystemen ausgerüstet. (Nach Weißbuch 73/74).

Dieser Ausschnitt aus dem Beschaffungsprogramm der Bundeswehr für die nächsten Jahre zeigt, daß die Aufrüstung auf vollen Touren läuft, den Rüstungskonzernen stehen demnach neue Gewinnexplosionen ins Haus. Hier zwei Beispiele:

- Die Firma MBB, der der Löwenanteil an der deutsch-englisch-italienischen Produktion des „Mehrkampfflugzeuge MRCA" gesichert wurde, konnte nicht zuletzt durch die MRCA von 1972 auf 1973 eine Profitsteigerung um 75 % erzielen. Durch die Produktion und den Verkauf der MRCA zu einem System-Preis von 54 Mio. DM pro Flugzeug könnte die Firma ihren Jahresumsatz um 2400% von 1,2 Mrd. DM auf 30 Mrd. DM steigern.
- Die Firma Krauss-Maffei, München, (Flick-Konzern) kann damit rechnen, demnächst den Zuschlag für den Bau des NATO–Standardpanzers zu erhalten, mit dem alle NATO-Länder ausgerüstet werden sollen.

Die Bundeswehr hat für die nächsten Jahre einen Bedarf von 1.500 neuen Panzern angemeldet. Der Ver-

rechnen, demnächst den Zuschlag für den Bau des NATO–Standardpanzers zu erhalten, mit dem alle NATO-Länder ausgerüstet werden sollen.

Die Bundeswehr hat für die nächsten Jahre einen Bedarf von 1.500 neuen Panzern angemeldet. Der Ver-

kauf des Panzers „Leopard 1" (Preis 1,7 Mio. DM) und des „Leopard 2" (Preis ca. 2 Mio. DM) ist demnach gesichert. Ein weiteres Riesengeschäft kann Krauss-Maffei mit dem Verkauf des Flak-Panzers „Gepard" erhoffen. Bei einem Stückpreis von 4 Mio. DM bestellte bisher die Bundeswehr 125, Belgien 95 und die Niederlande 55 Stück. Hier werden 10,9 Mrd. DM an Steuergeldern der drei Länder verschleudert! (nach „die Tat", 1.2.75).

Darüberhinaus kommen im Rahmen der NATO noch zusätzliche Ausgaben hinzu. Am 22.5.75 begann die Tagung des Verteidigungsplanungsausschußes der NATO, der die Entscheidung über den Beginn eines neuen Infrastrukturprogrammes der NATO treffen soll. Einer der größten Ausgabenposten wird die Beschaffung von speziellen Radarflugzeugen sein, die im Rahmen des NATO-Radar- und Beobachtungssystems eingesetzt werden sollen. Allein diese Anschaffung werden die Arbeiterklasse der dreizehn NATO-Länder mehrere Milliarden US-Dollar kosten.

So ist die jüngste „Mahnung" des Kriegsministers Schlesinger zu verstehen, der meinte, die (West-) Europäer müßten mehr für ihre „Verteidigung" tun.

Den größten Anteil an den direkten und indirekten Ausgaben für die aggressiven Ziele des westdeutschen Imperialismus hat der Einzelplan 14 des Kriegsministeriums. Er beläuft sich auf 29,9 Mrd. DM. Dazu kommen noch 1,1 Mrd. DM „Personalverstärkungsmittel" für die Bundeswehr. Das macht dann schon 31 Mrd. DM an direkten Ausgaben für die Bundeswehr.

Im Einzelplan „Forschung und Entwicklung" sind dann noch 1,3 Mrd. DM für die Kriegsforschung vorgesehen. Im Einzelplan 33 des Bundeshaushalts sind Versorgungsbezüge, Ruhegehälter und ähnliche Ausgaben

FORTSETZUNG SEITE 40

Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien 1973
(Pro Kopf der Bevölkerung – Schätzzahlen*)

Land	US-Dollar
Vereinigte Staaten von Amerika	377
Bundesrepublik Deutschland**	255
Frankreich	209
Norwegen	180
Großbritannien	178
Niederlande	168
Belgien	145
Dänemark	133
Kanada	126
Italien	91
Portugal	91
Griechenland	77
Luxemburg	49
Türkei	25

*) Den Angaben liegt ein Wechselkurs zugrunde, der im Oktober 1973 überwiegend galt (1 US-Dollar = 2,40 DM).
**) Einschließlich Berlin-Hilfe.

Bei den Ausgaben für Rüstung und Aufrüstung steht die BRD an zweiter Stelle, aber auch bei diesen Ausgaben im Weißbuch 73)74 fehlen natürlich die versteckten Kosten

*) Den Angaben liegt ein Wechselkurs zugrunde, der im Oktober 1973 überwiegend galt (1 US-Dollar = 2,40 DM).
**) Einschließlich Berlin-Hilfe.

Bei den Ausgaben für Rüstung und Aufrüstung steht die BRD an zweiter Stelle, aber auch bei diesen Ausgaben im Weißbuch 73)74 fehlen natürlich die versteckten Kosten

Verteidigungsausgaben des Bundes 1971, 1972 und 1973 nach NATO-Kriterien

– in Millionen DM –

Einzelpläne	1971 (Ist)	1972 (Ist)	1973 (Soll)
14: Verteidigung	22 310,7	25 322,8	26 423,3
33: Militärruhegehälter	1 777,1	1 895,4	2 057,2
35: Stationierungsstreitkräfte	709,0	729,5	798,5
05: Verteidigungshilfe für andere Länder	82,7	69,5	87,0
NATO-Zivilhaushalt	12,2	12,1	12,7
60: Personalverstärkungsmittel, Devisenausgleich, EDIP usw.	114,1 *	191,3 **	1 610,1 ***
02: Wehrbeauftragter	1,8	2,0	3,6
06: Bundesgrenzschutz	442,7	497,5	604,8
	25 450,3	28 720,1	31 597,2
zuzüglich Berlin-Hilfe	4 852,8	5 879,5	6 608,1
Gesamt	30 303,1	34 599,6	38 205,3

*) Davon: 110,0 Millionen DM für Devisenausgleich mit Großbritannien
4,1 Millionen DM für Anteil NATO-Kosten Malta
**) Davon: 110,0 Millionen DM für Devisenausgleich mit Großbritannien
55,8 Millionen DM für Devisenausgleich mit den USA
25,5 Millionen DM für Anteil NATO-Kosten Malta
***) Davon: 740,0 Millionen DM für Personalverstärkungsmittel
110,0 Millionen DM für Devisenausgleich mit Großbritannien
20,1 Millionen DM für Anteil NATO-Kosten Malta
400,0 Millionen DM für Kauf der PHANTOM F-4 F
150,0 Millionen DM für Kauf von Transporthubschraubern
125,0 Millionen DM für Flugzeugschutzbauten (EDIP)
65,0 Millionen DM für Devisenausgleich mit den USA

Angaben nach Weißbuch 73/74. Die Berlin-Hilfe werten die westdeutschen Imperialisten als Beitrag zur „Sicherheit" West-Berlins und summieren sie deshalb unter „Verteidigungsausgaben"

Zweite Stufe der Fahrpreiserhöhungen

Zweite Stufe der Fahrpreiserhöhungen tritt in Kraft – Einheitstarif abgeschafft



Einsatz von CN-Gas bei den Fahrpreiskämpfen Anfang April in Hannover

Am 1. Juni wurde der neue Stufentarif in Hannover eingeführt, d.h. man kann nicht mehr, wie früher für 0,75 DM (Sammelkarten Erwachsene) durch den ganzen Großraum fahren, sondern der Großraum wird nach Kilometerentfernung in drei Gebiete aufgeteilt („Zonen"). Demnächst muß man, wenn man alle drei durchfährt, automatisch die zweite Preisstufe bezahlen. Bei den Sammelkarten für Erwachsene sind das 1,50 DM, also 100 % Verteuerung. Schüler und Rentner sind noch härter betroffen. Sie müssen 150 % mehr blechen.

Zu dieser Fahrpreiserhöhung wurde erneut eine Propagandabroschüre an alle Haushaltungen verteilt. So sollte erreicht werden und wurde wohl auch erreicht, daß die Bevölkerung die Erhöhung „geschluckt".

In dieser Schrift wurde z.T. recht zynisch argumentiert. Eigentlich gäbe es gar keine Verschlechterung, sondern der 1. Juni sei ein „Tag der Verbesserungen" in der Fahrgastbeförderung. Da gäbe es einen neuen „Gemeinschaftsfahrplan". Außerdem seien Fahrgast – Informationen an den Haltestellen geschaffen worden. Daß diese gerade durch das kompliziertere System der Zonen und Stufen notwendig wurden, wurde natürlich verschwiegen. Schließlich wurde noch einmal groß rausgestrichen, daß die Monatskarten für Erwachsene in der Preisstufe eins nicht teurer sind. Wir hatten das als geschickten Schachzug eingeschätzt, der die Betroffenen entzweien sollte.

Die Demonstration am 2. Juni war erheblich schwächer besucht, als die Demonstrationen Anfang April, als die erste Stufe der Fahrpreiserhöhungen in Kraft traten (s. AK 60). Mit einer bodenlosen Frechheit wurde von der Polizei das Demonstrationsrecht beschnitten, wo es nur ging. Kurz vor Demonstrationsbeginn hatte die Polizei z. B. die angemeldete Route verboten und wollte den Demonstrationszug in Randbezirke der Innenstadt verlegen. Die Polizei bestimmt also wo es lang geht! Als der Demonstrationszug durch Straßenbahnen gestört wurde, klang aus dem Polizeilautsprecher: „Herr Kittner (einer der Organisatoren der Demonstration), sehen Sie nicht, der Demonstrationszug behindert die Straßenbahn, setzen Sie ihren (!) Ordnertrupp ein." Als sich der Demonstrationszug zum Schluß nicht schnell genug auflöste, zumindest nach den Uhren der Polizei, räumte diese die Straße. Dabei verletzten die Bullen einen Demonstranten so schwer, daß er ins Krankenhaus mußte. ●

KB / Gruppe Hannover

Bundeshaushalt 1975: Der westdeutsche Imperialismus rüstet immer weiter auf

Fortsetzung von Seite 39

für die Bundeswehr enthalten, die sich auf 1,3 Mrd. DM erstrecken.

Die Versorgung der Berufssoldaten der Hitler-Wehrmacht kommt noch mit 1,7 Mrd. DM hinzu (einschließlich der „Ehrensoldempfänger" für „Kriegsauszeichungen"). Im Einzelplan 35 sind weitere 0,90 Mrd. DM als Zahlungen an die ausländischen NATO-Streitkräfte in der BRD vorsehen.

Im Etat des Innenministeriums sind 0,67 Mrd. DM für den BGS veranschlagt.

Im Einzelplan 60 wird die West-Berlin-Hilfe mit 6,2 Mrd. DM verbucht (die „Berlin-Hilfe" wird laut Weißbuch zu den „Verteidigungslasten" gerechnet). Darüberhinaus werden auch noch mehr als 3 Mrd. DM an die US-Imperialisten als „Devisenausgleichszahlungen" gezahlt. Die Kosten für den „Wehrbeauftragten" belaufen sich auf 0,28 Mrd. DM. Für den „Bundesnachrichtendienst" ist eine Finanzhilfe von 0,1 Mrd. DM vorgesehen.

Zieht man die direkten und indirekten Ausgaben für den westdeutschen Militätapparat zusammen, ergibt sich eine Summe von 46,4 Mrd. DM. Bei diesen Angaben fehlen aber noch Ausgaben, die in anderen Etats des Bundeshaushaltes versteckt werden. So im Einzelplan 05 „Auswärtiges Amt" mit Kosten für die NATO-Verteidigungs - und Ausrüstungshilfe, die an andere NATO-Staaten geht.





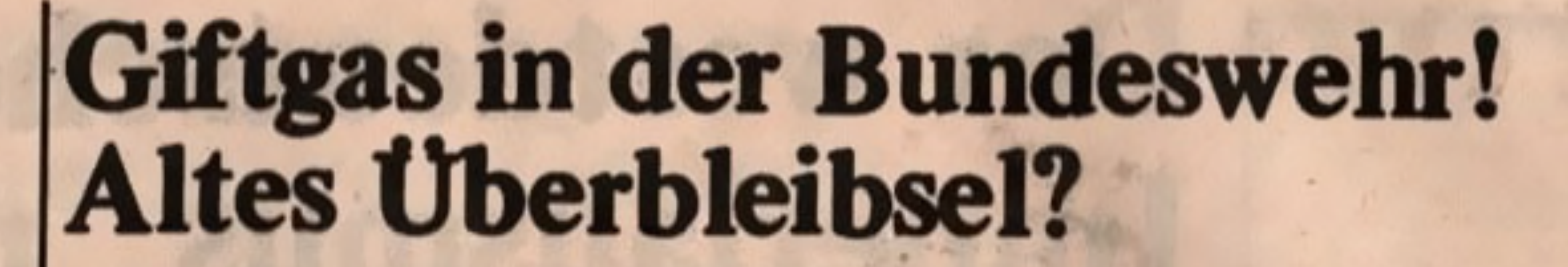
Im Einzelplan 60 „Allgemeine Finanzverwaltung" mit versteckten Ausgåben für die Rüstungsbeschaffung.

Im Einzelplan 04 „Bundeskanzleramt" mit Kosten für Militärpropaganda.

Darüberhinaus müssen noch hinzugerechnet werden der Einzelplan 60 „Zivilverteidigung", also Kosten für paramilitärische Organisationen, die mit der Bundeswehr Hand in Hand arbeiten. Darüberhinaus noch Reperationszahlungen (Kriegsfolgelasten) und die Kriegsopferversorgung.

Diese versteckten Kosten für direkte und indirekte Kriegsausgaben beliefen sich schon 1973 auf 10,3 Mrd. DM, die gesamten Rüstungsausgaben auf 49,7 Mrd. DM, was schon 1973 einen Anteil von 50% des Gesamt- Bundeshaushaltes ausmachte. Obwohl wir dieses Jahr die Höhe der versteckten Rüstungsausgaben noch nicht kennen, ist es sicher, daß die reale Höhe der Ausgaben für Rüstung und Staatsapparat (MEK, Polizei usw.) in diesem Jahr über 50% des Gesamthaushaltes ausmachen wird. ●

Antimilitarismus-Kommission



Giftgas in der Bundeswehr! Altes Überbleibsel?



1-Liter-Behälter mit Senfgas dieser Art wurden in Münster gestohlen

1-Liter-Behälter mit Senfgas dieser Art wurden in Münster gestohlen



Senfgasverätzung eines Bundeswehrsoldaten

Durch einen Senfgasdiebstahl aus dem Bundeswehrdepot Munsterlager wurde öffentlich, daß die Bundeswehr über riesige Mengen von Giftgasen verfügt, die laut Genfer Konvention verboten sind. Laut BW-Führung handelt es sich dabei „nur" um Überbleibsel und Restbestände aus den beiden Weltkriegen, dessen Vernichtung ungeheuer schwierig wäre. Die Entgiftung kam bisher nur „grammweise voran".

Jetzt soll angeblich unter dem Druck der aktuellen Ereignisse ein schon lange geplanter Verbrennungsofen gebaut werden. Inzwischen wurde ersteinmal die Bewachung des Depots verstärkt.

Manch schlauer Kopf wird sich bei dieser Sache wohl auch fragen, wie es denn kommt, daß die BW über Giftgase verfügt, die noch aus dem 2. Weltkrieg stammen? Die Alliierten, in diesem Fall die Engländer, haben sich doch verpflichtet, die von ihnen befreiten Gebiete zu entmilitarisieren. Auch darauf hat das schlaue Kriegsministerium eine Antwort. Die Briten haben zwar die Laboratorien, Fabriken und Lagerstätten zerstört, sie gingen dabei allerdings „fahrlässig" vor: „Die gefundene Kampfstoffmunition wurde unsachgemäß vernichtet, zum Teil wahllos gesprengt, zum Teil an unbekannten Stellen vergraben (!!!)".

Den Stellungnahmen dieser Lumpen stehen knallhart die Tatsachen gegenüber. Die Engländer sind bei der „Vernichtung" von Kampfgasen weder „fahrlässig" umgegangen, noch haben sie Sachen verbuddelt, von denen keiner mehr weiß, wo. Genauso wie viele Industrieanlagen der heutigen BRD von den Bombenflügen der Alliierten bewußt verschont geblieben sind, um den Aufbau des Kapitalismus nicht unnötig zu erschweren, so hat man auch diese Kampfstoffe nicht zerstört.

Die Kampfstoffe stehen also den Imperialisten heute zur Verfügung, und sie machen auch deutlich, daß sie diese benutzen werden, wenn's drauf ankommt:

In der internen Schulungsschrift ATP/B-U-3 der ABC-Abwehrschule Sonnthofen der BW heißt es:

„Die Anwendung von biologischen Kampfmitteln ist ebenso wie die von chemischen Kampfstoffen durch die Internationale Konvention (Genf 1925) untersagt. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß im Kriegsfall praktische Überlegungen eine größere Rolle spielen als sittliche Bedenken (!), zumal die Konvention verschiedene Auslegungen zuläßt ..."

le spielen als sittliche Bedenken (!), zumal die Konvention verschiedene Auslegungen zuläßt ..."

Vom ehemaligen Fähnrich G.P. (ABC-Abwehrtruppe in Zweibrücken) liegt eine eidesstattliche Aussage vor, daß ein Major seinen Soldaten sagte, im Ernstfall gehöre zu den Aufgaben der ABC-Abwehrtruppe nicht nur die Abwehr, sondern auch der Angriff mit chemischen und biologischen Kampfstoffen.

Das alles zeigt deutlich, daß die Imperialisten heute, wie in jeder anderen Phase der jüngsten Geschichte, bereit sind, die furchtbarsten Waffen gegen die Menschheit zu benutzen, wenn es ihren Interessen entspricht.

Soldatengruppe im Metallbereich, KB/Gruppe Hamburg

Bundeswehr:

„Feierliches Gelöbnis" und Nazi-Ehrung

Mitte März wurde in der Stapelholmer Kaserne in Seeth (Schleswig-Holstein) für die Rekrutenkompanien der Feldjäger aus Heide und Nachwuchssoldaten aus Seeth das „Feierliche Gelöbnis" abgenommen, *„der BRD treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen"*.

Vom Bataillonskommandanten wurde die Bedeutung dieses „Gelöbnisses" erläutert. Danach habe der Soldat die Pflicht, die „Demokratie" vor inneren (!) und äußeren Angriffen zu verteidigen. Die Bedrohung gehe auf der einen Seite von den A n a r c h i s t e n aus, die den Staat in die Enge trieben und zerstören wollten, z.B. durch die Lorenz-Entführung, und auf der anderen Seite von der S o w j e t u n i o n, die immer weiter aufrüste.

Nun ist die Bundeswehr (noch!) nicht an der Anarchistenjagd direkt beteiligt und führt (zur Zeit) auch keinen Krieg gegen die Sowjetunion. Doch daß dies nur eine Frage der weiteren Entwicklung ist und daß die Bundeswehr sich voll in die Tradition der faschistischen Armee stellt, wurde an der folgenden „militärischen Ehrung" von drei aus der Bundeswehr ausscheidenden Soldaten, darunter zwei Berufssoldaten, deutlich. Dabei wurden auch die Lebensläufe beider Berufssoldaten verlesen: Beide traten 1936 f r e i w i l l i g in die Armee, beide sind K r i e g s f r e i w i l l i g e gewesen. Der eine diente f r e i w i l-

1936 f r e i w i l l i g in die Armee, beide sind K r i e g s f r e i w i l l i g e gewesen. Der eine diente f r e i w i l-

l i g in der „Legion Condor", der faschistischen Mörderbande, die im spanischen Bürgerkrieg die Franco-Faschisten unterstützte, der andere in der Waffen-SS, wo er später sogar eine nichtgenannte „Sondereinheit" (wohlweißlich? !) führte. Beide bekamen viele Auszeichnungen im 2. Weltkrieg. In die Bundeswehr traten sie 1956 ein und waren von Anfang an wieder dabei. Der Battaillonskommandant stellte dazu lobend fest, daß diese Soldaten ihr Leben lang (!!) dem „deutschen Vaterland" treu und tapfer gedient und immer ihre Pflicht (!?) als Soldaten voll erfüllt hätten. Faschistische Verbrechen werden auch in der Bundeswehr „treue Pflichterfüllung sein". ●

Ein Soldaten-Genosse

Schläger vor dem Kasernentor — Erneute Behinderungen von Flugblattverteilern



Anfang '75 wurde in einer Kaserne der französischen Armee in Landau/Pfalz der 20jährige Alain Perrigard tot in einer Arrestzelle gefunden. Die Todesursache ist, wie so oft beim Militär, ungeklärt. Ermittlungsergebnisse werden geheimgehalten. Ob er krank war, oder ob er vielleicht Tabletten genommen hat, die Kameraden, denen die Zustände in den Arrestzellen hin-reichend bekannt sind, wissen es nicht genau – aber daß es die Armee ist, die auch diesen jungen Mann auf dem Gewissen hat, ist für viele klar.

Ein französisches Soldatenkomitee veröffentlichte zu diesem Todesfall ein Flugblatt, dessen Verteilung eine Ortsgruppe der Deutschen Friedens Gesellschaft (DFG) übernahm.

Bei der Verteilung trat sofort die westdeutsche Polizei vor der Kaserne in Aktion und beschlagnahmte die Flugblätter unter dem Vorwand, daß der verantwortlich Zeichnende nicht existent sei. Später war es nicht mehr ein Verstoß gegen das Pressegesetz, sondern ein Verstoß gegen den §89 (Verfassungsfeindliche Einwirkung auf die BW und auf öffentliche Sicherheitsorgane). Das Ergebnis des Verfahrens steht noch aus ...

Zur gleichen Zeit spielte sich in Tübingen, ebenfalls vor einer französischen Kaserne, ähnliches ab. Anläßlich eines „Tag der offenen Tür" gab ein französisches Soldatenkomitee ein Flugblatt heraus, in dem es u. a. heißt:

„Heute ist der Tag der offenen Tür! Aber in Wirklichkeit wird vor den Türen eines jeden Gebäudes eine Wache stehen, die sie daran hindert, hineinzugehen. Die Offiziere wollen die Zimmer nicht zeigen, in denen wir zu zehnt im Durchschnitt zusammengepfercht sind, nicht die Waschsäle ohne Gelegenheit zu rasieren, ohne warmes Wasser." Weiter heißt es in dem Flugblatt: *„Die Nummer 2 unserer Zeitung wurde heimlich verteilt. Seither wurden vier Soldaten des Regiments versetzt und ein Soldat bekam 15 Tage Gefängnis und wurde* [...] *ßen Verdachts. Die Offiziere sind bei dieser Aufgabe Nr. 3 damit beauftragt, sie ihnen wegzunehmen, damit sie nicht in die Kaserne gelangen kann."*

Man hatte sich die Genehmigung der zuständigen Behörde besorgt. Als dann am nächsten Tag vier Leute vor der Kaserne das Flugblatt verteilen wollten, wurden sie bereits von acht Offizieren und Unteroffizieren der französischen Armee in Zivil erwartet und wurden am Verteilen gehindert. Am zweiten Tag wurden die vier von 25 weiteren Leuten begleitet, um erneut zu verteilen. Die Schläger aber hatten sich inzwischen auch auf 15 Mann verstärkt. Sie ließen sich von der Mehrheit der Verteiler nicht beeindrucken und stürzten, noch bevor überhaupt ein Flugblatt verteilt wurde, auf einzelne los, rissen ihnen die Flugblätter aus der Hand, um sie dann am Kasernenzaun den Wachen zuzureichen. Die entschlossene Gegenwehr verhinderte dann, daß es zu viele wurden. **Das alles spielte sich unter den Augen der westdeutschen und französischen Polizisten ab, die in diesem Fall darauf verzichteten, einzugreifen.** ●

Soldatengruppe im Metallbereich,

Schauprozeß der Bourgeoisie gegen die Revolution

Der „Prozeß der Superlative" („Bild", 20.5.) begann am 21. Mai gegen die „RAF"-Genossen Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe. Als der *„größte Prozeß in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Justiz"* wird dieser Prozeß gegen den *„Massenmord"* („Bild", 21.5.) der *„Mörderbande"* (A. Renger) bezeichnet.

Jeden fortschrittlichen Menschen und alle Genossen wird diese ekelhafte Hetzkampagne angewidert haben; wissen wir doch, mit welcher „Lässigkeit" heute Prozesse gegen die eigentlichen Massenmörder vom Schlage der NS-Faschisten, der Kriegsverbrecher und Massenmörder der KZs gehandhabt und durchgeführt werden.

Die Lüge beginnt schon in der Überschrift. In einer Zeit, in der die BRD noch vor der öffentlichen internationalen Kritik abhängig war, wurden große Prozesse gegen wirkliche Verbrecher durchgeführt. Erinnert sei nur an die „Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse" und den Auschwitz-Prozeß. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung" vom 20.5. auch ausnahmsweise richtig zu diesem Schauprozeß:

„ ... keineswegs der größte Prozeß ... die NS-Verfahren waren zum Teil weit umfänglicher und schwieriger. Das Stammheimer Tribunal erregt aber mehr Aufsehen und Neugierde"! ...

Ja, wie kommt das bloß? ? Wer nimmt die Sache so wichtig und warum? Der Prozeß, wie die gesamte „RAF"-Kampagne, dient dem Sinn und Zweck nach nur der Bourgeoisie. Die politischen Auswirkungen haben die Arbeiterklasse, alle fortschrittlichen Menschen und Kommunisten und persönlich die „RAF"-Genossen zu tragen.

Entsprechend der Wichtigkeit des Prozesses für die Bourgeoisie ist:

▶ Die Anklageschrift eine 25 Meter lange Reihe von Aktenordnern! Gründung und Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung"– „der kriminellen Baader-Meinhof-Bande" – wird den Genossen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe vorgeworfen. Darüber hinaus sollen sie Mord in fünf Fällen („Bild" spricht von „Massenmord"!), Mordversuch

geworfen. Darüber hinaus sollen sie Mord in fünf Fällen („Bild" spricht von „Massenmord"!), Mordversuch

in 54 Fällen, Raub, Banküberfälle und Sprengstoffanschläge begangen haben. – Beweisen kann man ihnen gar nichts!

▶ Das sogenannte „Beweismaterial". „500 bis 1.000 Zeugen" sind geladen, und „Bild" hetzt: *„Die Bande schweigt, aber 400.000 ‚tote' Zeugen sprechen"* (20.5.). – Mit diesen bombastischen Zahlen, mit Spitzeln und „Kronzeugen" soll die „Beweisnot" behoben werden.

– Viel Geld läßt sich die Bourgeoisie anscheinend die Sache auch kosten. *„Fünf Millionen"* (laut „SZ") *„zwölf Millionen"* (laut „Welt"), *„14 Millionen"* (laut „Bild") bietet die bürgerliche Presse an Kosten, nach dem Motto: Wer bietet mehr?'

Entsprechend ist auch:

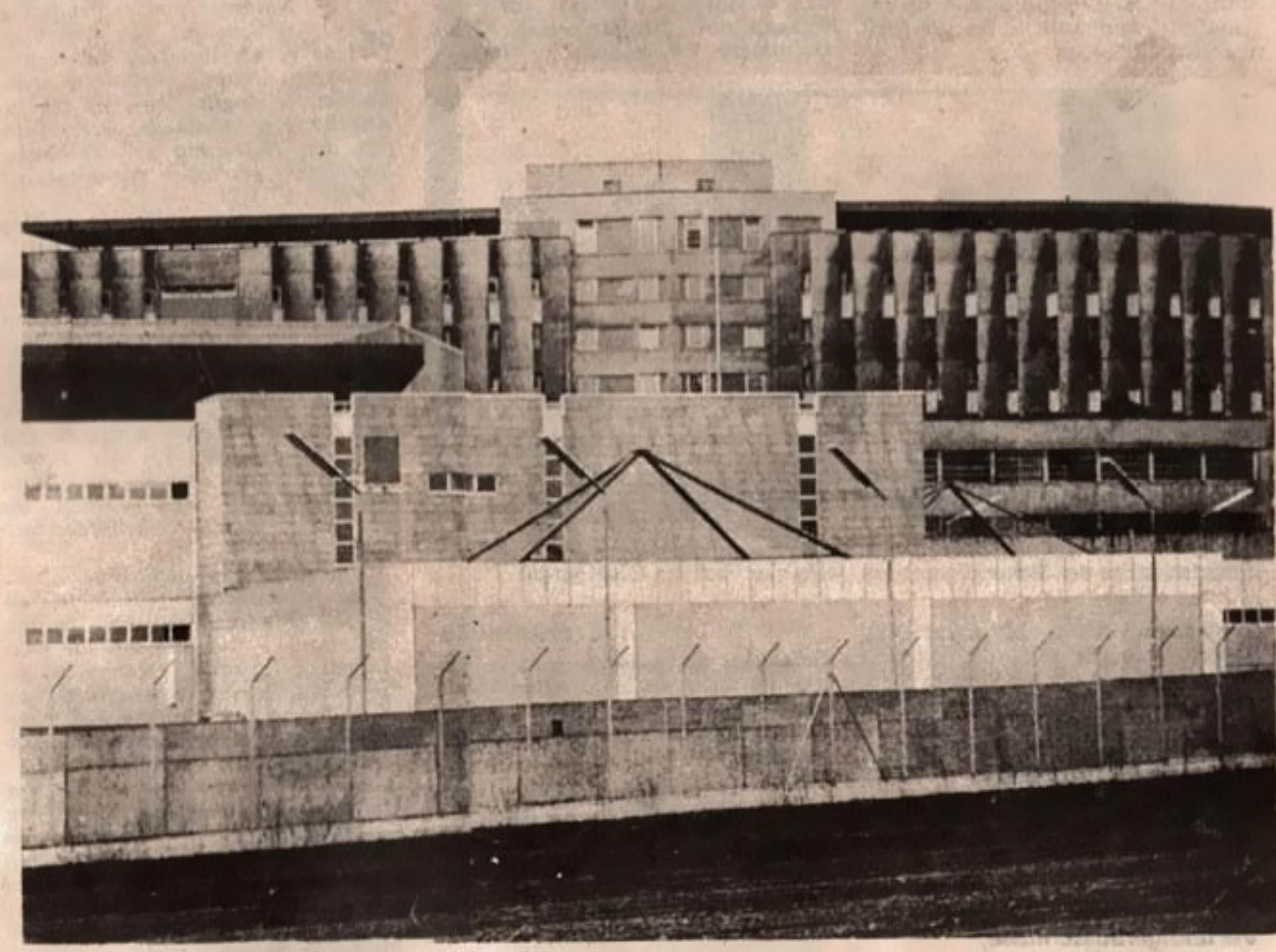
▶ das Gerichtsgebäude angelegt und ausgestattet. *„Das sicherste Gerichtsgebäude der Welt"* (laut „Bild"). Naivität ist es, wenn man glaubt, dieses Gebäude ist nur für die „RAF" und diesen Prozeß bzw. als Gefängniswerkstatt gebaut.

Entsprechend ist auch:

▶ die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse, Rundfunk und Fernsehen. Im umfangreichen Stil, um das notwendige Aufsehen für diesen Prozeß bemüht, ist die Berichterstattung über diesen Prozeß schon lange vor Beginn gelaufen.

Um ganz sicher zu gehen bei diesem Schauprozeß, daß es nicht doch noch zu unliebsamen Überraschungen kommt, werden jetzt auch nacheinander Wahl-Verteidiger kurzerhand ausgeschlossen. Dadurch soll offenkundig nicht nur ein Ersatz für fehlende Beweise geschaffen werden, sondern es wird auch nach dem Motto verfahren: Im Zweifelsfalle gegen den Angeklagten. Denn alleine schon der „Verdacht" auf „Begünstigung" reicht aus, die Anwälte als „Komplizen" zu diffamieren.

Daß mit diesem Prozeß und den Vorbereitungen dafür eine neue Welle reaktionärer Hetze erzeugt wurde und gleichzeitig weiter elementarste



Klassen-Justiz – Festung Stammheim

demokratische Rechte abgebaut werden, wollen wir in diesem Artikel aufzeigen.

Man kann's billiger haben !!! ... Aber dann ist es nicht so schön

Im letzten Jahr (6.3.74) schrieb die „Hamburger Morgenpost", daß der Prozeß *„gegen den harten Kern der Baader-Meinhof-Bande ... in einem Zelt (!) auf dem Hof einer Kaserne der Bereitschaftspolizei in Göppingen ... stattfinden"* solle.

In der Zwischenzeit hat es sich die Bourgeoisie anders überlegt. Das

pingen ... stattfinden" solle.
In der Zwischenzeit hat es sich die Bourgeoisie anders überlegt. Das

neue „Mehrzweckgebäude" in Stuttgart-Stammheim kostet angeblich rund zwölf Millionen Mark.

Der technische Aufwand ist hoch: Über 50 Tiefstrahler, doppelter Stacheldrahtverhau, Fernsehkameras sehen überall hin, *„es gibt keinen toten Winkel"* („Bild"), vier fensterlose Zellen, 500 Polizisten und Grenzschutzpolizei mit Maschinenpistolen und gepanzerten Wagen bewachen rund um die Uhr das Gebäude. Auch der Luftraum ist für die Zeit des Prozesses gesperrt!

Die Sicherheitsvorkehrungen sind laut bürgerlicher Presse gigantisch: Jeder „Besucher" muß durch vier (!) Kontrollsperren hindurch, Leibesvisitationen etc. Zu auffällig ist doch dieser technische Aufwand!

Es entspricht doch nicht der Logik des menschlichen Verstandes, ernsthaft anzunehmen, daß die Angeklagten auch bei nur halb so viel technischem Aufwand in der Lage wären, „auszubrechen". An eine „Befreiung" von außen ist dabei ebenfalls nicht zu denken.

Vielmehr dient das groß herausgestellte Aufwand in erster Linie propagandistischen Zwecken.

Über die Kosten für diesen Prozeß werden sehr unterschiedliche Angaben gemacht. Die Zahlen und vor allem die Stoßrichtung der Argumentation („der Prozeß kommt uns teuer zu stehen", so „Bild") sind demagogisch. Da dieser Betonbau als „Mehrzweckgebäude" geplant und u.a. für das benachbarte Gefängnis als Werkstatt schon lange benötigt wird (laut „Welt", 24.5.), so belaufen sich die reinen Prozeßkosten auf höchstens sechs Millionen Mark (sogenannte „prozeßbedingte" Baukosten fünf Millionen und „Verfahrenskosten" von einer Million Mark. (Zum Vergleich: Ein einziges der neuen MRCA-Kriegsflugzeuge für die Bundeswehr soll rund 50 Millionen Mark kosten!!).

In Anbetracht der groß rausgestellten hohen Prozeßkosten, mutet es schon sehr nach Vertuschen an, wenn nicht mehr als 120 Besucher und 80 Journalisten diesen Prozeß verfolgen können. Diese niedrige Besucherzahl ist ein Extra-Hammer zu den hohen Prozeßkosten. Das eigentliche Ziel der Betonung dieser hohen Kosten ist für die Bourgeoisie die ideologische Verhetzung:

In faschistischer Manier soll hier Stimmung zur Lynchjustiz angeheizt werden, nach dem Motto: „Es wäre doch viel billiger, sie gleich aufzuhängen"!

Der propagandistische Wert dieses gigantischen Gebäudes ist für die

gigantischen Gebäudes ist für die

Kontrolle zur Einschüchterung

Bourgeoisie nicht unbedeutend. Wird hier auf der einen Seite die angebliche „Gefährlichkeit" der vier Angeklagten (und damit des „Terrorismus" schlechthin) zum Ausdruck gebracht, so steht auf der anderen Seite das Demonstrieren ihrer „Stärke" – eine Zurschaustellung der „Stärke" der Bourgeoisie und ihres Staates, das jede Opposition einschüchtern soll.

Die ideologische Hetze gegen die „RAF" und gegen alle fortschrittlichen Menschen erhält mit dem Prozeß neuen Aufschwung

Die bürgerliche Presse hat es mehr oder weniger gut verstanden, während der gesamten „RAF"-Verfolgung und verstärkt vor dem Prozeß eine breite Hetz-Kampagne gegen die „RAF" und alle fortschrittlichen Menschen zu entfachen.

Die Bourgeoisie ist dabei nicht nur angetreten, mit der „RAF" abzurechnen, sondern prinzipiell mit dem Sozialismus und allem, was links steht.

Die Bevölkerung müsse die *„geistige Herausforderung durch den Kommunismus annehmen"*, so formulierte Herr Kohl, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident. Um nun

scher Ministerpräsident. Um nun

auch, da man fast alle vermutlichen „RAF"-Mitglieder verhaftet hat, auch weiterhin diese propagandistische Aufgabe erfüllen zu können, vergrößert man einfach das Schreckgespenst: *„Es gibt mehr Terroristen, als angenommen"* („Bild", 14.5.). Das „Hamburger Abendblatt" spricht davon, daß *„die Zahl der potentiellen (!?) Terroristen in der Bundesrepublik größer ist, als lange vermutet"* (14.5.).

Um die „Gefährlichkeit" des Terrorismus auch jedem Bürger, – nicht nur als „geistige Seuche", sondern auch als „unmittelbare Bedrohung" – unter die Haut gehen zu lassen, werden die allertollsten Hirngespinste ausgedacht.

US-Experte F. Ikle (Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde) warnt vor dem „Nuklearen Terrorismus". In demagogischer Weise meint er, es bestünde *„die Gefahr, daß sich einzelne terroristische Gruppen Zugang zu spaltbarem Material, das für friedliche Zwecke (!) vorgesehen ist, beschaffen könnten"* („Welt", 2.5.75).

Nebenbei bemerkt dürfte die größte „terroristische Gruppe" dieser Art der US-Imperialismus sein.

„Baader-Meinhof-Bande hat russische Raketen", ließ man den Provokateur G. Voigt in der „Bild" sagen.

Als am 27.4. dieses Jahres von einem Depot des Truppenübungsplatzes Munster 53 Flaschen vom gefährlichen Giftgas (Senfgas) gestohlen wurden, waren die Diebe auch schnell gefunden. *„Schon vor Jahren (!) hat die Baader-Meinhof-Bande geplant, das Depot auszurauben (!), 1972 hatten sie es schon einmal versucht, waren aber gestört worden"*, so angeblich ein angeblicher hoher Geheimdienstbeamter.

Auch die SPD-nahe „Hamburger Morgenpost" fragte besorgt: *„Hat die Bande jetzt Giftgas?"* Der Taktik der Bourgeoisie entspricht es, hiermit gleich eine neue Kampagne zur Einbeziehung aller Schichten der Bevölkerung in den Kampf gegen den „Extremismus" zu initiieren.

Das Bundesgesundheitsministerium bereitete am 2. Mai Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Giftzentralen auf Giftgasanschläge vor. In einem Brief, den Niedersachsens Apotheker von ihrer Apotheker-Kammer erhielten, hieß es: *„Es wird befürchtet, daß eine Anarchistengruppe einen Anschlag zur Befreiung der Baader-Meinhof-Bande plant"*. Danach folgten detaillierte Anweisungen zur Behandlung eventueller Opfer.

Auch der Bevölkerung wurden Hinweise für ein entsprechendes Verhalten bei solchen Verletzungen gegeben, um die „Gefahr" von Seiten der „Terroristen" möglichst real erscheinen zu lassen.

Die Phantasie der Bourgeoisie-Schreiberlinge kennt keine Grenzen

Immer neue Anschläge und Entführungspläne werden von phantasierenden Journalisten erfunden. *„Terroristen drohen mit Raketenanschlag*

Immer neue Anschläge und Entführungspläne werden von phantasierenden Journalisten erfunden. *„Terroristen drohen mit Raketenanschlag*

auf Stuttgart" („Bremer Nachrichten", 12.5.); *„Bomben-Angst in Bonn"* („Mopo", 13.5.); *„Japanisches Todeskommando soll Baader-Meinhof befreien"* („Bild", 10.2.).

Sogar wenn sich der jugoslawische Botschafter B. Loncar von Exil-Kroaten (also Faschisten!) bedroht fühlt, werden diese mittels eines „Salto Mortales" der „RAF" angehängt. Die Phantasie der Bourgeoisie-Schreiberlinge kennt da gar keine Grenzen.

So wurde auch ein „Kommando Siegfried Haussner" erfunden, das angeblich mit der Ermordung der im sechsten Monat schwangeren Prinzessin Christina von Schweden droht, falls nicht alle (!) in der BRD inhaftierten Mitglieder „amnestiert" (!?) würden.

Sicherlich beabsichtigt die Hetze nicht nur eine Verankerung von reaktionärem Gedankengut in den Köpfen der Menschen. Gehen doch gleichzeitig die größten Notstandsübungen – ideologisch abgesichert durch diese Schauergeschichten – über die Bühne, ohne daß sich breite Stimmen erheben. Die liberalen Kräfte, die noch zu Beginn der „RAF"-Kampagne Kritik am Vorgehen des Staates äußerten und sehr wohl einen Blick dafür hatten, daß diese Maßnahmen eigentlich sie selbst und die Arbeiterklasse treffen sollen, sind durch massive einschüchternde Hetze weitgehend zum Schweigen gebracht worden.

Notstandsübungen im großen Stil

Eine brisante Notstandsübung in diesem Zusammenhang war die Kooperation mit den Rundfunkanstalten, mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit und besseren Kontrolle für den „Nötfall". Mitte April fand in Bonn eine Beratung der Kommission „Massenmedien" der innerparlamentarischen Arbeitsgemein-

FORTSETZUNG SEITE 42

Schauprozeß der Bourgeoisie gegen die Revolution

FORTSETZUNG VON SEITE 41

schaft statt. Von dieser geheimen (!) Sitzung wurde lediglich bekannt, daß man eine Kontaktgruppe aus Vertretern des Bundesinnenministeriums und Verantwortlichen der Rundfunkanstalten gebildet habe, die „technische Fragen erörtern" sollten. Es hätte sich nämlich gezeigt, daß z.B. bei der Lorenz-Entführung die Zusammenarbeit nicht nach ihren Wünschen geklappt hatte. Man habe „zeitweise" nicht gewußt, an „welche der drei Krisenstäbe (!) man sich habe halten sollen"!! Der Vorschlag, Fernsehleute mit in den Krisenstab aufzunehmen, wurde „aus Sicherheitsgründen" abgelehnt.

NDR-Intendant Neuffer regte an, ein „Planspiel" oder „Medienmanöver" zu veranstalten.

Keine Zustimmung fand der Vorschlag des ZDF-Intendanten Holzämmer, in einem solchen Fall, den „übergesetzlichen Notstand" (!) auszurufen. Ebenso verneinte der Bundesinnenminister Maihofer die Frage eines Berliner SPD-Abgeordneten, ob nicht in so einer Situation das „Notparlament" zusammentreten müßte. Die Begründung ist aufschlußreich: „*...Diese Einrichtung sei nur für den Fall von Aufständen und entsprechenden Behinderungen normaler parlamentarischer Arbeit geschaffen worden*"! Also, heute noch nicht...

„Gehirne im Abseits" – „Die Krise der versprengten Stoßtrupps"

Einen neuen Aufschwung hat auch die persönliche Hetze gegen die „RAF"-Genossen vor dem Prozeß bekommen.

„*Baader-Meinhof ißt jetzt Kaviar in der Zelle*", war eine makabre Geschichte über das angebliche Delikatessenleben der „RAF"-Genossen. Wer würde da von den Aufsichtsbeamten, sprich Gefängniswärtern, nicht gerne mit diesen „Leuten" tauschen? ! Die „FR" vom 15.4.75 sagt es ganz klar: „*So mancher der 40 Beamten...würde mit den prominenten Gefangenen der Roten Armee Fraktion wohl gern tauschen*".



„Anarchist müßte man sein!"

Diese üble Karrikatur täuscht

„Anarchist müßte man sein!"

Diese üble Karrikatur täuscht keinen fortschrittlichen Menschen über die unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen hinweg

„Anarchist müßte man sein", ist die Unterschrift unter einer verlogenen Karrikatur, die das angebliche herrliche Leben der Häftlinge zeigt. Jedem Arbeiter, der heute mehr denn je mit seinem Geld haushalten muß, wird hier doch die kalte Wut hochkommen, wenn er diese Geschichte für bare Münze nimmt. Und das alles „bezahlt von unseren Steuergeldern"! Ja, das ist genau das Ziel dieser Lügenpropaganda.

Einen Tag vor Beginn des Prozesses wurde die Stimmung noch mal aufgeheizt. Mit der demagogischen Überschrift „*Die Bandenchefs essen, das Fußvolk hungert*" wurde über einen angeblich geplanten Hungerstreik der „RAF"-Genossen vor dem Prozeß berichtet.

Daß dieser Aufruf zum Hungerstreik wohl nur eine Ente ist, konnte selbst die bürgerliche Presse nicht so ganz verschweigen. „Woher der Aufruf zum Hungern kam, konnten die Wachmänner in der Dunkelheit nicht ausmachen („Welt", 21.5.75).

So ganz nebenbei wird dem Leser noch untergejubelt, daß es auch hier wieder an seine Finanzen geht. Der Hungerstreik der Häftlinge habe bisher DM 725.000,- gekostet. Insgesamt wird der „*Schaden, den die Baader-Meinhof Bande angerichtet hat, auf 100 Mio Mark geschätzt*".

Hiermit eine Stimmung, „diese Leute lieber gleich aufzuhängen", zu schüren, ist der Sinn und Zweck dieser Lügenpropaganda.

In bemerkenswertem Kontrast zu den Lügengeschichten, die ein Wohlleben der „RAF"-Genossen mit Sekt und Kaviar demagogisch ausmalen, stehen die Berichte derselben Hetzblätter von der Prozeßeröffnung:

Danach sind alle vier Angeklagten „*bleich, apathisch*". Baader wird als „*abgemagert*" mit „*gelber Gesichtshaut*" geschildert („Mopo", 22.5.); „*Er schaut schlimm aus*", freut sich ein Schwein von „Bild", „*er wirkt wie ein Greis*" (das muß wohl von dem vielen Kaviar kommen? !). Gudrun Ensslin ist nach der Erfolgsmeldung desselben Springer-Schweins „*mager und spitz im Gesicht*" („Bild", 22.5.75).

Anweisung oder Verfügung. Es müssen deshalb auch keine Begründungen gegeben werden!

Die Überwachung des mündlichen Kontaktes zwischen Verteidiger und Angeklagtem bedarf einer richterlichen Anordnung. Die Überwachung soll angeblich nur erfolgen, wenn der Inhaftierte verdächtig ist, den mündlichen Kontakt „*zur Fortsetzung einer Straftat gemäß § 129* (kriminelle Vereinigung) *zu mißbrauchen*". Da bekannt ist, daß politische Gefangene als „Gesinnungstäter" gelten, ist auch die – ohnehin bisher schon praktizierte – Überwachung für jeden politischen Prozeß praktisch gesichert.



Scharfschützen der Sicherungsgruppe - wird hier "auf die Füsse gezielt"? !

Man muß schon über soviel Dreistigkeit verblüfft sein, die „RAF"-Gefangenen auf der einen Seite sozusagen als Maden im Speck zu diffamieren, die im Knast ein Luxus-Leben führen, wie es in diesem Staat eigentlich den Kapitalisten vorbehalten ist und zugleich in widerliches Triumpfgeschrei über den körperlichen Verfall der Genossen im Knast auszubrechen!

Verteidigerausschlüsse, „Kronzeugen", Gesprächsüberwachungen ....die bisherige Praxis wird „legalisiert"!

Am 27. November 1974 wurde vom Bundeskabinett beschlossen, das bisher geltende Strafrecht im Hinblick auf die „RAF"-Prozesse einschneidend zu ändern.

Nach dem neuen Strafrecht können seit 1. Januar dieses Jahres Verteidiger von einem Verfahren ausgeschlossen werden, wenn sie

„der Teilnahme an der Tat, die Gegenstand der Untersuchung ist, oder der Begünstigung oder der Hehlerei hinreichend verdächtig oder deswegen bereits verurteilt" sind;

mehrere Beschuldigte verteidigen und die gemeinschaftliche Verteidigung der Aufgabe der Verteidigung widerstreitet oder wenn der Anwalt als Zeuge vernommen werden soll. („Rote Robe", 2/74, S. 62)

Schon 1970 begann die Kampagne

[illegible]

(„Rote Robe", 2/74, S. 62)

Schon 1970 begann die Kampagne gegen linke Verteidiger. Die Anwälte Eschen und Ströbele wurden von der Verteidigung Horst Mahlers ausgeschlossen mit der Begründung, aus der Bezeichnung „Sozialistisches Anwaltskollektiv" ergebe sich, daß diese Anwälte nicht nur Büropartner (von Mahler) seien, sondern praktisch als Personen identisch" (siehe dazu AK 51, S. 29).

Um in dem jetzt laufenden Prozeß gegen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe den Genossen auch die letzte Möglichkeit zu nehmen, sich auf ihren Prozeß vorbereiten zu können, wurden noch kurz vor dem Prozeß und am ersten Tag des Prozesses die „Gesetzeslücken" festgestellt, die es eiligst zu schließen gelte. Der Prozeß wurde vertagt und im Bundeskabinett ein Gesetzentwurf beschlossen, der vorsieht, daß

ein Rechtsanwalt, der in einem Verfahren mehrere Angeklagte vertritt und von der Betreuung eines Angeklagten ausgeschlossen wird, künftig auch das Mandat für die anderen Mitangeklagten einer „kriminellen Vereinigung" niederlegen muß. Über den ursprünglich geplanten Entwurf hinaus ist noch vorgesehen, daß Anwälte, die bereits einmal von einer Verteidigung einer „kriminellen Vereinigung" ausgeschlossen wurden, auch von allen anderen Verfahren, die noch folgen, ebenfalls von vornherein ausgeschlossen sind.

Die Überwachung des Schriftverkehrs zwischen Anwalt und Untersuchungshäftling ist grundsätzlich zulässig, wenn der Beschuldigte wegen einer „*in konspirativer Weise begangenen Straftat, insbesondere wegen Gründung oder Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung inhaftiert ist*". (Z.B. auch die Besetzung eines Hauses erfüllt bereits heute den Strafbestand einer „kriminellen Vereinigung"!!) Zur Überwachung bedarf es keiner besonderen richterlichen

Neu ist außerdem der Gesetzentwurf, daß jeder, der Kenntnis von einer „terroristischen Vereinigung" oder von geplanten „Vergehen" hat und sie nicht unverzüglich denunziert, bestraft werden soll.

Ebenfalls noch kurzfristig mit durchgepeitscht wurde ein neuer Strafbestand: Gründung und Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung", die jetzt mit Höchststrafen bis zu 10 Jahren (!) bestraft werden soll.

Weit über die bei Vertagung des „RAF"-Prozesses gemachten Vorschläge hinaus geht die Aufnahme des „Kronzeugen" in die Strafprozeßordnung.

Die nächsten faschistischen Sondergesetze liegen schon auf dem Tisch

Da ist zunächst der Vorschlag des Bundesrates, daß die Ausschlußregelung auf die „Verfahrenssabotage" und sogenannte „Förderungshandlungen" ausgeweitet werden soll. Das heißt nichts anderes. als daß auch den

und sogenannte „Förderungshandlungen" ausgeweitet werden soll. Das heißt nichts anderes, als daß auch den

Wahlpflichtverteidigern, die jetzt noch Gelegenheit haben, den Prozeß im Sinne ihrer Mandanten zu führen, alle Mittel aus der Hand genommen werden sollen, die minimalsten Rechte ihrer Mandanten wahrzunehmen.

Bundesjustizminister Vogel hat bereits verkündet, daß auch diese Maßnahmen, besonders der Ausschluß der Verteidigung als schärfstes Mittel des Gesetzgebers nicht ausreichend seien („Frankfurter Rundschau", 15. 5.75).

Schließlich ist die Hetze in der bürgerlichen Lumpenpresse ja auf den Tenor eingestimmt, daß erstens ohnehin die Linken mit Verfahrenstricks, endlosen Anträgen usw. jede „konstruktive Zusammenarbeit" zunichte machen – egal ob in einer Partei, in einer Gewerkschaft oder in Prozessen; zweitens ist damit auch das Recht der Verteidiger, politische Motive der Angeklagten zu deren Entlastung vorzutragen, als „nicht zur Sache gehörig" oder als „Förderungshandlung" vom Tisch.

Und so werden, über die Überwachung des schriftlichen und mündlichen Kontaktes und der oben genannten Gesetze hinaus, von allen Reaktionären Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie man für eine weitere Verschärfung der Gesetze sorgen kann.

Noch hält angeblich die Bundesregierung diesen Vorschlag für „unangemessen" (nach „Frankfurter Rundschau", 15.5.75); das gleiche galt allerdings zunächst auch für den Vorschlag den Strafrechtstatbestand „Gründung einer terroristischen Vereinigung" aufzunehmen – und dieser ist in Windeseile durchgezogen worden!

Auch die bisher geltende Vorschrift, daß ein Gerichtsbeschluß über die Ausschließung der Öffentlichkeit von der Verhandlung öffentlich zu verkünden sei, soll nach einem Gesetzesvorschlag des Bundesrates nun als „*besonders ärgerlicher Zwang*" („FAZ", 2.1.75) beseitigt werden.

Im Zusammenhang mit der Fahndung nach dem Rechtsanwalt Haag kam vom rechtspolitischen Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Carl-Dieter Spranger, der Vorschlag, für eine Verschärfung des Haftrechtes zu sorgen. „*Spranger erinnerte an die Bundesratsinitiative Bayerns (!), bei Angehörigen krimineller Vereinigungen den Haftgrund der Verdunkelungsgefahr gesetzlich zu verankern*" („Welt", 17.5.75).

Also eine gesetzliche Absegnung der „Vorbeuge-" und „Schutz"haft!

Von der „Vorbeugehaft", auch wenn der Beschuldigte einen festen Wohnsitz und eine geregelte Arbeit hat, bis zur Sippenhaft ist es dann dann nicht mehr weit: Ministerpräsident Filbinger in einem „Bild"-Interview (17.5.75): „*Bei Menschenraub und Geiselnahme sollen künftig auch Angehörige (!!!) des Täters, Rechtsanwälte, Verteidiger und Ärzte gesetzlich verpflichtet werden, Ihr Wissen den Ermittlungsbehörden mitzuteilen*".

Und wenn sie es nicht tun ? ....

Im Wesentlichen geht es bei all diesen „Gesetzesinitiativen" darum, daß einmal – bezogen auf die jetzt laufenden Prozesse – möglichst jeder Revisionsgrund ausgeschlossen wird, indem man für die bisher bereits praktizierten illegalen Maßnahmen eine „legale" Grundlage schafft , und daß zum anderen mit diesen Maßnahmen ein ganzes Netz von Sonder-, Ermächtigungs - Ausnahme- und Notstandsgesetzen geschaffen wird, das bei kommenden politischen Prozessen keine formalen Fehler, möglichst keine Lücken und Chancen für die Angeklagten erhält.

Der lange, lange Prozeß gegen die Genossen von der „RAF" dient längerfristig zur Verkürzung aller weiteren politischen Prozesse und schafft bereits heute das Instrumentarium für Massenaburteilungen großen Stils.

Die Kriminalisierung der linken Anwälte wird vorangetrieben

Immer wieder ist in der bürgerlichen Presse, allen voran Springers Hetzpresse, eine „Komplicenschaft" der linken Anwälte mit ihren Mandanten schlichtweg behauptet worden. Zwar konnte bisher keinem einzigen Anwalt die „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" nachgewiesen werden. Durch ständige Verhaftungen, Durchsuchungen der Anwaltsbüros, Drohungen mit Strafanzeigen etc. wurde aber ein Klima erzeugt, in dem es möglich ist, linke

waltsbüros, Drohungen mit Strafanzeigen etc. wurde aber ein Klima erzeugt, in dem es möglich ist, linke

Anwälte unangefochten als „**Terroristenhelfer**" („Bild", 7.5.75) u.ä. zu diffamieren.

Da von den gesamten großangekündigten „Beweisen" für eine Komplicenschaft der Anwälte mit den Angeklagten nichts übrig geblieben ist, nimmt die persönliche Diffamierungskampagne geradezu faschistische Ausmaße an.

Ein besonderes Musterstück dieser Drecksbrühe leistete sich die „Bild" unter der vielsagenden Überschrift: „**Der Terroristenhelfer ist ein reicher Mann**" werden alle Register, durch die sich der „Stürmer" (Hetzblatt der Nazis) bereits auszeichnete, gezogen: Erstens, offensichtliches Kennzeichen für einen „Terroristenanwalt" (es geht um den Rechtsanwalt Groenewold): Er entspricht nicht dem Gardemaß des „*deutschen Hünen*", sondern er ist „*nur 1,65 Meter klein*". Außerdem hat er eine Stimme, „*die zum Fisteln neigt*". Derart eingestimmt, folgt der Schlag unter die Gürtellinie: Seine Stimme, die ohnehin „*zu leise*" ist ist auch noch „*eine halbe Oktave zu hoch für einen Mann*" (!!). Daß es in seinem „*Kopf unter der mächtigen Stirnglatze*" aussieht wie angeblich in seinen Büroräumen (!!) nämlich „*ein wirres Durcheinander*", ist selbstredend und macht die Skrupellosigkeit dieser Hetzer deutlich. So vorbereitet, macht „Bild" seinen Lesern dann klar, daß so einer nur noch ein Charakterschwein sein kann: „*Als sich sein Mandant Gerhard Müller von der Bande lossagte (!), war er auch seinen Anwalt los*" (alle Zitate aus „Bild", 7.5.1975). Dieses „Lossagen" Müllers sah übrigens so aus, daß Gerhard Müller als der nächste „Kronzeuge" gegen die „RAF"-Genossen aufgebaut wird!

Das Ziel dieser Hetzkampagne ist inzwischen erreicht und dank der guten propagandistischen Vorbereitung auch auf keinen größeren Protest gestoßen: Die Anwälte sind von der Verteidigung ausgeschlossen, sie sind – auch wenn man es ihnen nicht beweisen kann, für die bürgerliche Presse zumindest „Helfer der Terroristen"; ihnen wird sogar der zynische Vorwurf gemacht, daß sie versuchen, ihre Mandanten zu töten (!): Gegen Rechtsanwältin Marieluise Becker in Heidelberg und Rainer Köncke in Hamburg liegen Strafanzeigen wegen „**des Verdachts eines versuchten Tötungsdeliktes**" vor, weil sie Werner Hoppe während seines Hungerstreiks Tabak brachten!!

Die Bilanz der bisher zum Abschluß gekommenen Strafverfahren gegen die Anwälte: Gegen sieben Anwälte wurden Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" eingeleitet, gegen vier Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung im Zusammenhang mit dem Tod von Holger Meins gestellt, gegen zwei läuft ein Verfahren wegen „versuchter Tötung". Bisher ist ein einziges (!) Verfahren (gegen Rechtsanwalt Groenewold) mit einer Geldstrafe von 1.500 Mark abgeschlossen worden; die meisten Verfahren und Vorwürfe sind – nach entsprechender propagandistischer Auswertung durch die Presse – einfach versickert!

Wenn Beweise fehlen, hat man immer noch den „Kronzeugen"...

Am 4. Juni passierte auch die Gesetzesinitiative des Bundesrates, einen „Kronzeugen" in die Strafprozeßordnung einführen, den Bundestag.

Die Einführung eines „Kronzeugen" bedeutet, daß das Spitzelwesen in den linken, kommunistischen und anarchistischen Gruppen ungeheuer vorangetrieben werden soll, indem Spitzel und Provokateure als „Kronzeugen" straffrei bleiben. Gerade im Bereich der „anarchistischen" Linken (und was alles darunter läuft) war es für die Bourgeoisie bisher schon relativ leicht, Spitzel, agents provocateurs und Denunzianten einsickern zu lassen. (Bei der Hausbesetzung Eckhofstraße war der Mann, der den Genossen das Essen brachte, ein V-Mann; der Provokateur Urbach legte in Berlin Bombenpakete in linke Wohnungen, kurze Zeit später wurden Razzien in diesen Wohnungen gemacht). Wenn jetzt offiziell und „ganz legal" das Spitzel- und Denunziantenwesen abgesegnet wird, so hat das seinen guten Grund. Es besteht aufgrund der Standfestigkeit

nunziantenwesen abgesegnet wird, so hat das seinen guten Grund. Es besteht aufgrund der Standfestigkeit

der „RAF"-Genossen eine ungeheure Schwierigkeit für die Justiz, Straftaten, „Terrorakte", Überfälle etc. konkret nachzuweisen. Zwar ist man auch jetzt schon nicht davor. zurückgeschreckt, gänzlich ohne Beweise, trotz haarsträubender Widersprüche in den Zeugenaussagen etc. Höchststrafen für die Genossen zu verhängen (Hoppe 10 Jahre, 14 Jahre für Mahler etc.), und mit dem neuen Strafbestand der „terroristischen Vereinigung" wird dies noch reibungsloser gehen, immerhin ist dies aber ein ziemlich schwankender Boden. Um solche Schwierigkeiten auch langfristig aus dem Weg zu räumen, bietet die Bourgeoisie jetzt demjenigen, der gegen die politischen Gefangenen aussagt oder zumindest „*zur Ermittlung einer Straftat entscheidend beiträgt*", Straffreiheit unabhängig von seiner eigenen Beteiligung daran und ebenso eine „finanzielle Unterstützung", wohl eher Kopfgeld zu nennen. Das kann in der Konsequenz heißen, daß ein Provokateur ein total massenfeindliches Unternehmen startet, dieses Unternehmen den Linken in die Schuhe geschoben werden kann und der Provokateur mit keiner Strafe mehr zu rechnen hat, indem er einfach linke Genossen beschuldigt!

Die Bourgeoisie liebt den Verrat, aber nicht den Verräter

Der erste Anlauf mit einem mühselig aufgebauten „Kronzeugen" ist der Bourgeoisie allerdings nicht so recht geglückt: Trotz sorgfältigster

FORTSETZUNG SEITE 43

FORTSETZUNG
VON SEITE 42

Vorbereitung des „Kronzeugen" Ruhland war es für die Verteidiger der „RAF"-Genossen ein leichtes, Ruhland immer wieder Lügen nachzuweisen:

- Beim Prozeß gegen Horst Mahler verwickelte sich Ruhland derart in Widersprüche, daß die „Welt" verärgert feststellte, daß Mahler offensichtlich die Vernehmungsprotokolle besser kennen würde als Ruhland (AK 24, S. 8);
- Beim Prozeß gegen den Juristen Rolf Pohle, dem eine Unterstützung der „RAF"-Genossen nachgewiesen werden sollte, gab Ruhland zu, daß bereits während des Ermittlungsverfahrens gegen ihn der schwerste Punkt der Anklage gegen ihn (Mordversuch) fallengelassen wurde; daß er bei Vernehmungen Obst, Süßigkeiten und Zigaretten bekam, daß er verschiedentlich von den Vernehmungsbeamten in Lokale mit zum Essen genommen worden war („SZ", 6.11.73);
- Als die Verteidiger Aussagen von sechs (!) ehemaligen Mitgefangenen Ruhlands zitieren, nach denen er gesagt hatte, er würde angeben, was man wolle, gleichgültig ob es stimme oder nicht, kann Ruhland dies nur noch bestreiten; eine Erklärung, warum sechs Mitgefangene gegen ihn aussagen, kann er nicht geben („SZ" 6.11.73).

In jedem Prozeß, in dem die Verteidiger bisher die Möglichkeit hatten, Ruhland auf den Zahn zu fühlen, verwickelte er sich derartig in Widersprüche zu früheren Aussagen, daß er sich z.T. darauf beschränkte, sich „auf früher gemachte Aussagen" (dh. auf die mit den Ermittlungsbeamten zusammen erstellten Aussagen) zu berufen, und keine Angaben im Zusammenhang mit dem konkreten Prozeß machen konnte (immerhin ist er noch der Hauptbelastungszeuge!).

Macht er dennoch mal Aussagen, kam sogar der im Prozeß gegen das Ehepaar Bornheim amtierende Richter Haas dazu, Ruhland Vorhaltung zu machen, *„daß er auch dann lügt, wenn er zuvor beteuert hat, er wolle nunmehr endlich die volle Wahrheit sagen"* („FAZ", 1.3.74).



Die einzigen „Freunde" der Kronzeugen: Bullen, Verfassungsschützer und ähnliches Gesindel

Die Justiz ist bemüht, für die kommenden Prozesse mehr solcher „Zeugen" systematisch aufzubauen,
kommenden Prozesse mehr solcher „Zeugen" systematisch aufzubauen,
um die peinlichen „Erinnerungslükken" von Ruhland notfalls mit anderen Zeugen auffrischen zu können.

So wurde der zusammen mit Ulrike Meinhof verhaftete Gerhard Müller von der Justiz derart in die Mangel genommen, daß er im Februar '75 begann, die ungeheuerlichsten Geschichten zu verbreiten. Seinen Einstand gab er mit der Geschichte, daß Andreas Baader die seit Dezember 1971 verschwundene Ingeborg Barz „mit Genickschuß hingerichtet" habe („Bild", 29.4.75). Mit einem Riesenaufwand wurde an der von Gerhard Müller benannten Stelle am Rhein gegraben, wo Ingeborg Barz angeblich „verscharrt" sein sollte – ohne Ergebnis. Da erinnerte man sich, daß in Bayern eine Frauenleiche gefunden und bis heute noch nicht identifiziert worden war. Schon mutmaßte die gesamte Presse hoffnungsvoll, daß dies vielleicht die Leiche von Ingeborg Barz sein könnte, bis diese Aktion zunächst ihren makabren Abschluß fand, weil die Polizei *„einen vertraulichen Bericht aus Nord-Irland vorliegen hat, der besagt: Ingeborg Barz hat sich danach in einem Hotel in Belfast in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr 1973/74 aufgehalten"* („Welt", 29.4.75). Immer frei nach dem Motto: Irgendwas bleibt immer hängen und die Berichtigung kommt nachher ganz klein auf die letzten Seiten (wenn überhaupt), nachdem die Falschmeldung erstmal Schlagzeilen gemacht hat.

Allerdings scheint es mit der den Kronzeugen versprochenen Straffreiheit doch nicht so weit her zu sein: Der Kronzeuge Ruhland, der in einem verlogenen, sentimentalen Bericht der „Quick" zu einem *„Menschen, der nach Irrungen und Wirrungen (!) zu Recht und Gesetz zurückkehrte und deshalb jetzt ein Leben im Untergrund führen muß"* („Quick", 28.2.1974) hochstilisiert wird, lebt nach eigenen Aussagen nur noch von der Gnade des Verfassungsschutzes. Hauptberuflich „Kronzeuge", kann er natürlich keine geregelte Arbeit annehmen, was ihn finanziell vollends vom Verfassungsschutz abhängig macht. *„Herr Becher* (Ruhlands Anwalt) *und Herr Ottmar* (Beamter der Sicherungsgruppe Bonn) *sind jetzt meine einzigen Freunde"*, lamentierte er vor den „Quick"-Reportern. *„Er weiß"*, meint genüßlich die Quick, *„daß die Freundschaft zwischen ihm, dem Berliner Arbeiter aus dem Hinterhofmilieu, und den beiden 'besseren Herren' etwas Merkwürdiges an sich hat. Aber er kann ohne sie nicht auskommen."* (28.2.74)

Der „Kronzeuge" Gerhard Müller z.B. wird in totaler Isolation gehalten, mit angeblichen „Morddrohungen" und „Racheschwüren" der ehemaligen Genossen in ständige Angst versetzt, in eine total vergitterte, ständig verschlossene Einzelzelle gesperrt („zu seinem eigenen Schutz", versteht sich): *„Die jetzige Zelle wurde so gewählt, daß niemand von außen auf ihn schießen kann (!!). Seine Freistunde, den täglichen Spaziergang im Innenhof der Strafanstalt, unternimmt er allein, nur in Begleitung von Vollzugsbeamten, die ihn mit ihren Körpern 'hautnah' decken"* („Bild", 30.4.75).

Daß der VS allerdings keine Skrupel hat, Informanten und unsichere „Kronzeugen" der „Rache" preiszugeben, wenn sie nichts mehr nützen, zeigt der Fall von Rolf-Jürgen Mauer, der angeblich eine Zeitlang Kontakt zu den „RAF"-Genossen hatte. Da Mauer dem ständigen Druck der „Nichtexistenz" und der Aussicht, für die nächsten paar Jahre als Dauerzeuge zur ständigen Benutzung zur Verfügung stehen zu müssen, offensichtlich nicht standhalten konnte und versuchte, abzuhauen und sich dem Druck durch Ausflippen zu entziehen, wurde er kurzerhand öffentlich in der Dokumentation zur „Aktion Winterreise" (eine großangelegte Anarchistenhatz im November 74) als Informant der Polizei namentlich genannt. Wahrscheinlich in der Hoffnung, daß er umgelegt werden würde und man sich eine lästige Angelegenheit bequem vom Halse geschafft hätte.

Mauer bringt sein jetziges jämmerliches Dasein auf einen Nenner: *„Ich bin jetzt genauso im Knast, als wenn ich drinsitzen würde."* („Spiegel" 11/75).

Warum dieser Aufwand? Ein Modell-Prozeß!

Auch wenn dieser Prozeß von Seiten der Bourgeoisie bis zum letzten vorbereitet zu sein scheint, wenn durch die umfangreichsten Sicherheitsmaßnahmen, durch Notstandsübungen in vielen Bereichen dieser Prozeß den neuesten technischen Erkenntnissen entspricht, wenn durch die Propagierung der „Volksgemeinschaft", durch Panikmache und Angst die Brutalität und Unmenschlichkeit in die Köpfe der Menschen getragen werden soll, so bleibt doch die eine Tatsache für jeden kritischen Menschen bestehen: der ganze Aufwand, das 14-Mio-Mark-Gebäude, die 25-m-Anklageschrift, die Aussperrung der Rechtsanwälte etc. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß den Genossen der RAF kaum etwas zu beweisen ist!

Dieser Prozeß, mit der ihn begleitenden wahnwitzigen Hetzkampagne und mit seiner offenen Verhöhnung des bürgerlichen Rechtsstaates ist letzten Endes als Modell für kommende politische Prozesse großen Stils gedacht.

Der „Angeklagte" wird zunächst einmal schon lange vor dem Prozess im Bewußtsein der „Öffentlichkeit" abgeurteilt, indem ihn die bürgerliche Presse beharrlich als „Terroristen" etc. diffamiert, willkürlich Genossen zu „Bandenchefs" ernennt und den Genossen „Taten" andichtet, für die es keinerlei Beweise gibt.

Dazu kommt die persönliche Diffamierung: Die Gefangenen werden z.B. als Kaviar-Schlemmer hingestellt und zynischerweise imselben Atemzug wegen ihres durch die lange „Untersuchungs"haft verursachten körperlichen Zustandes verhöhnt. J e d e Presse-Äußerung über die Genossen ist nach faschistischem Vorbild (Lehrmeister ist die Hetze der Nazis gegen Juden und politische Gegner!!) darauf berechnet, die Genossen verächtlich zu machen: Sie reden natürlich nicht, sondern **„schreien", brüllen", lamentieren" „pöbeln", „lächeln verkrampft", „spötteln", „drohen"**, während das bürgerliche Gericht **„mahnt", „tadelt", „kühl antwortet", „um Geduld bittet", „höflich"** ist (alle Zitate aus der „Hamburger Morgenpost" und „Bild" vom 22.5.). Jedes Wort ist hier auf den möglichst großen Hetzeffekt abgestimmt! Die bürgerliche Massenpresse ist bereits, wie zu den unseligen Zeiten des „Reichspropaganda-Ministers" Goebbels, „gleichgeschaltet"!

In diesem Klima fällt es kaum noch auf, daß in den Prozessen selbst das bürgerliche Recht mit Füßen getreten wird. Schließlich reicht allein die politische Gesinnung für eine Verurteilung aus. So hatte im ersten Mahler-Prozeß das Gericht außer z.B. den jämmerlichen „Aussagen" des „Kronzeugen" Ruhland als „Beweis" nur anzubieten: Wenn Mahler der „Bandenchef" war (dies wurde anscheinend mit Hilfe der „Berichterstattung" der bürgerlichen Presse bewiesen? ? !), dann hat er ja auch bestimmt an dem und dem Banküberfall teilgenommen.. Das reichte dann zur Verurteilung!

Eine Parallele bietet die Begründung zum KPD-Verbot von 1956. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seiner Verbotsbegründung vom 17. August 1956, daß „ein konkretes Unternehmen, also irgendeine praktische Handlung, für ein Verbot nicht erforderlich sei! Die KPD strebe die Errichtung einer „sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung auf dem Weg über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats" an. Diese Zielsetzung sei grundsätzlich verfassungswidrig und zwar auch dann, wenn sie nur als Fernziel und durch eine demokratische Willensbildung des Volkes angestrebt wird!! In der Begründung heißt es weiter, daß die Kommunisten neben den Zielen, die sie offen nennen, auch immer noch „verborgene Ziele" haben, die man ihnen aber nicht beweisen kann und braucht, da sie ja verborgen sind. Ist einer Kommunist, so wird für bewiesen betrachtet, daß er eben auch „verfassungswidrige, verborgene" Ziele hat.

Weist man heute darauf hin, daß erstmal bewiesen werden müßte, daß Andreas Baader oder Ulrike Meinhof an den ihnen vorgeworfenen Taten teilgenommen haben, wird genauso haarscharf geschlußfolgert, daß man ihnen so etwas nicht beweisen kann und es deshalb auch nicht braucht, da man davon ausgeht, daß sie allgemein die Ziele der „terroristischen Vereinigung" billigen.

Damit ist das Instrumentarium geschaffen, alle Organisationen, die trotz der Kritik am Vorgehen und an der kleinbürgerlichen Linie der „RAF" diese Menschen immer noch als „diesseits der Barrikade stehend" betrachten, ohne konkrete Beweisführung in den großen „Terroristentopf" zu schmeißen. ●

Zwei Genossinnen
Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Wenig Beweise – „abschreckende" Urteile

Am 22.5.75 begann der Hauptprozeß gegen die 1972 verhafteten RAF-Genossen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe. Sie sollen Gründer bzw. Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung" gewesen sein.

Nach dem ersten Prozeßtag wurde der Prozeß auf den 6.6.75 vertagt. Aus der Erfahrung früherer politischer Prozesse sind sehr lange Freiheitsstrafen zu erwarten, die sich zumindest an der Verurteilung von Horst Mahler, zwölf Jahre, orientieren dürften.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 40 gaben wir einen kurzen Überblick über die bis dahin gelaufenen Prozesse. Wir möchten die seitdem im Schatten des „BM-Prozesses" gelaufenen weiteren Prozesse hier kurz aufzeigen.

Wesentlich scheint uns zu sein, daß die gefällten Urteile im wahrsten Sinne des Wortes „im Schatten" der Hetze und des Aufsehens um den BM-Prozeß gefällt wurden, jedoch an Rechtlosigkeit und Härte alle bislang geführten Prozesse weit übertreffen.

Am 21.9.74 verurteilte die Erste Große Strafkammer Frankfurt Michael Schulte zu acht Monaten (mit drei Jahren Bewährung) und 2.000 DM Geldstrafe. Angeklagt war er wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und „persönlicher Begünstigung" von Ulrike Meinhof und Andreas Baader.

Am 1.3.74 wurde in München Rolf Pohle zu sechseinhalb Jahren verurteilt. Er wurde der „Zugehörigkeit zur Baader-Meinhof-Gruppe" und des unerlaubten Kaufs von Waffen und des Waffenhandels für schuldig befunden. Die „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" konnte ihm f a k t i s c h nicht nachgewiesen werden, trotzdem wurde er dafür verurteilt.

Der Holländer Ronald Augustin wurde am 6.5.75 in West-Berlin zu sechs Jahren verurteilt. Die Anklage lautete auf „versuchten Mord",
wurde am 6.5.75 in West-Berlin zu sechs Jahren verurteilt. Die Anklage lautete auf „versuchten Mord",
„Beihilfe zur versuchten Gefangenenbefreiung" und „Unterstützung der kriminellen Vereinigung Bewegung 2. Juni" sowie „fortgesetzte Urkundenfälschung" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt". Gefordert waren neun Jahre.

Im Verlauf des Verfahrens wurde der Anklagepunkt der Mitgliedschaft in der „Baader-Meinhof-Bande" gegen Augustin fallengelassen, jedoch habe er die Bewegung 2. Juni „in Tateinheit" unterstützt, was damit „bewiesen" wurde, daß er angeblich Pässe fälschte.

Im sogenannten „kleinen BM-Prozeß" in West-Berlin wurden am 28.6.74 die Urteile verkündet:

- Brigitte Asdonk zehn Jahre,
- Hand Jürgen Bäcker neun Jahre,
- Monika Berberich zwölf Jahre,
- Irene Goergens sieben Jahre Jugendstrafe,
- Eric Grusdat zehn Jahre,
- Ingrid Schubert 13 Jahre.

Wegen „gemeinsamen schweren Raubes", Beteiligung an einer „kriminellen Vereinigung", Bankraub in drei Fällen und „unerlaubten Waffenbesitzes" waren die sechs Genossen angeklagt. Ähnlich wie im Prozeß gegen Horst Mahler wurde die „Beweislast" konstruiert: Nach Überzeugung des Gerichtes sollen die Banküberfälle von der „RAF" verübt worden sein, und da die Angeklagten derzeit angeblich Mitglieder der „RAF" waren, mußten sie auch die Täter sein.

–Am 8.11.74 wurden ebenfalls wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" die Mediziner E. Sekendorff und Greve zu einem Jahr „mit Bewährung" verurteilt. Als Ärzte im Hamburger Untersuchungsgefängnis setzten sie sich für eine menschlichere Behandlung der politischen Gefangenen ein, darin bestand ihre Schuld.

Am 11.12.74 wurden Willi Raether zu acht Jahren Freiheitsstrafe und Verena Becker zu sechs Jahren Jugendstrafe verurteilt. Sie sollen an einem Sprengstoffanschlag auf den britischen Segelclub in West-Berlin beteiligt gewesen sein. Verena Becker wurde außerdem Beteiligung an einem Banküberfall und Willi Raether „unerlaubter Waffenbesitz" vorgeworfen. Zeugen gab es für diese „Vergehen" nicht, es wurde ein Indizienprozeß geführt, in dem die harten Urteile nur aufgrund von Indizien, Vermutungen etc. gefällt wurden.

Den Vorwurf der Beteiligung an Banküberfällen konnte das Gericht ebenfalls nur aufgrund angeblicher Indizien aufrechterhalten.

Am 17.12.74 wurde Ingrid Siepmann in Berlin zu zwölf Jahren verurteilt. Ihr wurden Banküberfälle und unerlaubter Waffenbesitz vorgeworfen. Im selben Prozeß, in dem immer wieder betont wurde, daß Ingrid Siepmann 1966 „Mitbegründerin der Kommune I" gewesen ist, wurde Annemarie Reiche zu sieben Jahren verurteilt. Angeblich soll sie an einem Banküberfall beteiligt gewesen sein. Die Anklage „Beteiligung an Banküberfällen" konnte auch hier nur aufgrund angeblicher Indizien aufrechterhalten werden.

Begleitet von einer faschistoiden Hetze *„Der Prozeß gegen die Baader-Meinhof-Mitglieder kommt u n s* (!) *Hamburger teuer zu stehen!"*, *„Allein der gestern begonnene Umbau im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz wird 105.000 DM kosten"* („Bild" vom 1.2.75) wurde am 30.5.75 den „Debus-Gangstern" der Prozeß gemacht. Der 33-jährige S. Debus wurde zu zwölf Jahren verurteilt. Das Gericht befand ihn des „schweren Raubes in drei Fällen", der „Anstiftung zu zwei Sprengstoffanschlägen" sowie der „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" für schuldig. Aufgrund mangelnder Beweise schuf die Staatsschutzkammer den Begriff des „Ideologietäters" - womit die „besondere Gefährlichkeit von Tat und Täter" konstruiert wurde. Nachgewiesen werden konnte lediglich ein Banküberfall (bei dem er auf „frischer Tat ertappt" wurde). Triumphierend schrieb das „Hamburger Abendblatt" vom
(bei dem er auf „frischer Tat ertappt" wurde). Triumphierend schrieb das „Hamburger Abendblatt" vom
31.5.75: *„ ... seine gegen ihn verhängten Einzelstrafen belaufen sich auf 28 Jahre und fünf Monate"*.

Zusammen mit Debus waren Karl-Heinz Ludwig, Wolfgang Stahl und Gerd Wieland angeklagt. Debus, Ludwig und Stahl waren am 28.2.75 beim Banküberfall in Hamburg festgenommen worden. W. Stahl wurde auf dem Rücksitz des Fluchtwagens verhaftet. Das reichte aus, ihn und Ludwig zu fünfeinhalb Jahren zu verurteilen. Für Wieland, wegen Bombenherstellung angeklagt, wurde eine sechsjährige Freiheitsstrafe beantragt, aber:

„Er hat zunächst vor Kriminalpolizei und Haftrichter ein Geständnis abgelegt und durch Namensnennung die Ermittlung erleichtert, das wird honoriert', sagte Staatsanwalt Dr. Gerhardt" („Welt", 15.5.75). Diese Dienste wurden so belohnt, daß Wieland zunächst drei Jahre erhielt. Es bleibt abzuwarten, wann er „begnadigt" wird.

Am 7.5.75 verurteilte ein West-Berliner Schöffengericht Heinrich Jansen zu sechs Monaten Freiheitsstrafe. Jansen, der derzeit eine zehnjährige Freiheitsstrafe wegen angeblicher Mitgliedschaft in der „Baader-Meinhof-Gruppe" verbüßt, hatte Strafanzeige gegen leitende Beamte der Anstalt wegen Nötigung und Körperverletzung im Amt erstattet. (Während eines Hungerstreiks wurden ihm trinkbare Flüssigkeiten entzogen.) Die Bourgeoisie begnügte sich nicht damit, diese Klage abzuweisen, sondern klagte ihrerseits Jansen wegen „fortgesetzter falscher Verdächtigung von Justizvollzugsbeamten" an.

Es ist nur darauf hinzuweisen, daß diese „gelaufenen" Prozesse noch lange nicht das Ende sind. So ist am 3.4.75 das Hauptverfahren gegen Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jünschke eröffnet worden. Die voraussichtliche Urteilsverkündung soll im Herbst stattfinden. Auch hier muß mit hohen Freiheitsstrafen gerechnet werden. ●

... und so geht's Richtern, die noch nicht „auf Linie" sind

Welchen Angriffen in diesem demokratischen Rechtsstaat ein Richter ausgesetzt ist, der in einem politischen Prozeß einmal nicht zugunsten der Reaktion entscheidet, zeigt der Fall der „Richterin auf Probe" beim Gericht Wiesbaden, Petra Unger (Jungsozialistin).

Ein Student hatte dem Fernsehlügner Löwenthal, bekannt für seine von ihm selber inszenierten Provokationen, die er dann als „Auswüchse der Linksfaschisten" genüßlich einem erschreckten Fernsehpublikum vorführt, eine geklebt und dies damit begründet, daß er als Student keine andere Möglichkeit sehe, sein Mißfallen an dem Gedankengut Löwenthals zu äußern. Es sei sozusagen „Notwehr gegen die Lügen Löwenthals" gewesen („Neue Presse", 5.2.75).

Löwenthal fühlte sich nun etwa nicht persönlich verhauen, er sah vielmehr gleich die „ganze Demokratie geschlagen". Der Student erhielt von der Richterin 150 DM Geldstrafe.

Das Wutgeheul über diese Strafe ging quer durch die gesamte Presse. Was der Richterin am meisten angekreidet wurde, war die Tatsache, daß sie nicht (wie inzwischen in westdeutschen Gerichtssälen üblich) bei Mißfallensäußerungen des anwesenden – meist jugendlichen – Publikums die Polizei geholt hatte, um den Saal räumen zu lassen (so war z.B. gelacht worden, als Löwenthal „bei Gott" schwören wollte, daß er die Wahrheit sagte und nichts als die Wahrheit); im Gegenteil: Als sich herausstellte, daß Löwenthal eine Waffe (!) trug und der Angeklagte Polizeischutz anforderte, war sie diesem Verlangen nachgekommen.

Außerdem hatten einige von Löwenthal mitgebrachte „Zeugen" Ungeheuerliches vernommen: Die Richterin hatte in ihrer Urteilsbegründung gesagt, daß man mit einer Ohrfeige nicht diese Gesellschaft ändere und schon gar nicht einen Herrn Löwenthal (womit sie zweifelsohne recht hat, aber eine Ohrfeige ist immerhin besser als gar keine).

Die Richterin wurde daraufhin von rechtsaußen mit Dauerfeuer belegt. Von Anrufern, die ihr Prügel androhten, über den Rücktritt des Vizepräsidenten des Wiesbadener Amtsgerichtes, Schönhaber (der ein „Signal" (? !?) setzen wollte – an einer Stelle seines Protestbriefes heißt es: *„Die mündlich vorgetragenen Urteilsgründe lassen Gedankengut erkennen, das als nicht mehr verfassungskonform anzusehen ist"* („SZ", 23.2.74) – bis zu offizieller CDU-Kohl-Schelte und ZDF-Holzamer-Klagen und vornehmer „Zurückhaltung" ihres Dienstherren, der erstmal einen „Bericht" (? !) abwarten mußte, stand sie einer geschlossenen Rechts-Front gegenüber. ●

MEK – Abrichtung zum Mord: Tatsache oder Beleidigung ?

Am Mittwoch, 25.6.75, 13.00 Uhr, wird vor dem Amtsgericht Hamburg (Sievekingplatz 3, Strafjustizbebäude, Zimmer 142) die am 21.3.75 unterbrochene Hauptverhandlung gegen den Presseverantwortlichen des KOMMUNISTISCHEN BUNDES fortgesetzt.

Am 26.11.74 hatte das Amtsgericht den KOMMUNISTISCHEN BUND wegen „Beleidigung der Polizei" zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Aprilnummer 1974 des METALLARBEITER (Hamburger Branchenzeitung des KB) hatte mit Bezug auf die öffentliche Exekution des Bankräubers Gonzales im April 1974 unter dem Foto exerzierender MEK-Bullen die Unterschrift gestanden: **„Mobiles Einsatzkommando (MEK): Sie werden abgerichtet zum Mord"**.

Das war innerhalb weniger Monate die zweite Verurteilung des KB wegen „Beleidigung" der Bullen. Die erste wurde ausgesprochen, weil in einem Flugblatt unserer Harburger Genossen ein Polizeiüberfall auf einen Wahlstand der „KPD/ML" im Februar 74 zur Bürgerschaftswahl als Polizeiüberfall kritisiert worden war und faschistoide Äußerungen von Bullen zitiert wurden. Strafe: 1.200 Mark!

Beide Strafen wurden vom Gericht zusammengezogen, wodurch sich zuzüglich Gerichtskosten eine Summe von 1.893 Mark ergab, ersatzweise 90 Tage Haft.

Ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen einer ähnlichen „Straftat" ist noch nicht abgeschlossen. Unsere Bezirksgruppe St. Georg/Hamm (Hamburg) hatte in ihrem Mai-Aufruf 1974 die Erschießung des Bankräubers Gonzales durch einen MEK-Bullen aus kaum einen Meter Entfernung als „staatlich geplanten Mord" bezeichnet – wo man sich wirklich fragen muß, was es denn sonst gewesen sein soll? !



Stolz auf jeden Hodenschuß am Pappkameraden: Polizisten des ersten „mobilen Einsatzkommandos" in Baden-Württemberg.

Am 21.3.75 war die Hauptverhandlung eröffnet worden, nachdem der KOMMUNISTISCHE BUND Widerspruch gegen das Urteil eingelegt hatte. Unsere Verteidigung legte eine Reihe von Beweisanträgen vor, die geeignet sind, den Charakter der MEKs als Tötungs-Instrumente zu belegen. Unter anderem sollte vor Gericht dargelegt werden:

- daß die angebliche Bildung der MEKs zur „Banden- und Verbrechensbekämpfung" in Widerspruch steht zu ihrer Bewaffnung mit 9-mm-Revolvern und Maschinenpistolen – Zur Vernehmung als Zeuge geladen: Schießausbilder R. Henning, Hamburg;
- daß die MEKs auch töten dürfen, selbst wenn das allein dem Zweck dient, den Täter „flucht"- oder „angriffsunfähig" zu machen. – Als Zeuge der Vernehmung gefordert: der ehemalige Innensenator von Hamburg, Ruhnau, der diese Aussage als Vorsitzender der Ständigen Innenministerkonferenz getan hat, sowie wieder R. Henning;
- daß die MEK-Schießausbildung sich am FBI und an den französischen „Antigang-Brigaden" ausrichtet, die zum Todesschuß ausgebildet werden und ihn im Einsatz bewußt einplanen, und daß die drillmäßige Ausbildung dabei das Ziel verfolgt, Tötungshemmungen abzubauen. – Vernehmung des Zeugen R. Henning, Vorlage diverser Zeitungen;
- daß insbesondere die „Formalausbildung" der Polizei darauf gerichtet ist, die Bullen zu entpersönlichen, sie zu instrumentalisieren, zu dressieren – und daß dies bei der Ausbildung der MEKs in besonderem Maße geschieht – Vernehmung des Zeugen Werner Kuhlmann, Vorsitzender der GdP;
- daß innerhalb der MEK-Ausbildung eine „Seelsorge" durch Angehörige der Kirche besteht, die darauf gerichtet ist, Tötungshemmungen abzubauen und dem Gewissen des ausführenden Beamten – insbesondere nach dem Einsatz – ein „sanftes Ruhekissen" zu verschaffen. – Vernehmung der Zeugen Landespfarrer und Dozent an der Führungsakademie Hiltrup, Dr. H. Möller; des Leiters der kirchlichen Arbeit im Polizei- und Zollgrenzdienst der hannoverschen Landeskirche, Dr. W. Threde und des Hamburger Todesschützen.

In seiner Vorladung zur Verhandlung am 25.6.75 hat das Gericht sämtliche Beweisanträge als „entscheidungsunerheblich" zurückgewiesen! *„Soweit dem Angeklagten vorgeworfen wird, er habe Polizeibeamte dadurch beleidigt, daß er sie als abgerichtet zum Mord öffentlich bezeichnet, ergibt sich aus dem Inhalt der Beweisanträge in keiner Weise, daß die Zeugen oder die Schriftstücke bestätigen könnten, daß die als Mobiles Einsatzkommando zusammengefaßten Beamten dazu abgerichtet, also dressiert würden, außerhalb jeder denkbaren* (? !) *Rechtfertigungsmöglichkeit zu töten ..."*

Erstaunlicherweise findet sich das Gericht aber bereit, darüber zu verhandeln, ob *„die Tötung des Geiselnehmers anderen Zwecken als denen der Geiselbefreiung gedient"* habe. Dazu sollen gegebenenfalls der *„Einsatzleiter oder ein informierter Beamter"* gehört werden.

Darüberhinaus wurde dem Presseverantwortlichen trocken mitgeteilt, daß der Anklagevorwurf *„auch als Verleumdung gemäß § 186 StGB gewertet werden kann"*, das heißt Verleumdung von Staatsorganen, ohne die inhaltliche Richtigkeit der Behauptungen überhaupt in Betracht zu ziehen!

Nun, man darf auf die Gerichtsverhandlung gespannt sein!

Wir werden im Zusammenhang mit diesem Prozeß im nächsten ARBEITERKAMPF unter der Überschrift „Ermächtigung der Polizei zum ‚Todesschuß' " eine umfassende Analyse dieses Sachverhalts bringen, die u. a. auch unseren Standpunkt ausführlich dokumentiert und belegt. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Inhalt